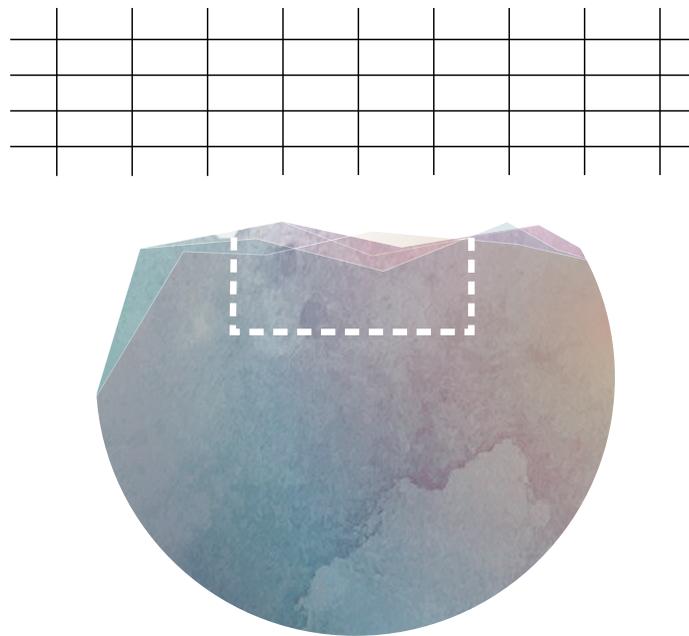


Assembly

Diploma

Copy 01
Year 2019
Pages 247



Assembly

Das Parlament der Zukunft in einem befriedeten Nahen Osten.
Ein Gedankenspiel.

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
eines Diplom-Ingenieurs unter der Leitung von

Ao.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Christian Kühn
E 253, Institut für Architektur und Entwerfen,
E 253/1, Abteilung für Gebäudelehre und Entwerfen

eingereicht an der
Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

Wolfgang Fischer | 01328518

Wien, November 2019

Abstract

Die Krise der Demokratien im Westen, einer der am längsten anhaltenden Konflikte der Neuzeit im Nahen Osten und ein Bautypus der weltweit bis heute seine Bedeutung im Monumentalen auszudrücken versucht. Diese Diplomarbeit versucht einen Bogen zu spannen zwischen diesen, auf den ersten Blick voneinander unabhängigen Themen der Architektur- und Politikgegenwart. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der Frage, wie der Bautypus Parlament neu erdacht werden kann, um zeitgemäß zu bleiben.

Im Hinblick auf die derzeitige Situation in den Demokratien des Westens wird der Ruf nach Reformen laut. Überlegungen für Verfassungsänderungen kommen dabei aus allen Lagern des Politikbetriebs. Der Vorschlag eines reformierten Demokratiemodells, welches auf einem Losverfahren basiert, dient als Ausgangsszenario dieser Arbeit. Ziel ist es, eine Typologie zu entwickeln, die adäquat auf die "neuen" räumlichen Bedürfnisse im legislativen Prozess des Modells der "Multi Body Sortition" reagiert. Testfeld für dieses Gedankenspiel ist die Vorstellung eines befriedeten Nahen Ostens. Ein Gebiet, das so sehr von Konflikt und Auseinandersetzung geprägt ist wie Israel und Palästina, kann der ideale Nährboden radikaler Veränderungen sein. Der Konflikt wird in diesem Kontext als Chance begriffen eine neue Form von demokratischer Gesellschaft zu erdenken. Diese Arbeit zeichnet eine Utopie und beschreibt darin das dazugehörige Bauwerk für die Legislative in einem Land, das es so wahrscheinlich nie geben wird.

This thesis discusses three elementary topics of the architectural and political present, which don't share a common ground at first glance. These topics are on one hand, the current crisis of the democracy of the west, on the other hand one of the longest ongoing conflicts of modern times taking place in the Middle East, and last but not least an architectural building type, which tries to express its monumental relevance on a global scale. The focal question of this work asks how the building type Parliament can be reinvented to suit the requirements of the present and its political circumstances.

Looking at the current situation of the democracies of the west, one can observe a border crossing call for reforms. Various suggestions to implement changes in the constitutions urge from all parties and governments. One of them is the reformed model of a state democracy based on a lottery for its citizens, which will form the theoretical basis of this thesis. It results in the development of a new typology, that reacts properly to the spatial needs in the legislative process of the model "Multi Body Sortition". Playground for this imaginary model is the utopia of a Middle East at peace. A region like Israel and Palestine, whose peoples have suffered from conflict and war for such a long time, can be fertile soil for radical change. The conflict offers a chance for a renewal of the model of a democratic society in this context. This work creates an utopia and discusses the matching building type to represent the legislative in a state, that probably won't ever exist in this form.

1 Vorwort

2 Parlamente - Situation

2.1 Was ist ein Parlament

2.2 Demokratie - Vorbilder in der Antike

Der Ursprung einer demokratischer Gesellschaft
Das Republikanische System

2.3 Politische Architektur - historische Entwicklung

Entstehung demokratischer Orte
Entwicklungen politischer Architektur in Europa seit dem Mittelalter

2.4 Parlamentarische Repräsentation

Repräsentationsbegriff
Selbstdarstellung der Demokratie
Verhältnis Architektur - Politik - Bauwerk

2.5 Plenum

Typus
Geometrie und Interpretation

2.6 Parlamentsbauten - Eine Datenauswertung

2.7 Politische Präsentation in Israel & Palästina

Prästaatliche politische Repräsentation der Jischuw
Die Knesset - Konflikt als Leitmotiv
Palästinensischer Nationalrat - Parlament im Exil
Palästinensischer Legislativrat

2.8 Resümee

3 Israel | Palästina - Fotografischer Essay

4 Assembly - Ein Gedankenspiel

4.1 Situation

Friedensverhandlungen
Die einzige Demokratie des Nahen Ostens
Vier Lösungsvorschläge

4.2 Szenario

Neues Land
Neue Demokratie

4.3 Entwurf

Leitmotiv
Manifest
Ort
Konzept
Archiv
Platz
Assembly
Konstruktion
Material

5 Appendix

Reise
Neue Erde
Quellen
Literatur
Onlinequellen
Abbildungsverzeichnis
Zitate

Inhalt

Vorwort

Das Parlament als Bautypus trägt weltweit durch seine Symbolwirkung erheblich zur nationalen Selbstdarstellung und Selbstwahrnehmung bei. Nahezu selbstverständlich präsentieren sich Parlamentsbauten mit ihrer sehr stark ausgeprägten Monumentalität, die durch Größe, Inszenierung und Baustil zum Ausdruck gebracht werden soll. Politik und vor allem aber Demokratie verändert sich. Am stärksten spürbar wird dies in westlichen Ländern, durch ein steigendes Misstrauen gegenüber Politikern, dem zunehmenden Zulauf populistischer Parteien, einer allgemeinen Politikverdrossenheit oder dem Phänomen von sogenannten „Wutbürgern“.

Der abweisende Charakter den ein Monument und insbesondere ein Monument der Nationalen Identität mit sich bringt, könnte mitunter Teil des Problems sein. Denn statt Transparenz oder Volksnähe, sind es eher Motive wie Pathos und Ehrfurcht die diesen Bauwerken zugeschrieben werden können.

Die Tendenzen bzw. Versuche Parlamente ihren demokratischen Grundideen auch architektonisch gerecht zu werden gibt es. Die Frage ist jedoch ob es genügt beispielsweise einer begrenzten Zahl von Besuchern Zugang zu einer gläsernen Kuppel zu gewähren?

Diese Arbeit versucht die gegenwärtige Situation architektonisch zu hinterfragen und einen alternativen Lösungsvorschlag anzubieten. Testfeld für dieses Gedankenspiel ist der Nahe Osten. In einem Gebiet das so sehr von Konflikt, Zerstörung und konfliktgeprägten Baulichkeiten beeinflusst ist, sehe ich einen idealen Ort für Fantasie und Visionäres. Die aktuelle Lage in der Region trübt einen optimistischen Blick in die Zukunft.

Die Wahrscheinlichkeit eines andauernden Status Quo ist im Anbetracht der beiderseits gestellten Bedingungen sehr hoch. Verständlicherweise fehlt es an Idealismus in der Debatte um die Zukunft von Israel und Palästina. Idealismus wird jedoch erst durch ein Ausblenden von Realismus ermöglicht. Vielmehr geht es um eine richtungsweisende Idee, eine Utopie die vermutlich niemals eintreten kann. Diese Arbeit basiert auf einem Gedankenspiel und der Forderung nach mehr Idealismus. Es geht darum den Nah-Ost Konflikt als Chance zu begreifen und neue Formen der Demokratie und ihrer baulichen Ausformulierungen für einen Staat nach der Apartheid zu erdenken, wie auch immer der Name dieses Staates sein möge. Es soll mitunter auch eine Suche nach anderen gesellschaftlichen Modellen sein. Modelle, die sich von dem unterscheiden, was wir bisher kennen.

Parlamente

Was ist ein Parlament
Demokratie - Vorbilder in der Antike
Politische Architektur - Historische Entwicklung
Parlamentarische Repräsentation
Typus Plenarsaal
Parlamentsbauten
Politische Repräsentation in Israel | Palästina
Resümee

2.1

Was ist ein Parlament?

Wer eine Antwort auf die Frage „Was ist ein Parlament“ sucht, wird auf der Homepage des österreichischen Parlaments fündig: „Das Parlament ist der zentrale Ort jeder Demokratie. Hier sollen die Interessen möglichst vieler BürgerInnen vertreten sein“¹

Parlament bezeichnet gleichermaßen eine politische Institution, wie den dieser Institution zugedachten Ort - ein Bauwerk. Der „zentrale Ort“ bezieht sich dementsprechend nicht nur auf den physischen Ort - die Architektur eines Parlamentsgebäudes - sondern gleichermaßen im metaphysischen Sinn auf das Zentrum einer repräsentativen Demokratie - den „Ort“ der Institution Parlament in der Verfassung eines Staates.

Ein Parlament bildet im parlamentarischen System die Legislative also das Organ, in dem die Gesetze verabschiedet werden.²

Etymologie

Der Ursprung des Wortes Parlament liegt in Frankreich und entlehnt dem französischen Verb. parler, parler, was übersetzt: „sprechen, reden“ bedeutet. Das parlement bezeichnete die Unterredung oder auch Versammlung von Hochadeligen, die vom Monarchen zu wichtigen Entscheidungen im 11. Jahrhundert konsultiert wurden.

Im Mittelhochdeutschen taucht der Begriff „parlemunt“ in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts auf und entstammt dem lateinischen Begriff: „parlamentum“ der eine „feierliche“ Besprechung, Versammlung oder auch Verhandlung bezeichnete.³

Heute bezieht sich der Begriff „Parlament“, wie zuvor beschrieben, sowohl auf die, aus Wahlen hervorgegangene Körperschaft: Parlament als auch auf das Abgeordnetenhaus.

Die Institution

Das zentrale Element in der Demokratie, wie wir sie heute kennen, bildet das Parlament.

Obgleich das Parlament im staatsrechtlichen Sinne die in repräsentativ-demokratischen Staaten vom Volk gewählte und legitimierte Vertretungskörperschaft bildet, findet man auch in nicht demokratischen Staaten Parlamente. Ein parlamentarisches System beschreibt ein System, in dem die Regierung einer Nation vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist. In einem System aus Zusammenarbeit und Kontrolle wirkt jede staatliche Macht im Zusammenspiel mit dem Parlament. Das Parlament, das meist aus allen am politischen Prozess beteiligten und durch Wahlen bestimmten Parteien besteht, teilt sich in Regierung und Opposition. Eine prozentuale Hürde bestimmt dabei für Parteien den Einzug in das Parlament und somit die Teilhabe am legislativen Prozess in einem Staat.³

Als Sitz der Legislative werden im Parlament Gesetze besprochen und beschlossen, wobei die Abgeordneten eines Parlaments je nach System des jeweiligen Staates entweder direkt gewählt oder von Parteien je nach Mandatsstärke in die Parlamente entsandt werden. Im heutigen legislativen Prozess werden die Entscheidungen kaum noch in den Plenarsälen getroffen, sondern meist in kleineren Gruppen, den parlamentarischen Ausschüssen oder Fraktionssitzungen.

Das Bauwerk

Als Parlamente oder genauer Parlamentsgebäude werden die Bauwerke bezeichnet in denen sich die Institution Parlament befindet. Es ist der physische Ort, wo politische Entscheidungen sprichwörtlich Form annehmen. Die Architektur von Parlamenten und vor allem ihrem Herzstück, dem Plenarsaal, ist nicht nur Ausdruck der politischen Kultur in einem Land, sie prägt diese auch.

Ein Parlamentarischer Raum ist ein Raum in dem sich verschiedene Positionen zur Vorstellung einer Gesellschaft gegenüberstehen und konfrontiert werden können. Das Parlament entwickelte sich zum wichtigsten politischen Raum der Gesellschaft für den kollektiven Gedankenaustausch. Unabhängig vom politischen System ist in jedem der 193 UN Mitgliederstaaten ein Parlament zu erkennen.⁴

Obwohl sich die Gesellschaft der politische Prozess und vor allem die Kommunikation erheblich verändert hat, hat die Bautypologie des Parlaments seit seiner Etablierung kaum Innovation erfahren. Im 19. Jahrhundert war der Plenarsaal der zentrale Ort der Entscheidungsfindung. Seitdem hat sich diese jedoch auf verschiedene Orte neu verteilt. Konferenzräume von transnationalen Organisationen, Wirtschaftsräte oder Tagungsräume der parlamentarischen Ausschüsse sind heute die Orte wo Entscheidungen getroffen werden. Die Parlamente haben auf die zunehmende Komplexität der Politik reagiert und ihren Gebäudekomplexen immer mehr Sitzungsräumen hinzugefügt.⁵

Ein Parlamentsgebäude beherbergt je nach politischen System die Tagungsstätten der Kammern. In Österreich, wo ein Zweikammersystem vorherrscht, sind dies die beiden Kammern Nationalrat sowie Bundesrat.⁶

2.2

Demokratie

Vorbilder in der Antike

Bevor weiter auf die Bautypologie Parlament eingegangen wird, möchte ich im nächsten Kapitel kurz auf die Ursprünge der Demokratie in der Antike eingehen. Parlamente existieren zwar auch in nicht demokratischen Staaten und wurden als beratende Institution in Monarchien eingesetzt. Dennoch trägt die Grundidee der öffentlichen Versammlung und Mitsprache seinen Ursprung im demokratischen Gedanken.

Demokratie das von den griechischen Wörtern „demos“ - das Volk oder die Bürgerschaft; und „Kratein“ - Die Macht, Gewalt, Herrschaft, abgeleitet wird, ist die Staatsform in der das Volk sich selbst regiert. Heute wird ein demokratischer Staat an einer Vielzahl von Kriterien wie Gewaltenteilung, Presse- und Meinungsfreiheit, Wahrung von Menschenrechten bis hin zur Möglichkeit der Partizipation aller Bürger in Politik und Gesellschaft.¹ Die Vorbilder heutiger westlicher Demokratien lassen sich in der Antike wiederfinden. Obgleich die sozialen, technologischen und kulturellen Bedingungen kaum mit heute zu vergleichen sind, waren es zwei Hochkulturen die unser heutiges Demokratieverständnis vor über 2000 Jahren geprägt haben.

„We inherit our ideas from the Greeks, but our practices from the romans..“

Kenneth Minoque, Historiker²¹

2.2.1 Der Ursprung einer demokratischen Gesellschaft

Die Ursprünge der demokratischen Gesellschaft findet man vor 2.500 Jahren in Athen, wo die erste organisierte Zivilisation, basierend auf dem politischen Ideal der Gleichheit unter ihren Bürgern, der Freiheit sowie des Respekts gegenüber Gesetz und Gerechtigkeit entstand. Diese Ideen formten das politische Denken des Westens und einem modernen Selbstverständnis einer Gesellschaft als Gruppe aus Individuen mit Rechten. Mit der Entstehung der Polis, also der Stadt-Staaten während des 8ten Jahrhunderts vor Christus entstand eine neue Form städtischen Lebens im antiken Griechenland.²

Die Etablierung dieser neuen Staatsform im antiken Griechenland und das Lösen von Tyrannen, Königen und Aristokraten dauerte jedoch mehrere Jahrhunderte und wurde nur schrittweise umgesetzt. Ermöglichen konnte diese schleichende Reform der wirtschaftliche Wohlstand, soziale Stabilität und die Machtstellung der Polis.³

Nahezu unser gesamtes politisches Vokabular hat ihre Wurzeln in der Polis, die als unabhängige Gemeinschaft in einem festgelegten Territorium funktionierte. An den politischen Aktivitäten teilzunehmen gehörte zur zentralen Definition von griechischer Staatsbürgerschaft. Die Qualifizierung zur Staatsbürgerschaft war allerdings sehr streng beschränkt. In Athen gehörten nur diejenigen zum „demos“, die männlich, erwachsen und eine strenge athenische Abstammung vorweisen konnten. Dieses System schloss alle Frauen, Sklaven und Hinzugezogenen von der Legislative aus. Die Griechen waren die ersten, die eine Gesellschaft basierend auf Staatsbürgerschaft gegründet haben.⁴ Die in Athen angewandte direkte Demokratie war jedoch nur möglich in der „kleinen“ Gesellschaft von Stadt-Staaten. Bei größeren Völkern und damit der Gesellschaft eines Staates wäre es notwendig gewesen politische Vertreter zu installieren.⁵ Eine Gewaltenteilung wie wir sie heute in Demokratien voraussetzen, gab es im antiken Griechenland nicht. Gesetzgebungs-, Regierungs-, Kontroll- und Gerichtsgewalt wurde ausschließlich durch die attischen Bürger selbst ausgeübt.⁶ Ein weiterer großer Unterschied zu unserer heutigen elektoral repräsentativen Demokratie war die Methode, wie die Entscheidungsträger ausgewählt wurden. Das Losverfahren bestimmte welche Bürger zur Bekleidung von Ämtern berufen war.

Ausgeschlossen waren jedoch Frauen, Sklaven, und Metöken, Bewohner ohne Bürgerstatus im politischen Sinne.⁷ Die zentrale Institution der athenischen Demokratie war die Volksversammlung - Ekklesia. Ca. 40 mal im Jahr wurde einen ganzen Tag Gesetze besprochen und verabschiedet, Ämter und Richterposten besetzt und die Amtsführung überprüft. Die politische Freiheit der Bürger Athens drückte sich auch in der Redefreiheit - Isegoria aus. Jeder Teilnehmer der Ekklesia hatte das Recht seine Meinung und Einschätzung zu teilen. Ein weiterer elementarer Grundsatz war Isonomia, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.⁸

Die für die Beschlussfähigkeit notwendige Zahl der Teilnehmer betrug zu Zeiten des Perikles 6000 Bürger.

Zwei weitere wichtige Organe im politischen System Athens war der Rat der 500 - Boule sowie das Volksgericht - Dikasterien. Nur ein Jahr konnte man im Rat der 500 die Themen für die Volksversammlung mitbestimmen. Ein Rotationsverfahren verhinderte eine mehrfache Teilnahme und sollte somit Machtanhäufung verhindern und Partizipation für alle ermöglichen. Die Kleisthenische Isonomie reformierte die vorherrschende Sozialstruktur hin zu einer neuen Deme- und Phylonordnung. Diese Neuordnung der Sippen und Stämme in der athenischen Gesellschaft sollte für eine politische Durchmischung der unterschiedlichen Herkunft sorgen. Aus jeder der nunmehr 10 Phylen wurden 50 Mitglieder in den Rat der 500 entsandt.⁹ Direkte Demokratie wurde aber schon bald nicht mehr unproblematisch gesehen. Kritik kam auch von Aristoteles der in der direkten Demokratie eine Ochlokratie oder Pöbelherrschaft sah.¹⁰

Seine Ansichten basierten auf seinen Erfahrungen in der athenischen Demokratie die sich zu seiner Zeit weit von den ursprünglichen Idealen aus dem 5 Jhdt. v. Chr. entfernt hatte. Kriegerische Auseinandersetzungen waren Alltag und Politik zumeist gewaltsam und korrupt. Städte waren beherrscht von Königsherrschaften zu dieser Zeit. Später beherrschten Clan und Stammeshierarchien die Stadt-Staaten. Mit dem Wachsen von Königreichen und Nationalstaaten wurde diese Art von Demokratie nicht mehr handhabbar. Mit dem Wachsen des Volks in einem viel größeren Staatsgebiets waren auch Volksversammlungen unmöglich geworden. Auch hat sich mit der Entscheidung der Ekklesia 411 und 404 v. Chr. gezeigt welches Selbstzerstörungspotential diese Art von Demokratie in sich trägt. In Zeiten des Krieges wurde die Macht vorübergehend einigen wenigen Männern übertragen, die ihre Herrschaft in die Richtung einer Oligarchie verwandelten. Das Paradoxon der Demokratie war sichtbar geworden: Ein Volk das frei ist über die eigene Zukunft zu entscheiden, ist eben auch frei zu entscheiden seine eigene Herrschaft anzuschaffen. Die Erkenntnis des griechischen Philosophen Platon daraus war dass, das Volk letztlich nicht dazu in der Lage sei verantwortungsvoll mit der eigenen Herrschaft umzugehen. Ein Problem das die modernen Demokratien im 20. Jhdt. wieder beschäftigen sollte.¹¹ Die Stadt-Staaten des antiken Griechenlands verloren ihre dominierende Rolle nach dem Tod von Alexander dem Großen. Das nächste soziale Experiment in der Geschichte der Demokratie sollte in Rom stattfinden.¹²

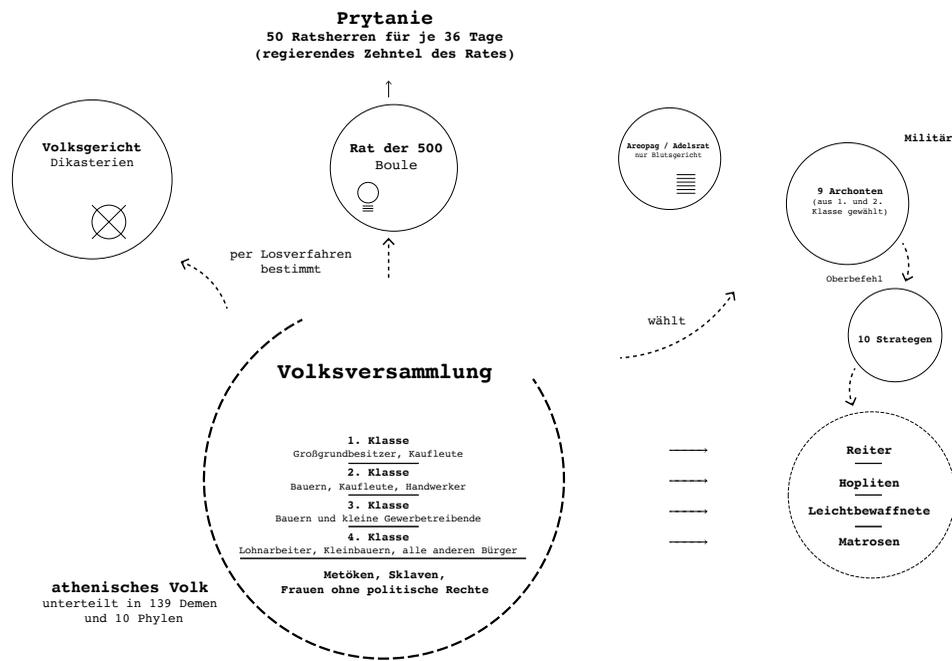


Abb 001 | Organe der Athenischen Demokratie

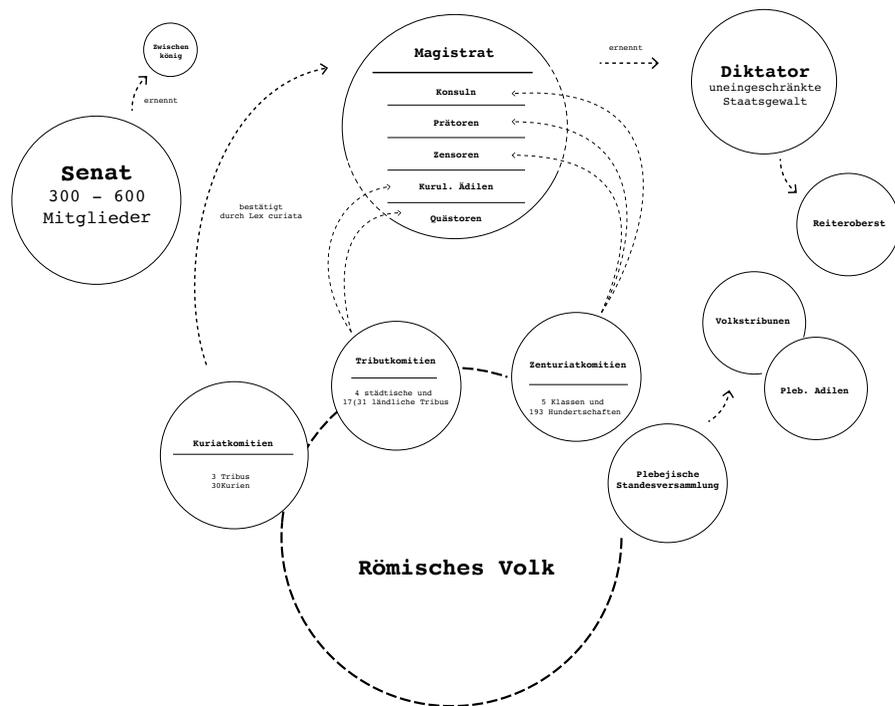


Abb 002 | Organe der Römischen Republik

2.2.2 Das republikanische System in der römischen Antike

Ursprung republikanischen Denkens bildet die römische Antike und die Republik Roms, die weit mehr Einfluss auf das politische Denken der nachfolgenden Jahrhunderte nahm als Athens Polisdemokratie.¹³ Grund dafür mag sicher auch die territoriale Ausweitung des römischen Weltreiches und die damit einhergehende Verbreitung politischer Ideologien bis ca. 130 v. Chr. sein.

Rom war allerdings nicht demokratisch regiert sondern eine Oligarchie. Patrizier (von lat: patres, Väter), der grundbesitzende Geburtsadel und Plebejer (von lat; plebs, Volk), wohlhabend gewordene Bürger, meist Handwerker und Bauern kontrollierten über ein ausgeglichenes Klientel- und Patronagesystem das politische Handeln Roms. Das entscheidende Machtzentrum war dabei der Senat, in dem die wichtigsten offiziellen Geschäfte beschlossen wurden. Wie auch in der griechischen Antike gab es in Rom eine Volksversammlung die jedoch keine direkten Entscheidungs- und Kontrollrechte besaß. Vielmehr war die Volksversammlung der Ort an dem die von der sogenannten Nobilität also den regierenden Oligarchen vertretene Politik dem Volk präsentiert wurde.¹⁴ Der griechische Historiker Polybios sah eine Erklärung für den Erfolg des römischen Systems vor allem in seiner „elastischen“ Verfassung. Macht zu begrenzen und zu kontrollieren während die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Kräften, vor allem den Patriziern und Plebejern und den politischen Gewalten gewährleistet werden führte zu einer politischen Stabilität die es so im antiken Griechenland nicht gab. Die Verbindung von aristokratischen, demokratischen und monarchischen Elementen führten zu einer Mischverfassung dem nicht nur von Polybios Stabilität attestiert wurde. Auch Aristoteles hielt zuvor eine Kombination verschiedener Verfassungsformen für sinnvoll. Das monarchische Element in Form des Konsulates, das aristokratische Element in Form des Senates und das demokratische Element in Form der Volksversammlung bilden ein ausgeglichenes System des Wechselspiels und der gegenseitigen Kontrolle der Institutionen. Dieses politische System einer wechselseitigen Verschränkung der unterschiedlichen politischen Organe, sollte mehr als 18 Jahrhunderte später Vorbild für die Ausgestaltung moderner, auf Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle basierenden Demokratien sein.¹⁵

Wie bereits erwähnt ist die Volksversammlung, das demokratische Element des antiken Roms hinsichtlich Funktion und Bedeutung nicht vergleichbar mit jener aus der griechischen Antike. Vier Volksversammlungen waren nach regionalen, teils familiären und militärischen Prinzipien gegliedert. Während weiters kaum Entscheidungs- und Kontrollrecht bestand, war es die Hauptaufgabe der Volksversammlung die Magistrate per Wahl zu bestimmen.¹⁶

Das wichtigste Organ der römischen Republik war das aristokratische Element: Senat. Die Mitglieder des Senats waren weder gewählt noch durch Losverfahren bestimmte Bürger Roms, sondern wurde nur durch das eines Ausscheidens aus einem politischen Amt (Magistratur) möglich.¹⁷ Das Konsulat als monarchisches Element im republikanischen System wurde durch Wahl bestimmt und bildete das höchste zivile und militärische Amt. Jährlich wurden zwei Konsuln vom römischen Volk gewählt. Ab 367 v. Chr. musste einer der beiden Konsuln aus dem Kreise der Plebejer gewählt werden. Zu Beginn der Kaiserzeit verlor das Amt an Bedeutung.¹⁸ Recht, Gesetz und Gemeinwohl waren die Grundsätze der politischen Ordnung Roms. Der römische Philosoph Marcus Tullius Cicero (106 - 43 v. Chr.) hielt in seiner Schrift „De re publica“ die er in einer Zeit des Niedergangs des römischen Reichs verfasste, die Prinzipien der republikanischen Staatsform fest: "Es ist also das Gemeinwesen die Sache des Volkes (res publica res populi), ein Volk aber nicht jede irgendwie zusammengescharrte Ansammlung von Menschen, sondern die Ansammlung einer Menge, die in der Anerkennung des Rechtes (iuris consensu) und der Gemeinsamkeit des Nutzens (utilitatis communione) vereinigt ist." ¹⁹ Dies bedeutete zugleich dass Bürger an der Formulierung der Gesetze beteiligt werden mussten, jedoch nicht alle Bürger gleichermaßen zu einer direkten und unmittelbaren Partizipation befähigt sind.²⁰

23

Politische Architektur

Historische Entwicklung

Vor mindestens 2.500 Jahren versammelten sich schon Menschen um an demokratischen Prozessen teilzunehmen und sie mit zu gestalten. Die Rahmenbedingungen, die für die Nutzung als Debattier- und Diskussionsort geschaffen wurden, konnten bis heute immer auch als physischer Ausdruck demokratischer Idealvorstellungen verstanden werden. Das demokratische Grundverständnis, dass das Volk als Mitbestimmer politischer Entscheidungen indirekt oder direkt in die das politische Geschehen miteinbezieht, resultierte in einer Architektur der Metaphern. Parlamentsgebäude wirken bis heute als permanente Erinnerungen an Nationen und ihren Grundvorstellungen. Architekturvisionen im Dienste demokratischer Ideale haben seit ihrer Entstehung eine vielfältige Auswahl von Gebäuden hervorgebracht.

In unterschiedlichen Graden sind politische Prozesse von den Gebäuden beeinflusst in denen sie stattfinden und umgekehrt reflektieren Parlamentsbauten bedingt die politische Situation. Sie sind mehr so etwas wie eine Bühne der politischen Debatte, die sich im Laufe der Zeit jedoch stark verändern kann.¹

„We shape our buildings and afterwards our buildings shape us“
Winston Churchill opened the debate on the rebuilding of the House of Commons in October 1943²

2.3.1 Entstehung demokratischer Orte

Antikes Griechenland

Seit der griechischen Antike wird die Politik der westlichen Welt dominiert von dem Ideal einer universellen Gesellschaft, die sich auf demokratische Grundsätze beruft. Die klassische Demokratie hatte nicht nur Einfluss auf unsere Verfassungen und Institutionen, sie hat auch die Form und die Architektursprache von Parlamentsgebäuden bis heute maßgebend geprägt und gestaltet. Das Konzept der Staatsbürgerschaft das die Basis für die griechischen Stadt-Staaten - Polis bildete, sorgte auch für die Dringlichkeit von Versammlungsstätten. Staatsbürgerschaft bedeutete in der griechischen Antike eine direkte Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten und die darin enthaltenen legislativen und judizialen Funktionen. Politische Macht die vorher bei einzelnen lag, wurde nun also als Eigentum von allen Staatsbürgern verstanden. Diese waren nun alle im Recht bei einer Versammlung zu sprechen und durch Wahlen an der Entscheidung mitzuwirken.³ Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz - Isonomia, ermöglichte es den Athenern die Tyrannei und Autokratie zu überwinden und die politische Macht ins „Zentrum“ zu verschieben. Das bedeutete die Macht von der geschlossenen Sphäre des königlichen Palastes in die Öffentlichkeit der Agora zu verschieben. Entscheidung die zuvor im Geheimen getroffen wurden, waren plötzlich einer öffentlichen Debatte an einem öffentlichen Ort unterworfen. Eine der frühesten Orte dieser Volksversammlungen - Ekklesia der Athener war die Pnyx, ein Hügel westlich der Akropolis.⁴ Schon alleine die Größe des "Demos" und somit auch der "Ekklesia" war Grund dafür, dass Politik in Athen in der Öffentlichkeit also im Außenraum gemacht werden musste. Die Athener kamen auf einem halbkreisförmigen Plateau westlich der Akropolis zusammen. Im 5ten Jahrhundert vor Chr. war die Pnyx definiert durch eine halbkreisförmige Stützmauer die eine Theater-artige Struktur trug, die es ermöglichte mehrere Tausend Sitzplätze zu bieten. Im Zentrum des Halbkreises befand sich ein kubischer Fels als Rednerpult - bema mit ca. 3,5qm und einer Höhe von 1,5m. In Athen nahmen tausende Staatsbürger an der, ca. alle 9 Tage stattfindenden, Versammlung teil. Laut der "American School of Classical Studies" in Athen, die seit Ende des 19. Jhdt. zur griechischen Antike forscht, betrug die durchschnittliche Teilnehmerzahl ca. 6000 Menschen. Die maximale Kapazität zur Hochzeit der Pnyx betrug 13.500 Menschen.⁵ Die athenische „Polizei“ stellte sicher dass die Staatsbürger ihrer Pflicht, an der Volksversammlung teilzunehmen, nachkamen indem sie durch die Straßen patrouillierten. Mit einem rot eingefärbten Seil trieben Sie die Menschen auf die Pnyx. Jeder der außerhalb der Versammlung entdeckt wurde und rote Farbmarkierung an Kleidung oder Händen hatte, wurde bestraft.⁶ Vor der Pnyx wurde schon die Agora, ein großer öffentlicher Platz umringt von Sakralbauten, Magistraten, Gerichts- und Verwaltungsgebäuden, für Versammlungen genutzt. Als Schauplatz verschiedenster Nutzungen wie Abhalten von Märkten, religiöse Prozessionen, Militärübungen, Theateraufführungen oder Hinrichtungen war die Agora das Zentrum öffentlichen Lebens in Athen. Auch wenn nach und nach mehr Gebäude der Demokratie um die Agora entstanden fanden die Versammlungen in der Öffentlichkeit statt. Grenzsteine um die Agora zeugten von einer klaren geographischen Grenze des Platzes.⁷ Während für Aristoteles eine Burg oder ein Palast ein Gebäude für die Monarchie oder Oligarchie ist, galt für ihn die Agora als der ideale Ort für die Demokratie.⁸ Die erste Agora befand sich unmittelbar nördlich der Akropolis, der Areopag und der Pnyx. Das erste Gebäude für die attische Demokratie war das Pyrtaneion, das Versammlungshaus für das Ratskollegium der Prytanen. Seine Errichtung wurde dem legendären Stadtgründer Theseus zugeschrieben. Der Standort kann heute nicht eindeutig lokalisiert werden, doch man vermutet eine unmittelbare Nähe zur Agora. Im Pyrtaneion fanden Empfänge und Bankette statt. Das Staatsarchiv und Tagungen des Blutgerichts wurden hier abgehalten.⁹ Nachdem die Griechen ihre dominierende Rolle nach dem Tod von Alexander des Großen an die Römer verloren, entwickelte sich die Form und der Ort der politischen Versammlung weiter. Auch die ursprüngliche Agora in Athen wurde durch eine römische Agora 150m östlich davon abgelöst. Der nächste Schritt in der Evolution von politischen Orten fand bei den Römern statt.

Antikes Rom

Wie auch die Griechen hielten die Römer eine Versammlung von Männern basierend auf ein hierarchisches System ab. Das älteste und dauerhafteste Element in der römischen Verfassung war der Senat bzw. der Rat der Ältesten. Ursprünglich waren die Mitglieder des Senats Patriarchen einflussreicher Familienstämme. Der legendäre Ursprung des römischen Senats geht zurück bis zu der Zeit von Romulus, der 100 seiner Untertanen als beratendes Organ seiner Regentschaft auserwählt hat. Um 509 v. Chr. bestand der Rat bereits aus 300 Mitgliedern. Senatoren behielten ihre Berufung nur so lange sie das Vertrauen der Regenten genossen. Senatoren konnte man in der Öffentlichkeit durch ihre Kleidung leicht in der Öffentlichkeit erkennen. Die Senatsversammlung fand regelmäßig in der Curia - dem Senatsgebäude westlich des Forum Romanum statt. 80 v. Chr. wurde das ursprüngliche Senatsgebäude das ohnehin bereits mehrmals wieder aufgebaut werden musste durch die Curia Iulia ersetzt. Mit einer Höhe von 21m und einer Fassade aus gebrannten Ziegelsteinen verkleidet mit Marmor und Stuck war die Curia Iulia ein sehr präzentes Gebäude im antiken Rom. Die Senatoren saßen sich in Stuhlreihen auf abgetreppten Stufen zum Rauminnen gegenüber. Dabei saßen die ältesten ganz vorne in der Nähe des Redners. Die jüngsten saßen auf den hinteren Plätzen.¹⁰

Während der Zeit von Augustus hatte der Senat fast 1000 Mitglieder so dass es für die Sitzverteilung die Konsequenz hatte dass die jüngsten Mitglieder auf der obersten Stufe stehen mussten. Während der Versammlungen wurden die Türen offen gelassen damit die jüngsten zukünftigen Senatoren an der Versammlung zumindest passiv teilhaben konnten. Die Macht des Senats war sehr umfangreich. Sie umfasste beispielsweise die Kontrolle der Außenpolitik indem der Senat die Außen die Beziehungen zwischen den verstreuten Städten in den Provinzen des römischen Reichs übernahm. Der Senat hatte die Befugnis, Staatsakte zu sanktionieren und in Notfällen in Rom eine Polizeikontrolle durchführen zu lassen. Traditionell hatte der Senat die Macht, als Vertreter der Könige zu handeln wenn er abwesend war und ihn bei der Gesetzgebung zu unterstützen. Die Abschaffung des monarchischen Systems hin zu jährlich gewählten Konsuln änderte erst einmal nichts an der Bedeutung des Senats als beratendes Organ. In der römischen Republik waren die Konsule den Oberrichtern des Senats unterstellt. In den letzten beiden Jahrhunderten der römischen Republik hatte sich die Bedeutung des Senats geändert und der Senat wurde zu einem unabhängigen automatisch bestimmten Organ. Das Forum Romanum fungierte als Mittelpunkt des politischen aber auch wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Lebens, wie die Agora der griechischen Antike als Ort für verschiedenste Funktionen. Öffentliche Reden, Hinrichtungen und andere politische Veranstaltungen fanden auf dem ca. 250m x 170m großen Hauptplatz statt.¹¹

Skandinavien

Das architektonische Erbe der griechischen und römischen Zivilisationen ist bis heute in der westlichen Welt spürbar. Tempel der griechischen Welt sowie die sakrale, zivile und militärische Architektur Roms haben die Architektursprache seit der Renaissance wohl am stärksten geprägt. Aufgrund der Dominanz klassischer Architektur sind alternative Präzedenzfälle für demokratische Institutionen kaum bekannt. Während Athen eine der architektonischen Motive der demokratischen Institutionen weltweit darstellt, bietet Skandinavien eine markante Alternative. Die isländischen Wikinger gründeten eine der frühesten demokratischen Gesellschaften der westlichen Welt auf Grundlage einer Versammlung „das Althing“, das sich jährlich ab ca. 930 n.Chr. zusammenfand. Konflikte zwischen Stammesführern sowie der Mangel an Regelungen führten zur Verfassung von Ulfiot, die den Rahmen für eine bemerkenswerte Gesellschaft mit einer „Thing“ als wichtigste nationale Institution festlegte. Die Wikinger Islands legten einen zentralen Ort für die gesamte Insel fest, bei dem ein Sprecher die Moderation und Kommunikation der Stämme untereinander leitete. Jeden Sommer fand das „Althing“ unter freiem Himmel in Pingvollr an der Oxara, ein Fluss im Südwesten Islands statt. Herzstück der Versammlung war ein kleiner Grashügel, auf dem mittig ein Sprecher Platz fand. Um den Grashügel herum entstand zur Zeit des mehrere Tage andauernden Althing eine Zeltstadt mit verschiedensten Akteuren. Neben den am Politgeschehen teilnehmenden Personen kamen Händler und Handwerker zur Versammlung was das Althing zum gesellschaftlichen Hauptereignis machte. Das „Thing“, die Versammlung der Freien Völker wurde zum Leitmotiv vieler germanischen Stämme. Obwohl es in ganz Skandinavien Versammlungen dieser Art gab, war das isländische Althing in ihrer Form einzigartig. Ohne einen alleinigen Herrscher oder Monarchen vereinte das Althing eine ganze Insel in einem Rechtssystem.¹²

Großbritannien

Als sich nordische Wikinger auf der Isle of Man niederließen etablierten Sie das Konzept der Versammlung unter freiem Himmel. Die ersten Hinweise auf eine dem isländischen Althing ähnelnde Versammlung dem Tynwald sind im Jahr 1228 zu finden. Ähnlich dem isländischen Althing orientiert sich die Anlage um den einen runden abgetreppten Grashügel auf dem die Versammlung tagte und Gesetze beschlossen wurden. Umgeben von Grasflächen ist der Hügel über einen Pfad mit einem Gerichtsgebäude und einer Gebetsstätte verbunden. Seit über zwei Jahrhunderten ist es Brauch während der jährlichen Versammlung einen Baldachin über die oberen vier kreisförmigen Plattformen zu errichten. Die Wurzeln des britischen Parlaments sind nicht eindeutig zuweisbar. Spuren führen zum isländischen Althing aber können mehr noch dem angelsächsischen Witenagemot, einer Ratsversammlung geistlicher und weltlicher Würdenträger zugeschrieben werden. Mit Eroberung Großbritanniens durch die Angelsachsen wurden auch deren Gesetze und Bräuche importiert. Das „Treffen der Weisen“ fand im Laufe der Zeit unter sehr wechselnden Teilnehmerzahlen statt. Der Monarch bestimmte wer in den Rat berufen werden soll. Während der Regierungszeit von König Edgar wurde der Witenagemot die offizielle gesetzgebende Versammlung oder das Parlament des erweiterten Standes mit dem König als seinem Oberhaupt. Das Parlament bestand, neben dem König, seinen Söhnen und anderen Verwandten aus Bischöfen, Äbten, Ratsherren aus kleineren Grafschaften und Provinzen, Ministern und Mitgliedern des Hofstaats. Mit Zustimmung des Parlaments erließ der König Gesetze, gewährte Land, ernannte Bischöfe und Grafen und erfüllte andere Regierungspflichten. Der Witenagemot scheint im Laufe seiner Geschichte keinen festen Ort gehabt zu haben. Die Mitgliederversammlung fand überall dort statt, wo der König und sein Hofstaat waren. In den späteren Jahren seines Bestehens trat die Versammlung mindestens dreimal im Jahr zusammen, typischerweise zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Nach der Eroberung der Normannen geriet das Wort in Vergessenheit aber trotz einer veränderten Terminologie bleibt das Erbe dieses Prototyps demokratischer Versammlungen sichtbar.¹³

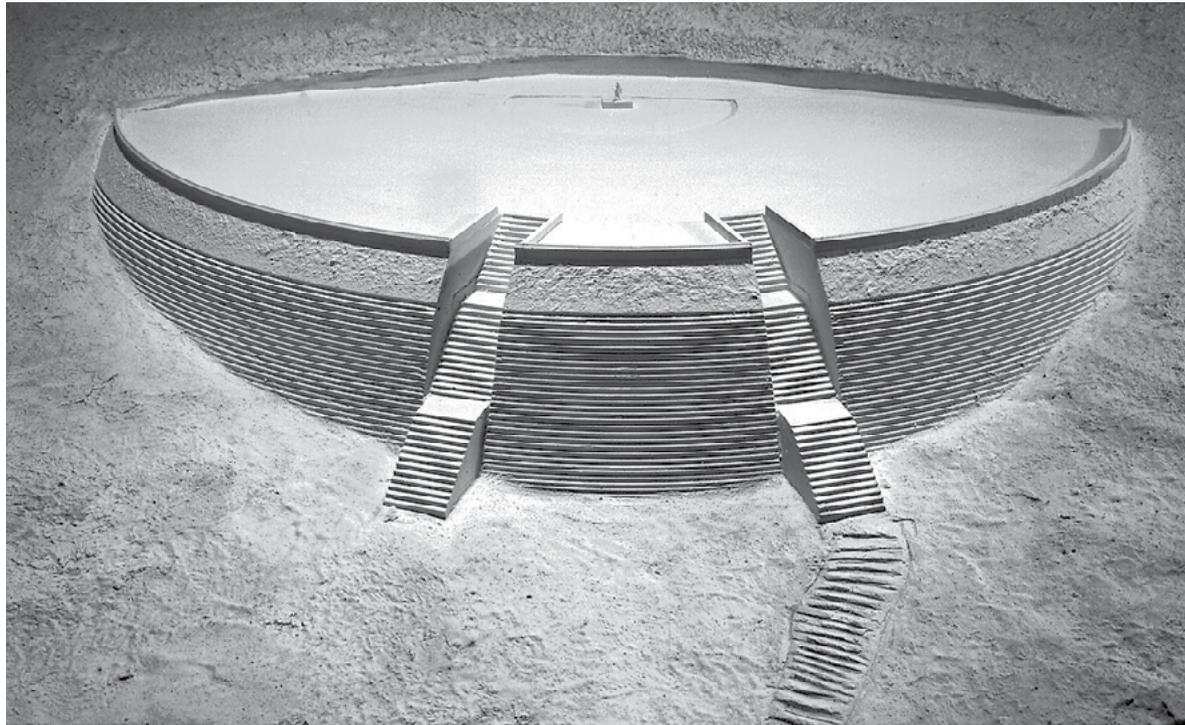


Abb 003 | Model of Phyx



Abb 004 | Curia Iulia

2.3.2 Entwicklungen politischer Architektur in Europa seit dem Mittelalter

Mittelalter

Nach Vorbild der Spätantike galt in Europa im Mittelalter eine enge Verbindung von Politik und christlicher Religion. Als Zeugnis davon kann beispielsweise der „Karlsthron“, der 790 n. Chr. im Auftrag Kaisers Karls des Großen im Aachener Dom errichtet wurde, genannt werden.

Vorrang vor dem Palast jedoch hatte die Kirche, die sich aus dem Bautyp der römischen Basilika entwickelt hatte. Durch die mittelalterliche Christianisierung wurden aus religiösen Stätten, Orte für politische Handlungen die ihre Legitimation durch den Altar und die darin geborgenen Reliquien erhielt. Religiöse Vertreter wurden, wie die Kaplane der Frankenkönige, zu politischen Akteuren z.B. Als Notare der Kanzlei wodurch auch das Englische Wort für Schreiber: „clerk“ seinen Ursprung findet. Dass es sich bei den Kirchenbauten zwangsläufig um öffentliche Orte handelte ist dabei jedoch ein Trugschluss, denn mit den religiösen Stätten konnten auch Burgkapellen, Klöster oder adelige Eigenkirchen adaptiert werden. Arkandenken war den politisch Mächtigen, insofern sie nicht dem geistlichen Stand angehörten trotzdem fremd. Burgen waren auch weniger als Paläste zu verstehen sondern mehr als öffentliche Orte die außer in Kriegszeiten für alle Zutritt gewährte. Im arabischen Raum hingegen waren auch schon im Mittelalter für die Öffentlichkeit abgeschlossene Paläste zu finden wobei das Palasttor den Berührungspunkt zwischen Volk und Herrscher bildete. Sie waren der Ort an dem die Kommunikation zwischen Herrscher und Beherrschten stattfand. Es konnten Bittschriften überreicht, Recht gesprochen oder Zutritt zu höheren Behörden gewährt werden. Namen späterer Paläste wie der ottomanische Topkapi in Konstantinopel oder der Ali Qapu in Isfahan waren Variationen der Westlichen „Hohen Pforte“. ¹⁴

Renaissance

In der Renaissance wurden politische Handlungen im Gegensatz zur Indiskretion des Mittelalters wieder im Geheimen vollzogen. Das städtische Großbürgertum erlangte mit steigendem Wohlstand auch immer Macht und zog sich nach und nach in neuartige Stadtpaläste zurück. Im Kern dieser „Palazzi“ stand das Kontor in dem die politischen und wirtschaftlichen Geschäfte der Familie vollzogen wurden. Die Macht liegt nun im privaten Büro und nicht auf öffentlichen Plätzen. Das introvertierte am Palazzo wird in seiner Architektur zum Ausdruck gebracht. Die Verschlussenheit dieser wird am Beispiel des Hauses der Medici in Florenz deutlich. Der ursprünglich offene Laubengang zur Straßenfront wurde im 16. Jahrhundert zugemauert und vergittert. Mit der Schliessung nach Aussen wird ein weiteres sehr wichtiges Charakteristikum der Palazzi ins Leben gerufen: Die Fassade nach außen und deren repräsentative Rolle in der Öffentlichkeit. Die Pracht des Hauses sollte der Würde des Besitzers entsprechen und diese zum Ausdruck bringen. Der immer stärkere Rückzug politischer Akteure und damit politischen Handelns aus dem Licht der Öffentlichkeit wird am Beispiel des Palazzo Ducale in Urbino deutlich. Der Herzog von Urbino, Federico da Montefeltro lies Mitte des 15. Jahrhunderts seine fürstliche Residenz errichten. Das eigentliche Zentrum der Herrschaft findet man hier nicht im Thronsaal, sondern in einem intimen Arbeitszimmer, dem „sudiolo“. Der Principe konnte von hier aus von Öffentlichkeit und sogar von Hofstaat ungestört agieren. Das kaufmännische Kontor sowie das humanistische Studio sind damit die Vorreiter der klassischen Arkan-politik im Absolutismus: Der Herrscher trifft seine politischen Entscheidungen mit einigen wenigen Gehilfen oder gar allein im „Kabinett“, einem kleinen, nicht allgemein zugänglichen Raum in seinem Palast. Das neuzeitliche Arkan Modell versucht sein allgemeines Desinteresse an politischer Wahrnehmung durch einen erhöhten Aufwand an Repräsentation zu verschleiern. ¹⁵

Barock

Der von der römisch katholischen Kirche ins Leben gerufene Baustil des Barock zeigte sich vor allem für die Bauten der Politik als besonders geeignet. Ludwig XIV verstand es seinerzeit am besten den Architekturstil des Barocks zum Spezialgebiet der französischen Monarchie formieren. Als wichtiger Rahmen des öffentlichen Lebens wurde die Architektur zum Werkzeug des Staates. Staatsarchitektur in Frankreich teilte sich dabei in drei Bereiche: Die Königlichen Schlösser, den Streitkräften und damit den Marinestützpunkten und an der Hauptstadt Paris. Der Palast galt wie schon in der Renaissance auch im Barock als Zentrum politischen Handelns. Mit dem Palast im Barock entstand jedoch ein neuer Typus. Mit dem Schloß in Versailles, das als Prototyp des barocken Palasts bezeichnet werden kann, wurde die zuvor gehegte Verschlussenheit gegenüber der Öffentlichkeit zumindest teilweise abgelegt. Den besseren Ständen der Gesellschaft wurde Zutritt zu Parkanlagen und Repräsentationsräumen gewährt. ¹⁶

Zwischen Klassizismus und Historismus

Mit dem Klassizismus begann sich im 18. Jahrhundert ein Stil zu entwickeln der einen ganz erheblichen Einfluss auf heutige Parlamentsarchitektur ausübt. Auslöser des Umbruchs waren tief greifende technische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen die das spätbarocke Repräsentationsmodell obsolet machen sollte. Es wurde ein neuer architektonischer Ausdruck gefordert. Die Epoche der Aufklärung bediente sich dabei ebenso wie die vorangegangene Epoche am Fundus der Antike. Während im Barock das Dekorhafte des Hellenismus im Mittelpunkt stand, versuchte sich der Klassizismus in klaren Formen Ausdruck zu verleihen. Als Leitbau für den neuen Baustil sollte in der „Neuen Welt“ nach dem Vorbild Roms, im „Neuen Rom“: Washington ein Parlament errichtet werden dass sich am römischen

Kapitol orientierte. Parallel zum Klassizismus entwickelte sich zumindest theoretisch der Stil der „architecture parlante“ der vorsah als „sprechende Architektur“ an Grundriss, Dekor und Gestalt seine Funktion erkennen zu lassen. Dieser Architekturstil konnte sich jedoch auch aus Kostengründen nicht gegen den Klassizismus durchsetzen.

Ausgehend von Frankreich entwickelte sich gerade für staatliche und kommunale Bauten eine Art gedruckter Musterkatalog der Lehrer an der Napoleonischen École Polytechnique in Paris, Jean Nicolas Durand 1802 - 1809 publizierte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts regte sich jedoch Abneigung gegen die weltweit stilistische Vereinheitlichung des Klassizismus.

Der Ruf nach einem Nationalstil wurde vor allem in Deutschland schon während der Spätaufklärung laut. Johann W. von Goethe bezeugt dies auch in seinem Aufsatz „von deutscher Baukunst“ aus dem Jahre 1773 in dem er die Gotik als typisch deutschen Stil gepriesen hat. Diese Auffassung ist mittlerweile von der Kunstgeschichte widerlegt. Der bayrische König bemühte sich Mitte des 19. Jahrhunderts noch einmal um einen einheitlichen bayrischen Architekturstil, was jedoch ebenso scheitern sollte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Suche nach einem einheitlichen Architekturstil gänzlich aufgegeben um sich im Historismus an allen Epochen zu bedienen. Neoromanischen Kirchen, neogotischen Rathäusern, Gerichtsgebäude und Museen im Stil der Neo-Renaissance und Neo-barocken Schulen, wobei hier Stile und Gebäudefunktionen beliebig austauschbar wären.¹⁷

Politische Architektur im 20.Jhdt

Ohne eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist eine Behandlung des Themas: Politik und Architektur im 20. Jahrhundert wohl nicht möglich. Die heute noch immer populäre Meinung das Dritte Reich hätte nur monumentale und brutale neoklassizistische Architektur vorgebracht und das „Neue Bauen“ konnte nur im Exil überleben, gilt mittlerweile als widerlegt. Der nachvollziehbare Eindruck wird verstärkt von typischer NS Architektur wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg das Gauforum in Weimar oder das Olympiastadion in Berlin. Die Historikerin Barbara Miller Lane stellte jedoch innerhalb der offiziellen NS Architektur vier Grundpositionen fest: Neoromanik, Neoklassik, volkstümliche Architektur und Moderne.

Trotz eines Anspruchs der Nationalsozialisten das „Neue Bauen“ durch einen einheitlichen „nationalsozialistischen“ Stil zu ersetzen, erlaubten die Rivalitäten der verschiedenen Strömungen dennoch nahezu jeden Stil, einschließlich den der unterdrückten Architekten.

Auch der Architekturhistoriker Werner Durth bestätigte diese These und konstatiert der deutschen Architektur für die Zeitspanne vor dem ersten Weltkrieg bis in die Anfänge der Bundesrepublik eine interessante Kontinuität. Das Merkmal von totalitären System und der Architektur die sie hervorbringt ist der Versuch neben traditionell repräsentativer Palast Architektur auch Bauten für die Öffentlichkeit zu schaffen. Allerdings handelt es sich dabei kaum um demokratische Orte sondern um Aufmarschplätze

oder Orte zur Verbreitung von Propaganda. Das zeigt sich auch am Forum oder am Stadion, wo echte politische Kommunikation einer einseitigen Beschallung von großen Menschenmassen weichen muss.

Ein Gebäude des italienischen Faschismus, nimmt unter dem Aspekt der Kommunikation eine besondere Rolle ein. Die „Casa del Fascio“ diente in der Stadt Como als Parteizentrale der PNF.

In unmittelbarer Nachbarschaft zu einer barocken Kirche ordnet sich das Gebäude zwar in seinen Dimensionen klar unter. Das überdimensionierte vorgelagerte Forum, die „Piazza del Impero“ und die radikal kubistische Architektur hingegen erregt besondere Aufmerksamkeit. Die Konferenzzimmer im Inneren des Gebäudes sind aus Glas. Ein verglaster Innenhof mit umlaufenden Galerien soll auch hier den Eindruck von Transparenz und Offenheit vermitteln. Der Eingangsbereich bildet aber den interessantesten kommunikativen Bereich. Eine ganze Batterie von Glastüren öffnet auf Knopfdruck das Gebäude für die Öffentlichkeit. Es scheint als wären dem Architekten Giuseppe Terragni das kommunikative Defizit des auftraggebenden politischen Systems bewusst gewesen. Interessanterweise spielt gerade das Leitmotiv der Transparenz in Parlamentsgebäuden heute eine so tragende Rolle. In Bezug auf die Casa del Fascio ist festzustellen, dass der Palast als Architypus keine Mauern und Säulen mehr braucht und aber auch umgekehrt, Transparenz als Leitmotiv für Parlamentsgebäude kein Allheilmittel ist.¹⁸



Abb 005 | Casia del Fascio in Como

2.4

Parlamentarische Repräsentation

2.4.1 Repräsentationsbegriff

In der Antike hatte der Begriff: „repraesentare“ neben „Vergegenwärtigung“ oder „Darstellen“ auch Bedeutungen wie „in die Tat umsetzen“ oder „sich versammeln“.¹

In der spätrömischen Rechtsprache wird mit „repraesentatio“ von einerseits der Stellvertretung des Imperiums, aber auch der Stellvertretung eines Dritten vor Gericht gesprochen. Bis heute hat sich das Begriffsfeld der Repräsentation erweitert und beschreibt in der gehobenen Umgangssprache Charakteristiken wie „ansehnlich, äußerlich oder prächtig“²

Repräsentation macht per Definition etwas sichtbar was zwar existiert aber nicht selbst in Erscheinung treten kann. Es ist also ein Werkzeug oder eine Art der Darstellung die stellvertretend für das Repräsentierte mittels Symbolen, Zeichen oder Begriffe vermitteln soll. Im Falle des Parlamentsbaus, als architektonische Repräsentation des repräsentativen politischen Systems soll die Demokratie so wie wir sie heute kennen verkörpert werden.³

2.4.2 Selbstdarstellung der Demokratie

Zur Notwendigkeit eines Staates gehört es, seine Existenz gegenüber seinen Bürgern zu legitimieren. Seine Ziele und vor allem seine Zielumsetzung unterliegen einer ständigen Prüfung auf Sinnhaftigkeit und Erfüllung durch die Mitglieder dieses Staates. Dementsprechend kann es als ein Grundbedürfnis eines jeden Staates angesehen werden, sich als sinnvoll, vertrauenswürdig und erfolgreich zu präsentieren.

Der deutsche Journalist und Architekturkritiker Heinrich Wefing, behandelt in seiner Abhandlung „Parlamentsarchitektur“ das Thema der Selbstdarstellung von Demokratien. Der Begriff „Selbstdarstellung des Staates“ kann, so Wefing, terminologisch nicht exakt fixiert werden. Es wird daher nur inhalts offen umschrieben: Im Allgemeinen bedeutet dieser Terminus die „Präsentation eines Bildes des eigenen Selbst“ mit dem Ziel, die Wahrnehmung dieses Bildes bei den Adressaten meist positivierend zu „steuern und zu kontrollieren“⁴

Neben der Präsentation eines Staates nach außen, durch Information und amtlicher Öffentlichkeitsarbeit, gehört auch die „ästhetische Inszenierung seiner sinnlich wahrnehmbaren „Schauseite“, die von Elementen wie den Flaggen und Wappen, den politischen Zeremonien und nicht zuletzt auch den öffentlichen Bauwerken geprägt wird.“⁵ Das primäre Ziel dieser Selbstdarstellung mit dem Adressaten Bürger ist es vor allem, diesem seine Existenz und seine Einheit zu vergegenständlichen. Es wird versucht, dem schwer greifbaren komplexen Gesamtkonstrukt Staat eine sichtbare Hülle zu verschaffen, die zahllose Organe und Organteile als ein einheitliches Gepräge erscheinen lässt. Dem Bürger soll dabei geholfen werden, trotz scheinbar zusammenhangsloser amtlicher Tätigkeiten den Staat als Ganzes und für alle Bürger wahrzunehmen. Der Wert dieses Staates, den es zu vermitteln gilt, soll dabei verdeutlichen, dass es wichtig ist jeden Staatsbürger in das Staatsleben mit einzubeziehen und einen Grundkonsens zu bilden. Ob dieses Angebot zur Identifikation und Integration wahrgenommen wird, bleibt dabei aber der freien Entscheidung des Bürgers überlassen.⁶

2.4.3 Verhältnis Architektur - Politik - Bauwerk

Das Parlamentsgebäude gilt mit anderen Institutionsbauten als Kommunikationsmittel des Staates nach Innen und Außen. Wefing hält es für angebracht, angesichts der Symbolwirkung von Gebäuden und ihres „Verweischarakters“ Staatsarchitektur in Anlehnung an Staatssymbole als Integrationsfaktoren zu betrachten.⁷ Er zieht dazu die Ausführungen des deutschen Rechtswissenschaftler Rudolf Smend zur Integrationslehre heran: „Die Architektur enthält Bezüge zu allen drei Integrationstypen, die Smend isoliert vorstellt: Gebäude gestalten den Raum, in dem führende Persönlichkeiten des Staates auftreten, sie stellen den Rahmen oder den Zielpunkt demonstrativer Aufzüge dar und vor dem Hintergrund der Bauwerke treten die staatlichen Symbole in Erscheinung, die die Bauten schmücken oder als staatlich kennzeichnen.“⁸

Sowohl Geschichte als auch das Territorium, also das Staatsgebiet, zählen zu entscheidenden Integrationsfaktoren. Zwei Aspekte die in eindeutigem Bezug zur Architektur stehen. Historische Ereignisse haben unweigerlich einen geographischen Rahmen, einen Ort der historischen Handlung. In den meisten Fällen ist dieser Ort ein Bauwerk. Die historische Bedeutung solcher Orte wird an der Bekanntheit prominenter Beispiele wie der Wartburg in Eisenach oder dem Spiegelsaal von Versailles deutlich.⁹ Nicht selten werden geschichtsträchtige Orte durch Bauwerke wie Monumente markiert. Wie beispielsweise das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig nähern sich Bauwerke in ihrer Bedeutung und in ihrer Wahrnehmung so Staatssymbolen an. Dem abstrakten und unsichtbaren Staat wird eine Gestalt oder eine „sinnliche Wahrnehmung“ gegeben.

Staatliche Baukunst ist nach Wefing damit als Integrationsfaktor zu bezeichnen: „Staatliches Bauen ist Teil des vielschichtigen Kommunikationsprozesses staatlicher Selbstdarstellung, der Sinn konstituiert.“

Die integrative Wirkung von Architektur entfaltet sich jedoch nur dann wenn sie die Werte und Grundsätze darstellen, die den Staat besonders prägen und legitimieren. In seiner Abhandlung weist Heinrich Wefing auf

einen weiteren räumlichen und sprachlichen Zusammenhang von Politik und Architektur hin. Die Neugründung einer „Polis“ - Stadt/Staat oder Stadtstaat bedeutete oftmals zwei Dinge. Neben der Errichtung eines sichtbaren Baukomplexes, der Architektur einer Stadt galt es auch eine weniger sichtbare Ordnung für das Zusammenleben der Bürger zu erschaffen. Aus dem Verhältnis dieser beiden Aspekte lässt sich die ursprüngliche Annahme eine Stadt oder ein Staat sei das Abbild ihrer Ordnung ableiten. Der Zusammenhang von sichtbarer Struktur und politischer Wunschordnung wird stark deutlich in Anbetracht der Idealstadt-Utopien aus den 1960er Jahren. So wird die Architektur oder das urbane Layout oftmals zur symbolhaften Darstellung der angestrebten bzw. vorherrschenden Politik eines Staates.¹⁰ Eine weitere wechselseitige Beeinflussung von Politik und Architektur soll im folgendem deutlich gemacht werden. Ein Bauwerk im Generellen hat zuallererst die Aufgabe einen pragmatischen Zweck zu erfüllen, einer Nutzung entsprechenden Raum zur Verfügung zu stellen. Bei repräsentativen Bauten hingegen, geht ihre Aufgabe über diese primäre Funktion hinaus. Diese Architektur repräsentiert und steht für etwas höheres als sich selbst. Sie spricht „Empfindungen an, weckt Emotionen und steht für Bedeutung“ so Wefing.¹¹ Architektur ist aber auch als Endprodukt verschiedenster Disziplinen technischen, ökonomischen, historischen, kulturellen, ökologischen und soziologischen Einflüssen ausgesetzt. Über verschiedenste Prozesse nicht nur im Rahmen der Planung und Ausführung werden architekturexterne Impulse in einem Bauwerk verarbeitet. Der Prozess des Bauens, der die Zusammenarbeit verschiedenster Akteure erfordert, stellt durch diese sozialen Handlungen einen politischen Akt dar. Diese „Primärbezüge“ zwischen Architektur und Politik, wie Wefing sie nennt, können ergänzt werden mit Sekundärbezügen in Form von zehenhaften Verknüpfungen. Verbildlichte Begrifflichkeiten wie „Hohes Haus“ für das Parlament oder das „gemeinsame Haus Europa“ zeigt einmal mehr deutlich wie eng Architektur und Politik durch Sprache miteinander verknüpft ist.¹² Architektur als Manifestation eines politischen Akts, als Ausdruck eines politischen Strebens, beinhaltet immer auch inhaltliche Verweise auf dieses politische Streben.

„Dieses Parlamentsgebäude beansprucht mehr als die architektonische Umsetzung parlamentarischer Funktionen. Es will selbst ein bestimmtes Demokratieverständnis zum Ausdruck bringen.“

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, bei der Eröffnung des neuen Plenarbereichs des Deutschen Bundestages in Bonn am 30. Oktober 1992¹³

Wenn Architektur auch eine repräsentative Bedeutung hat, die über den funktionalen Zweck hinaus geht, werden Bauwerke zu Botschaften. Politische Aussagen von Gebäuden lassen sich anhand ihrer plastischen und bildlichen Ausschmückungen dechiffrieren. Flaggen, Statuen, Fresken erzählen Geschichten und lassen Einblicke in das Selbstverständnis des Bauherrn zu. Neben den Details oder der Fassade kann jedoch auch das Gebäude selbst Ausdruck einer größeren Bedeutung sein. Die einfachste und geläufigste Art dieses Ausdrucks ist die schlichte Größe eines Gebäudes. Es verwundert also nicht das besonders machtbewusste Herrscher versuchten ihrer „Größe“ mithilfe „ihrer Gebäude“ zum Ausdruck zu bringen. Beispielsweise der nie fertig gestellte Parlamentspalast von Ceaușescu in Bukarest der das zweitgrößte Verwaltungsgebäude der Welt darstellt, zeigt welche quantitativen Ansprüche an repräsentative Architektur gestellt wird und wurde.

„Ich brauche etwas Großes, etwas sehr Großes, das zeigt, was wir bereits erreicht haben“

Nicolae Ceaușescu¹⁴

Die Assoziation von Architektur und Politik mit Form und Bedeutung ist in vielen Beispielen belegbar. Innerhalb eines historisch-kulturellen Kontext lösen bestimmte Architekturelemente Interpretationen aus. Die Kuppel als höchste Stufe in der Hierarchie der architektonischen Würdeform, steht in diesem Kontext für ein Jahrhundert Jahre altes Symbol für Hoheit und Macht, während der stadtherrschende Rathausturm als Ausdrucksform bürgerlich republikanischen Selbstbewusstseins zu werten ist.¹⁵ Repräsentative Bauwerke stellen vor allem im Kontext von Parlamentsbauten ein besonders hervorgehobenes

Gebäude, das durch Architektur ideelle Werte vergegenwärtigt und im Laufe der Zeit selbst zum Symbol dieser wird.¹⁶ Die Bedeutung dieser Symbolhaftigkeit von Architektur wird besonders deutlich, wenn dieses Symbol gefährdet ist oder nur die Befürchtung besteht es wäre in Gefahr missachtet, zerstört oder nicht würdig behandelt zu werden. An der engagierten Debatte um die von dem Künstlerpaar Christo und Jeanne Claude geplanten Verhüllung des Reichstags die erst 1995 nach über 20 Jahren Planung gelang, zeigt sich die enorme Bedeutung dem ein Staatssymbol zugesprochen wird. Die Entscheidung wurde im deutschen Bundestag, damals noch in Bonn, hitzig diskutiert. Die Gegner dieses Projekts wiesen voller Überzeugung darauf hin, welchen unantastbaren Charakter solch ein Symbol für das Selbstverständnis des Staates haben muss. Der damalige CDU/CSU Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble, ein strenger Gegner des Kunstwerks, formulierte seine Bedenken in einer Rede vor dem Bundestag:

„Wir müssen daran erinnern, daß die staatliche Gemeinschaft nicht nur durch ein System perfektionierter Rechtsnormen oder durch ein System perfektionierter Sozialleistungen zusammengehalten wird, sondern dass diese Gemeinschaft vor allem auch durch Institutionen, in denen die grundlegenden Normen Ausdruck finden, zusammengehalten wird - und dass wir diese Institutionen stabil halten müssen, das wir sie integrationsfähig halten müssen, wenn diese Gemeinschaft eine gute Zukunft haben soll. Und dies hat auch mit den Bauwerken zu tun, die diese Institutionen beherbergen. Ihr Bild prägt sich den Menschen ein, und so verkörpern sie diese Institutionen, repräsentieren sie nach aussen, damit sie sie glaubwürdig repräsentieren können, sollten wir auch mit ihrer äußeren Erscheinung keine Experimente veranstalten[...] So ist ein Bauwerk wie der Reichstag ist auch ein politisches Symbol. In solchen Symbolen bündeln sich wie in einem Brennglas die historischen Erfahrungen eines Volkes. Es sind ruhende Pole, Achsen, um die das Mit- und Gegeneinander der politischen Kräfte über Jahrzehnte kreist. Insofern verbinden sie ein Volk auch im Widerstreit der Interessen, der Ziele, der Überzeugungen. In solchen Symbolen verkörpert sich die innere Einheit eines Volkes.“¹⁷



Abb 006 - Der verhüllte Reichstag des Künstlers Christo

2.5

Plenum

Beim Vergleich der Plenarsaaltypen aller UN Mitgliedsstaaten gibt es nur 5 verschiedene Anordnungen die nachfolgend verglichen werden sollen. Obwohl jedes Land glaubt, dass sein Parlament ein einzigartiger Ausdruck nationaler Identität ist, zeigt die Homogenität dieser fünf Typologien einen systematischen Mangel an Innovation.¹

Halbkreisförmige Anordnung/ „Französischer“ Typus

Mit der französischen Revolution feierte diese Sitzanordnung die ihre Ursprünge im Amphitheater der klassischen Antike findet, ihr Comeback. Der Plenarsaal im Palais Bourbon, der ab 1798 die Tagungsstätte des französischen Parlaments beherbergte, gilt als Vorbild der halbkreisförmigen Sitzordnung für heutige Parlamente und ist in knapp einem Drittel der Parlamente aller UN Mitgliederstaaten zu finden.

Der sogenannte französische Typus ist somit der am weitest verbreitete Typus weltweit.

Insgesamt 654 Plätze für die französischen Abgeordneten sind in dem ansteigenden Raum verteilt. Die Bänke der ersten Reihe sind den Mitgliedern der Regierung und Vertretern der Ausschüsse vorbehalten. Durch die ansteigenden Sitzreihen ist die Sichtbarkeit von allen Plätzen gewährleistet. Der Fokus richtet sich auf das Rednerpult im Zentrum der halbkreisförmigen Anordnung.

Hinter dem Rednerpult befindet sich der Parlamentspräsident der die Sitzung im Saal leitet.²

Beim klassischen französischen Typus wird eine Ausrichtung des Plenums weitestgehend verhindert. Alle Abgeordneten sitzen im französischen Parlament ungeachtet davon ob Sie zu Regierungsfraktion oder zur Opposition gehören, auf gleichwertigen Plätzen. Die Sitzordnung ist voll und ganz auf den Parlamentspräsidenten und den Debattenredner ausgerichtet und verfolgt somit das klassische parlamentarische Prinzip.

Es gibt verschiedenste Abwandlungen und Varianten dieser Grundform. Beispielsweise eine über den Mittelpunkt geradlinig zu einer Hufeisenform verlängerter Form oder eine wesentlich flacher gekrümmte Anordnung. Am Beispiel des deutschen Bundestags, in der rechts neben dem Präsidium die Reihen für die Bundesregierung und links Reihen für den Bundesrat vorbehalten sind wird ein weiterer Aspekt deutlich. Die Ausrichtung erfolgt durch das Gegenüberstellen von Regierung und Bundesrat nicht mehr nur auf den Redner im Saal. Eine räumliche Frontalstellung von Abgeordnetenplätzen und denen der Regierung übermittelt ein einprägsames Bild eines „Gegenüber und Gegeneinander“³

Britischer Typus

Der britische Typus bezeichnet zwei sich gegenüberliegende Bankreihen, die ursprünglich für Regierung und Opposition vorgesehen waren. Dieser Typus ist neben dem britischen Unterhaus vor allem in den Parlamenten der Commonwealth-Staaten zu finden.

Das britische „House of Commons“ befindet sich wie das „House of Lords“ im Palace of Westminster. Beide Kammern orientieren sich in ihrer Sitzanordnung an der des römischen Senats in der Antike. Ansteigende Bänke stehen sich frontal gegenüber und in direkter Konfrontation zueinander sitzen sich die politischen Lager. Dazwischen öffnet sich ein breiter Mittelgang an dessen Ende in erhöhter Position der „Speaker“ Platz nimmt. Vor den Bankreihen beider Seiten befindet sich jeweils eine rote Linie, die sogenannte „Bianca-Line“. Der Abstand zwischen beiden Linien beträgt zwei Schwertlängen. Der Speaker des Hauses erfüllt in britischen Sitzungen ähnliche Rollen wie der Bundestagspräsident. Vor dem Pult des Tisches befindet sich die „Tafel des Hauses“ auf dem sich der zeremonielle Streitkolben befindet. Die Gestalt des heutigen Plenarsaals ist historisch bedingt auf den als Kapelle gebauten Raum des Westminster Palastes. Der ehemalige Altar der Kapelle ist heute der Stuhl des Speakers. Die ursprünglichen Chorstühle, die vormals für die Geistlichen gedacht waren dienten fast 300 Jahre lang als Bestuhlung für die Abgeordneten. Die relative Enge des Unterhauses ist auf die ursprünglich sakrale Nutzung zurückzuführen. Nach der Zerstörung durch deutsche Fliegerbomben 1941 stimmte das Unterhaus für einen Wiederaufbau nach Original-Plänen mit ein paar wenigen technischen Verbesserungen. Für 630 Abgeordnete gibt es nur 437 Plätze, davon sogar nur 346 in den Bänken. Es muss daher bei gut besuchten Sitzungen wie etwa bei wichtigen Abstimmungen auf Galerieplätze, Stehplätze oder Treppenstufen zurückgegriffen werden.⁴

Obwohl der Enge im Unterhaus wurde einer räumlichen Veränderung oder gar Vergrößerung nach der Zerstörung nicht zugestimmt. Winston Churchill, ein entschiedener Verfechter des Wiederaufbaus in der traditionellen Form, argumentierte mit der zu erwartenden Leere in einem vermeintlich größeren Saal bei den meisten Debatten im Unterhaus. Ebenso sollte bei wichtigen Entscheidungen das Gefühl von Dringlichkeit über die Dichte und Andrang vermittelt werden. Auch die Debattenkultur im britischen „House of Commons“ erfordert eine begrenzte Raumgröße. Jeder Abgeordnete spricht von seinem Platz aus, Zwischenrufe und spontane Dialoge

zwischen Regierung und Opposition, wie sie im Unterhaus üblich sind, wären in einem größeren Saal nicht in der Form möglich. Festgelegte Plätze gibt es ebenso wenig wie ein Rednerpult. Lediglich die „front benches“ sind für Regierung und Oppositionsführer reserviert.⁵

Anordnung in Hufeisenform

Die bereits erwähnte Abweichung zum französischen Typus in Gestalt einer Hufeisenförmigen Sitzanordnung im Plenarsaal findet in rund einem Viertel der Parlamente aller UN-Mitgliederstaaten Anwendung. Genauer gesagt handelt es sich um eine Mischform zwischen Britischem und Französischen Layout. Die gegenüberliegenden Plätze biegen sich an einem Ende zu einem Halbkreis zusammen. Dieser Typus ist vor allem in Commonwealth Staaten wie Australien oder Malaysia zu finden aber auch beispielsweise in Spanien oder in abgewandelter Form mit geraden Segmenten auch in Israel. Louis Kahn hat sich bei seinem berühmten Entwurf für das Parlament in Dhaka, Bangladesch ebenfalls für diese Sitzanordnung entschieden.

Kreisrunde Anordnung

Die Sitzanordnung im Kreis ist die jüngste der fünf bekannten Typen. Das mag mit ein Grund sein dass es nur elf Parlamente weltweit gibt in denen diese Form von Plenarsälen umgesetzt wurde.⁶

Bei kreisförmiger Anordnung nehmen meist ca. 3/4 des Kreises den Platz für die Abgeordneten ein, wobei der restliche Abschnitt für Präsidium und Regierung vorbehalten ist. Um eine bessere Hör- und Sehbarkeit zu gewährleisten sind die hintereinanderliegenden Sitzreihen aufsteigend angeordnet. Die geometrische Mitte des Kreises bleibt meist leer und das Rednerpult befindet sich wie beim französischen Typus vor dem Präsidenten.

Auch der von Behnisch entworfene Plenarsaal des deutschen Bundestags in Bonn der 1992 eingeweiht wurde erhielt eine kreisrunde Sitzanordnung. Für das deutsche Parlament hatte die kreisrunde Bestuhlung allerdings nur ein kurzes Gastspiel, da in dem von Norman Foster sanierten Reichstagsgebäude wieder eine halbkreisförmige Anordnung folgte. Die ausgiebigen Diskussionen um den Bonner Bundestag

vor der Planung spiegeln die enorme Bedeutung der Gestalt des Sitzungssaals für das politische Selbstverständnis wider.⁷

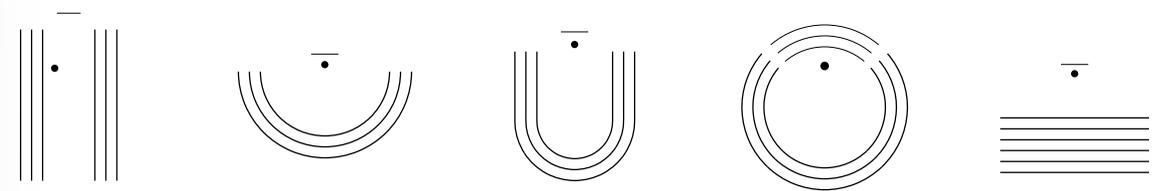
Befürworter der kreisförmigen Sitzordnung für den Plenarsaal der Bundesrepublik Deutschland waren von der positiven Auswirkung auf die Debattenkultur überzeugt. Das Sitzen im Kreis als Symbol für das Miteinander und die für eine gute Debattenkultur erforderlichen Dichte und Konzentration durch die Absenkung zur Mitte hin galten als Leitmotive.⁸

Klassenraumtypus

Der Klassenraumtypus legt seinen Fokus frontal auf einen Redner. Hintereinander gereihte Abgeordnetenplätze sind in Reihen meist leicht ansteigend angeordnet. Meist findet sich der Klassenraumtypus in Ländern, die im Demokratie Ranking eher im unteren Drittel zu finden sind.⁹

Das klassische Klassenzimmerlayout aus der Zeit der Industrialisierung dient hier als Vorbild. Mit geraden oder abweichend mit leicht gekrümmten Bänken sitzen die Abgeordneten der Regierung oder dem Regierenden gegenüber. Die Symbolik die für diese Anordnung steht ist leicht mit der des Klassenzimmers mit Frontalunterricht zu vergleichen. Auch hier geht es meist weniger um wirkliche Abstimmung als um Belehrung, Gehorsam und Zustimmung. Die Parlamente von China, Russland oder auch Nordkorea haben beispielsweise ein Layout dieser Art. Interessanterweise scheint die Größe des Plenarsaals indirekt proportional mit dem Demokratieindex zu stehen. Je undemokratischer ein Staat nach dieser Bewertung zu sein scheint, desto größer ist der parlamentarische Sitzungssaal.¹⁰

Eines der bekanntesten Beispiele einer zeitgenössischen Parlamentsarchitektur mit einem Plenarsaal diesen Layouts ist das Parlament in Brasilia von Oskar Niemeyer. Die Wahl dieses Typus scheint mit der Affinität Niemeyers mit dem Kommunismus zu tun zu haben.



Geometrie & Interpretation

Die verschieden ausgeführten Plenarsaaltypen und ihre Sitzanordnungen basieren jeweils einer einfachen geometrischen Form. Der Gestalt des Layouts wird jeweils eine Symbolik und Bedeutung im politischen Kontext zugeschrieben. Abgesehen von Kriterien wie Hör- und Sehbarkeit, die nicht nur architektonisch sondern auch technisch zu lösen sind, gibt es eine übergeordnete Ebene des Selbstverständnisses und der Repräsentation im Inneren eines Parlaments. Zuvor wurde bereits auf die Deutung der vorherrschenden 5 Typologien eingegangen. Im Folgenden soll jedoch noch abstrakter auf den Symbolgehalt der zugrundeliegenden Ursprungsgeometrien eingegangen werden. Bankreihen werden vernachlässigt als Einzellinien betrachtet. Es gibt nur zwei Elemente. Sprecher und Angesprochene. Punkt und Linie (Viele Punkte)

Parallele

Als zwei gleichgerichtete Linien sind Parallelen dazu bestimmt sich niemals zu treffen. Die kleinste Abweichung einer der beiden Linien in ihrer Ausrichtung würde diesen Zustand zunichtemachen. Der Raum der zwischen diesen Linien aufgespannt wird, ist ein Raum des Gegenübers. Zwei Linien stehen sich gleichberechtigt entgegen und generieren ein Spannungsfeld der Konfrontation. Im Kontext der Versammlung sehen Befürworter dieses Layouts ideale Bedingungen für eine gesunde Debattenkultur. Das entscheidende Element ist die Distanz, die möglichst gering gehalten wird um einen Dialog zweier Seiten zu fördern oder gar zu provozieren. Durch die Parallelität entsteht auch zwei offene Enden deren Frage nach der Funktion meist mit Eingang und Moderation beantwortet wird.

Kreisbogen

Die Charakteristik des Kreisbogens ähnelt der des Kreises naturgemäß sehr. Einer der markantesten Unterschiede ist jedoch die Öffnung, die eine neue dem Kreis unbekannte Komponente einbringt. Das fehlende, durch Schnittoperation „verlorene“ Restsegment des Kreises generiert eine Frage die beantwortet werden muss.

Gibt es ein Gegenüber die der gebogenen Linie

gegenüber steht oder bleibt der offene Raum leer wodurch sich die gebogene Linie nur auf ihre geometrische Mitte konzentriert. Ein Gegenüber schafft gleichzeitig einen Raum der Konfrontation und somit einen ambivalenten Raum von einem „Zusammen“ und einem „Gegeneinander“.

Um eine gewisse Anzahl an Punkten mit einem festgelegten Abstand auf der Halbkreislinie gewährleisten zu können, muss der erforderliche Radius des Kreisbogens größer sein als bei bspw. einem Vollkreis.

Der daraus resultierende Raum weist folglich im Vergleich weniger Dichte und weniger Konzentration auf.

Parallele mit Kreisbogensegment

Die klassische Hufeisenform ist wie bereits erwähnt eine Mischform zwischen gegenüberliegenden Bänken und dem verbindenden Halbkreissegment. Die Charaktereigenschaften der zugrundeliegenden geometrischen Vorbilder vermischen bzw. addieren sich. Es gelten sowohl die Vorzüge der Konfrontation, als auch das Verbindende der gebogenen Linie und der dadurch verstärkte Fokus auf einen Mittelpunkt bzw. eine Mittellinie. Der Raum ist im Unterschied zur parallelen Form introvertierter und im Vergleich mit einem halbkreisförmigen Layout dichter und konzentrierter.

Kreis

Der Kreis kann als in sich selbst zurückkehrende Linie auf der alle Punkte sich im gleichen Abstand zum Mittelpunkt befinden, verstanden werden. Als einfachste und zugleich vollkommenste geometrische Figur, unterliegt der Kreis einfachen Gesetzmäßigkeiten die sich auf Mittelpunkt und Radius beschränken. In dieser Simplizität und Egalität liegt die Symbolkraft des Kreises als Zeichen für Natürlichkeit, Harmonie, Emanzipation und Isonomie.¹¹

In Bezug auf den Raum den ein Kreis aufspannt, kann eine gewisse Introvertiertheit nicht gelehnet werden.

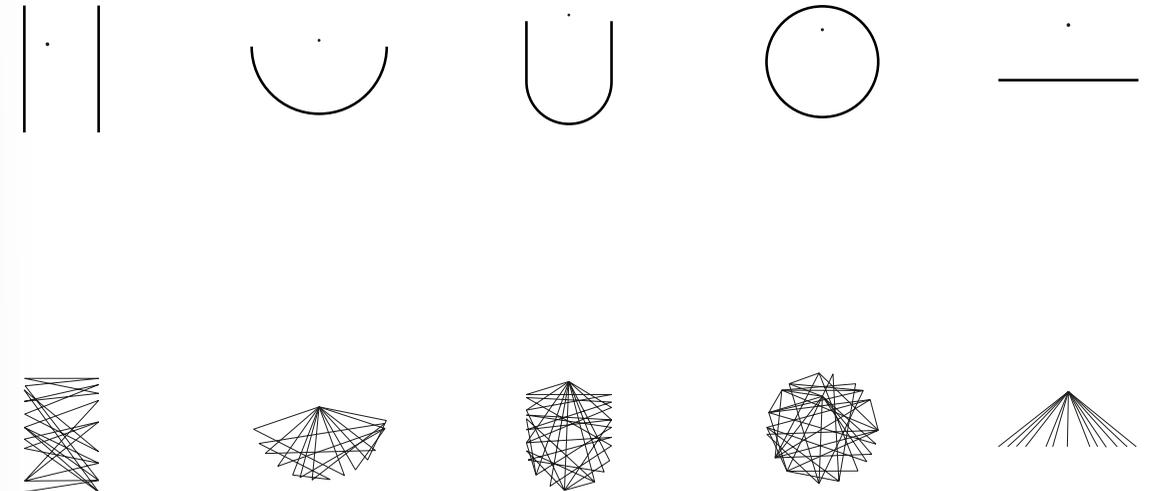
Die Kreislinie, die sich in ihrem Verlauf immer in Richtung Mittelpunkt biegt, zeigt am Ende auf sich selbst. Dementsprechend ist eine allgemeine Konzentration zur Mitte aber auch eine gewisse

Abgeschlossenheit und abweisender Charakter gegeben.

Mit Verweis auf das bereits erwähnte germanische Thing wird gelegentlich die These vertreten der Kreis sei die natürlichste Versammlungsform. Historische Referenzen wie die Tafelrunde des König Artus oder frühchristliche Darstellungen des heiligen Abendmahls bestätigen diese Annahme.¹²

Linie

Die Eindimensionalität der Linie verhindert es naturgemäß einen Raum aufzuspannen. In Bezug auf das Layout des Plenarsaals muss ein Element betrachtet werden das bei der Analyse der restlichen Typologien bezüglich des Raumes vernachlässigt werden konnte. Das Rednerpult das als Fixpunkt der Linie gegenüber steht. Erst die Betrachtung dieses Punktes lässt einen abstrakten Raum erahnen der jedoch nicht wie die bereits erwähnten Formen auf Dialog basiert sondern auf Einseitigkeit. Der Monolog vor einem gereihten Publikum schafft eine gleichförmige Richtung des Raumes.



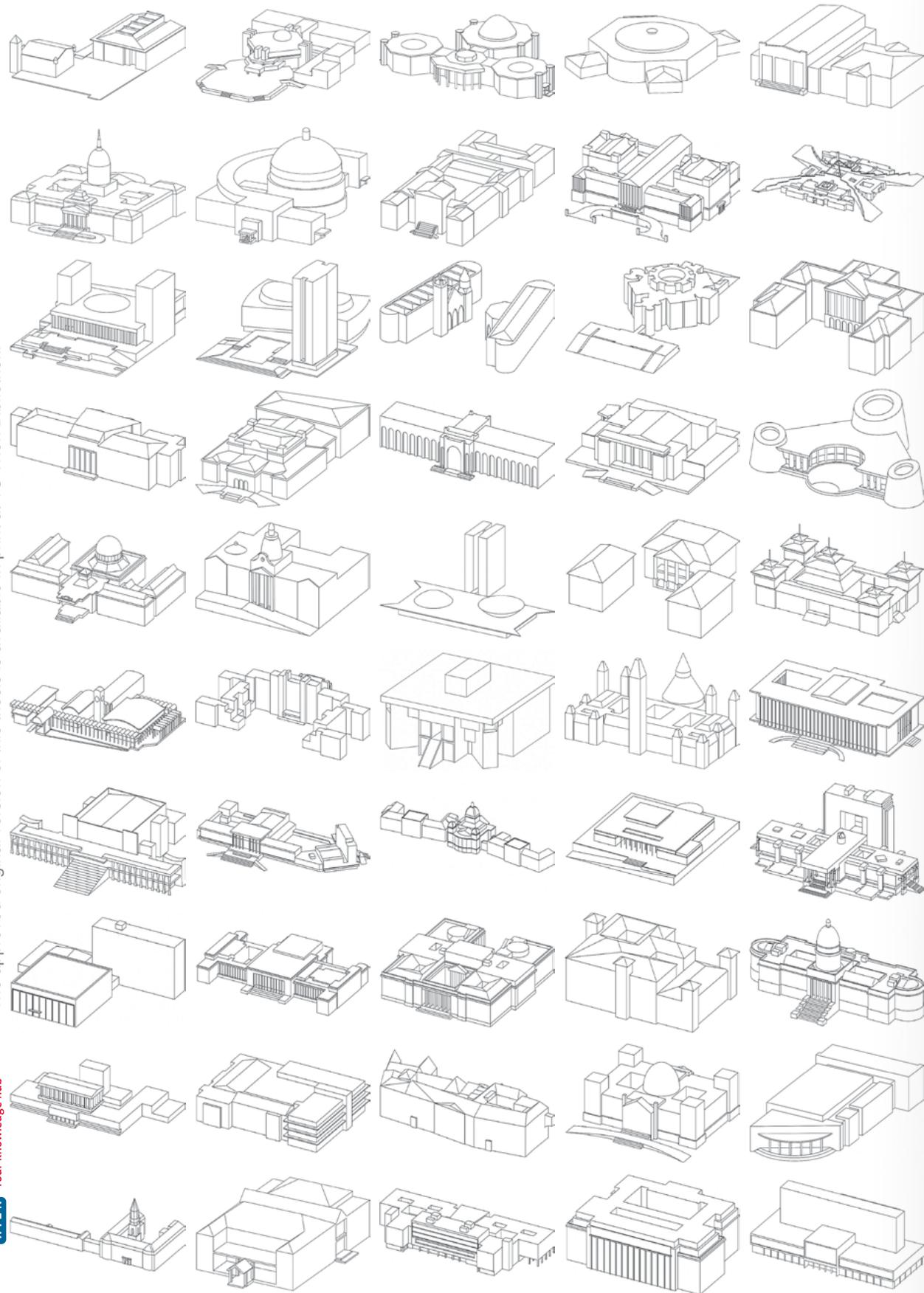


Abb 007 - Parlamente Teil 1

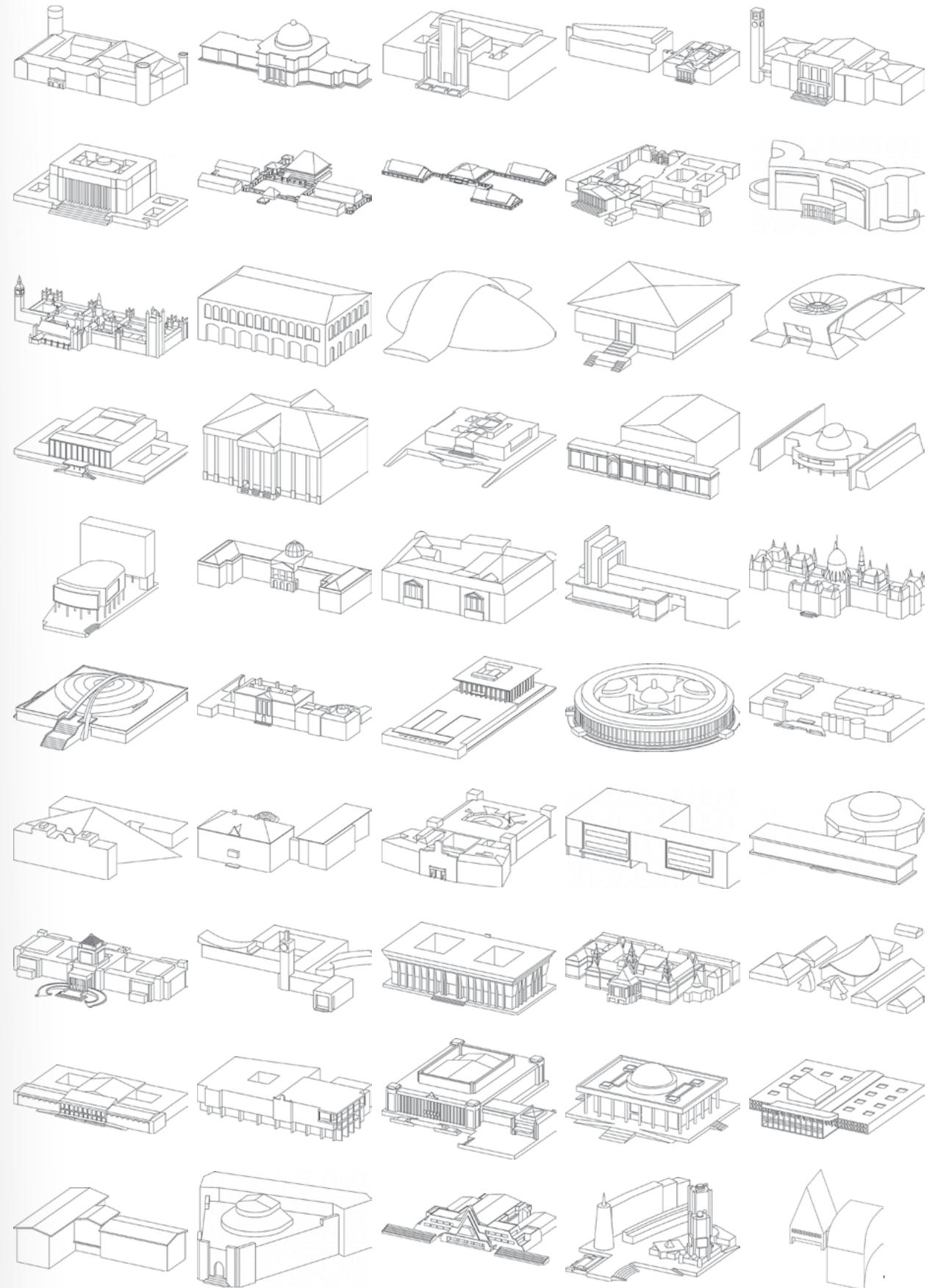


Abb 007 - Parlamente Teil 2

Parlamentsbauten

Eine Datenauswertung

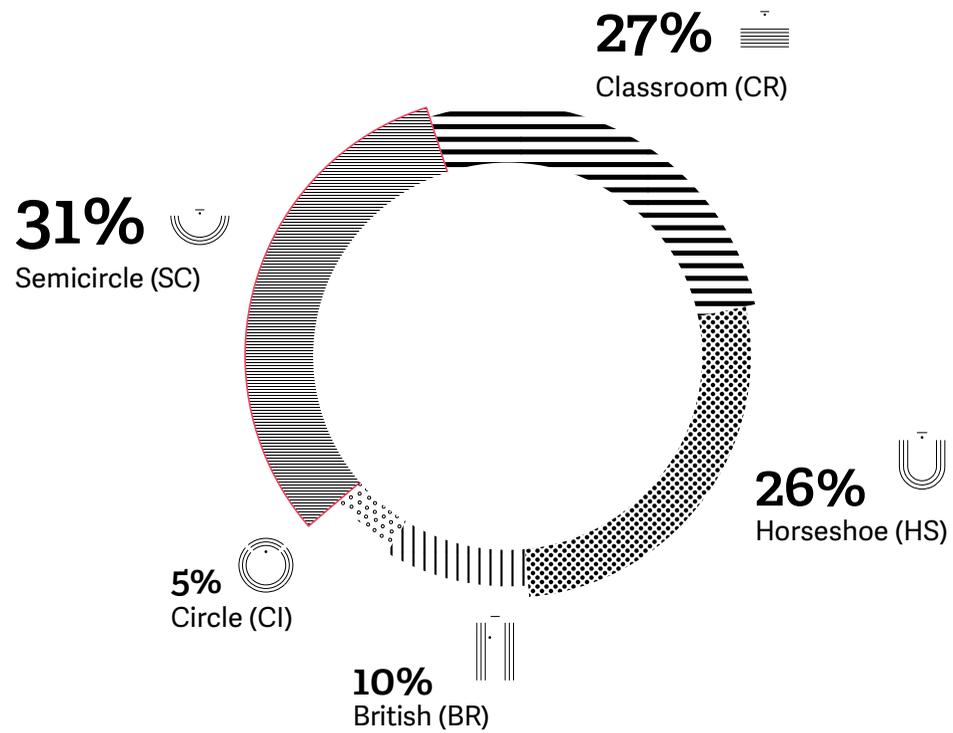


Abb 009 - Plenarsaaltypus - Prozentuale Verteilung

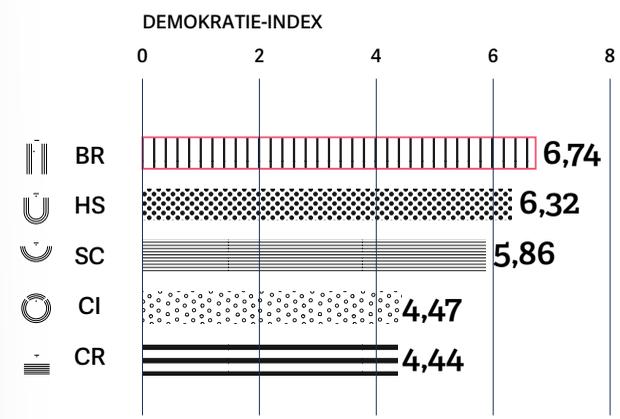


Abb 010 - Korrelation: Plenarsaaltypus - Demokratie Index

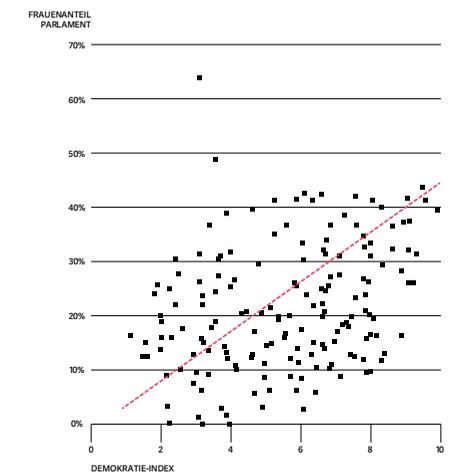


Abb 011 - Korrelation: Frauen im Parlament - Demokratie Index

Bei Auswertung der gesammelten Daten, lässt sich feststellen, dass der französische Typus der am häufigsten geplante Plenarsaaltyp im Vergleich aller Parlamente unter den UN Mitgliedsstaaten ist. Stellt man Demokratieindex und Typus in Korrelation, zeigt sich dass mit dem Klassenzimmerlayout die, im Schnitt, am wenigsten demokratischen Länder ausgestattet sind. Mit Abstand am "demokratischsten" scheint der britische Typus der gegenüberliegenden Bankreihen zu sein. Der Graph zum Vergleich aller untersuchten Parlamente hinsichtlich Frauenanteil im Parlament und Demokratieindex zeigt eine nicht überraschende Tendenz. Je mehr Frauen prozentual im Parlament vertreten sind, desto höher ist der Demokratieindex. Am Zeitgraphen zu den Baujahren von Parlamenten lassen sich geschichtliche Ereignisse wie den Zusammenfall der UdSSR erkennen.

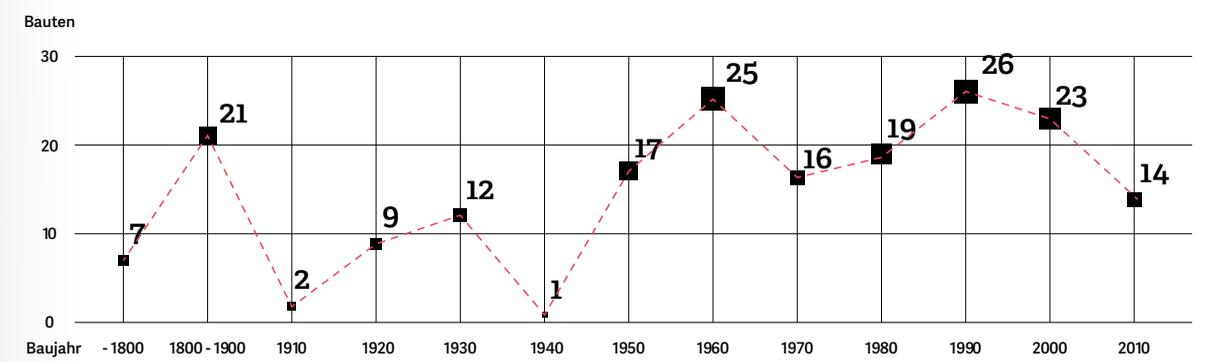


Abb 012 - Parlamente | Baujahr

PARLAMENTE

Data-Source: Plenum, Places of Power; Birkhäuser

Country	Population (MIO.)	Land Area (km²)	Built (decades)	Type of Plenary Hall (BR/SC/HS/CI/CR)	Volume	Size (XS/S/M/L/XL)	MP	Women in Parliament (in Prozent)	Population Per legislator	Co2 Emission (kt)	CO2 Emissions (metric tons per capita)	GDP (\$ per Capita)	HDI Human Development Index	DI Democracy Index
Typology														
Afghanistan	29.824.536	652.230	-	CR	179.000	M	249	27,7%	119.777	8.236	0,3	1.531	0,37	2,48
Albania	3.162.083	27.400	1950	CR	12.500	S	140	20,0%	22.586	4.283	1,4	9.403	0,75	5,67
Algeria	39.666.519	2.381.740	1950	SC	91.200	M	462	31,6%	85.858	141.473	3,5	14.193	0,74	3,95
Andorra	78.360	470	1580	SC	15.700	S	28	50,0%	2.799	517	6,6	37.200	0,85	-
Angola	20.820.525	1.246.700	-	SC	237.900	M	220	36,8%	94.638	30.418	1,6	6.006	0,51	3,35
Antigua and Barbuda	89.069	440	1980	BR	15.500	S	19	10,5%	4.687	513	5,9	19.640	0,76	-
Argentina	41.086.927	2.736.690	1900	SC	218.000	M	257	36,6%	159.871	180.512	4,5	18.200	0,81	6,84
Armenia	2.969.081	28.480	1950	SC	260.200	M	131	10,7%	22.664	4.221	1,4	8.417	0,73	4,09
Australia	22.683.600	7.682.300	1980	HS	1.092.700	XL	150	26,0%	151.224	373.081	16,9	44.598	0,94	9,22
Austria	8.462.446	82.409	1880	SC	549.800	XL	183	32,2%	46.242	66.897	8,0	43.661	0,89	8,62
Azerbaijan	9.297.507	82.658	2000	CR	397.500	L	122	15,6%	76.209	45.731	5,1	10.125	0,73	3,15
Bahamas	388.019	10.010	1810	BR	7.300	S	38	13,2%	10.211	4.232	11,1	23.491	0,79	-
Bahrain	1.317.827	760	1970	SC	15.500	S	40	10,0%	32.945	24.202	19,3	24.591	0,80	2,53
Bangladesh	154.695.368	130.170	1980	HS	630.400	XL	297	6,4%	520.859	56.153	0,4	1.851	0,51	5,86
Barbados	283.221	430	1870	BR	205.000	M	30	16,7%	9.440	1.504	5,4	26.488	0,82	-
Belarus	9.495.826	202.910	1930	SC	212.100	M	110	27,3%	86.326	67.737	7,3	18.185	0,80	3,62
Belgium	11.142.157	30.280	1780	SC	60.500	M	150	41,3%	74.281	108.947	10	39.752	0,90	8,05
Belize	359.287	22.810	1970	BR	7.600	S	32	3,1%	11.228	422	1,4	7.937	0,70	-
Benin	10.050.702	112.760	2000	CR	104.100	M	83	8,4%	121.092	5.189	0,5	1.557	0,44	6,00
Bhutan	774.830	38.394	1950	HS	92.600	M	47	8,5%	16.486	1.442	1,9	7.816	0,61	4,93
Bolivia	10.496.285	1.083.300	1920	CR	72.000	M	130	25,4%	80.740	15.456	1,5	5.196	0,68	5,84
Bosnia and Herzogovina	3.833.916	51.000	1980	CR	205.000	M	42	21,4%	91.283	31.126	8,1	9.393	0,74	5,11
Botswana	2.262.485	566.730	1960	CR	21.900	S	62	9,5%	35.912	5.695	2,8	16.099	0,70	7,87
Brazil	198.656.019	8.459.420	1960	CR	326.700	L	513	8,6%	387.423	419.754	2,2	11.716	0,73	7,12
Brunei	412.238	5.270	2000	HS	196.500	M	33	0,0%	12.492	9.160	22,9	52.482	0,86	-
Bulgaria	7.304.632	108.560	1880	CR	40.800	S	240	24,6%	30.435	44.679	5,9	16.044	0,78	6,72
Burkina Faso	16.460.141	273.600	1960	SC	11.500	S	127	18,9%	129.607	1.683	0,1	1.488	0,34	3,52
Burundi	9.849.569	25.680	1980	CR	24.200	S	105	30,5%	93.805	308	0,03	551	0,35	3,60
Cambodia	15.577.899	176.520	2000	CR	188.700	M	132	20,3%	126.650	4.760	0,3	3.263	0,56	4,27
Cameroon	23.344.179	472.710	1960	HS	56.900	M	180	31,1%	129.690	9.179	0,4	2.972	0,51	3,66
Candada	35.939.927	9.093.510	1920	BR	417.800	L	338	26,0%	106.331	565.992	15,9	44.057	0,91	9,08
Cap Verde	520.502	4.030	1980	CR	88.300	M	72	20,8%	7.229	104	0,2	6.520	0,65	7,81
Central African Republic	4.900.274	622.980	1960	CR	86.000	M	105	12,4%	46.669	737	0,2	594	0,35	1,57
Chad	14.037.472	1.259.200	2010	CR	77.900	M	188	14,9%	74.667	1.274	0,1	2.182	0,39	1,50
Chile	17.948.141	743.532	1990	SC	221.600	M	120	15,8%	149.568	78.626	4,4	22.346	0,83	7,84
China	1.376.048.943	9.327.490	1950	CR	1.611.000	XL	2.959	23,6%	465.039	10.540.750	7,6	13.206	0,73	3,14
Colombia	48.228.704	1.109.500	1920	SC	121.700	M	166	19,9%	290.534	74.054	1,5	13.357	0,72	6,62
Comoros	788.414	1.861	1970	CR	41.400	S	33	3,0%	23.893	144	0,2	1.429	0,50	3,71
Congo	4.620.330	341.500	1980	CR	155.600	M	136	7,4%	33.973	5.068	1,1	6.277	0,59	2,91
Costa Rica	4.807.850	51.060	1950	HS	56.700	M	57	33,3%	84.348	7.641	1,5	14.918	0,77	7,96
Côte d'Ivoire	22.701.556	318.000	1960	HS	78.900	M	251	9,2%	90.444	7.326	0,4	3.258	0,46	3,31
Croatia	4.240.317	5.960	1910	SC	80.700	M	151	15,2%	28.082	20.677	4,8	21.210	0,82	6,93
Cuba	11.389.562	106.440	1920	CR	467.500	L	612	48,9%	18.610	30.242	2,7	10.200	0,77	3,52
Cyprus	1.165.300	9.240	2000	HS	31.500	S	56	12,5%	20.809	7.237	6,3	30.873	0,85	7,53
Czech Republic	10.543.186	77.240	1720	SC	50.500	M	200	20,0%	52.716	111.655	10,4	30.407	0,87	7,94
Democratic Republic of Congo	77.266.814	267.050	1970	CR	374.700	L	492	8,9%	157.046	3.984	0,1	746	0,43	2,11
Denmark	5.669.081	42.430	1920	HS	300.000	L	179	37,4%	31.671	40.030	7,1	44.916	0,92	9,11
Djibouti	887.861	23.180	2010	CR	27.000	S	55	12,7%	16.143	1.442	1,6	3.270	0,47	2,90
Dominica	72.680	750	1990	BR	3.600	XS	32	21,9%	2.271	166	2,3	10.877	0,72	-
Dominican Republic	10.528.391	48.320	1950	CR	152.900	M	183	20,8%	57.532	23.442	2,2	13.262	0,71	6,67
East Timor	1.184.765	14.870	2000	SC	59.700	M	65	38,5%	18.227	361	0,3	2.227	0,60	7,24
Ecuador	16.144.363	248.360	1950	SC	93.200	M	137	41,6%	117.841	43.027	2,7	11.372	0,73	5,87
Egypt	91.508.084	995.450	1920	HS	26.900	S	596	14,9%	153.537	225.112	2,7	10.530	0,69	3,18
El Salvador	6.126.583	20.720	1970	SC	138.100	M	84	32,1%	72.936	7.161	1,1	8.351	0,67	6,64
Equatorial Guinea	845.060	28.050	1960	SC	4.500	XS	100	24,0%	8.451	2.096	2,7	34.739	0,59	1,77
Eritrea	5.227.791	101.000	1990	-	34.700	S	150	22,0%	37.852	672	0,1	1.200	0,39	2,37
Estonia	1.312.558	42.390	1850	CR	114.500	M	101	23,8%	12.996	19.440	15,1	26.946	0,86	7,85
Ethiopia	99.390.750	100.000	1930	CR	6.200	S	547	38,8%	181.702	8.858	0,1	1.500	0,44	3,83
Federated States of Micronesia	104.460	3.170	1980	CI	24.700	S	14	0,0%	7.461	128	1,2	3.331	0,64	-
Fiji	892.145	18.270	1990	HS	27.600	S	50	16,0%	17.843	1.345	1,5	8.792	0,73	5,49
Finland	5.503.457	303.890	1930	SC	195.600	M	200	41,5%	27.517	54.793	10,1	39.981	0,88	9,03
France	64.395.345	547.660	1720	SC	160.100	M	577	26,2%	111.604	323.744	5	38.847	0,89	7,92
Gabon	1.725.292	257.670	1990	SC	152.400	M	120	14,2%	14.377	5.027	2,9	19.430	0,68	3,76
Gambia	1.990.924	10.120	2010	HS	34.100	S	53	9,4%	37.565	259	0,1	1.700	0,44	2,97
Georgia	3.999.812	69.490	2010	SC	273.600	M	150	11,3%	26.665	6.537	1,5	7.582	0,75	5,88
Germany	80.688.545	348.570	1990	SC	334.100	L	631	36,5%	127.874	767.146	9,3	45.802	0,92	8,64
Ghana	27.409.893	227.540	1960	HS	28.000	S	275	10,9%	99.672	14.070	0,5	4.082	0,58	6,86

PARLAMENTE

Data-Source: Plenum, Places of Power; Birkhäuser

Country	Population (MIO.)	Land Area (km ²)	Built (decades)	Type of Plenary Hall (BR/SC/HS/CI/CR)	Volume	Size (XS/S/M/L/XL)	MP	Women in Parliament (in Prozent)	Population Per legislator	Co2 Emission (kt)	CO2 Emissions (metric tons per capita)	GDP (\$ per Capita)	HDI Human Development Index	DI Democracy Index
Typology														
Greece	10.954.617	128.900	1840	SC	153.900	M	300	19,7%	36.515	71.062	6,4	25.877	0,87	7,45
Grenada	106.825	340	1700	BR	4.800	XS	15	33,3%	7.122	477	4,5	12.425	0,75	-
Guatemala	16.342.897	107.160	1930	HS	11.800	S	158	13,9%	103.436	11.953	0,8	7.454	0,63	5,92
Guinea	12.608.590	245.720	1960	SC	143.100	M	114	21,9%	110.602	2.039	0,2	1.221	0,41	3,14
Guinea Bissau	1.844.325	28.120	2000	CR	18.500	S	102	13,7%	18.082	322	0,2	1.386	0,42	1,93
Guyana	767.085	196.850	1830	HS	17.900	S	69	30,4%	11.117	2.758	3,4	7.200	0,64	6,05
Haiti	10.711.067	27.560	-	CR	35.200	S	92	0,0%	116.425	2.288	0,2	1.732	0,48	3,94
Honduras	8.075.060	111.890	1950	CR	22.900	S	128	25,8%	63.086	8.447	1	4.909	0,61	5,84
Hungary	9.855.023	90.530	1900	HS	492.200	L	198	10,1%	49.773	43.735	4,4	24.721	0,83	6,84
Iceland	329.425	100.250	2000	HS	11.400	S	63	41,3%	5.229	3.849	11,6	43.304	0,90	9,58
India	1.311.050.527	2.973.190	1920	HS	513.600	XL	543	12,0%	2.414.458	2.341.897	1,8	5.701	0,61	7,74
Indonesia	257.563.815	1.811.570	1960	CR	168.800	M	555	17,1%	464.079	452.977	1,8	10.517	0,68	7,03
Iran	79.109.282	1.628.550	2000	SC	369.400	L	290	3,1%	272.791	618.197	7,9	17.303	0,77	2,16
Iraq	36.423.395	434.320	1980	SC	189.100	M	328	26,5%	111.047	139.287	4	15.057	0,65	4,08
Ireland	4.688.465	68.890	1740	HS	41.700	S	166	16,3%	28.244	34.639	7,4	48.755	0,92	8,85
Israel	8.064.036	21.640	1960	HS	209.500	M	120	26,7%	67.200	64.795	8,3	33.230	0,89	7,77
Italy	59.797.685	294.140	1690	HS	205.400	M	630	31,0%	94.917	337.648	5,5	34.706	0,87	7,98
Jamaica	2.793.335	10.830	1960	BR	7.200	S	63	12,7%	44.339	8.298	3	8.875	0,72	7,39
Japan	126.573.481	364.500	1930	SC	644.800	XL	475	9,5%	266.470	1.278.922	10,1	36.426	0,89	7,96
Jordan	7.594.547	88.780	1990	CI	47.000	S	150	12,0%	50.630	22.296	3	12.050	0,75	3,86
Kazakhstan	17.625.226	2.699.700	2000	HS	636.000	XL	107	26,2%	164.722	236.248	14,2	24.228	0,79	3,06
Kenya	46.050.302	569.140	1960	HS	57.100	M	350	19,7%	131.572	14.084	0,3	2.954	0,55	5,33
Kiribati	112.423	810	2000	HS	13.900	S	46	6,5%	2.444	42	0,4	1.809	0,59	-
Korea	50.293.439	97.100	1970	SC	561.300	XL	300	16,3%	167.645	610.066	12,3	34.356	0,90	7,97
Kosovo	1.823.149	10.887	1960	CR	47.600	S	120	33,3%	15.193	6.450	1,6	9.114	/	-
Kuwait	3.892.115	17.820	1990	SC	253.300	M	65	1,5%	59.879	98.559	28,3	73.246	0,82	3,85
Kyrgystan	5.939.962	191.800	1970	CR	94.800	M	120	19,2%	49.500	7.370	1,3	3.322	0,65	5,33
Laos	6.802.023	230.800	1990	CR	23.200	S	132	25,0%	51.530	3.374	0,5	5.321	0,57	2,21
Latvia	1.970.503	62.200	1860	HS	38.600	S	100	18,0%	19.705	7.531	3,7	22.873	0,82	7,37
Lebanon	5.850.743	10.230	1930	SC	26.400	S	128	3,1%	45.709	21.108	4,2	17.462	0,77	4,86
Lesotho	2.135.022	30.360	2010	CI	48.900	S	120	25,0%	17.792	323	0,2	2.638	0,50	6,59
Liberia	4.503.438	96.320	1950	CR	45.700	S	73	11,0%	61.691	808	0,2	841	0,43	4,95
Libya	6.278.438	1.759.540	2010	HS	252.200	M	188	16,0%	33.396	50.604	8,1	15.597	0,72	2,25
Liechtenstein	37.531	160	2000	CI	14.700	S	25	20,0%	1.501	51	1,4	89.400	0,91	-
Lithuania	2.878.405	62.674	2000	SC	128.300	M	141	23,4%	20.414	12.349	4,1	26.742	0,84	7,54
Luxembourg	567.110	2.590	1860	HS	8.500	S	60	28,3%	9.452	10.378	19,3	97.662	0,89	8,88
Macedonia	2.078.453	25.220	1930	CR	76.600	M	123	33,3%	16.898	9.491	4,5	13.142	0,75	6,02
Madagascar	24.235.390	581.540	1960	CR	20.400	S	151	20,5%	160.499	3.015	0,1	1.439	0,51	4,85
Malawi	17.215.232	94.280	2000	HS	244.400	M	192	16,7%	89.663	1.775	0,1	822	0,44	5,55
Malaysia	30.331.007	328.550	1960	HS	175.200	M	222	10,4%	136.626	227.482	7,5	25.639	0,78	6,43
Maldives	363.657	300	2010	CR	27.000	S	85	5,9%	4.278	972	2,8	12.530	0,71	-
Mali	17.599.694	1.220.190	1960	CR	42.900	S	147	8,8%	119.726	1.639	0,1	1.599	0,42	5,70
Malta	418.670	320	2010	BR	20.800	S	70	12,9%	5.981	2.413	5,6	34.700	0,84	8,39
Marshall Islands	52.993	180	1990	SC	37.000	S	33	9,1%	1.606	103	2	3.803	/	-
Mauritania	4.067.564	1.030.700	1960	CR	26.500	S	147	25,2%	27.671	2.468	0,6	3.912	0,51	3,96
Mauritius	1.273.212	2.030	1970	HS	69.200	M	69	11,6%	18.452	3.270	2,6	18.585	0,78	8,28
Mexico	127.017.224	1.943.950	1980	SC	763.500	XL	498	42,4%	255.055	456.270	3,7	17.108	0,76	6,55
Moldavia	4.068.897	32.854	1970	SC	72.600	M	101	21,8%	40.286	7.765	2,2	4.983	0,69	6,35
Monaco	37.731	2	2010	SC	20.400	S	24	20,8%	1.572			78.700	-	-
Mongolia	2.959.134	1.553.560	2000	HS	252.400	M	76	14,5%	38.936	14.696	5,1	11.946	0,73	6,62
Montenegro	625.781	13.450	1950	SC	16.600	S	81	17,3%	7.726	2.571	4,1	14.338	0,80	6,01
Morocco	34.377.511	446.300	1930	SC	43.600	S	395	17,0%	87.032	60.653	1,8	7.491	0,63	4,66
Mozambique	27.977.863	786.380	1990	HS	16.500	S	250	39,6%	111.911	4.382	0,2	1.129	0,42	4,60
Myanmar	53.897.154	653.290	2010	CR	1.516.100	XL	433	9,9%	124.474	9.129	0,2	1.600	0,54	4,14
Namibia	2.458.830	823.290	1910	BR	60.100	M	104	41,3%	23.643	3.560	1,5	9.956	0,63	6,31
Nauru	10.222	21	1990	HS	200	XS	19	5,3%	538	1	0,1	14.800	/	-
Nepal	28.513.700	143.350	1990	CR	134.700	M	599	29,5%	47.602	6.503	0,2	2.374	0,55	4,77
Netherlands	16.924.929	33.730	1990	SC	160.700	M	150	37,3%	112.833	158.106	9,4	47.663	0,92	8,92
New Zealand	4.528.526	263.310	1980	HS	170.500	M	121	31,4%	37.426	34.106	7,5	36.390	0,91	9,26
Nicaragua	6.082.032	120.340	2000	SC	215.300	M	92	41,3%	66.109	4.991	0,8	4.918	0,63	5,26
Niger	19.899.120	1.266.700	1950	CR	18.900	S	113	13,3%	176.098	2.053	0,1	938	0,35	3,85
Nigeria	182.201.962	910.770	2000	SC	90.600	M	360	5,6%	506.117	93.872	0,5	5.911	0,51	4,62
North Korea	25.155.317	120.410	1980	CR	1.452.300	XL	687	16,3%	36.616	59.859	2,4	1.800	/	1,08
Norway	5.210.967	304.250	1860	HS	78.500	M	169	39,6%	30.834	44.376	8,7	64.856	0,94	9,93
Oman	4.490.541	309.500	2010	BR	779.900	XL	84	1,2%	52.830	74.288	18,9	38.631	0,79	3,04
Pakistan	188.924.874	770.880	1980	CR	220.000	M	340	20,6%	555.661	158.112	0,9	4.811	0,54	4,40

PARLAMENTE

Data-Source: Plenum, Places of Power; Birkhäuser

Country	Population (MIO.)	Land Area (km²)	Built (decades)	Type of Plenary Hall (BR/SC/HS/CI/CR)	Volume	Size (XS/S/M/L/XL)	MP	Women in Parliament (in Prozent)	Population Per legislator	Co2 Emission (kt)	CO2 Emissions (metric tons per capita)	GDP (\$ per Capita)	HDI Human Development Index	DI Democracy Index
Typology														
Palau	21.291	460	2000	HS	76.900	M	16	0,0%	1.331	33	1,6	14.757	0,78	-
Palestine	4.668.466	6.020	1970	SC	8.400	S	132	12,9%	35.367	2.248	0,5	4.509	0,68	4,57
Panama	3.929.141	74.340	2010	SC	61.500	M	71	18,3%	55.340	10.230	2,6	20.895	0,78	7,19
Papua New Guinea	7.619.321	452.860	1980	HS	169.200	M	111	2,7%	68.643	7.118	0,9	2.855	0,50	6,03
Paraguay	6.639.123	397.300	2000	SC	106.200	M	80	15,0%	82.989	5.526	0,8	8.911	0,68	6,33
Peru	31.376.670	1.280.000	1930	HS	47.500	S	130	22,3%	241.359	51.959	1,7	11.989	0,73	6,58
Philippines	100.699.395	298.170	1970	CR	289.900	M	290	27,2%	347.239	96.940	1	6.969	0,67	6,84
Poland	38.611.794	304.150	1950	HS	212.900	M	460	27,4%	83.939	298.131	7,8	24.744	0,84	7,09
Portugal	10.349.803	91.470	1990	HS	235.900	M	230	34,8%	44.999	48.255	4,5	29.393	0,83	7,79
Qatar	2.235.355	11.610	1980	CR	233.900	M	35	0,0%	63.867	88.751	39,1	140.649	0,85	3,18
Romania	19.511.324	230.160	1990	CR	2.293.600	XL	401	13,7%	48.657	78.289	3,6	19.401	0,79	6,68
Russia	143.456.918	16.376.870	1930	CR	373.500	L	405	13,6%	318.793	1.766.427	12,4	25.636	0,80	3,31
Rwanda	11.609.666	24.670	1960	CR	68.600	M	80	63,8%	145.121	1.342	0,1	1.661	0,48	3,07
Saint Kitts and Nevis	55.572	260	1980	BR	10.500	S	15	13,3%	3.705	174	3,2	23.239	0,75	-
Saint Lucia	184.999	610	1980	CI	9.400	S	18	16,7%	10.278	551	3	10.733	0,73	-
Saint Vincent and the Grenadines	109.462	390	1980	SC	4.400	XS	23	13,0%	4.759	311	2,8	10.727	0,72	-
Samoa	193.228	2.830	1970	CI	10.000	S	49	6,1%	3.943	135	0,7	5.789	0,70	-
San Marino	31.781	60	1890	CR	16.500	S	60	16,7%	530			62.000	/	-
São Tomé and Príncipe	190.344	960	1970	CR	77.100	M	55	18,2%	3.461	60	0,3	3.176	0,56	-
Saudi Arabia	31.540.372	2.149.690	1990	SC	391.300	L	151	19,9%	208.877	494.822	16,8	51.924	0,84	1,93
Senegal	15.129.273	192.530	1950	SC	55.400	M	150	42,7%	100.862	8.189	0,6	2.333	0,47	6,08
Serbia	8.850.975	87.460	1930	SC	106.500	M	250	34,0%	35.404	59.250	5,9	12.660	0,77	6,71
Seychelles	96.471	460	1990	BR	15.300	S	32	43,8%	3.015	544	5,8	26.386	0,77	-
Sierra Leone	6.453.184	71.620	1960	SC	71.620	S	121	12,4%	53.332	1.268	0,2	1.966	0,41	4,55
Singapore	5.603.740	700	1990	BR	115.400	M	92	23,9%	60.910	47.786	8,7	82.763	0,91	6,14
Slovakia	5.426.258	48.088	1990	SC	87.500	M	150	18,7%	36.175	34.685	6,4	27.711	0,84	7,29
Slovenia	2.067.526	20.140	1950	CI	48.700	S	90	36,7%	22.973	16.673	8	29.963	0,88	7,57
Solomon Islands	583.591	27.990	1990	CI	28.000	S	50	2,0%	11.672	276	0,5	2.130	0,51	-
Somalia	10.787.104	627.340	2010	CR	49.000	S	275	13,8%	39.226	1.278	0,1	400	-	-
South Africa	54.490.406	1.213.090	1920	HS	151.700	M	400	42,0%	136.226	392.719	7,4	13.046	0,67	7,56
South Sudan	12.339.812	644.329	2000	SC	48.300	S	332	26,5%	37.168			2.019	0,47	-
Spain	46.121.699	498.800	1990	HS	130.900	M	350	40,0%	131.776	241.637	5,1	33.211	0,88	8,30
Sri Lanka	20.715.010	62.710	1980	BR	255.800	M	225	5,8%	92.067	16.648	0,8	10.733	0,76	6,42
Sudan	40.234.882	2.376.000	1960	CI	108.400	M	426	30,5%	94.448	17.267	0,4	4.069	0,48	2,37
Suriname	542.975	156.000	1950	BR	11.800	S	51	25,5%	10.647	2.162	4	16.638	0,71	6,77
Swasiland	1.286.970	17.200	1990	HS	18.400	S	65	6,2%	19.800	659	0,5	8.292	0,53	3,09
Sweden	9.779.426	410.340	1900	SC	256.800	M	349	43,6%	28.021	44.314	4,6	45.183	0,91	9,45
Switzerland	8.298.663	40.000	1900	SC	199.300	M	200	32,0%	41.493	40.229	4,9	57.235	0,93	9,09
Syria	18.502.413	183.630	1950	HS	21.300	S	250	12,4%	74.010	52.681	2,4	5.100	0,59	1,43
Taiwan	23.415.126	36.193	1960	CR	96.000	M	113	32,7%	207.214	276.675	11,8	47.500	/	7,83
Tajikistan	8.481.855	139.960	1940	CR	72.000	M	63	19,0%	134.633	3.647	0,4	2.691	0,62	1,95
Tanzania	53.470.420	885.800	2000	HS	55.200	M	372	36,6%	143.738	9.084	0,2	2.538	0,52	5,58
Thailand	67.959.359	510.890	1970	CR	57.100	M	197	6,1%	344.971	271.978	4	15.735	0,73	5,09
Togo	7.304.578	54.390	1970	CR	81.300	M	91	17,6%	80.270	2.134	0,3	1.429	0,48	3,41
Tonga	106.170	720	1990	HS	500	XS	26	0,0%	4.083	204	1,9	5.211	0,72	-
Trinidad and Tobago	1.360.088	5.130	1900	BR	47.600	S	42	31,0%	32.383	34.017	25,3	31.967	0,77	7,10
Tunisia	11.253.554	155.360	1900	HS	62.300	M	217	31,3%	51.860	24.278	2,2	11.436	0,72	6,72
Turkey	78.665.830	769.630	1960	SC	343.100	L	550	14,9%	143.029	353.194	4,7	19.199	0,76	5,12
Turkmenistan	5.373.502	469.930	2000	CR	98.900	M	124	25,8%	43.335	70.561	13,3	15.474	0,69	1,83
Tuvalu	9.916	30	2000	HS	23.300	S	15	6,7%	661	1	0,1	3.765	-	-
Uganda	39.032.383	199.810	1960	BR	75.900	M	386	35,0%	101.120	4.892	0,1	1.771	0,48	5,22
Ukraine	44.823.765	579.320	1930	SC	77.900	M	422	12,1%	106.217	249.065	5,5	8.665	0,75	5,70
United Arab Emirates	9.205.651	83.600	1970	SC	137.500	M	40	17,5%	230.141	167.596	19,9	41.397	0,82	2,58
United Kingdom	64.715.810	241.930	1870	BR	350.000	L	650	29,4%	99.563	415.421	6,5	39.762	0,91	8,31
United States of America	321.773.631	9.147.420	1830	SC	590.800	XL	434	19,4%	741.414	5.334.530	16,5	54.629	0,92	8,05
Uruguay	3.431.555	175.020	1920	SC	180.000	M	99	16,2%	34.662	8.114	2,4	20.884	0,79	8,17
Uzbekistan	29.893.488	425.400	1990	CI	188.000	M	150	16,0%	199.290	122.621	4,2	5.573	0,68	1,95
Vanuatu	264.652	12.190	1990	HS	30.600	S	52	0,0%	5.089	111	0,4	3.031	0,59	-
Venezuela	31.108.083	882.050	1870	SC	45.100	S	167	14,4%	186.276	195.213	6,3	16.100	0,76	5,00
Vietnam	93.447.601	310.070	2010	CR	263.300	M	498	24,3%	187.646	190.222	2,1	5.629	0,67	3,53
Yemen	26.832.215	527.970	-	SC	280.300	M	301	0,0%	89.441	22.553	0,9	2.800	0,50	2,24
Zambia	16.211.767	743.390	1960	HS	40.600	S	158	12,7%	102.606	3.367	0,2	3.904	0,59	6,28
Zimbabwe	15.602.751	386.850	1890	HS	55.800	M	270	31,5%	57.788	13.135	0,9	1.792	0,51	3,05

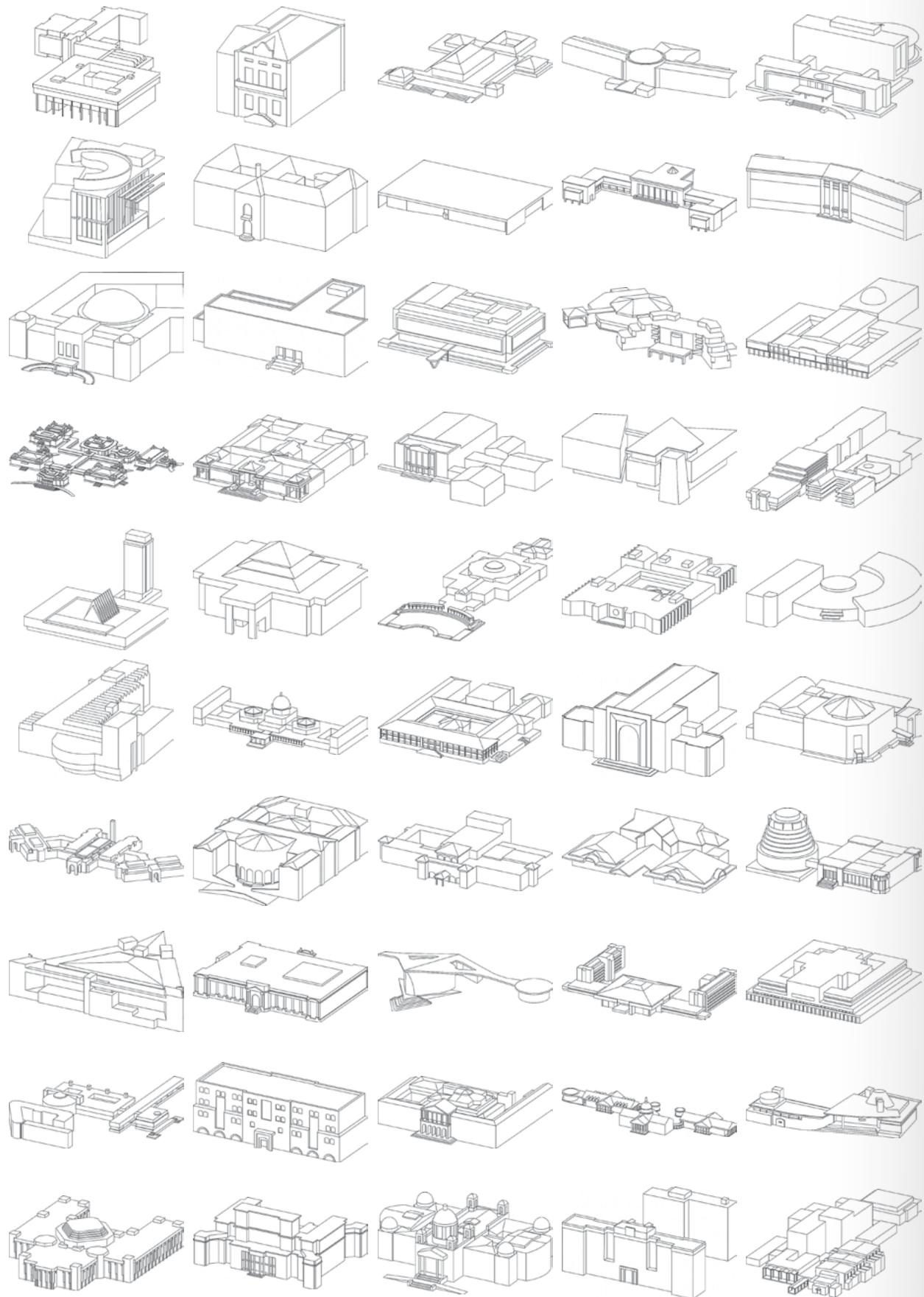


Abb 013 - Parlamente Teil 3

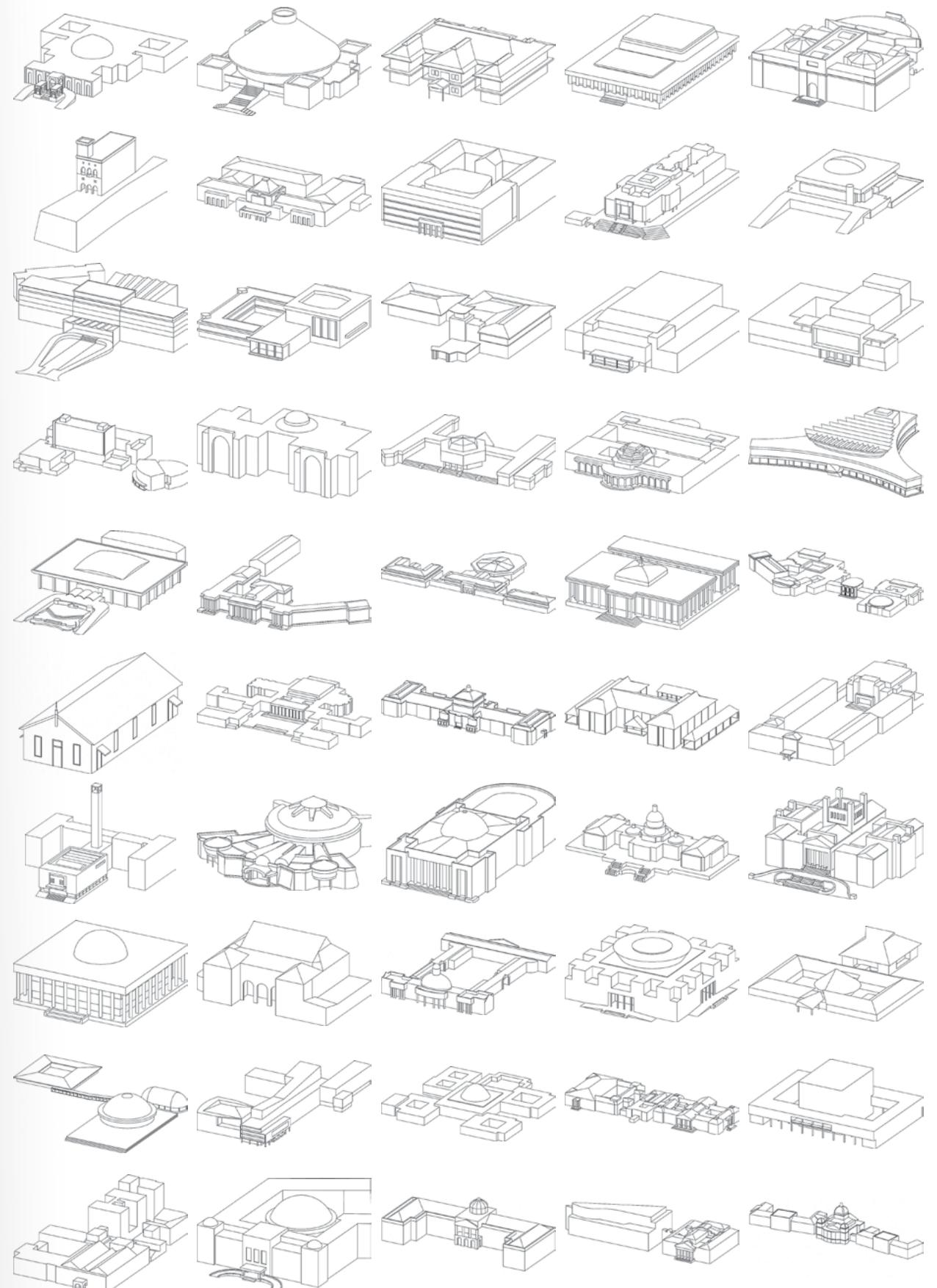


Abb 014 - Parlamente Teil 4

2.7

Politische Repräsentation in Israel & Palästina

2.7.1 Prästaatliche jüdische Repräsentation in Palästina

Jischuw bezeichnete die in Palästina ansässige jüdische Gemeinschaft vor der Gründung des Staates Israels. Den Beginn einer jüdischen politischen Repräsentation in Palästina markiert die Einrichtung einer offiziellen Vertretung der von Theodor Herzl gegründeten Zionistischen Weltorganisation. Das sogenannte „Palästina-Amt“ in Tel-Aviv-Jaffa war zuständig für die Lenkung der Immigration, Erwerb von Ländereien sowie dessen Bearbeitung und Besiedelung.¹

Der 1929 abgehaltene 16. Zionistenkongress in Zürich führte zur Gründung der bis heute tätigen Jewish Agency, die als Vorgängerregierung des Staates Israel galt. Die im Völkerbundsmandat für Palästina vorgesehene Vertretung der Juden diente der britischen Mandatsverwaltung als Ansprechpartner und war in Palästina für die Regelung interner Angelegenheiten der Juden, wie beispielsweise Gesundheitswesen, Bildung oder Kultur zuständig.²

Präsident der Jewish Agency war ab 1935 David Ben Gurion, der mit der Verkündung der israelischen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 den modernen Staat Israel ausrief und dessen erster Ministerpräsident wurde. Der offiziellen Etablierung der Institution der Jewish Agency vorausgegangen war die Planung eines für die Beherbergung nationaler Institutionen, wie der jüdische Nationalfonds oder des Palestine Foundation Fund, zuständigen Gebäudes. Den 1927 ausgeschriebenen Architekturwettbewerb gewann der aus Odessa stammende Architekt Yohanan Ratner. Das erste öffentliche Gebäude der Jischuw in Jerusalem ist ein kubistisches Gebilde mit einem zur Straße öffnenden ovalem Innenhof. Der Eingang wird mittels vorgelagerter Pfeilerstellung markiert.³ Der Bau bewegt sich stilistisch zwischen westlicher Moderne und lokaler Architekturtradition. Erich Mendelsohn, der spätere Architekt der Residenz des Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation Chaim Weizmann, bezeichnete diesen Stil als Ost-West-Synthese, der er ästhetische, wie auch politische Implikationen zuschrieb. Während bei den zuvor erwähnten Staatsbauten noch auf einen semitisch regionalen Kontext eingegangen wurde, waren es nach der Gründung des Staates Israels andere Parameter, die bei der Formulierung nationaler Identität und ihrer staatlichen Bauten eine Rolle spielen sollten. Die Eingliederung und Anerkennung Israels in den globalen Kontext schien die primäre Motivation bei der Gestaltung der Knesset gewesen zu sein. Dem Bezug auf Regionalität oder Tradition wurde ein universales und globales Formenvokabular vorgezogen.⁴



Abb 015 - Jewish Agency Tel Aviv

2.7.2 Die Knesset - Konflikt als Leitmotiv

Einiger UN-Resolutionen, die die heilige Stadt unter internationale Kontrolle stellen wollten zum Trotz, erklärte David Ben Gurion im Dezember 1949, West-Jerusalem offiziell zur Hauptstadt Israels. Die Entscheidung zur konkreten Übersiedlung der Regierung nach Jerusalem wurde jedoch lange vorher getroffen. Ein auf April 1949 datierter Masterplan Arieh Sharons beweist die Überlegungen der Regierung ihr politisches Zentrum in Givat Ram, in Westjerusalem zu errichten. Givat Ram, was übersetzt „Hoher Hügel“ bedeutet, bildet ein geographisches „Gegenüber“ zum Tempelberg und gehörte vor der Staatsgründung Israels teilweise zum mittlerweile entvölkertem Dorf Sheikh Badr sowie zur Domäne des griechisch orthodoxen Patriarchats in Jerusalem. Die Planungen Sharons für das Hügelplateau, auf dem die wichtigsten politischen und kulturellen Institutionen errichtet werden sollten, wurden im November 1949 durch die Regierungsmitglieder angenommen. Dem Beschluss und der offiziellen Bekanntmachung folgte 1950 ein beschränkter Wettbewerb auf Basis von Sharons Masterplans. Die Büopartnerschaft um Al Mansfeld und Munio Weinraub aus Haifa ging als Sieger aus dem diesem Wettbewerb hervor. Ihr Entwurf für das Regierungsviertel umfasste alle, zur Unterbringung der drei Instanzen der Gewaltenteilung, notwendigen Bauten. Neben dem Parlament, mehreren Bürogebäuden für Abgeordnete, dem Amtssitz des Ministerpräsidenten sowie dem Sitz des Staatspräsidenten, und diversen Ministerialbauten sollte der Oberste Gerichtshof in dem Viertel Platz finden. Eine offene und lockere Block- und Zeilenbauweise verteilt die Bebauung in einer parkähnlichen Anlage. Parlamentsbau und Abgeordnetenhaus nehmen im Ensemble hinsichtlich Höhe und Lage eine hervorgehobene Rolle ein. Eine Entscheidung der Planer, die symbolisch für das demokratische Selbstverständnis des jungen Staats Israel steht. Zwei Paradeplätze sorgen für eine axiale Ausrichtung des Viertels.⁵

Der Masterplan von Mansfeld und Weinraub war einer der ersten Entwürfe der Moderne, der sich mit Regierungsbauten auseinandersetzte. Die berühmten Entwürfe von Dhaka, Chandigarh oder Brasilia von Louis Kahn, Le Corbusier und Oscar Niemeyer entstanden erst in den 50er und 60er Jahren. Die beiden in Deutschland und Frankreich ausgebildeten Architekten Mansfeld und Weinraub konnten insofern kaum auf Referenzen zu Parlamentsneubauten zurückgreifen. Lediglich der 1927 ausgelobte Wettbewerb um den Völkerbundpalast in Genf und der wohl meist diskutierte Beitrag von Le Corbusier und Hannes Meyer dürfte bekannt gewesen sein. Letzterer war seit 1927 als Meisterarchitekt am Bauhaus Dessau bekannt, an dem auch Munia Weinraub sein Studium begann. Vielmehr Inspiration als die nicht ausgeführten Entwürfe zum Völkerbundpalast in Genf dürfte jedoch der Entwurf zum Hauptgebäude der Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, den United Nations in New York gewesen sein. Die außergewöhnliche Entscheidung der Vereinten Nationen, statt eines Architekturwettbewerbs für das neue Hauptgebäude am East River mehrere namhafte Architekten dazu zu berufen gemeinsam einen Gebäudekomplex zu entwerfen, führte zu einer Kollaboration von Max Abramowitz (USA), Oscar Niemeyer (Brasilien), Le Corbusier (Frankreich), Nikolai Bassov (Russland) und sechs weiteren internationalen Architekten.⁶

Jeder der Architekten präsentierte mindestens einen Entwurf auf deren Basis der gemeinsame Rahmen der Bauaufgabe festgelegt wurde. Die Idee der Kollaboration war mehr idealistisch als realistisch und führte zu einer noch größeren kompetitiven Atmosphäre, als ein Wettbewerb selbst. Der finale Entwurf war in etwa Le Corbusiers ursprünglicher Entwurf mit Modifikationen von Oscar Niemeyer.⁷

Nur wenige Wochen vor dem Wettbewerb zum neuen israelischen Regierungsviertel in West Jerusalem erfolgte die Grundsteinlegung für den Gebäudekomplex in New York. Es ist davon auszugehen, dass die Geschehnisse um die UN mit großem Interesse von dem erst frischem UN Mitglieds-Staat Israel beobachtet wurden. Die

Anerkennung Israels und die Aufnahme in die UNO im Mai 1949 vollendete den „Prozess der Staatswerdung“.⁸

Der Trapezförmige Parlamentsbau und das zugehörige 10-geschossige Hochhaus, das für die Abgeordnetenbüros vorgesehen war, erinnert stark an den finalen Entwurf für das UN Hauptquartier in New York und kann als „lateraler Referenzgestus an die UN“ gedeutet werden.⁹

Eine Umsetzung des ersten Entwurfs Plans fand jedoch nie statt. Vor allem der zu organisierende Staatshaushalt und die zu finanzierenden wichtigen Bereiche, wie Militär und Wohnungen für Einwanderer, führten zu einer vorübergehenden Vertagung der Entscheidung über die repräsentativen Bauten des jungen Staates. Mehrere Modifikationen des politischen Systems erschwerten die Situation zusätzlich, da für die Anforderungen an die Baulichkeit die finalen Entscheidungen zu Regierungsform und -organisation als essentiell galten.

Nach sechs Jahren sollten die Planungen auf dem „Hohen Hügel“ fortgesetzt werden. Die Ausschreibung zum Wettbewerb für ein neues Knessetgebäude erfolgte im Juni 1956. Basis bildete nach wie vor der von Weinraub und Mansfeld erarbeitete Masterplan. In der Zwischenzeit tagte die Knesset an verschiedenen Orten. Für die Versammlungen wurden Hotel-, Theater- oder Kinosäle gewählt, bis sie in einem neu errichteten Büro- und Geschäftshaus in der King George Street in Tel Aviv Platz fand. Es sollten 16 Jahre vergehen, ehe die Knesset aus dem als Provisorium gedachten Froumin Haus in das neue Parlamentsgebäude in Jerusalem umziehen konnte. Der auf nationaler Ebene ausgeschriebene Wettbewerb wurde von der israelischen Architektenszene jedoch kritisch gesehen, da die Finanzierung des Projekts zum Zeitpunkt der Ausschreibung ungeklärt war. Viele Architekturbüros entschieden sich auf Grund dessen gegen die Teilnahme am Wettbewerb, um einen evtl. „Schubladenentwurf“ entgegen zu wirken. Erst wenige Tage vor der Auslobung kam es bezüglich Finanzierung des Parlamentsbaus zu einer Wende. Am 24. Juli 1957 wurde bekannt, dass das Testament des zuvor verstorbenen britischen Politikers und Philantrop James A. de Rothschild eine Schenkung von 1.25 Millionen Pfund Sterling für den Bau des Knesset Gebäudes vorsah. Die enorme Bedeutung dieses Projekts wurde durch Rothschilds persönlichen Formulierungen im Testament noch einmal verdeutlicht.¹⁰

„Let the new Knesset building become a symbol, in the eyes of all men, of the permanence of the State of Israel. [...] by the grace of the Almighty. The new chapter in the history of our people, which began with the creation of the State, will be glorious and enduring.“¹¹

Die schnelle und einhellige Entscheidung für einen Erstplatzierten im Wettbewerb dürfte auf die Entschlossenheit der Jury nach diesen Worten, zurückzuführen sein. Joseph Klarwein, ein deutscher Architekt mit ostjüdischen Wurzeln, der nach seiner Emigration selbständig in Haifa praktizierte, ging mit seinem Entwurf als eindeutiger Sieger hervor. Das Juryprotokoll nannte Klarwein's Entwurf als den einzigen, der der Komplexität der Aufgabe gerecht wurde. „The building well expresses its special aim, through its placing in a high place with suitable proportions, by the planning of a well organized approach [...], and because of the noble appearance of the body of the building from all sides. It meets the requirements of the competition, gives simple solutions to various problems [...] the use of classical touches in the architectural composition bestows on the building an inspiring quality.“¹²

Der Siegerentwurf Josef Klarweins sah einen breiten und flachen Baukörper mit Innenhof vor. Der Innenhof sollte mittig durch einen eingestellten trapezförmigen Körper für den Plenarbereich geteilt werden. Umlaufend um den breiten Quader sollte eine fassadenhohe Pfeilerreihe eine Ringhalle bilden. Die Professorin für Architekturgeschichte der Moderne an der ETH Zürich und Autorin Ita Heinze-Greenberg beschreibt in ihrem Beitrag zu einem von Anna Minta und Bernd Nicolai herausgegebenen Buch über parlamentarische

Repräsentation mit folgenden Worten: „Das unverkennbar an die klassische Tradition angelehnte Formenvokabular wird einer größtmöglichen Reduktion und Abstraktion unterworfen. Damit wird eine an die Antike anbindende Moderne evoziert, wie sie das zionistische Projekt der Schaffung des Neuen Israels auf alter Erde nicht besser symbolisieren könnte.“¹³

Der letzte Wille des Mäzens James A. De Rothschild, ein „Symbol des Fortbestandes“ zu schaffen, schien dem Entwurf Josef Klarweins gelungen zu sein. Den Vorsitz der Jury führte im Übrigen der an der ETH Zürich und an der Akademie der Bildenden Künste Wien bei Peter Behrens ausgebildete Uriel (Otto) Schiller. Vor seiner Auswanderung nach Palästina arbeitete der junge Architekt Schiller bei Paul Bonatz und Clemens Holzmeister. Der Entwurf von Joseph Klarwein dürfte Uriel Schiller an jenen Neoklassizismus mit reduzierter Detaillierung erinnern haben, den beispielsweise Peter Behrens zu Zeiten Schillers Ausbildung prägte. Als Referenzprojekt ist die deutsche Botschaft in St. Petersburg zu nennen.

Der Preisträger selbst genoss seine Ausbildung in Deutschland, an der Technischen Hochschule in München und im Meisteratelier von Hans Peolzig an der Preußischen Akademie in Berlin. Nach seiner Ausbildung arbeitete er erst als Mitarbeiter, später als Büroleiter bei Fritz Höger in Hamburg und war mittlerweile ein lutherischer Protestant und eingebürgerter Hamburger geworden.¹⁴ Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 und der darauffolgenden Kündigung Klarweins emigrierte der Architekt nach Palästina und machte sich in Haifa selbstständig. Das stadtbild-prägende Getreidesilo „Dagon“ am Hafen in Haifa sowie das Hauptquartier für den jüdischen Nationalfonds wurden von Joseph Klarwein entworfen. Der Entwurf für das neue Knesset Gebäude nimmt hinsichtlich Stil eine besondere Stellung in Klarwein's Portfolio ein. Sein bis zu dem Zeitpunkt des Knesset Wettbewerbs bisheriges Werk zählte stilistisch eher zu einer neusachlichen Moderne.¹⁵

Während der Masterplan von Mansfeld und Weinraub sieben Jahre zuvor noch den Vorschlag einbrachte, die einzelnen Arbeitsbereiche der Parlamentarier zu trennen und offen zu legen, verfolgte Klarweins Entwurf die Unterbringung aller Bereiche in einer monumentalen Großform, die nach außen Geschlossenheit symbolisieren soll. Scheinbar war es gerade diese Geste, die die Jury dazu bewog Klarweins Entwurf den anderen Abgaben vorzuziehen. Kurz nach Veröffentlichung des Siegerprojekts kam es zu einer massiven Pressekampagne gegen die Entscheidung der Jury und damit gegen den Entwurf Klarweins. Die noch moderaten Stimmen nannten den Entwurf „langweilig“, „nicht israelisch“ oder „nicht modern“. Der viel schwerwiegendere Kritikpunkt galt dem Stil, der als „faschistisch besetzten Neoklassik“ bezeichnet wurde. Arieh Sharon fühlte sich beim Anblick des Modells an ein „großes Haus in München, bei dem man hinter den vielen Säulen den Eingang nicht finden kann“ erinnert und meinte damit das von Hitler in Auftrag gegebene Haus der Kunst in München.¹⁶

Zu der Motivation für die teils aggressive Kritik aus der israelischen Architekturszene dürfte die Enttäuschung einiger Architekten gekommen sein, die aufgrund der oben erwähnten Skepsis über die Finanzierung nicht teilgenommen haben. Das israelische Nachrichtenmagazin haOlam haZeh veröffentlichte einen Artikel zum Thema mit der Überschrift: „der Skandal um das Knessetgebäude“, der nicht nur Klarweins Architektur als undemokratisch bezeichnete, sondern auch die Integrität der Jury in Frage stellte. Klarwein selbst nahm zu den Vorwürfen Stellung und versuchte die Kritikpunkte zu zu entkräften. Auf den Vorwurf der faschistisch besetzten Neoklassik verwies Klarwein auf seine eigene Biografie. Die Bedenken, der Pfeilerumgang sei un-israelisch? versuchte er mit dem Hinweis auf die umlaufenden Kolonnaden des Herodianischen Tempels zu entkräften. Der Verknüpfung klassischer Formensprache mit diktatorischen Regimen entgegnete er mit der Referenz des griechischen Tempels als Wiege der Demokratie. Zu den Vorwürfen der mangelnden Bürgernähe und Transparenz äußerte sich Klarwein nicht. War es beim Entwurf des Masterplans das neue UN-Hauptquartier, das als Referenz diente, wurde man bei Klarweins Entwurf unweigerlich an die Entscheidung? für die Vorgängereinstitution, den im neoklassizistischen Stil ausgeführten Völkerbundpalast in Genf, erinnert. Die Entscheidung 30 Jahre zuvor hatte ähnliche Diskussionen ausgelöst und auch bei dem Wettbewerb um die Knesset standen sich Traditionalisten

und Modernisten einmal mehr gegenüber.

Auch damals fiel die Entscheidung auf einen Entwurf aus dem traditionalistischen Lager, nur hat sich in den folgenden 30 Jahren seit dem Wettbewerb die Moderne durchgesetzt, was sich nicht zuletzt am UN-Hauptquartier zeigte.¹⁷

Die Dauerkritik am Entwurf hatte die Konsequenz, dass die israelische Regierung ein Expertenteam einfliegen lies, um ein unabhängiges Gutachten über Klarweins Entwurf zu erarbeiten. Eingeladen wurden der Deputy Director des UN-Planungsteams um LeCorbusier, der US-amerikanische Architekt May Abramowitz, der Präsident der Royal Academy of British Architects Sir Howard Morley Robertson und der Archäologen Leo Arie Meir. Das Ergebnis fiel überraschend positiv aus und bestätigte die Juryentscheidung als legitim.

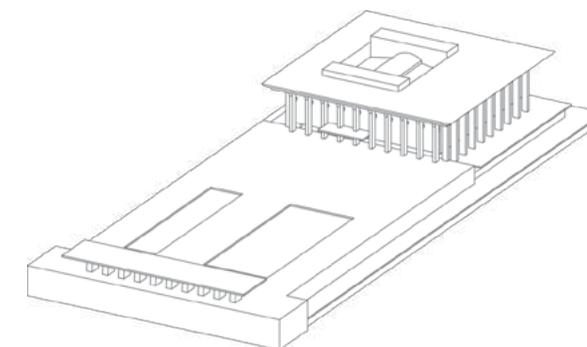
Auf Empfehlung und Vorschlag dieser Expertenrunde reiste Klarwein Mitte 1958 ins Ausland, um Referenzprojekte zu studieren. Während seiner mehrmonatigen Abwesenheit wurde bereits mit den Ausschachtungsarbeiten auf der Baustelle begonnen, die jedoch nicht seiner ursprünglichen Entwurfsidee entsprachen. Unter den Augen der Planungskommission der Knesset wurde der Entwurf verändert und hinsichtlich Größe und Symmetrie stark verändert. Aus Angst den Auftrag ganz zu verlieren, willigte Klarwein einer Zusammenarbeit mit dem 25 Jahre jüngeren Shimon Powsner ein. Später kamen Dov Karmi und sein Sohn Ram Karmi zum ausführenden Architekten-Team hinzu. Es folgten Monate der Auseinandersetzungen um die letztendliche Ausführung. In Folge wurde der Bau quadratisch kompakter und verlor seine Symmetrie. Eine weitere erhebliche Änderung war die von Dov Karmi vorgeschlagenen terrassenartig abgetreppten Abgeordnetenbüros zum Hang.

Nach dem Tod von Dov Karmi und einem Streit zwischen seinem Sohn Ram Karmi und Klarwein der zur beruflichen Trennung führte, war Klarwein wieder alleiniger Architekt auf dem „Hohen Hügel“.¹⁸ Mit der nachfolgenden Beauftragung der rumänischen, an der technischen Hochschule in Wien ausgebildeten, Innenarchitektin Dora Gad kam es jedoch erneut zu Auseinandersetzungen auf der Baustelle.

Nach zehn Jahren Bauzeit wurde das Parlamentsgebäude schließlich eingeweiht. Neben positiven und würdigenden Bemerkungen zum Ergebnis reichten sich erneut kritische Stimmen, die den Bau als stilistisch uneinheitlich befanden. Die Kritik war hinsichtlich der chaotischen Geschichte dieses Projekts sicherlich angebracht. Statt der ursprünglichen Geste Klarweins, Geschlossenheit zu demonstrieren, sahen Kritiker in dem Gebäude ein Sinnbild für Chaos und konfliktbeladener Entscheidungsfindung. Für die israelische Autorin Susan Hattis Rolef aber, ist gerade diese Symbolik ein Zeichen für „Israel-ness“.

„It is not the leaders who influenced the shape of the building, but the wars among the architects. The compromises were frequently attained through the mediation of foreign architects and officials. The process, at the end of which the knesset building was built as it was built, was extremely Israeli.“¹⁹

Rolef sieht im „Dissens“ und „Konflikt“ signifikante Merkmale der israelischen Gesellschaft und gerade deswegen passende Motive für ihre architektonische Repräsentation.



2.7.2 Palästinensischer Nationalrat - Parlament in Bewegung

Der Palästinensische Nationalrat (PNC) ist die legislative Körperschaft, der 1964 auf Initiative der Arabischen Liga gegründeten Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.

Im palästinensischen Nationalrat, als höchste Entscheidungsgewalt, werden politische Grundsätze und die Richtlinien für das Exekutivkomitee festgelegt. Die Hauptaufgabe des PNC ist das aus 18 Mitgliedern bestehende Exekutivkomitee zu bestimmen. Das Komitee lenkt, unter dem derzeitigen Vorsitz von Mahmoud Abbas, die Aktivitäten der PLO und erlässt den Haushaltsplan. Seit 1996 sind 669 Abgeordnete im Nationalrat, der sich als Vertretung aller Palästinenser versteht, vertreten.²⁰

Das Palestinian National Council ist gleichbedeutend mit dem Parlament und somit die politische Vertretung aller im Gebiet der Westbank, Gaza und der im Exil lebenden Palästinenser. Der Nationalrat bestimmte außerdem die politische Richtung und das Programm der PLO. Die Versammlungen fanden bis 1991 fast alle zwei Jahre an wechselnden Orten statt. Auf der ersten Versammlung am 28. Mai 1964 in Jerusalem, verabschiedeten die 422 Delegierten die Nationalcharta. Diese sollte die Grundlagen palästinensischer Identität erstmals formulieren und gaben der PLO einen vorläufigen organisatorischen Rahmen.²¹ Das Parlament im Exil, wie der Palästinensische Nationalrat genannt wurde, war eine Form der politischen Repräsentation, die in den Jahren des Ausschlusses der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO als parlamentarische

Versammlung für eine zerstreute und extraterritoriale Politik, eine Politik im Konflikt, ausgeübt wurde, ohne eine Möglichkeit sich physisch in Palästina zu versammeln.²² Eine realistische Volkszählung für die proportionale Verteilung der Sitze? im Parlament war ebenso schwer zu organisieren.

Vor der Besetzung der West Bank im Jahr 1967, fand der erste PNC am 24. Mai 1964 in Jerusalem statt. Teilnehmer waren Repräsentanten palästinensischer Gruppen aus Jordanien, der West Bank, dem Gaza Streifen, Syrien, Libanon, Kuwait, Irak, Ägypten, Lybien und Algerien.

Nach der Besetzung wurden weitere Versammlungen in Kairo, Damaskus, Algier, Amman abgehalten.

Nach dem Oslo Abkommen im Jahr 1995 wurde der PNC noch weitere viermal abgehalten. (1996 und 1998 in Gaza, wo der ehemalige US-Präsident Bill Clinton teilnahm. Und 2009 und 2018 in Ramallah, jedoch mit einer stark reduzierten Anzahl an Repräsentanten.) Die wechselnden Orte der Versammlungen markieren die geopolitischen Transformationen der Region, die Geschichte des palästinensischen Widerstandes und die Zerstreuung und Auflösung seiner organisatorischen Zentren. Diese stabilen und manchmal kontroversen Versammlungen im Exil überlebten aufgrund der Tatsache keinen festen Sitz zu haben. Durch einen festen Ortssitz wären sie für die israelische Politik leichter greifbar und ein einfaches Ziel für Angriffe geworden.²³

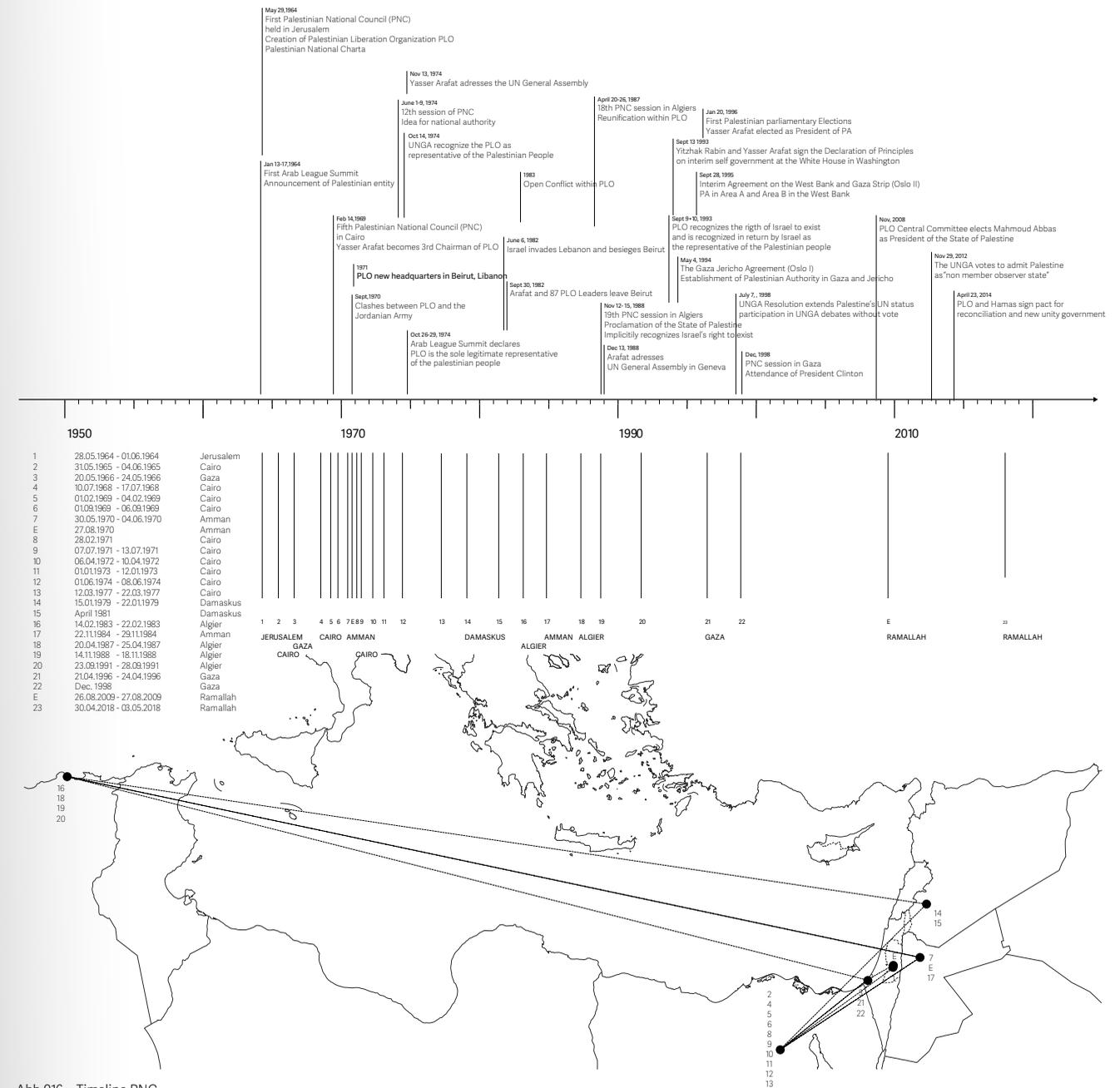


Abb 016 - Timeline PNC



Abb 017 - Palestinian Legislative Council, Abu Dis

2.7.4 Plästinensischer Legislativrat - Neubau einer Ruine

Am 13. September 1993 wurde die Präziplienenerklärung unterzeichnet. Diese sah die Bildung einer palästinensischen Interimsregierung für die Dauer von 5 Jahren vor und ebnete den Weg zu unabhängigen politischen Institutionen und Strukturen in Palästina. Während der Palästinensische Nationalrat sich als Parlament aller Palästinenser und des Staates Palästina sieht, gilt der Palästinensische Legislativrat als das Parlament der Einwohner der palästinensischen Territorien von denen er gewählt wird.

In der Euphorie des Friedensprozesses und des Oslo Abkommens 1995 gab die palästinische Führung den Bau eines Parlamentsgebäudes in Auftrag. Für die Lage des Gebäudes für den palästinensischen Legislativrat wünschte man sich die größtmögliche Nähe zur al-Aqsa-Moschee, was eine Platzierung in Ostjerusalem, der gewünschten Hauptstadt eines möglichen Staates Palästina, unabdingbar machte. Israel bestand jedoch nach wie vor darauf, keine palästinensischen Institutionen in Jerusalem zuzulassen, was dazu führte, dass der Bauplatz bis über die Stadtgrenzen hinaus verschoben wurden. Das der Altstadt im Osten nächstgelegene Dorf Abu Dis, sollte für den Regierungsbau bestimmt werden. Mit seiner erhöhten Lage bot Abu Dis die Aussicht zum Tempelberg und damit zumindest die visuelle Nähe zur al Aqsa Moschee. Die Palästinenser positionierten das Gebäude so nahe wie möglich an der Altstadt und somit an der Grenze zur lang ersehnten Hauptstadt Palästinas AlQuds. Durch einen subversiven Akt sollten die Bedingungen der Israelis,

keine institutionellen Bauten der Palästinenser in Jerusalem zuzulassen, jedoch umgangen werden. Es sollte der Eindruck erweckt werden, das Gebäude des palästinensischen Legislativrats steht in Abu Dis. In Wahrheit rückten die Planer das Gebäude zur Hälfte über die Stadtgrenze Jerusalems. Die Situierung des Gebäudes über die Linie hinaus sollte den Anspruch der Palästinenser an Jerusalem als Hauptstadt abstecken.

Heute ist das Gebäude sowohl Baustelle als auch Ruine, das weder durch Militäraktionen oder natürlichem Verfall zerstört wurde, sondern durch das Scheitern eines Friedensprozesses.

Drei Jahre nach den Vereinbarungen von Oslo kam es zum Ausbruch der Zweiten Intifada und dem Bau der Mauer. Die Bauarbeiten am Parlament stoppten mit Beginn des Baus der Mauer. Das Gebäude sollte außerhalb der betonierten Grenzen Jerusalems zurückbleiben.

Der Palästinensische Legislativrat ist bis dato das letzte Experiment für parlamentarische Demokratie in Palästina.²³

Heute tagt der mit 132 Abgeordneten besetzte Palästinensische Legislativrat in Ramallah. Ein zweites Gebäude des PLCs wurde im Zuge der Operation „Gegossenes Blei“, der Militäroffensive der Israelischen Streitkräfte, die von Dezember 2008 bis Januar 2009 gegen Gaza geführt wurde, bei einem Bombenangriff zerstört worden.

Auch das Gebäude in Ramallah war wiederholtes Ziel israelischer Angriffe. 2002 wurde das Hauptquartier in der West Bank stark beschädigt.²⁴

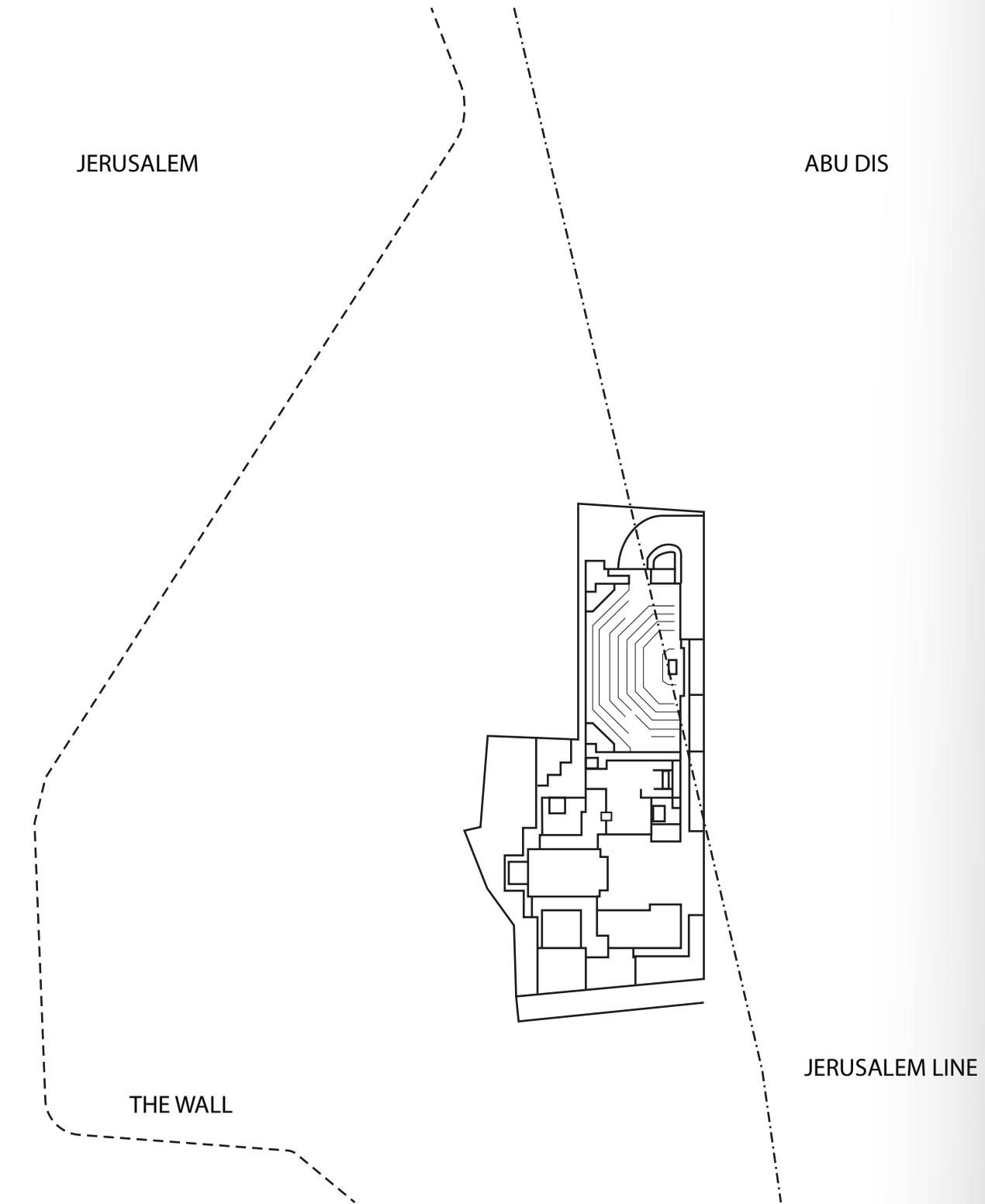


Abb 018 - Palestinian Legislative Council, Abu Dis - Plan

Resümee

Der zu Beginn gestellten Frage: „Was ist ein Parlament?“ möchte ich die Frage anfügen: „Wie sollte ein Parlament sein?“. An der historischen Entwicklung ist zu beobachten, dass sich der Ort für politische Entscheidungen von der Öffentlichkeit der griechischen Pnyx oder der Agora in das Geheime des gebauten Raumes verschoben hat. Zwar wird diese Hülle nach und nach durchlässiger gestaltet, eine wahre Integration der Öffentlichkeit findet jedoch kaum statt. Architektur wirkt nicht nur als Hülle und Versteck für das politische Geschehen, sondern auch als Symbol von ideellen Werten. Die Öffentlichkeit spielt dabei heute jedoch höchstens eine Zuschauerrolle.

Demokratie wie wir Sie heute kennen, zeigt allmählich seine Fehlstellen. Auf die Frage wie und ob Demokratie reformiert werden kann, sollte unmittelbar die Frage nach dem architektonischen Rahmen folgen oder gar vorgestellt werden. Vielleicht ist Architektur Teil des Problems?

Demokratie ist architektonisch schwierig zu fassen. Viele Versuche dies zu tun endeten in überladenen Pathos oder man suchte Zuflucht in vordemokratischer Bausubstanz als hätte man nicht genügend Selbstvertrauen für eine eigenständige Typologie. Der Autor Christian Lankes formuliert dies so:

„Noch immer scheinen wir uns im Dilemma zwischen Demokratie und Architektur zu befinden.

Demokratie bildet sich nicht baulich ab sondern findet Raum. Würdeformen sind überflüssig. Die Würde der Demokratie liegt in ihrem Wesen, rational Konflikte austragen zu können, nicht im Pathos baulicher Gesten.“¹

Israel | Palästina

Fotografischer Essay

Textur
Markt
Hoffnung
Friedensprozess
Elemente
Station
Identität
Kolonie
Türme
Barriere
Lösung



Abb 019 - Textur





Abb 021 - Markt in Hebron



Abb 022 - Markt in Jerusalem



Abb 023 - Tunnelroad



Abb 024 - Hope - Hebron

Peres Center for Peace & Innovation, Tel Aviv in Jaffa

Statt den Blick ins Landesinnere zu wagen, orientiert sich das Gebäude mit der großzügigen Verglasung nach Westen zum Meer.



Abb 025 - Peres Center for Peace and Innovation



Abb 026 - Fire



Abb 028 - Earth



Abb 027 - Wind



Abb 029 - Water



Abb 030 - Al-Shuhada Street



Abb 031 - Mitzpe Ramon



Abb 032 - The Palestinian Museum



Abb 033 - Yad Vashem





Abb 035 - Tower 1



Abb 036 - Tower 2



Abb 037 - Hebron- Towers



Abb 038 - Barrieren



Abb 039 - Barrieren



Abb 040 - Lösung?

Assembly

Situation
Szenario
Leitmotiv
Manifest
Entwurf
Konstruktion
Materialität

4.1

Situation



Abb 04T - wire

4.1.1

Friedensverhandlungen

Am 29. November 2012 stimmte eine große Mehrheit der 193 UN- Mitgliedsstaaten in der Generalversammlung für eine Anerkennung Palästinas als beobachtendes Nicht-Mitglied. Mit 136 Stimmen erhielt Palästina somit 70,5% Zustimmung. Seit dieser Abstimmung ist der Zugang zum Internationalen Gerichtshof (IGH) und zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und weiteren Unterorganisationen der UN gewährleistet.

Während Viele damit die Geburtsstunde für einen unabhängigen Staat Palästina in einer Zwei-Staaten Lösung für den Nah-Ost Konflikt sehen wollen, gibt es Stimmen die von einem Störmanöver im Friedensprozess sprechen. Die aktuellste UN-Resolution zum Thema "Peaceful Settlement of the question of Palestine" vom 30. November 2017 wurde mit 151 Stimmen verabschiedet. Darin ist u.a. von "zwei Staaten. Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen" sowie einer „gerechten Lösung für die palästinensische Flüchtlingsfrage in Übereinstimmung mit UN-Resolution 194" die Rede. "Zwei Staaten für zwei Volksgruppen" so sieht es die Zwei Staaten Lösung vor. Der dabei angestrebte Staat Palästina westlich des Jordans soll neben dem Staat Israel existieren. Mit dieser "Lösung" würden somit die Grenzen nach dem 6 Tage Krieg 1967 und die territoriale Trennung von Gaza und dem Westjordanland akzeptiert werden.

Die Zwei-Staaten Lösung ist die seit Jahren immer wieder diskutierte Version einer Lösung des Konflikts. Beginnend mit der Madrider Konferenz im Jahr 1991, gefolgt von Oslo I 1993, dem Gaza-Jericho-Abkommen 1994, Oslo II 1995, das gescheiterte Treffen Camp David II im Jahr 2000 sowie der Fortsetzung in Taba 2001. Im Jahr 2002 wurde durch die Arabische Liga die Arabische Friedensinitiative ins Leben gerufen. Aus dem Scharon-Plan von 2004 entwickelte Ehud Olmert den Konvergenz-Plan von 2006. Der letzte, ebenfalls gescheiterte Anlauf waren die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche 2013–2014.

Die israelische Regierungspartei unter Premierminister Benjamin Netanjahu hat bereits mehrmals unmissverständlich klargestellt, dass es einen palästinensischen Staat niemals geben soll. Einer Resolution, nach der israelische Siedlungen ohne Einschränkungen ausgebaut und die Souveränität Israels auf das Westjordanlandes ausgeweitet werden soll, wurde am Silvesterabend 2017 vom Zentralkomitee der Regierungspartei zugestimmt. Auch eine Gesetzesänderung welche eine zukünftige Teilung Jerusalems erschwert wurde verabschiedet. Friedensverhandlungen wurden somit weiter erschwert. Weiter wurden die Weichen gestellt ein Rechtssystem für rund 430000 israelische Siedler aufzubauen während die dort lebenden Palästinenser weiter unter Militärherrschaft leben sollen. Menschenrechtler weltweit kritisieren den Kurs der Regierung hinzu einer Realität des Apartheitsstaats. Die Israelis scheinen die Gunst der Stunde erkannt zu haben und vor allem die außenpolitische Lage mit Donald Trump als US- Präsidenten für sich zu nutzen. Dieser hat Jerusalem bereits als Hauptstadt Israels anerkannt und die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen lassen.¹



Abb 042 UN -Vote

4.1.2

Die einzige Demokratie im Nahen Osten

Israelischer Rechtsstaat in Bedrohung

Mit Stolz bezeichnet Benjamin Netanjahu Israel als „einzige Demokratie des Nahen Ostens“. ² Wie es tatsächlich um den demokratischen Gesundheitszustand des Landes steht zeigen jedoch die jüngsten politischen Entwicklungen. Politischer Ethos und erklärtes Ziel der Gründergeneration Israels war es, einen „demokratischen“ und „jüdischen“ Staat zu erschaffen. Heute zeigt sich hingegen das Bild einer Unvereinbarkeit dieser zwei Attribute. Neben der sichtbar undemokratischen Situation in den besetzten Gebieten mit andauernden Siedlungsprogrammen, sind es zurzeit vor allem die innenpolitischen Entwicklungen im Kernland Israels, die den Demokraten Sorge bereiten müssten. Im aggressiv geführten Wahlkampf 2019 formulierte der amtierende Premierminister Netanjahu seine politische Haltung wie folgt: „Israel ist nicht der Staat aller seiner Bürger. Dank des neuen von uns verabschiedeten Nationalstaatsgesetzes ist Israel der Nationalstaat allein des jüdischen Volkes!“ ³

Die 1,3 Millionen israelischen Araber des Landes werden seit den Neuwahlen im September 2019 von nur mehr 12 der 120 Abgeordneten der 22. Knesset vertreten und stehen nahezu für die Reste des liberal-demokratischen Staates. Ein zunehmend konservativer Trend in der Regierungsbildung ist ablesbar.

Das ethnozentrische Verständnis von Demokratie das Netanjahu's Partei Likud vertritt, ähnelt den Positionen mancher Demokratien der Europäischen Union, wie Italien oder Ungarn. Durch den weltweit spürbaren rechtsnationalen Ruck verlieren Werte der liberalen Demokratie an Bedeutung. „Linke“ Parteien, wie die Arbeiterpartei von Staatsgründer David Ben-Gurion, spielen im politischen Prozess derzeit kaum mehr eine Rolle, während unlautere Mobilisierungsstrategien rechtspopulistische und rassistische Strömungen weiter erstarken lassen.

Benjamin Netanjahu droht eine Anklage in drei Fällen wegen Bestechlichkeit, Betrug und Untreue. Er wird verdächtigt, als Kommunikationsminister dem Telekom-Riesen Bezeq rechtliche Vergünstigungen gewährt zu haben. Im Austausch hierzu soll das zum Konzern gehörende Medium „Walla“ positive Berichterstattung geleistet haben. Weiter wird Netanjahu verdächtigt von befreundeten Milliardären teure Geschenke angenommen zu haben und im Gegenzug dem regierungskritischen Verleger Arnon Moses angeboten zu haben sein Konkurrenzblatt zu schwächen. Daneben sollen noch negative Berichterstattungen über politische Rivalen bestellt worden sein. Netanjahus Anhängerschaft reagiert nachsichtig auf dessen manipulativen Umgang mit den Medien und den Vorwurf der Veruntreuung. Trotz der innenpolitischen Krise um den Korruptionsskandal Netanjahus wurde seine Likud Partei mit 25,1 % der Stimmen im September 2019 wiedergewählt. Die Regierungsbildung gestaltet

sich zwar aus Mangel an koalitionswilligen Partnern erneut schwierig, erstaunlich ist es aber dennoch, dass die Vorwürfe für rund ein Fünftel der Wähler keine Rolle in ihrer Wahlentscheidung spielt. ⁴

Shimon Stein, bis 2007 israelischer Botschafter in Deutschland und der israelische Professor und Historiker Moshe Zimmermann verstehen in einem Artikel in der Zeit vom 24. April 2019 das Demokratieverständnis israelischer Wähler als eine Art „Realityshow“, in der Zuseher auch über das Urteil möglicher Straftaten abstimmen können. Anhänger von Netanjahu verstehen Wahlerfolge als Freispruch von allen Anklagen. Die Mehrheit hat sich offensichtlich gegen die Korruptionsvorwürfe entschieden oder halten Veruntreuung und Bestechlichkeit für Kavaliersdelikte.

Die selben Entwicklungen sind in anderen Ländern mit rechtsnationalen Regierungen wie bspw. Polen oder Ungarn zu beobachten. Das Programm von Rechtspopulisten ist einheitlich: Die Institutionen der liberalen Demokratie sollen als „Unterdrückungsinstrumente der alten Eliten“ bekämpft werden. Netanjahus Likud begreift sich trotz 40 Jahren an der Macht immer noch als die Partei der Abgehängten und Opfer einer von linken Mächten geführten Verschwörung. ⁵

Das hohe Wahlergebnis von Benjamin Netanjahu lässt eine voranschreitende Demontage liberaler Werte in Israel befürchten und die Aussicht auf eine friedliche Lösung des Nah-Ost-Konflikts in weite Ferne rücken. Netanjahu versprach seinen Anhängern im Wahlkampf die Annektierung von Teilen des Westjordanlandes. Ein Prozess der bereits seit 50 Jahren im Gange ist, jedoch noch nie so offen von Regierungsseite kommuniziert wurde. Das würde das offizielle Ende der Zwei-Staaten-Lösung bedeuten, zu der er sich zuletzt im Jahr 2016 mit den Worten: „Meine Regierung wird sich an das vereinbarte Ziel von zwei Staaten für zwei Völker halten“ bekannt hat. ⁶



Abb 043 li: israelische Siedlungen in der West Bank, re: palästinensische Gebiete

4.1.2

Vier Lösungsvorschläge

Seit Jahren wird über die mögliche Lösung des Konflikts diskutiert. Vier mögliche Lösungsvorschläge sind im Laufe des Jahrzehnte andauernden Konflikts entstanden.

Umsiedlung

Im Februar 2016 fand in der jordanischen Hafenstadt Aqaba ein Treffen zwischen dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, dem jordanischen König Abdullah und dem ehemaligen US-amerikanischen Außenminister John Kerry statt. Es wurde über eine mögliche Umsiedlung der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser auf den nördlichen Sinai diskutiert. Der Nachrichtensender Al-Jazeera berichtete dass dieser Plan bereits seit einiger Zeit existiere. Bereits im Jahr 2004 gab es den Vorschlag 60.000 Quadratkilometer des nördlichen Sinai an Palästinenser abzutreten. Eine weitere Variante dieses Vorschlags wurde 2017 von Benjamin Netanjahu und US-Präsident Donald Trump vorgestellt. Demnach sollte Ägypten die Kontrolle über den Gazastreifen erhalten, die Westbank würde Israel kontrollieren und den dort lebenden Palästinenser die israelische Staatsbürgerschaft anbieten. Aus Ägypten sind unterschiedliche Reaktionen zu hören. Präsident al-Sisi hatte zwar bereits verlauten lassen keinen Zoll ägyptischen Bodens aufgeben zu wollen. Im April 2017 bei einem Besuch al-Sisis in Washington bezeichnete er allerdings den Umsiedlungsvorschlag als Plan des Jahrhunderts. Der Umsiedlungsvorschlag ist der jüngste von einer Reihe von Vorschlägen den am längsten andauernden Konflikt zu einem Ende zu bringen.⁷

Die Zwei-Staatenlösung

Der bekannteste Lösungsvorschlag einer Zwei-Staaten-Lösung ist auch der meist diskutierte zu dem sich auch die Europäische Union bekennt. Zum ersten Mal kam der Vorschlag in der so genannten Peel-Kommission, die die britische Mandatsmacht 1937 einsetzte zur Sprache. Der ernüchternde Schluss zudem die Kommission kam: „Es bestehe ein unüberwindbarer Konflikt zwischen den beiden auf engem Raum lebenden Völkern. Ihre nationalen Hoffnungen seien nicht miteinander vereinbar und so müsse das Land in zwei Staaten aufgeteilt werden.“ Der Plan erfuhr einen neuen Schwung Anfang des neuen Jahrtausends. Da auf beiden Seiten jedoch die Skepsis stieg und auch das Siedlungsprogramm der Israelis nicht gestoppt wurde, kam es zur zweiten Intifada die viele Todesopfer zur Folge hatte und den Friedensprozess auf unbestimmt beenden sollte. Der Rechtsruck der momentanen Regierung hat die Situation zusätzlich verkompliziert. Auch in der Palästinensischen Bevölkerung stieg der Unmut und die Zweifel an einer Zwei-Staaten-Lösung. Angesichts der Zersiedelung

des Westjordanlandes ist eine klare Grenzziehung ohnehin unmöglich geworden.⁸ Die Schwierigkeiten einer Umsetzung dieser „Lösung“ liegen in vier elementaren Bereichen des Konflikts, wie Max Fisher von der New York Times diese sehr bildhaft in der Printausgabe vom 30. Dezember 2016 erläutert. Grenzen, Flüchtlinge, Jerusalem sowie Sicherheit sind die Punkte über die am wenigsten Einigung besteht. Schon jetzt hat das Siedlungsprojekt Israels das die von der Palästinensischen Autonomiebehörde regierten Regionen in ein fragmentiertes Gebiet zerstückelt. Eine Räumung der Siedlungen und Abzug der rund 391.000 Siedler ist höchst unwahrscheinlich. Die Möglichkeit der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge seit dem Unabhängigkeitskrieg 1948 und dem 6-Tage-Krieg 1967, ist einer der zentralen Fragen bei einer Lösungsfindung. Die Zahl der Flüchtlinge und ihrer Nachfahren belaufen sich auf rund 5 Millionen. Beide Seiten beanspruchen Jerusalem als ihre Hauptstadt. Mit der Verlegung der US-amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem durch US Präsident Donald Trump wurde die Basis für Verhandlungen weiter erschwert. Für Israelis ist das Thema der Sicherheit von elementarer Bedeutung. „Von Feinden umzingelt“ fühlt sich das israelische Volk nicht zu unrecht. Nicht nur der Konflikt mit den Palästinensern sorgt für Besorgnis in der israelischen Bevölkerung. Auch der Bürgerkrieg in Syrien mit ungewissem Ausgang, ein instabiles System im Libanon sowie die andauernde Bedrohung des Irans spielt eine große Rolle in der Notwendigkeit der Israelis sich zu verteidigen und an der sicherheitspolitischen Bedeutung einer Militärpräsenz im Westjordanland.⁹

Die Ein-Staat-Lösung

Das Konzept einer Ein-Staaten-Lösung sieht vor, einen einheitlichen demokratischen und säkularen Staat mit gleichberechtigter Bevölkerung in einem einzigen Land zwischen Mittelmeer und Jordan, innerhalb der Grenzen des heutigen Israel, Gaza und Westjordanland zu bilden. Diese Lösung wurde schon zur Zeit des britischen Mandatsgebiets in den 1920er Jahren für ein mögliches friedliches Zusammenleben zwischen Juden, Christen und Arabern diskutiert. Ein bekannter früher Vertreter der Idee eines bi-nationalen Staates war der österreichisch-israelische Philosoph Martin Buber. Im Jahre 1947, also noch vor der Gründung Israels kritisierte er die Idee eines jüdischen Nationalstaates in einer feindlichen Umgebung und bezeichnete sie als „nationalen Selbstmord“. Die Ein-Staat-Lösung als Alternative zur Zwei-Staatenlösung spielt für den Friedensprozess heute kaum eine Rolle und findet in der israelischen Bevölkerung nur wenig Unterstützung. Israelis und Palästinenser würden mit gleichen Rechten in einem Staat leben. Da viele Israelis die Befürwortung für eine Abschaffung Israels als jüdischen Staat halten sehen sie den Grundgedanken der zionistischen Bewegung explizit einen Staat für Juden in Palästina zu errichten, gefährdet. Aufgrund der demografischen Entwicklung würde die Ein-Staat-Lösung bedeuten dass Juden erneut eine Minderheit darstellen würden. Auch bei arabischen Nationalisten und Anhängern des Panarabismus wird diese Lösung traditionell gleichsam abgelehnt. Laut einer Umfrage der hebräischen Universität von 2013, stimmen einem bi-nationalen Staat 63 Prozent der Israelis und 69 Prozent der Palästinenser nicht zu.¹⁰

Eine Konföderation

Einen weiteren Vorschlag stellt der Vorschlag einer konföderierten Bundesrepublik Jordanien-Palästina dar. Das Westjordanland würde demnach mit dem Gazastreifen ein Bundesland darstellen. Denkbar und wünschenswert wäre in diesem Zug auch eine Erweiterung in Richtung eines Staatenbundes „Palästina-Jordanien-Israel“. Das würde auch den demographischen Realitäten entsprechen. Im Westjordanland leben derzeit 22% Israelis während in Israel rund 23% Palästinenser leben.¹¹ Eine Konföderation als erweiterter Staatenbund wurde auch schon vor Staatsgründung Israels von Hannah Arendt angesprochen. Für Hannah Arendt bestand ebenfalls ein erheblicher Unterschied zwischen einer „nationalen jüdischen Heimstätte“ und eines jüdischen Nationalstaates. Ihre Vision beinhaltete ebenfalls das Einbeziehen umliegender Staaten des Nahen Ostens in eine größere föderative Struktur.¹²

4.2 Szenario



Abb 044 - Satellit

4.2.1

Neues Land

Zwei Völker ein Staat

Schon mindestens 3000 Jahre vor Christus lässt sich eine zusammenhängende geo-politische Einheit in Palästina erkennen. So wird es sowohl in der palästinensischen als auch in der zionistischen Geschichtsschreibung dargestellt. Für 1.500 Jahre erstreckte sich das Gebiet der Kanaaniter vom Jordantal bis zum Mittelmeer und von den Bergen des Libanon bis zur Wüste des Sinai bevor es nacheinander von den Philistern, den Isareliten, den Phöniziern, den Assyern, den Babyloniern, den Persern, den Mazedoniern, den Römern, den Arabern, den Kreuzrittern, den Ayyubiden, den Mameluken bis hin zum osmanischen Reich beherrscht wurde. Außer zu Beginn der römischen Periode und der frühen arabischen Periode blieb die Region in kultureller, religiöser und ethnischer Hinsicht weitgehend unverändert.¹

Erst die britische Besatzung und später die Zionisten griffen eine der oben genannten Perioden auf, um ihre Machtergreifung zu rechtfertigen und historisch zu untermauern. Die Ein-Staat-Lösung beinhaltet verschiedene Konzepte und Interpretationen die sich grundlegend unterscheiden. Das Spektrum dieser Interpretationen reichen von einem Einheitsstaat, über einen föderalen Staat hin zu einer losen arabisch-israelischen Konföderation. Eine Bi-Nationale Lösung, wie sie etwa in Bosnien-Herzegovina Anwendung fand würde Juden und Palästinenser ihre rechtliche und ethnische Identität gewährleisten während Ämter in einem Proporzsystem zwischen beiden Bevölkerungsgruppen aufgeteilt werden würden. Ein Konzept dass dieser Lösung gegenüber steht ist das Prinzip: One Person- One Vote wie es bspw. in Südafrika nach dem Ende der Apartheid eingeführt wurde. Bei letzterer wäre jedoch ein demographischer Wettlauf um die Mehrheit in diesem Staat zu erwarten. Unter israelischen Konservativen wird ein zionistischer Einheitsstaat, in welchem Palästinenser und andere Minderheiten wie Drusen und Beduinen lediglich Minderheitenrechte zugestanden werden.

Bereits in den 1920er Jahren entstand die Idee eines jüdisch-arabischen Staates in Palästina. Die von Martin Buber, Robert Weltsch und Judah Magnes gegründete Organisation Brit Shalom („Friedensbund“) setzte sich für einen bi-nationalen Staat, in dem gleiche Rechte für beide Völker gelten sollen, ein. Sozialistische und pazifistische zionistische Gruppen, wie Hashomer Hatzair, Mapam, Ichud oder die Liga für jüdisch-arabische Annäherung übernahmen später das Konzept des bi-nationalen Staates. Der in Wien geborene Religionsphilosoph Martin Buber war einer der frühesten Vertreter dieser Idee. Er erkannte den drohenden Konflikt mit den, in Palästina lebenden Arabern und prognostizierte ihn als langwierig und bitter. Statt der „Kurzsichtigkeit“ des nationalen Eigeninteresses plädierte Buber für einen "größeren Realismus" der in der Politik des Dialogs begründet ist.²



Abb 045 Hannah Arendt

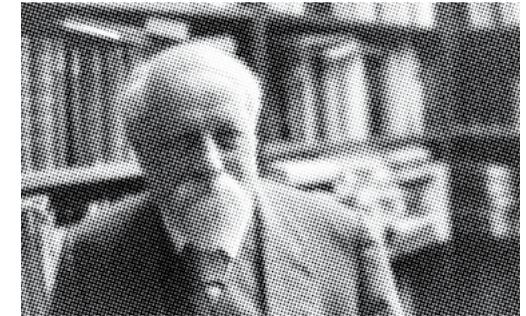


Abb 046 Martin Buber

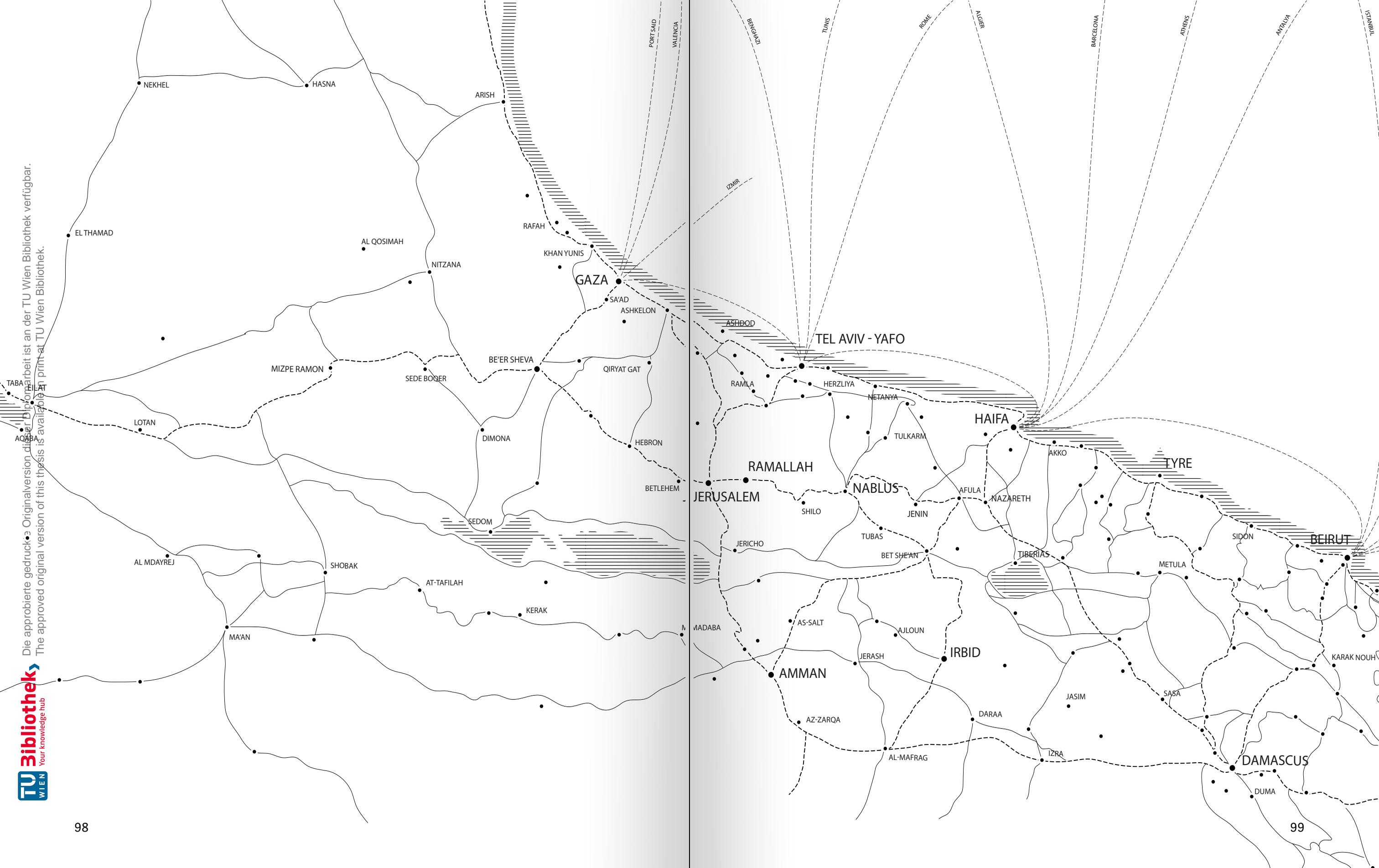
Vor Staatsgründung Israels waren viele jüdische Intellektuelle davon überzeugt dass ein Staat auf partnerschaftlicher Grundlage gebildet werden kann. Auch Hannah Arendt hatte diese Vision und sprach sogar von einer größeren föderativen Struktur die weitere Staaten des Nahen Ostens mit einschließen könnte:

„Das eigentliche Ziel der Juden in Palästina ist der Aufbau einer jüdischen Heimstatt. Dieses Ziel darf niemals der Pseudo-Souveränität eines jüdischen Staates geopfert werden.“³

Hannah Arendt betrachtete den Zionismus zunehmend kritisch, stellte aber auch die Notwendigkeit eines jüdischen Rückzugsort aufgrund des unausrottbaren Antisemitismus fest. Nachdem die Idee eines einheitlichen demokratischen Staates in Palästina in der UNO Vollversammlung keine Mehrheit fand und sich die Teilung in einen jüdischen und einen arabischen Teil Palästinas durchsetzte, verschwand auch der innerjüdische Widerstand gegen das Konzept eines jüdischen Staates weitgehend.

Die Staatsgründung Israels im Mai 1948 und der darauf folgenden Krieg mit den Nachbarstaaten Libanon, Syrien, Jordanien, Irak und Ägypten machte das Konzept einer bi-nationalen Lösung indiskutabel. Bis heute erreichte diese Idee nur noch geringe Popularität. Obwohl mit den israelischen Siedlungen im Westjordanland Fakten geschaffen wurden und eine Zwei-Staaten-Lösung kaum realisierbar gemacht haben, ist dies die konsequent einzige Lösung die auf politischer Ebene diskutiert wird.

Die Grundidee für das Ausgangsszenario dieses Entwurfs bezieht sich auf das Konzept eines neuen Staates. Ein Staat dessen Name noch zu definieren ist und dessen detaillierte Ausformulierung und Verfassung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Ob es am Ende ein bi-nationaler Staat mit den heutigen Grenzen Israels, Gaza und Westjordanland oder aber eine wie von Hannah Arendt angesprochene größere Föderation von Staaten im Nahen Osten ist, bleibt für die Vision dieser Arbeit offen. Das Konzept einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle ist der erste Teil dieses Ausgangsszenarios.



4.2.2

Neue Demokratie

"Multibody Sortition" als mögliche Lösung

Selbst mit der Vorstellung eines Ein-Staat Szenarios bleibt die Frage, wie könnte das politische System eines „neuen“ Staates im Nahen Osten ausformuliert werden. In Anbetracht des Jahrzehntelangen andauernden Konflikt zwischen Palästinenser und Israelis, mit Todesopfern auf beiden Seiten und ungeklärten Landbesitzansprüchen ist es nur schwer vorstellbar eine gerechte Zukunft mit einem konventionellen politischen System einzuleiten. Das Vertrauen der Bürger in Politiker und in die alte politische Ordnung mit Parteien als Interessensvertreter und einem gerechten System basierend auf Wahlen scheint sehr unwahrscheinlich. Zugleich wäre die Gefahr eines erstarken populistischer Strömungen in diesem Kontext hoch. Verstehen es doch populistische Parteien am besten, bestehende Ängste und Misstrauen der Bürger weiter zu schüren und für ihre eigene Agenda zu nutzen. Auch die Rolle der Medien und ihre Unabhängigkeit ist vor allem in Israel und Palästina kritisch zu hinterfragen. Durch die Entwicklungen der Demokratien des Westens scheint das konventionelle demokratische System ihre Vorbildrolle verloren zu haben.

Vorbild-Demokratien im Westen?

Die Entwicklungen westlicher Demokratien zeigen die Schwächen und Probleme des elektoral repräsentativen Systems wie wir es heute kennen auf. Experten sprechen im Hinblick der momentanen Situation von einer Krise der Demokratie. Will man den Zustand und das Funktionieren einer Demokratie bewerten, werden vor allem zwei Kriterien betrachtet. Effizienz und Legitimität. Während sich Effizienz mit der Handlungsfähigkeit also der Frage beschäftigt, wie schnell eine Regierung Lösungen umsetzen kann, beschreibt die Legitimität die Akzeptanz dieser Lösungen sowie der Autorität der Regierung bei der Bevölkerung. Dabei verhalten sich die beiden Kriterien in der Regel umgekehrt proportional zueinander. Je undemokratischer eine Regierungsform ist desto effizienter ist ein politisches System. Im Extremfall entscheidet eine Person welches Gesetz noch am selben Tag verabschiedet wird. Dauerhafte Legitimität ist jedoch in Diktaturen allerdings selten gegeben. Der umgekehrte Extremfall würde bedeuten alle Bürger an jeder Entscheidung mitwirken zu lassen. Dies würde sich jedoch gleichzeitig negativ auf die Tat- und Entscheidungskraft der Regierung auswirken. Ein ausgeglichenes System von Legitimität und Effizienz ist also das Ziel einer gesunden Demokratie. Heute müssen wir uns allerdings einem außergewöhnlichen Problem stellen. Es herrscht in westlichen Demokratien gleichzeitig eine Legitimitäts- und Effizienzkrise.⁴

Die Legitimitätskrise lässt sich anhand von drei Entwicklungen der letzten Jahre erkennen. Erstes und auffälligstes Indiz für eine Krise der Legitimität von Regierungen im Westen sind die Zahlen der Wählerbeteiligung der letzten Jahre. Ein stetiger Rückgang zeugt von einem mangelnden Interesse der Bürger am politischen Geschehen aktiv teilzunehmen. Doch auch die immer stärker auftretende Wählerwanderung zeigt die prekäre Situation. Nicht nur weniger Stimmberechtigte kommen zur Wahl, es wird auch launischer gewählt als noch vor 20 Jahren. Das Phänomen des sog. Protestwählers mit keiner klaren Haltung oder Loyalität einer Partei gegenüber bringt den Unmut und das Misstrauen von Bürgern gegenüber der Politik zum Ausdruck. Als drittes klares Symptom für eine Legitimitätskrise steht die sinkende Mitgliederzahl der Parteien. Im Durchschnitt sind in der EU heute nur noch 4,65% der Wahlberechtigten Mitglied einer Partei. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen dass die „neuen“ Demokratien, Spanien, Portugal und Griechenland, die erst seit den 70er Jahren demokratisch wurden nach wie vor einen Aufwärtstrend an Parteimitgliederzahlen vorweisen. Es scheint als könnten sich immer weniger Menschen mit den politischen Akteuren im System identifizieren.⁵

Die wichtigste Frage ist, ob ein Parlament angesichts der genannten Punkte überhaupt noch repräsentativ sein kann.

Wie zuvor erwähnt, ist nicht nur die Legitimität in Frage gestellt. Das zweite große Problem heutiger Demokratien ist die sog. Effizienzkrise. Regierungs- und Koalitionsbildungen scheinen heute immer schwieriger zustande zu kommen. Anhand der immer länger andauernden Koalitionsverhandlungen zeigt sich wie mühsam es teilweise ist eine Regierung zu bilden. Das hat vor allem die Situation nach Wahlen in Spanien, Italien, Griechenland und den Niederlanden gezeigt. In Belgien hatte es sogar anderthalb Jahre gedauert bis nach der Wahl 2010 eine neue Regierung gebildet werden konnte. Die Schwierigkeit der Regierungsbildung zeigt sich gerade in Österreich sehr eindeutig. Im September 2019 wurde neu gewählt und es wird sich zeigen was sich aus der momentanen Patt-Situation ergeben wird. Aber nicht nur die Regierungsbildung dauert lange, auch das Regieren selbst und die Umsetzung von Beschlüssen dauern länger als früher. An Infrastrukturprojekten wie dem neuen Bahnhof in Stuttgart oder dem geplanten internationale Flughafen in Nantes sieht man die Situation sehr deutlich. Regierungen in Europa sind von Dutzenden lokalen und supranationalen Akteuren abhängig. So sind solche Unternehmungen heute keine Prestigeprojekte mehr wie sie noch vor Jahren gewesen wären sondern mehr ein „verwaltungstechnischer Albtraum“⁶

Ein Alternativ-Modell

Ich möchte an dieser Stelle das Gedankenspiel eines befriedeten Nahen Ostens weiterspielen und der Vision ein weiteres Element hinzufügen. Ein ausgeglichenes politisches System im Nahen Osten scheint mit den gängigen Demokratiemodellen schwer vorstellbar.

Erkenntnisse aus der Krise der westlichen Demokratien könnten jedoch zu einer reformierten Demokratietheorie führen die in einem Szenario eines befriedeten Nahen Ostens eine Rolle spielen könnte. Eine mögliche Lösung bietet die Einführung einer deliberativen Demokratie. Im Folgenden soll ein System, dass statt Wahlen auf einem Losverfahren basiert näher vorgestellt werden. Im Jahr 2013 veröffentlichte der US-amerikanische Politikwissenschaftler und ehemalige Mitglied des Repräsentantenhauses von Vermont, Terril G. Bouricius einen Artikel mit dem Titel: „Democracy Through Multi-Body Sortition: Athenian Lessons for the Modern Day“. Seine theoretische Auseinandersetzung mit dem Losverfahren als Basis einer reformierten Demokratie zeigt auf, welche Vorteile solch ein System gegenüber dem elektoral repräsentativen System bieten könnte.

Das Ziel dieser demokratischen Unternehmung ist es, von den Fehlern und den Vorteilen der Attischen Demokratie zu lernen und die allgemeine Bevölkerung mehr in den politischen Prozess einzubeziehen, anstatt nur diejenigen, die daran interessiert sind, daran teilhaben zu lassen. Die Grundidee alle Vollbürger am politischen Geschehen teilnehmen zu lassen war im antiken Griechenland durch das Losverfahren gegeben.

Entscheidend war dabei dass Bürgerbeteiligung nicht nur für die Volksversammlung zutrifft wurde sondern über ein Losverfahren der Rat der 500 der die Agenda festlegte und dem Volksgericht das Gesetze widerrufen konnte Anwendung fand. Auf diese Weise wurde ein System von „Checks and Balances“ geschaffen dass drei wichtige Ziele erfüllte:

1. Gute Repräsentation der Bürger durch die gesetzgebenden Gremien
2. Resistenz gegenüber Korruption und Konzentration politischer Macht
3. Möglichkeit zur Partizipation am politischen Prozess.⁷

Neben dem großen Vorteil des Losverfahrens: den besten und fairsten Querschnitt durch die Bevölkerung zu generieren, muss sich jedoch zu allererst die Frage gestellt werden, ob die breite Bevölkerung heute ausreichend motiviert ist, daran teilzunehmen. Die zuvor erwähnte sinkende Wahlbeteiligung lässt darauf schließen dass die Bereitschaft zur Teilnahme an der politischen Gestaltung eher gering ist. Da in diesem Szenario jedoch eine neue Staatsgründung voran steht und es um den Aufbau einer Gesellschaft nach dem Konflikt geht, ist anzunehmen dass eine generelle Bereitschaft zur Bürgerbeteiligung vorhanden ist. Das zeigt auch die noch steigende Parteimitgliederzahl der „neuen“ Demokratien der EU: Portugal, Spanien und Griechenland.⁸ Und selbst in den alten Demokratien des Westens hat sich gezeigt wozu Bürgerbeteiligung führen kann. Bouricius argumentiert in seiner Studie dass die meisten Bürger leicht für einen bestimmten Zeitraum mit angemessener Entschädigung an einem Prozess teilnehmen würden, in dem sie glaubten, dass ihr Beitrag wirklich wichtig war. Er vergleicht dabei die Situation von Geschworenen in den USA die zwar nach Umfragen erst den Ruf der Staatspflicht beklagen jedoch danach mit einem erhöhten Gefühl der Staatsbürgerschaft aus ihrem Dienst scheiden.⁹

Das von Bouricius beschriebene System versucht auch, unterschiedliche Ebenen der Bereitschaft, persönliche Zeit für die Selbstverwaltung einzusetzen, anzubieten. Der größte Teil der Teilnehmer würde in diesem System nur eine sehr begrenzte Zeit, die etwa nicht mehr als eine Woche beträgt, einsetzen.

Nicht nur der Größenunterschied von Stadtstaaten des antiken Griechenland zu heutigen Staatsgebieten samt Bevölkerung stellt Fragen auf. Bouricius formuliert in diesem Zusammenhang 5 Dilemmas die ein Losverfahren aufwirft. Dabei geht es vor allem darum die Ideale Größe, Dauer, Auswahl- und Beratschlagungsmethodik in einem System zu finden. Ziel ist es in einem Losverfahren eine große repräsentative Stichprobe zu finden, dass Entscheidungen in kleineren Gruppen leichter getroffen werden. Eine schnelle Rotation würde die Partizipation befördern, längere Mandate führen jedoch auch zu einer solideren Arbeit. Jeder der möchte sollte die Möglichkeit haben einen Beitrag zum politischen Prozess zu leisten, was aber wie wir heute in den Demokratien sehen zu einer Überrepräsentation hochausgebildeter, mündiger Bürger führen würde. Die Beratung von Bürgern untereinander möchte man fördern, was aber auch zu Gruppendenken führen kann. Das ausgeloste Gremium sollte so viel Macht wie möglich erhalten. Die Gefahr ist aber auch, dass manche Individuen zu großes Gewicht im Gruppenprozess erlangen können.

In dem Vorschlag von Bouricius werden verschiedene Gremien verwendet, die jeweils über einzigartige Merkmale, z. B. Auswahlmethode und Amtszeit, verfügen.

5 DILLEMMAS

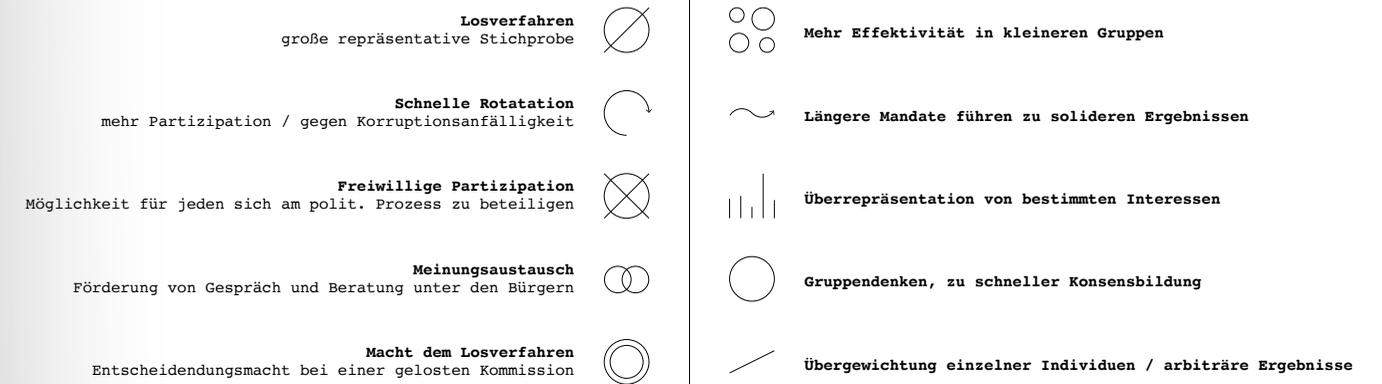
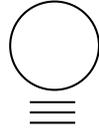


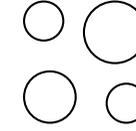
Abb 047 - 5 Dilemmas des Losverfahrens



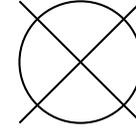
Programm und Themenfindung
für die Gesetzgebung
Aktuelle Problemstellungen
und Handlungsbedarf evaluieren
150 - 400 Bürger
ausgewählt durch Losverfahren unter
freiwilligen Teilnehmern



Ausarbeitung von Themen
Einreichung von Gesetzesvorschlägen
12 pro Panel
Freiwillige Interessenten /
Interessensgemeinschaften



Tieferegehende Recherche zu den Themen
Expertenanhörungen
Entwurf von Gesetzestexten
150 Mitglieder
werden in Arbeitskreise den
jeweiligen Ressorts zugeteilt
Auswahl per Losverfahren
unter allen mündigen Bürgern



Abstimmung über Gesetzesvorschläge
400 per Losverfahren
ausgewählte Bürgern im Plenum

1. Agenda Council (Tagesordnung und Petitionen)

Ein gelostes Gremium namens Agenda Council hätte die Verantwortung die Agenda der politischen Entscheidungsgremien festzulegen - aber nicht für die Entwicklung von Gesetzesvorschlägen, für deren Abstimmung oder für etwas anderes zu sorgen. Das athenische System isolierte die Agenda nicht vollständig von der Ausarbeitung der Vorschläge, da der Rat der 500er in beiden eine Rolle spielen konnte. Die Zuweisung meta-legislativer Aufgaben an ein von der normalen Gesetzgebung getrenntes Gremium folgt dem seit langem bestehenden Prinzip des "Checks-and-Balances" oder der Gewaltenteilung. Diese Körperschaft könnte unter Verwendung eines zweistufigen Lotteriesystems der Willigen ausgewählt werden. Ein solches zweistufiges Lotteriesystem wurde auch in Athen eingesetzt, wo eine Gruppe von 6.000 Bürgern über 30 Jahre für eine einjährige Amtszeit für die Gerichte der Volksgerichte und der gesetzgebenden Körperschaften gewählt wurden. Der Agenda-Rat und seine Mitarbeiter würden Probleme suchen, die Aufmerksamkeit erfordern, und nicht nur auf den Druck der Medien oder besonderer Interessengruppen reagieren. Zum Beispiel stehen die Vereinigten Staaten nun einem wenig diskutierten, aber unbestreitbaren Infrastrukturdefizit (Verkehr, Wassersysteme usw.) gegenüber, das von den gewählten Vertretern wohl ignoriert wird, weil die Wiederholung des Problems nicht von Vorteil ist. Ziel ist es, die Punkte einer Tagesordnung rational und nicht nach den Vorgaben von Wahlimperativen zu bestimmen. Aber auch Petitionsanträge aus der Bevölkerung mit einer zu bestimmenden Hürde sollen die Agenda beeinflussen können. Das Agenda Council soll über ein Losverfahren unter Bewerbern bestimmt werden.¹⁰

2. Interest Panels (Erstellung von Gesetzesvorschlägen)

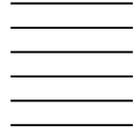
Sobald ein Tagesordnungspunkt festgelegt ist, werden Freiwillige dazu aufgefordert sich in Interessengruppen zu organisieren um Gesetzesvorschläge auszuarbeiten. Um die aktive Teilnahme zu erleichtern, sollten diese Gruppen eine Mitgliederzahl von 12 nicht überschreiten. Die Interessengruppen würden Legislativ-Vorschläge vorlegen, sind jedoch nicht befugt, sie anzunehmen. In Athen konnten selektierte Bürger (ho boulomenos) Gesetze oder Verordnungen vorschlagen, die jedoch im Allgemeinen mehrere selbstgewählte und zugeteilte Gremien (die Versammlung der Rat der 500 und das Volksgericht) durchlaufen mussten, bevor sie endgültig erlassen wurden. Die Anzahl der Interessengruppen können je nach Themengebiet variieren und sollte dabei unbegrenzt bleiben. Das athenische Prinzip der Isegoria (Redefreiheit) soll hier in abgeleiteter Form zum Tragen kommen. Um eine mögliche Einflussnahme zu verhindern soll hier im Unterschied zu Athen das Individuum nicht direkt mit dem Entscheidungsorgan am Ende des Prozesses sprechen können. Die endgültige Entscheidung über ein Gesetz wird in der Policy Jury getroffen. Da es das Ziel des Interest Panels ist, Vorschläge einzubringen die auf Zustimmung treffen, ist davon auszugehen, dass extreme Positionen eher selten ausgearbeitet werden. Die Organisation von Treffen und Diskussionen in den Interest Panels kann dabei sehr unterschiedlich ausfallen und benötigt daher nicht zwingend einen formalen Rahmen.¹¹

3. Review Panels (Gesetzesvorschläge überprüfen)

Für jedes Ressort würde es ein jeweiliges Review Panel geben. Der „Rat der 500“ (Boule) ist das nächstliegende Analogon zur Athenischen Demokratie. Im Gegensatz zum Boule in Athen können die Review Panels weder ein Gesetz initiieren, noch am Ende darüber abstimmen. Die „Review Panels“ erfüllen zwar die meisten Funktionen eines traditionellen gesetzgebenden Organs jedoch mit Ausnahme der Einleitung und der endgültigen Verabschiedung von Gesetzen. Ziel ist es ein tieferes Verständnis in einem definierten Bereich zu entwickeln. In der traditionellen Gesetzgebung ist es normalerweise nur einem kleinen Teil der Mitglieder eines Parlaments vorbehalten sich intensiv mit einer Thematik auseinander zu setzen. Nach Umfrage haben die wenigsten Parlamentarier, diejenigen die am Ende darüber abstimmen einen Gesetzesvorschlag komplett gelesen und verstanden. Die Abstimmung über Gesetze erfolgt oftmals nicht auf Basis einer persönlichen Expertise, sondern auf Grund Parteipolitischer Entscheidungen in den Fraktionen oder Stimmenhandel. Das Konzept der Review-Panels versucht diese Art der Abstimm-Entscheidungen zu eliminieren. Der Input aus den Interest Panels wird in den Review Panels geprüft indem Anhörungen organisiert werden, Experten geladen oder Podiumsdiskussionen veranstaltet werden. In einem weiteren Schritt wird zum Entwurf der Gesetzestexte übergegangen. Reviewpanels können auch Ziele und Kriterien für endgültige Gesetzestexte festlegen und Entwürfe zur Überarbeitung an das Interest Panel zurückverweisen. Die Auswahl der Mitglieder würde auf die gleiche Weise wie das Agenda Council funktionieren - eine "Lotterie der Willigen" wobei die Ressorts nicht selbst ausgewählt werden dürfen um mögliche Verzerrungen zu vermeiden. Die Review-Panels würden angemessen entschädigt und mit Mahlzeiten, Kinderbetreuung und einem angenehmen Arbeitsumfeld ausgestattet. Das dritte Organ in diesem System wäre mit Mitgliedern Vollzeit besetzt, wobei sich die Laufzeiten von vielleicht drei Jahren gestaffelt überschneiden. Auf diese Weise können sich neue Mitglieder des Review Panels mit einem Thema vertraut machen.¹²

4. Policy Jury (Abstimmung über Gesetze)

Aufgrund des Risikos von Gruppendynamiken oder eines extrem polarisierenden Vorschlags werden endgültige Entscheidungen von einem separaten Gremium getroffen. Jede Policy Jury würde wie die Volksversammlung von Athen über ein Gesetz abstimmen.¹³ Für die Repräsentativität ist es wichtig, dass die Auslosung hier unter der gesamten erwachsenen Bevölkerung erfolgt. Die Teilnehmer werden daher auch anständig für ihre Anwesenheit vergütet. Die Policy Jury hört sich die diversen Gesetzesvorschläge, die das Review Panel verfasst hat, sowie eine sachliche Darlegung von Argumenten pro und contra an und stimmt anschließend in geheimer Wahl darüber ab. Es wird also nicht mehr diskutiert, es gibt keine Parteidisziplin, keinen Gruppenzwang, kein taktisches Abstimmungsverhalten, kein politisches Gefeilsche und keinen Freundschaftsdienst. Um zu vermeiden, dass charismatische Redner die Abstimmung beeinflussen, werden die Gesetzesvorschläge von neutralen Mitarbeitern des 6. Organs dieses System präsentiert. Da sich hier ein guter Querschnitt der ganzen Gesellschaft äußert, erhalten die Beschlüsse der Policy Jury Gesetzeskraft. Es ist nicht auszuschließen dass kritische Entscheidungen gerade im Nahen Osten aufgrund von ethnischer Herkunft und persönlicher Geschichte getroffen werden. Ein regulierender Algorithmus im Losverfahren könnte eine möglich zufällige Überrepräsentation verhindern. Um die Bedeutung und Tragkraft der eigenen Stimme Ausdruck zu verleihen ist es ratsam, wenn Mitglieder, ähnlich wie beim athenischen Heliastischen Eid, das Versprechen abgeben unparteiisch, im Wohle des friedlichen Miteinander und im Einklang mit Gewissen und Verstand abzustimmen. Kurze Dienstzeiten in Kombination mit Ausgleichszahlungen und einigen symbolischen Statushonoraren können eine angemessene Teilnahme und somit eine beschreibende Repräsentativität erreichen. Die Policy Jury sollte mindestens 400 Mitglieder haben, um eine repräsentative Stichprobe zu erhalten.¹⁴ In Zeiten multimedialer Vernetzungsmöglichkeiten über das Internet wäre eine noch viel größere Policy Jury denkbar. Für eine kleinere Gruppe spricht jedoch die Bedeutung der Entscheidung. Es gilt zu vermeiden, dass Entscheidungen leichtfertig z.B. am Smartphone getroffen werden. Ein würdevoller architektonischer Rahmen soll die Tragweite der politischen Entscheidung symbolisieren.



Entwicklung und Weiterentwicklung von Verfahren

50 Personen per Losverfahren unter Freiwilligen Bewerbern ausgewählt



Überwachung und Kontrolle über die Einhaltung der festgelegten Regeln

20 Personen per Los unter freiwilligen Bewerbern bestimmt

5. Rules Council (Festlegung der Verfahrensregeln)

Ein Rules Council das in seiner Form der Agenda Council ähnelt, würde Regeln und Verfahren für alle anderen Gremien und Räte festlegen, z. B. das Losverfahren selbst, Anforderungen an das Quorum, Mittel zur Einholung von Sachverständigengutachten, Verfahren für die Beratung, Vergütung und Laufzeiten usw. Die Mitglieder hätten begrenzte Legislaturperioden. Ihr natürliches Interesse sollte es sein, das fairste und beste Funktionieren aller Organe zu gewährleisten. Es kann angebracht sein, die Möglichkeit zur Teilnahme auf diejenigen zu beschränken, die zuvor in einem anderen Gremium tätig waren. Das bietet zum einen ein zusätzliches Angebot an diejenigen, die sich weiter in der Politik engagieren wollen und sorgt zum Anderen dafür dass sich Mitglieder bereits ausführlich mit System beschäftigt haben und das Grundverständnis über die Funktionsweise vorausgesetzt ist. Mit dem Rules Council als 5. Organ in diesem System ist die Möglichkeit gegeben, den Legislativen Prozess zukünftig zu verbessern. Ein selbstlernendes System das flexibel auf mögliche politische und gesellschaftliche Veränderungen reagieren kann.¹⁵

6. Oversight Council (Durchsetzung der Regeln)

Das letzte durch Losentscheid bestimmte Organ beschäftigt sich ausschließlich mit der Einhaltung der im Rules Council festgelegten Regeln. Neben der Bewertung der allgemeinen Leistung des Personals würden sie z.B. über Beschwerden oder über voreingenommene oder unlautere Präsentationen des Personals entscheiden. Zum Aufgabenbereich des Oversight Council gehört auch wie zuvor erwähnt als neutrale Staatsbeamte Gesetzesentwürfe aus dem Review Panel in der Policy Jury vorzutragen. Als metalegislative Organe fungieren Rules Council und Oversight Council als Verfasser und Hüter der Regeln dieses Systems.¹⁶ Mitglieder des Oversight Councils sollten nur eine begrenzte Legislaturperiode von 3 Jahren wirken, wobei jährlich 1/3 der Beamten neu besetzt werden würden. Ausgelost wird wie auch bei Agenda Council und Review Panel und Rules Council unter freiwilligen Bewerbern.¹⁷

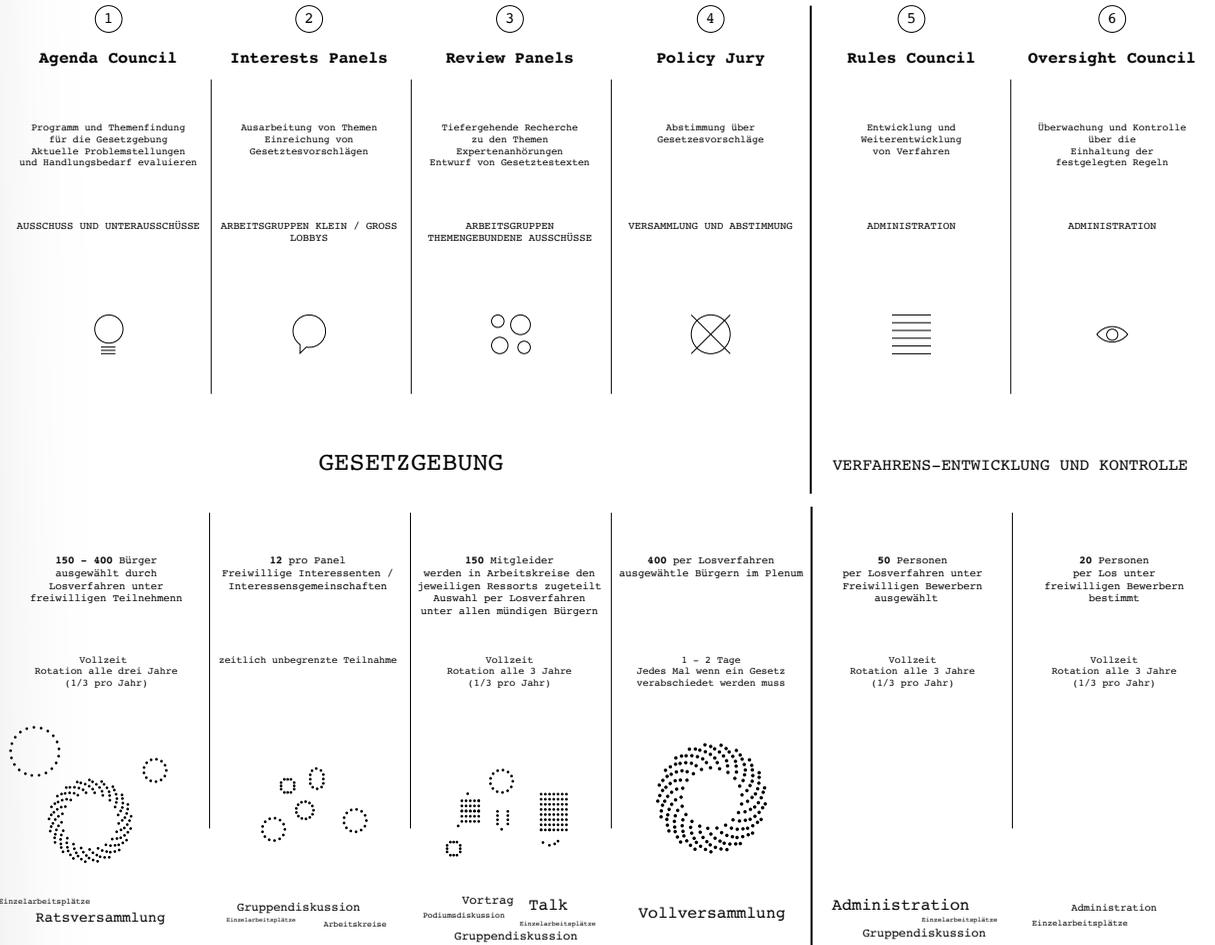
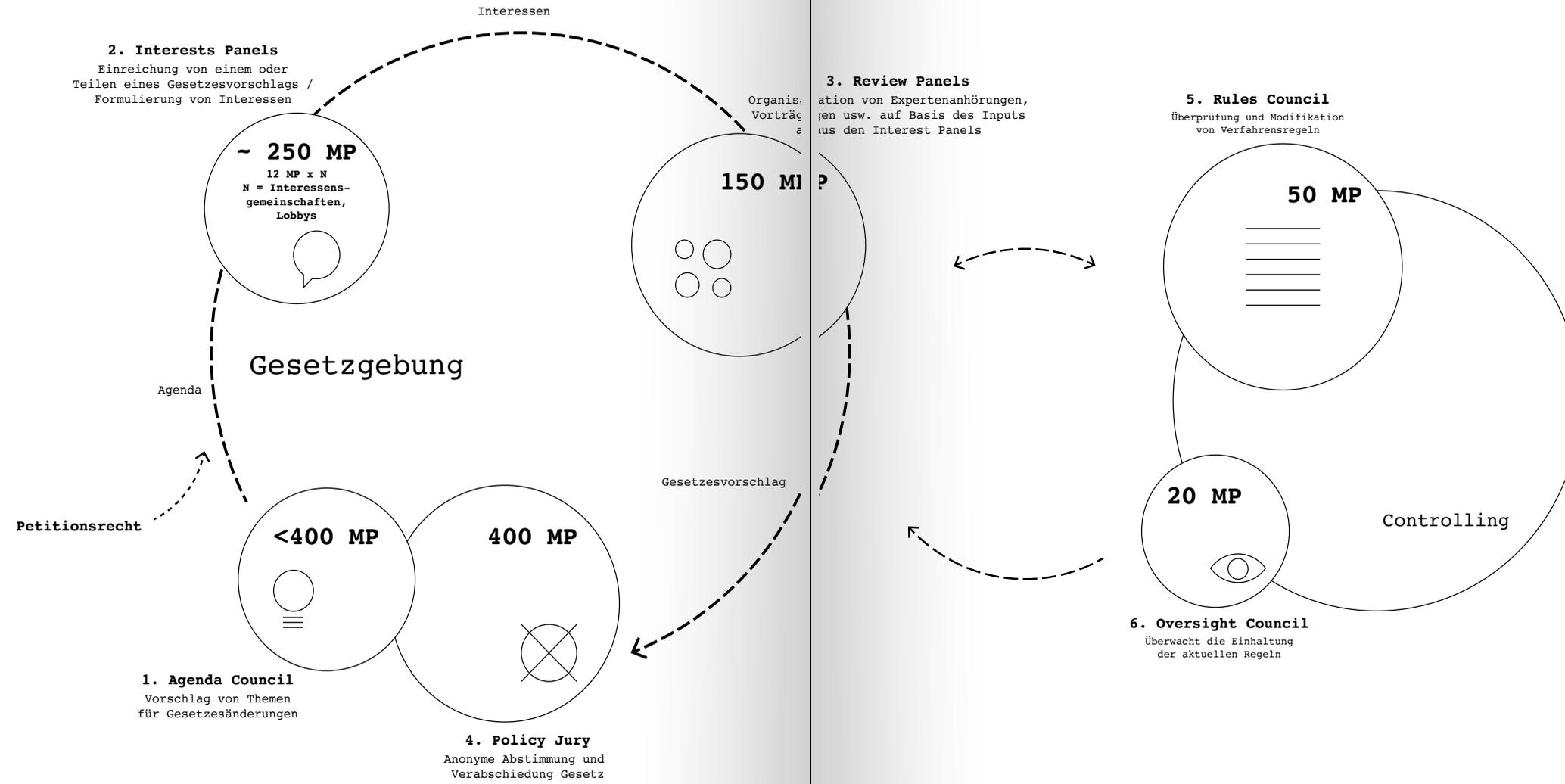


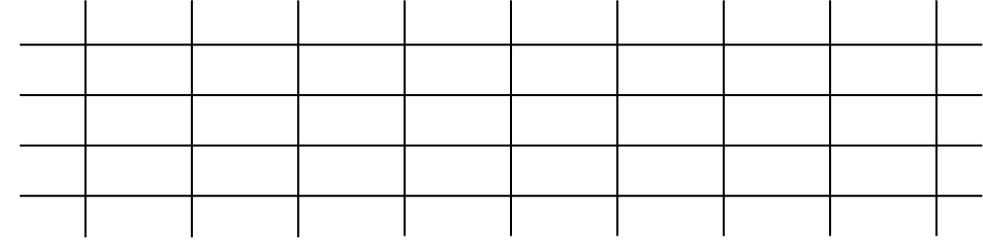
Abb 048 - Multibody Sortition - Terminologie nach Bouricius

Democracy Through Athenian Lessons
 Terrill

Multi-Body Sortition: for the Modern Day
 G. Bouricius



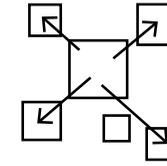
Entwurf



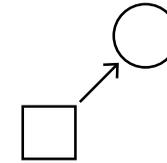
4.3.1

Leitmotiv

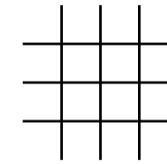
Fragmente



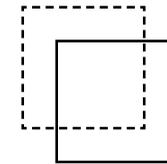
Transformation



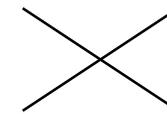
Struktur

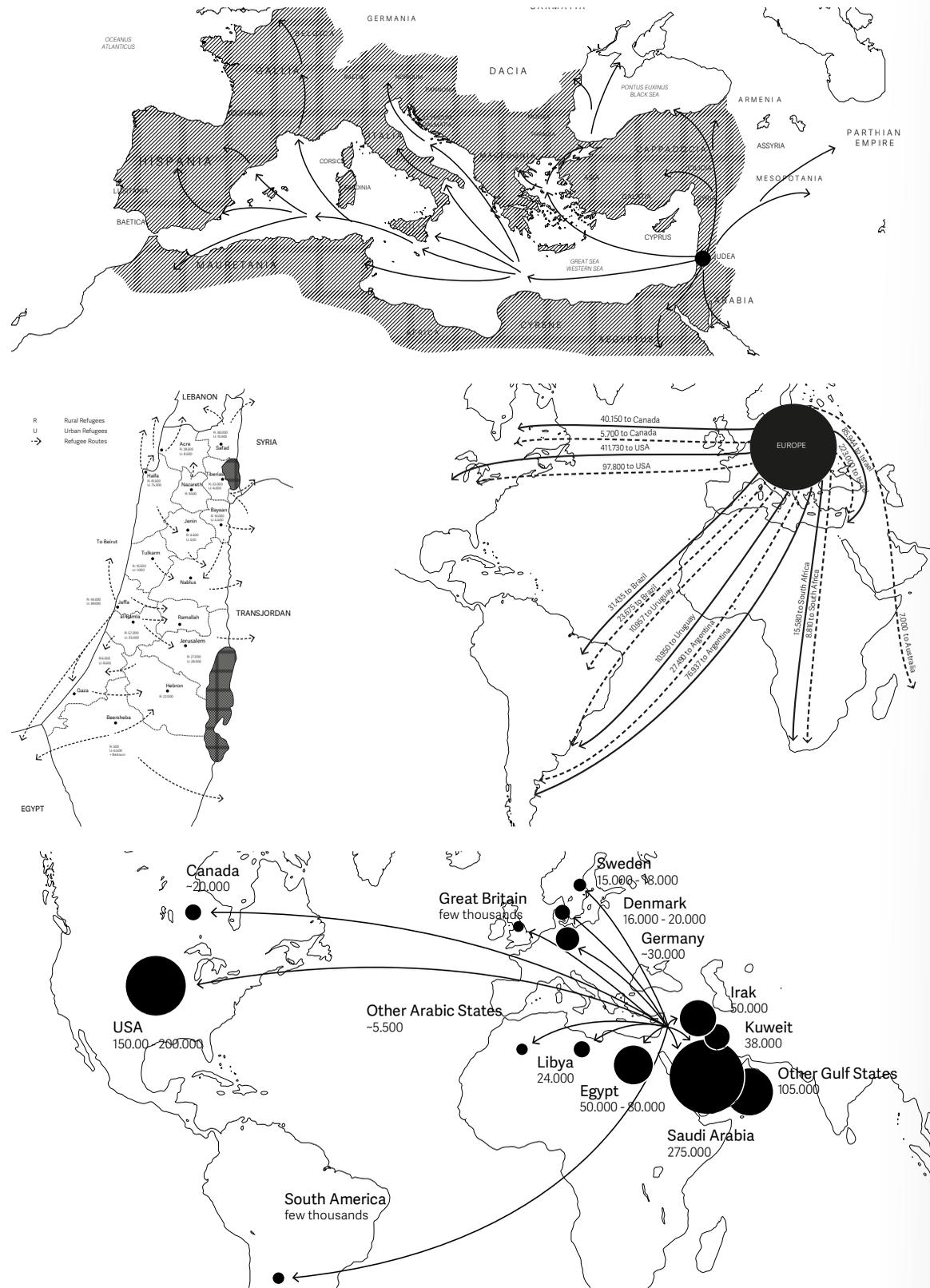


Transparenz



Grenzen





4.3.1

Fragmente

Identifikation zweier Völker

Die Migration als begleitende Charakteristik, Folge und Ursprung des Israel/Palästina- Konflikts ist eine Erscheinung, die alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen eint. Mit wachsendem Antisemitismus Anfang des 20. Jahrhunderts erstarkte das zionistische Projekt, welches in der alternativlosen Flucht und der Massenmigration nach Palästina während und nach dem zweiten Weltkrieg resultierte. Nach Ende des zweiten Weltkriegs betrachteten sich Juden auf der ganzen Welt als Überlebende und fühlten sich bedroht aufgrund ihrer Existenz. Die Shoah (Holocaust, hebr.: Katastrophe) machte einen Zufluchtsort der Juden zur existenziellen Bedingung.

Die Bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Palästina in den 1940er Jahren führten in den ersten israelischen Unabhängigkeitskrieg, der die Vertreibung von Arabern in die Westbank (Nakba, arab: Katastrophe), nach Gaza und die umliegenden arabische Staaten zur Folge hatte. Sowohl Juden als auch Araber begründen ihr Handeln seit jeher auf das erlebte Leid und die erzwungene Migration, die beide Bevölkerungsgruppen zu einem fragmentierten Volksgebilde werden lies. Fragmente, als einendes Charakteristikum beider Volksmythen, kann ein starkes Leitmotiv für eine Gesellschaft sein, die Vergangenes akzeptiert und überwunden hat.

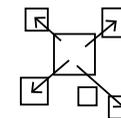


Abb 049 - Jüdische und Palästinensische Diaspora

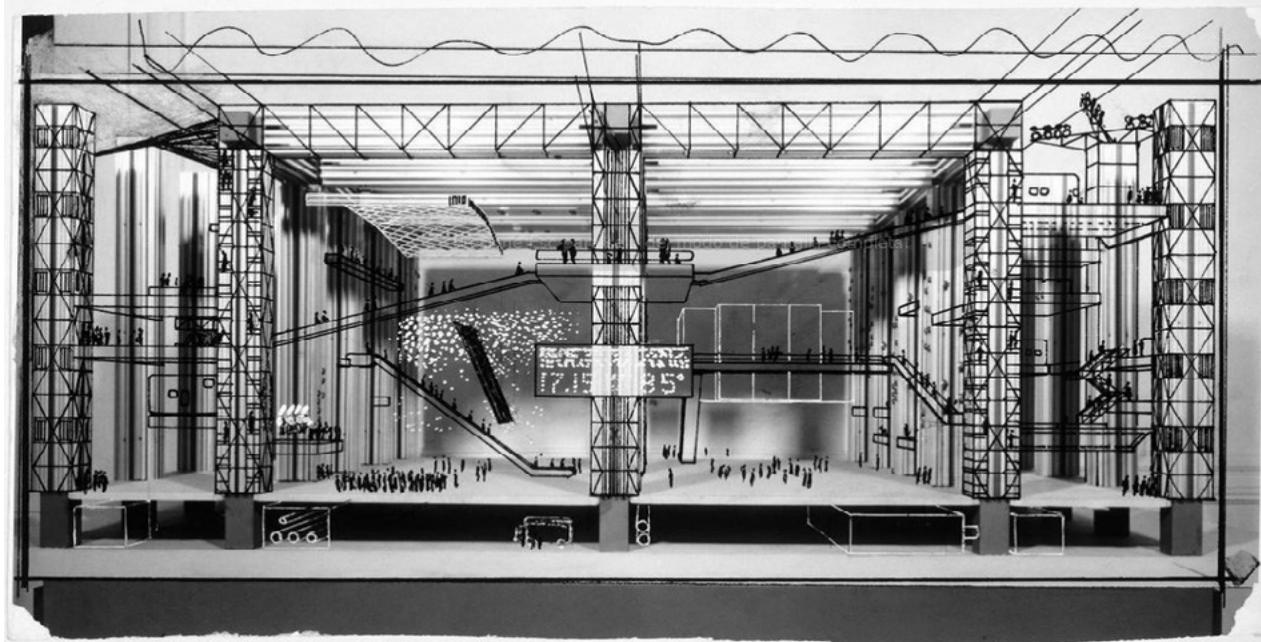


Abb 050 - Cedric Price: The Fun Palace, interior perspective

“Je dauerhafter ein Gebäude sein soll, umso mehr muss es flexibel und veränderbar sein. Nur die echt veränderbaren, anpassungsfähigen Konstruktionen altern nicht. Sie bleiben stets neu, da sie sich ständig verjüngen.”

Frei Otto

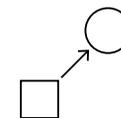
4.3.1

Transformation

Anpassungsfähigkeit als Mittel zur Permanenz

Die Option der Veränderung, die in dem vorgeschlagenen politischen System einer deliberativen Demokratie mit dem Rules Council gegeben ist, soll auch räumlich ermöglicht werden. Ein transformativer Prozess im politischen System, sowie im Gebäude wird durch Systembauweise und Modularität gefördert. Auf diese Weise verschmilzt das Räumliche mit dem Konzept der Funktion.

In Anlehnung an Konzepte der japanischen Metabolisten aus den 1960er Jahren und deren Forderung einer anpassungsfähigen Architektur, die sich weg vom statisch Unveränderlichen, hin zu einer an Bedürfnisse angepassten Architektur entwickelt, sieht das Konzept vor, die Rahmenbedingungen für eine größtmögliche Flexibilität und einfache Transformation zu schaffen. Botschafter dieses Architekturverständnisses, wie Constant Nieuwenhuys, Yona Friedmann, Cedric Price oder Archigram gelten als Inspiration für die Idee dieses Entwurfs.



4.3.1

Struktur

Metapher für Beständigkeit

Ein System aus horizontalen und vertikalen Elementen, die sich gegenseitig stützen und in ihrer Gesamtheit für Stabilität sorgen, kann als Metapher für ein politisches System gewertet werden. Erst das Zusammenspiel aller einzelnen Bauteile bewirkt die Widerstandsfähigkeit, die im Gegensatz zu massiven Bauteilen sichtbar und nachvollziehbar wird. Eine Struktur steht somit auch für Ehrlichkeit und Transparenz ihrer statischen Funktion und ist dabei durch ein System flexibel für Veränderung.

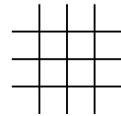


Abb051 - Nest we Grow / Kengo Kuma & Associates



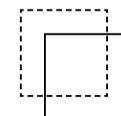
Abb 052 - Motive aus Licht und Glas.

4.3.1

Transparenz

Vertrauen und Offenheit in Architektur

Transparenz als Leitmotiv demokratischer Bauten ist naheliegend und viel bemüht, dennoch unumgänglich, wenn es darum geht für die Öffentlichkeit zugänglich zu sein, selbst wenn dies nur visuell passiert. Transparenz schafft Vertrauen in die Funktion, die sich nicht hinter verschlossenen Fassaden versteckt.



4.3.1

Grenzen

Überwindung und Unbeständigkeit von Barrieren

Das Thema der Offenheit, nicht nur im visuellen Sinn sondern vielmehr in der Erfahrbarkeit und Zugänglichkeit eines Bauwerks, ist eines der elementarsten Attribute demokratischer Bauwerke. Barrieren dominieren die physische, aber auch psychische Realität des Nah-Ost Konflikts. Zugang zu Territorien oder Informationen ist zu großen Teilen nur gesteuert und restriktiv möglich. Geschichte hat gezeigt, dass Grenzen und Barrieren im Spektrum der Zeit ihre Bedeutung und Konsequenz verlieren. Für das Bauwerk der Legislative in diesem Szenario gilt es Barrieren zu vermeiden und (Raum-)Grenzen aufzulösen.

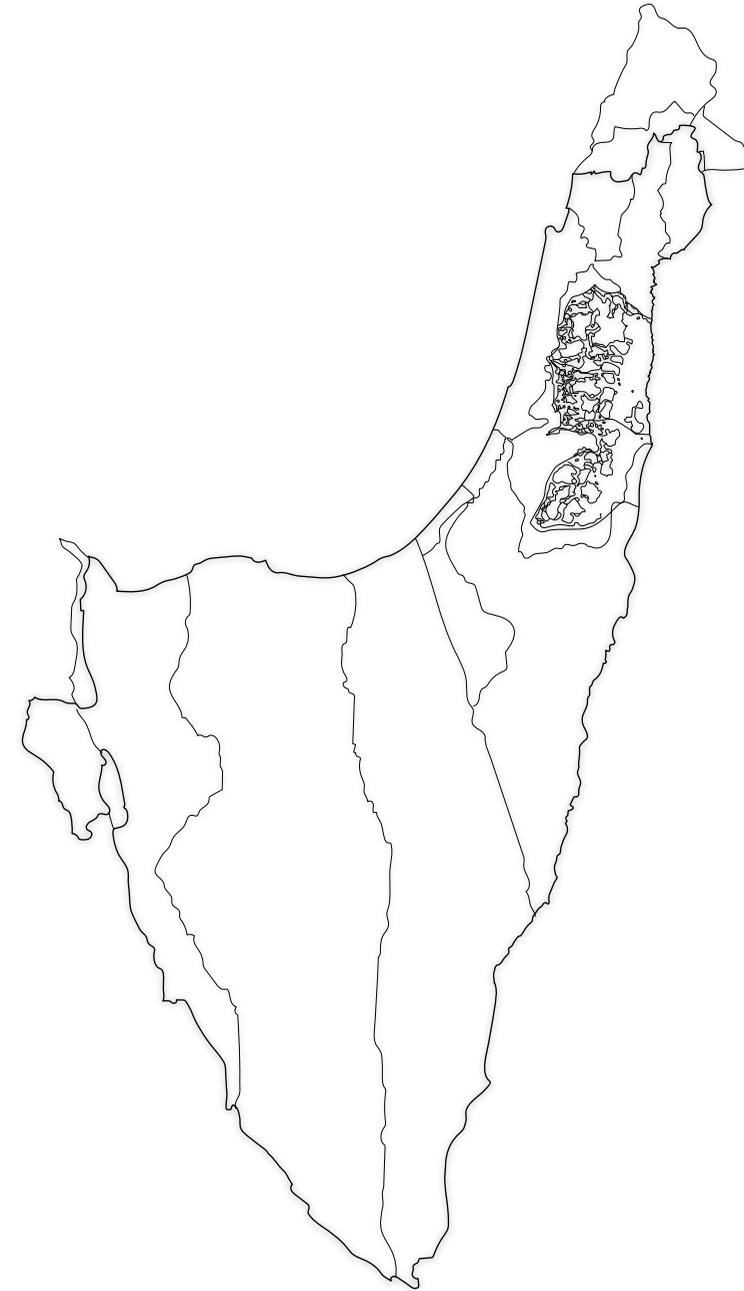
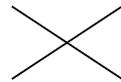


Abb 053 - Grenzynamiken

4.3.2

Manifest

Instrument statt Monument
„Dezentralisierung“ - Fragmente als Motiv kollektiver Identität
Öffentlichkeit als integrativer Bestandteil
Möglichkeiten der Partizipation am demokratischen Prozess
Flexibilität und Adaption als Motiv für permanente Transformation
Auflösung von Grenzen und Barrieren
Kollektive Aufarbeitung als Fundament einer stabilen Demokratie

4.3.3

Ort

Jerusalem gilt als einer der entscheidenden Streitthemen im Israel-Palästina Konflikt. Beide Völker erheben Anspruch auf die heilige Stadt als politisches Zentrum ihres Staates. Dieser Umstand und die Geschichte Jerusalems machen diesen Ort zu dem geeigneten Startpunkt für dieses Gedankenexperiment.

Das „Damascus Triangle“ nördlich der Altstadt gehörte zu einer breit angelegten Pufferzone zwischen Jordanien und Israel nach dem ersten Unabhängigkeitskrieg. Als neutraler Boden gilt es noch heute als Grenze zwischen Ost- und West-Jerusalem. Ein Ort also, der angesichts seiner Neutralität für keine der beiden Seiten historisch in Anspruch genommen werden kann. Die vorgefundene Topografie ermöglicht einen großzügigen Blick über die historische Altstadt Jerusalems und ist gleichermaßen sichtbar in der Stadtstruktur.

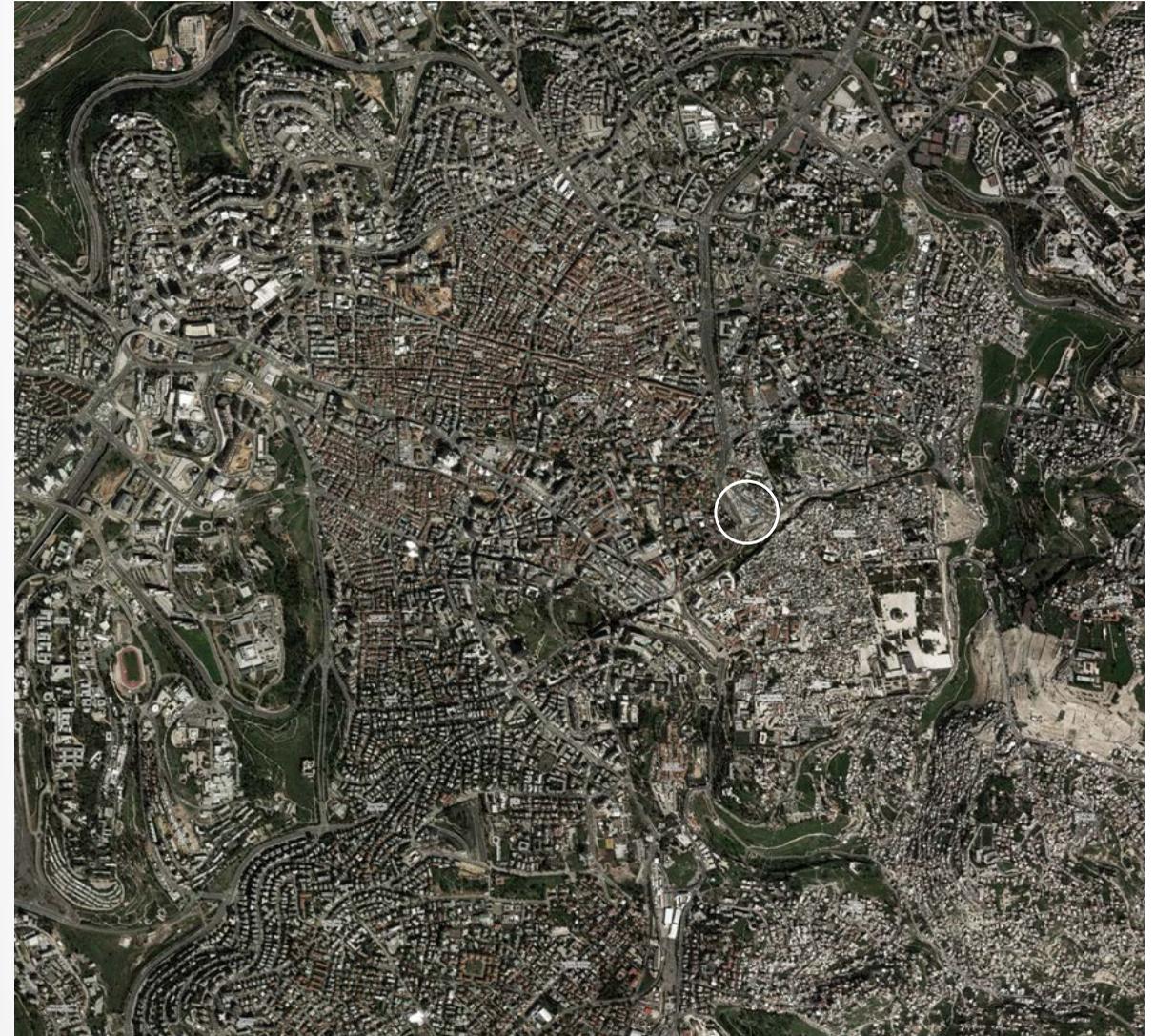
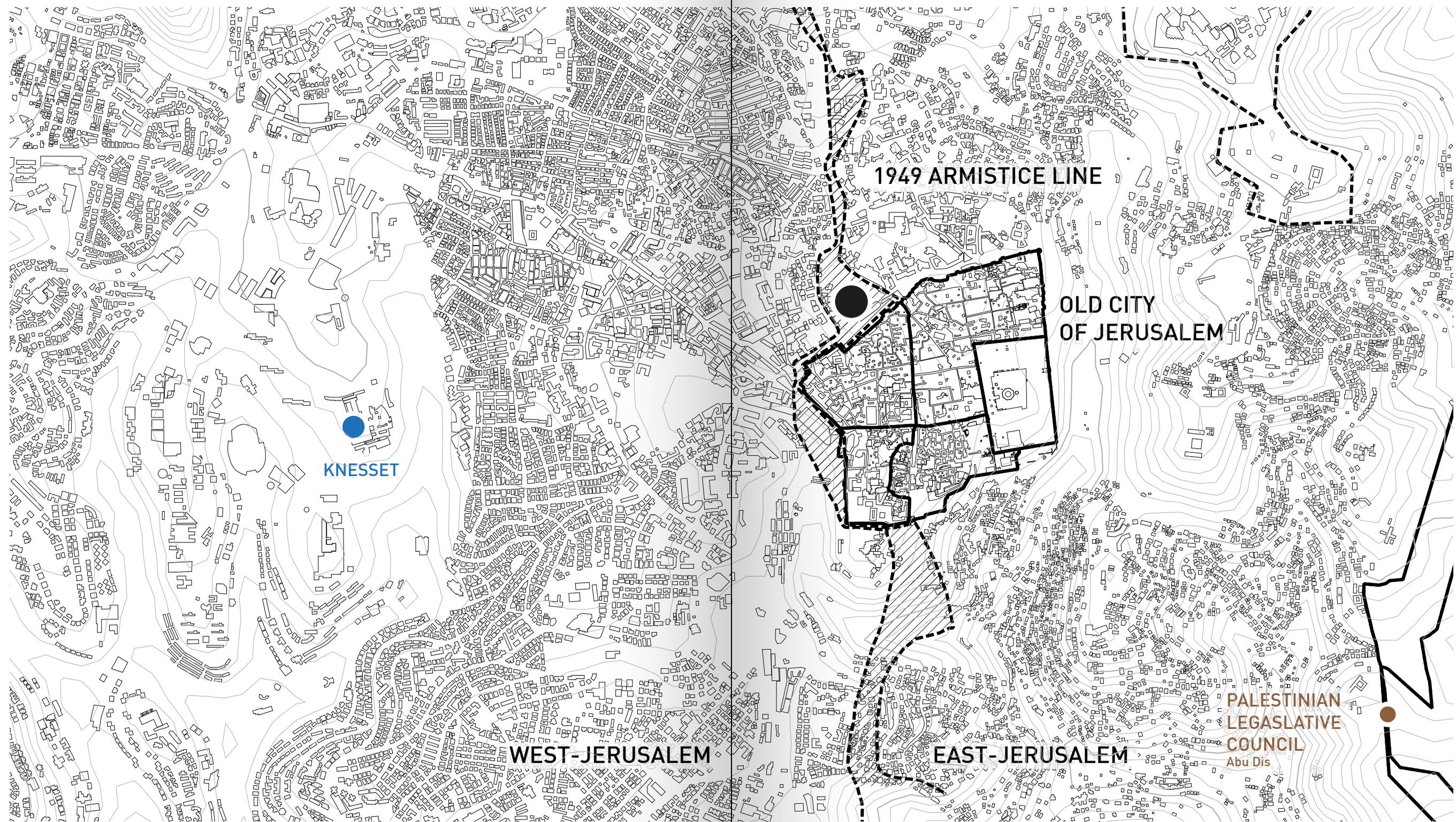


Abb 054 - Jerusalem Satellit





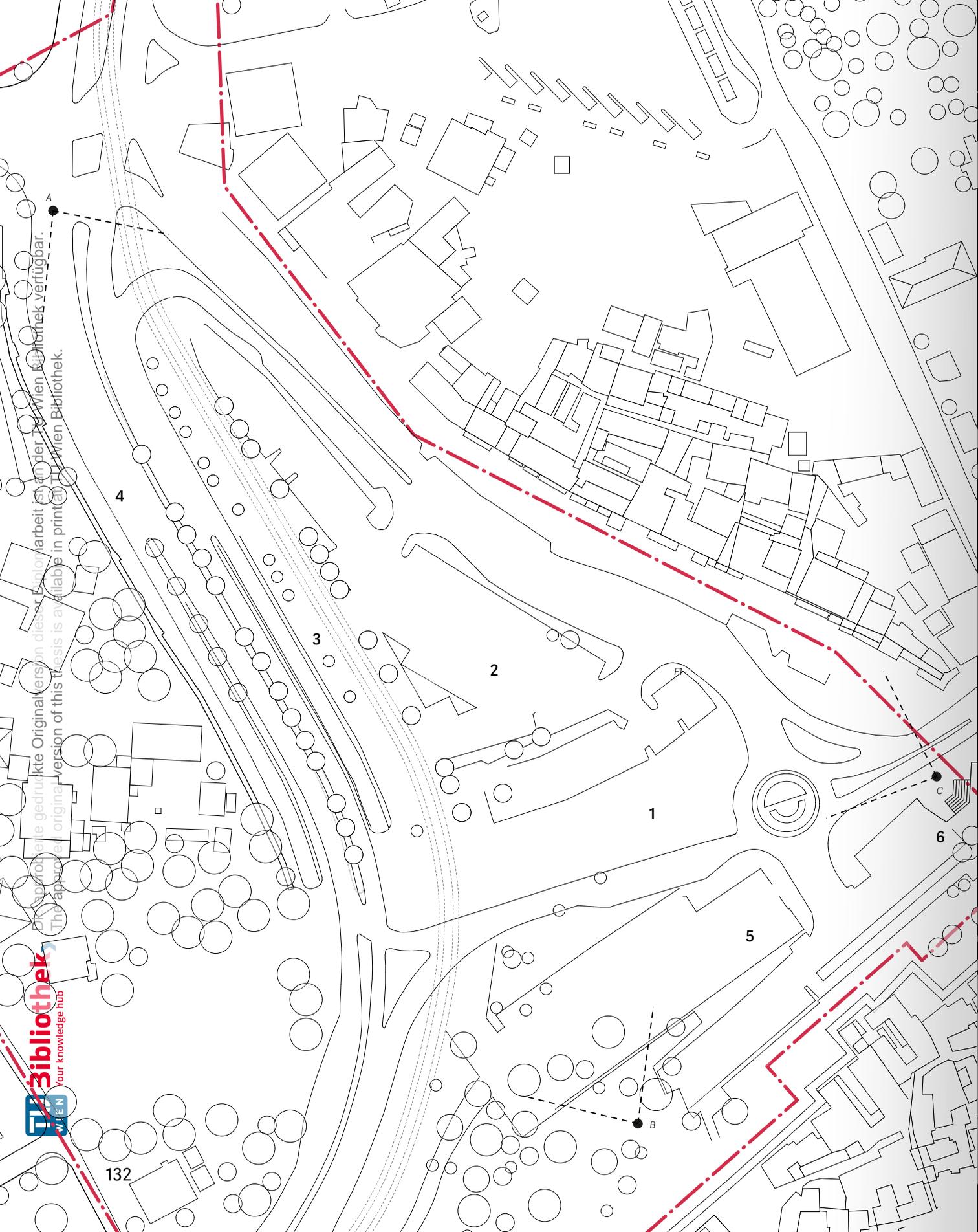
1949 Waffenstillstandslinie

1949 Waffenstillstandslinie

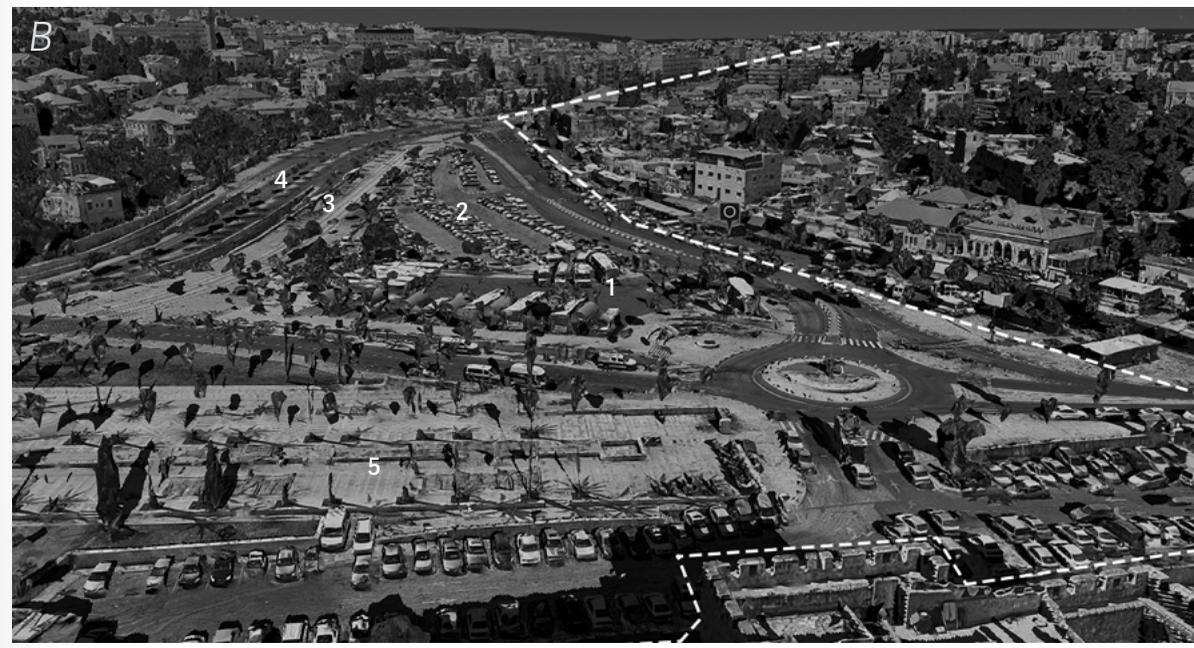
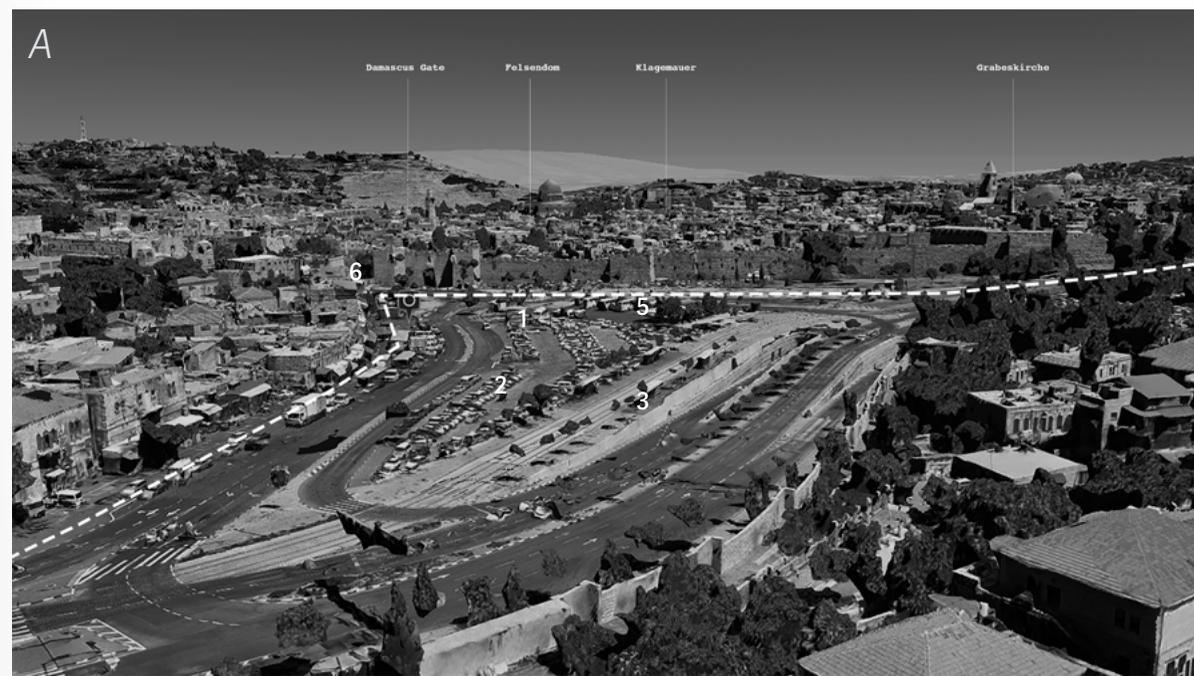
Damascus Gate

Altstadt

Grabeskirche



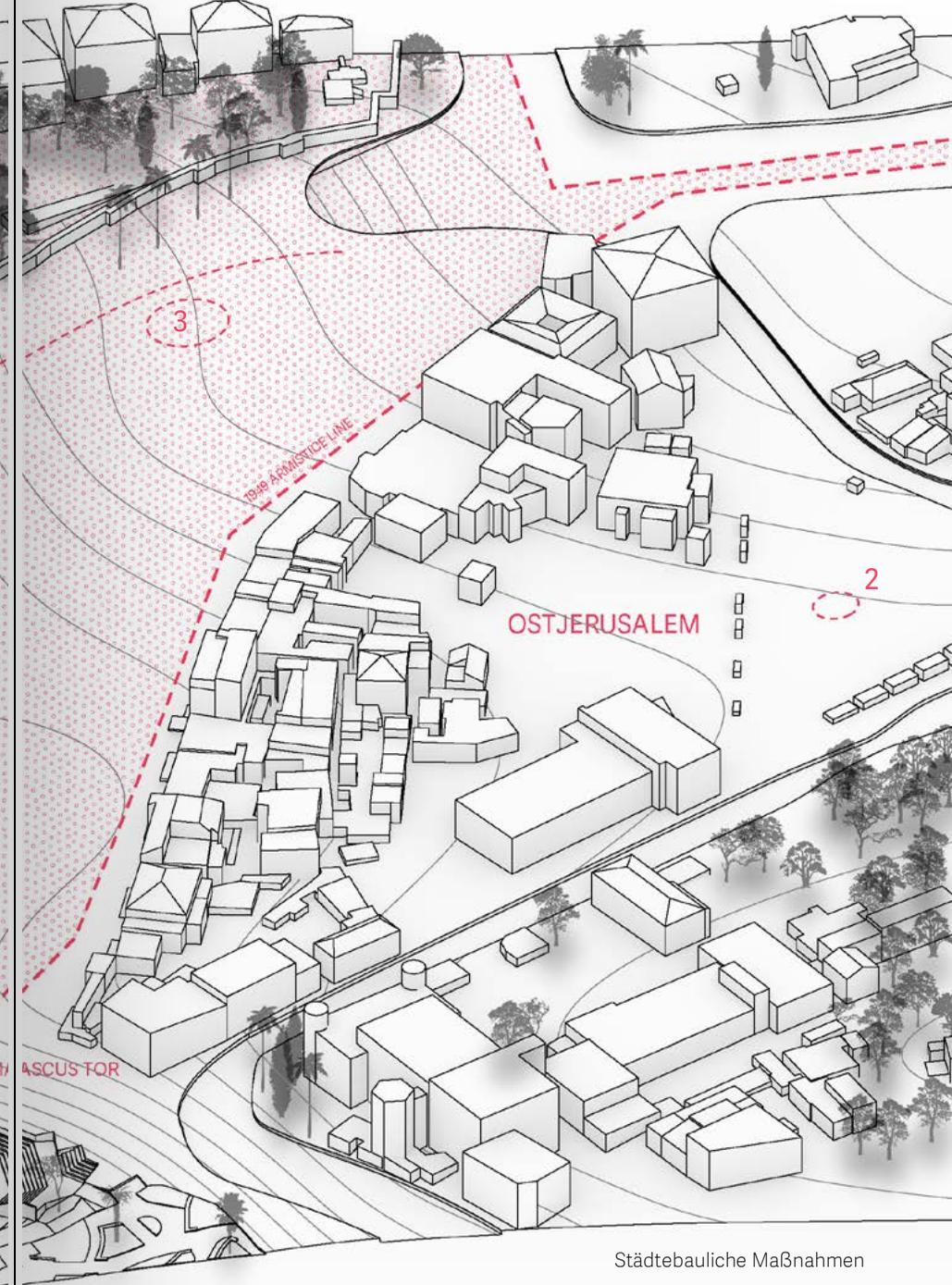
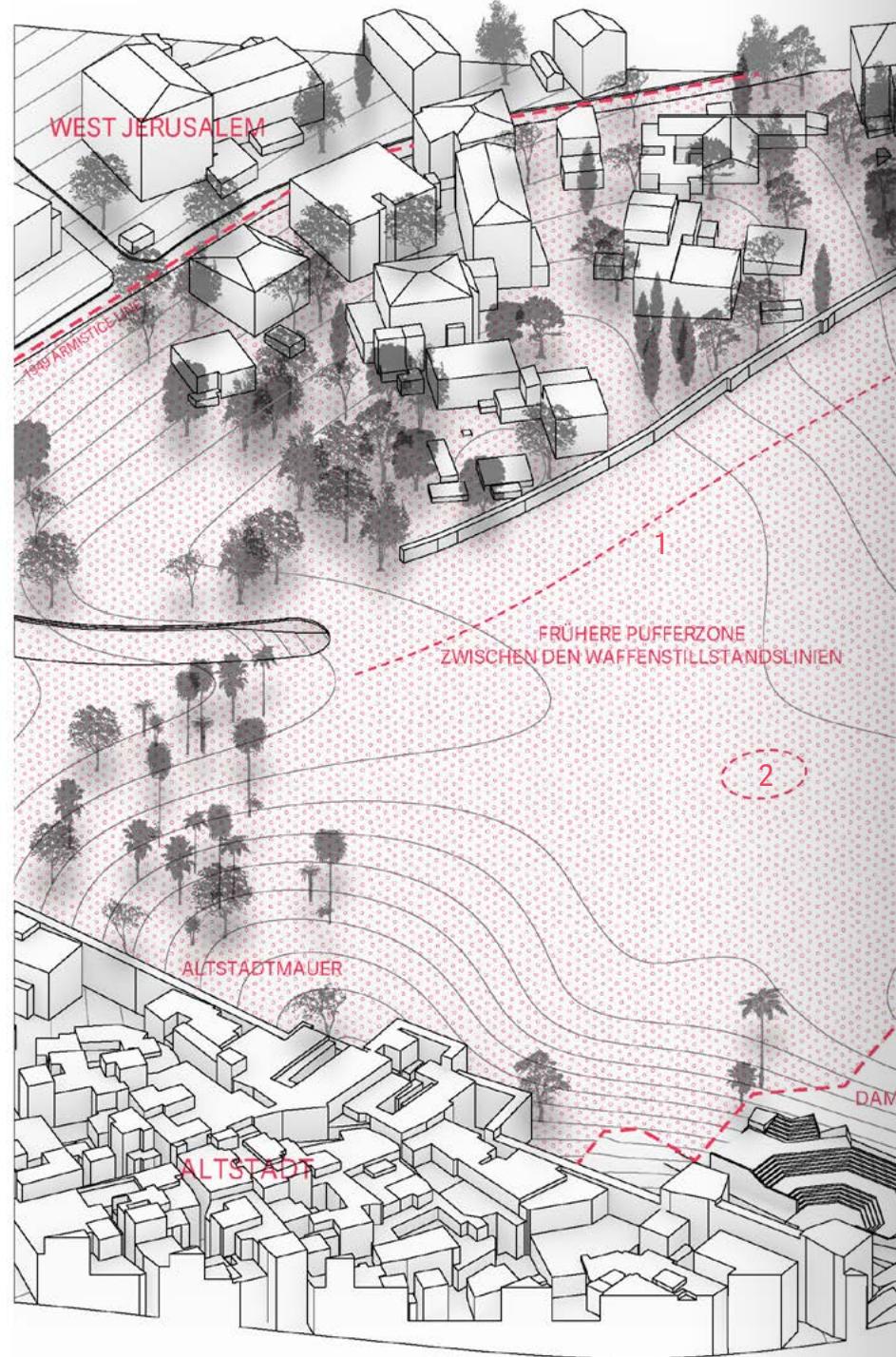
Die vorliegende gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist nur für den persönlichen Gebrauch und die Weitergabe an andere Personen im privaten Bereich zulässig. Die Reproduktion dieser Arbeit ist ohne schriftliche Genehmigung der TU Wien Bibliothek.



- 1 Bushaltestelle
- 2 Parkplatz
- 3 Tramhaltestelle
- 4 Highway 60
- 5 Parkplatz
- 6 Damascus Gate
- A Standpunkt 1
- B Standpunkt 2
- C Standpunkt Panorama (s. folgende Seite)



App 055 - Damascus Triangle



- Städtebauliche Maßnahmen
- 1 Tunnelerweiterung Highway 60
 - 2 Busbahnhöfe zusammenführen
 - 3 Tramhaltestelle verlegen

4.3.4

Konzept

Das Konzept der „Assembly“ gliedert sich in drei Sphären. Die Ebenen *Information*, *Realität* und *Imaginäres* stehen für die drei Zeitebenen *Vergangenheit*, *Gegenwart* und *Zukunft* und werden räumlich übersetzt in folgende drei Elemente

ARCHIV

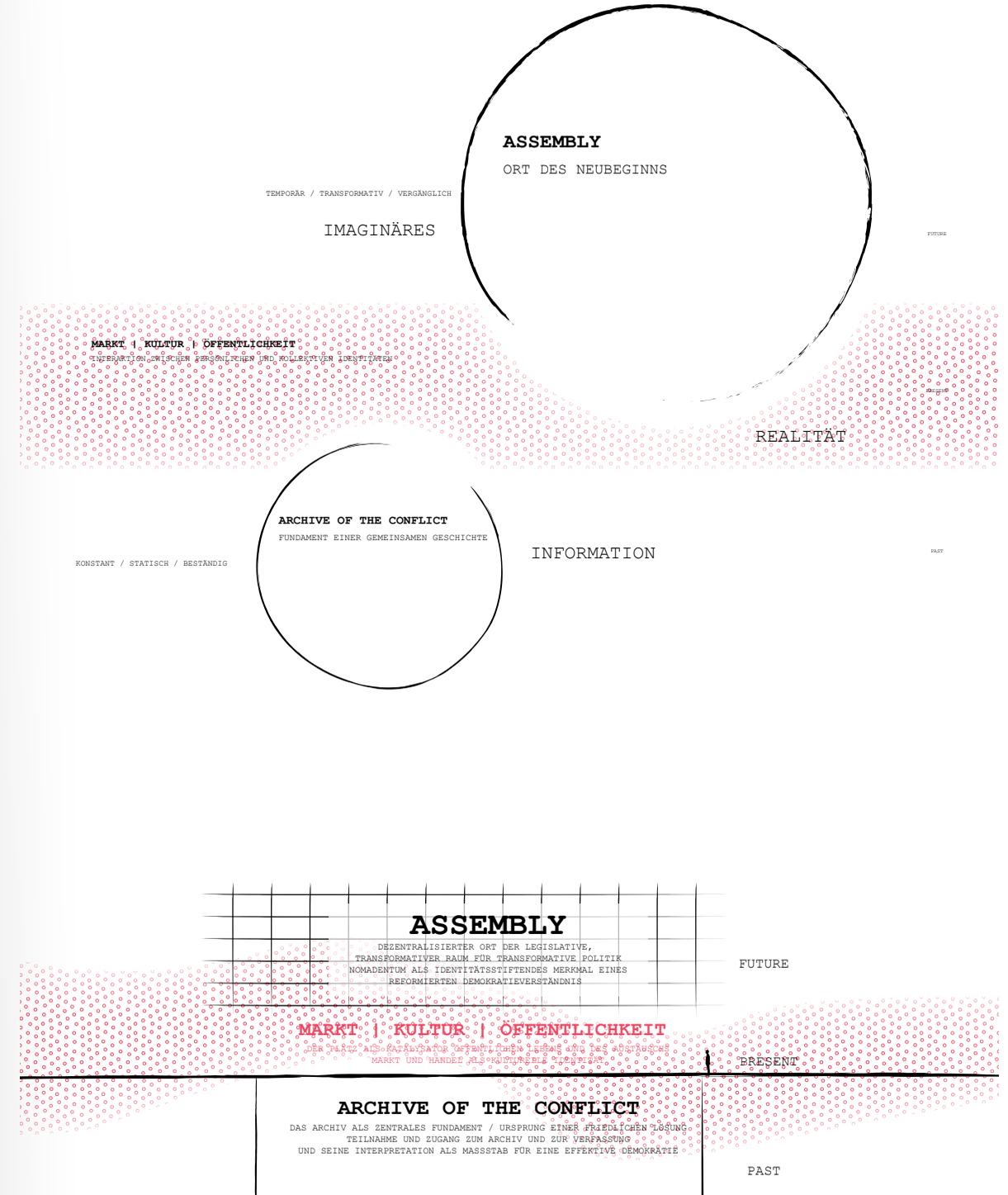
Als Fundament für eine friedliche Lösung steht die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte. Das Archiv als aktive Instanz für die Konsensfindung in Bezug auf die vorherrschenden Narrative bildet die Ebene der Vergangenheit und der Information. Der unterirdische Gebäudekomplex ist über einen Geländeeinschnitt öffentlich zugänglich und fasst einen Hybrid aus Archiv und Bildungsstätte.

PLATZ

Als zweite Ebene und Ebene der Gegenwart, also des "Realen", steht der öffentliche Platz. Er bildet neben einem Ort für gesellschaftlichen Austausch vor allem Raum für Handel, Kultur, und öffentlichen Diskurs. Der Platz bildet die Vermittlerebene zwischen Archiv und Assembly. Er ist Zugangsebene und Pufferzone für beide Institutionen zugleich. Über eine Erhebung ist die über dem Platz schwebende Struktur der „Assembly“ erreichbar. Der künstliche Hügel bildet in der Topografie des Platzes einen Gegenpol zum Geländeeinschnitt. Eine scharfe Kante entsteht durch das Abschneiden der Geländemodifikationen. Die Störung der ansonsten homogenen Topografie ist als Referenz zu Grenzlinien zu verstehen.

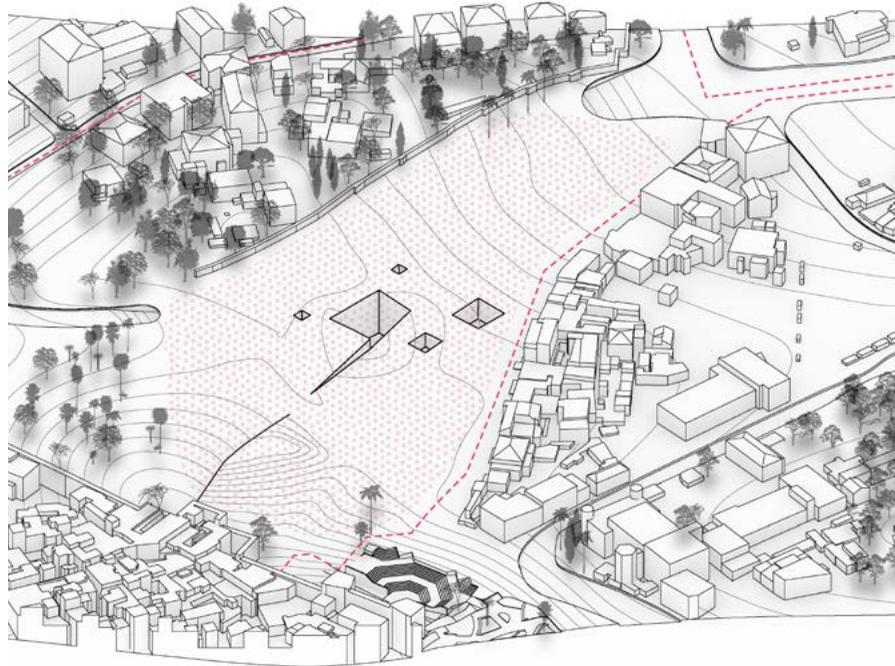
ASSEMBLY

Das über dem Platz befindliche Bauwerk der Assembly steht für die Zukunft und das Imaginäre. Ein Ort, an dem Entscheidungen getroffen werden und damit das noch Kommende gestaltet wird. Die konkrete Form der Struktur und der dadurch entstehende Raum ist ebenso wie die Existenz an Ort und Stelle nicht besiegelt. Das Konzept sieht vor, einen Migrations- und Transformationsprozess im Gebäude zu ermöglichen und zu provozieren.

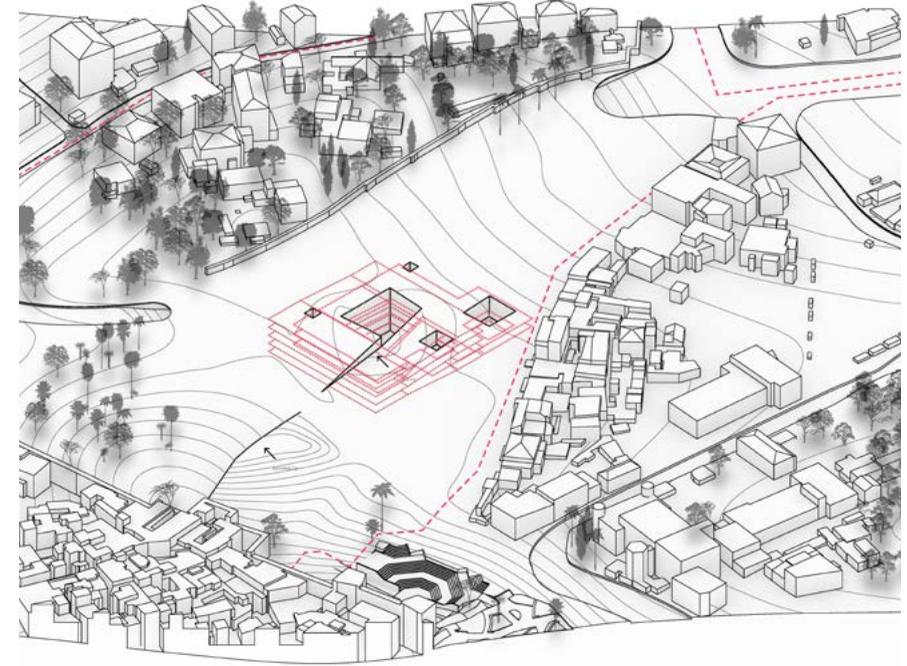




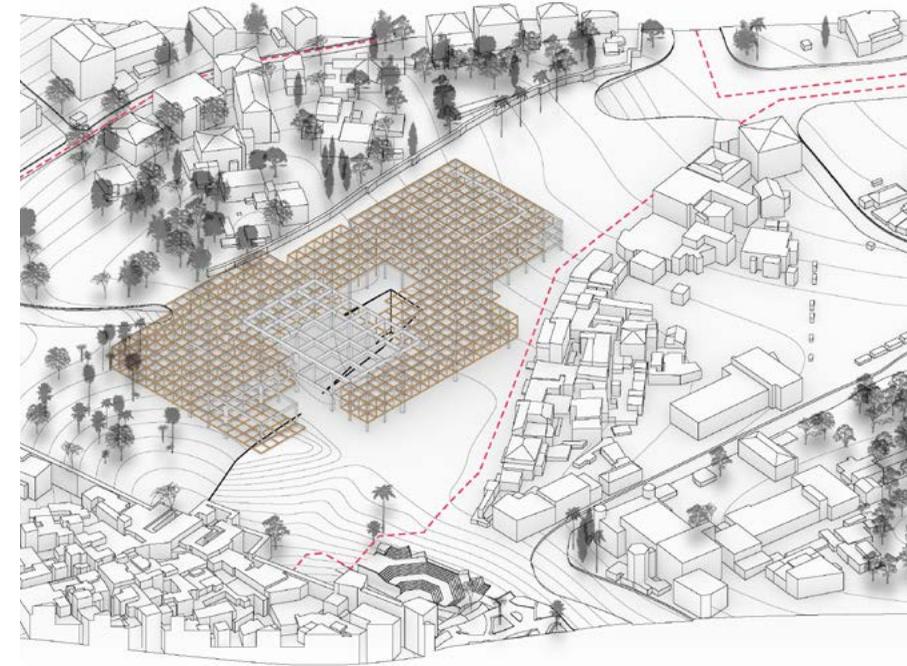
Modifikation der Topografie



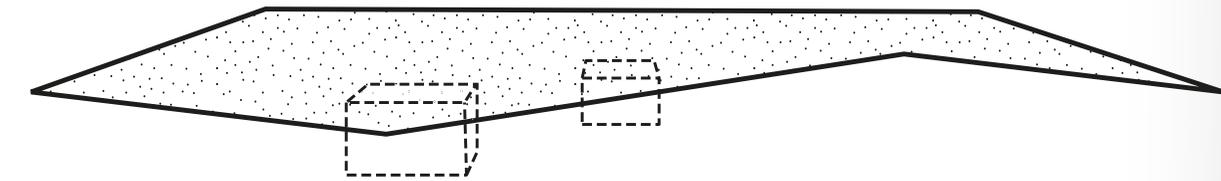
Öffentliche Ebene



Archiv des Konflikts | Unterirdischer Komplex



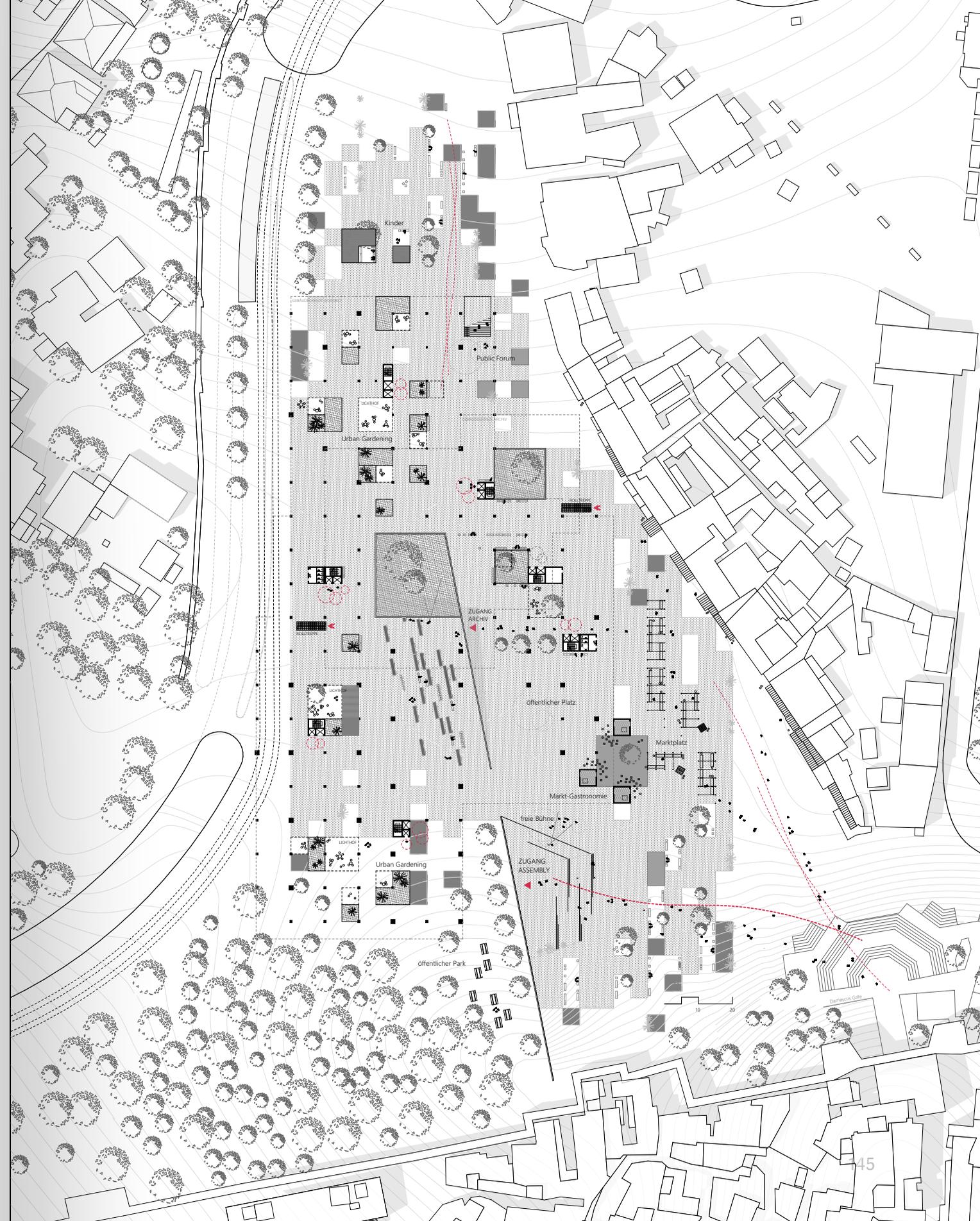
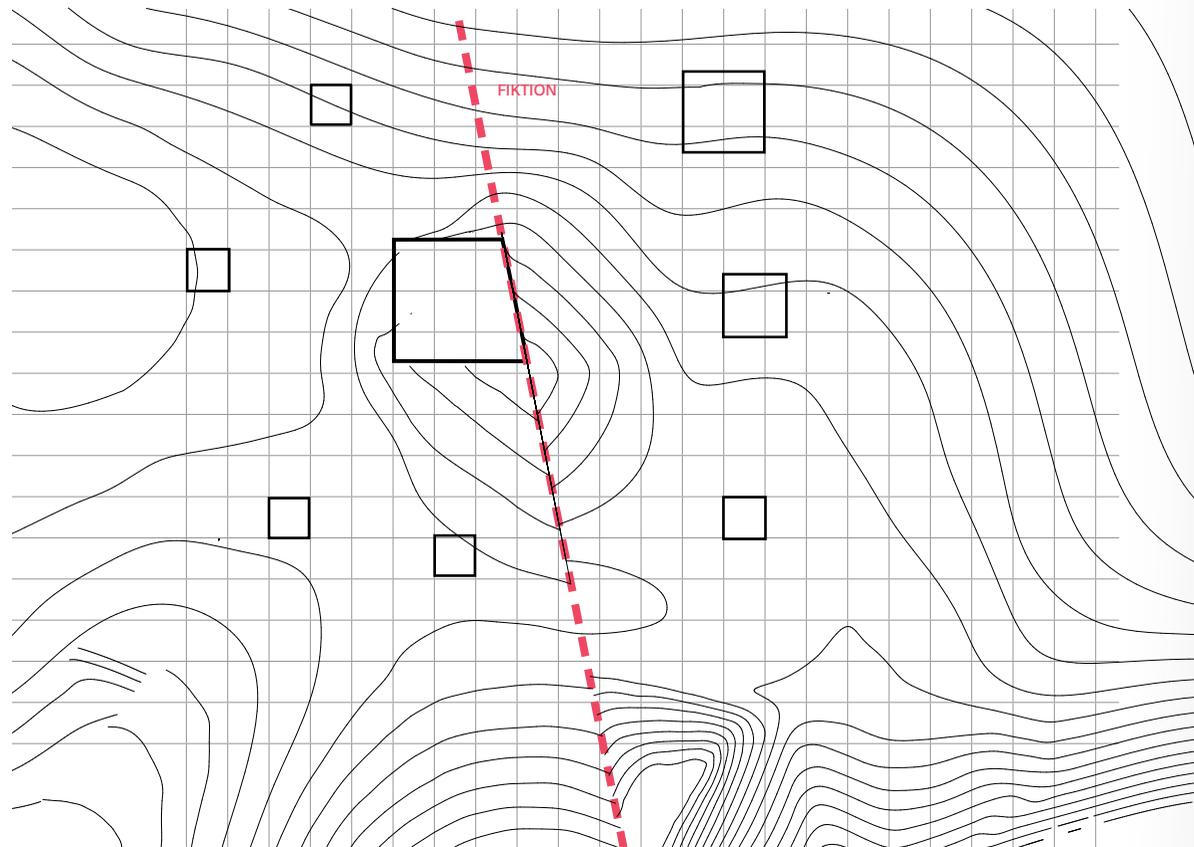
Assembly | Schwebende Struktur über öffentlicher Ebene

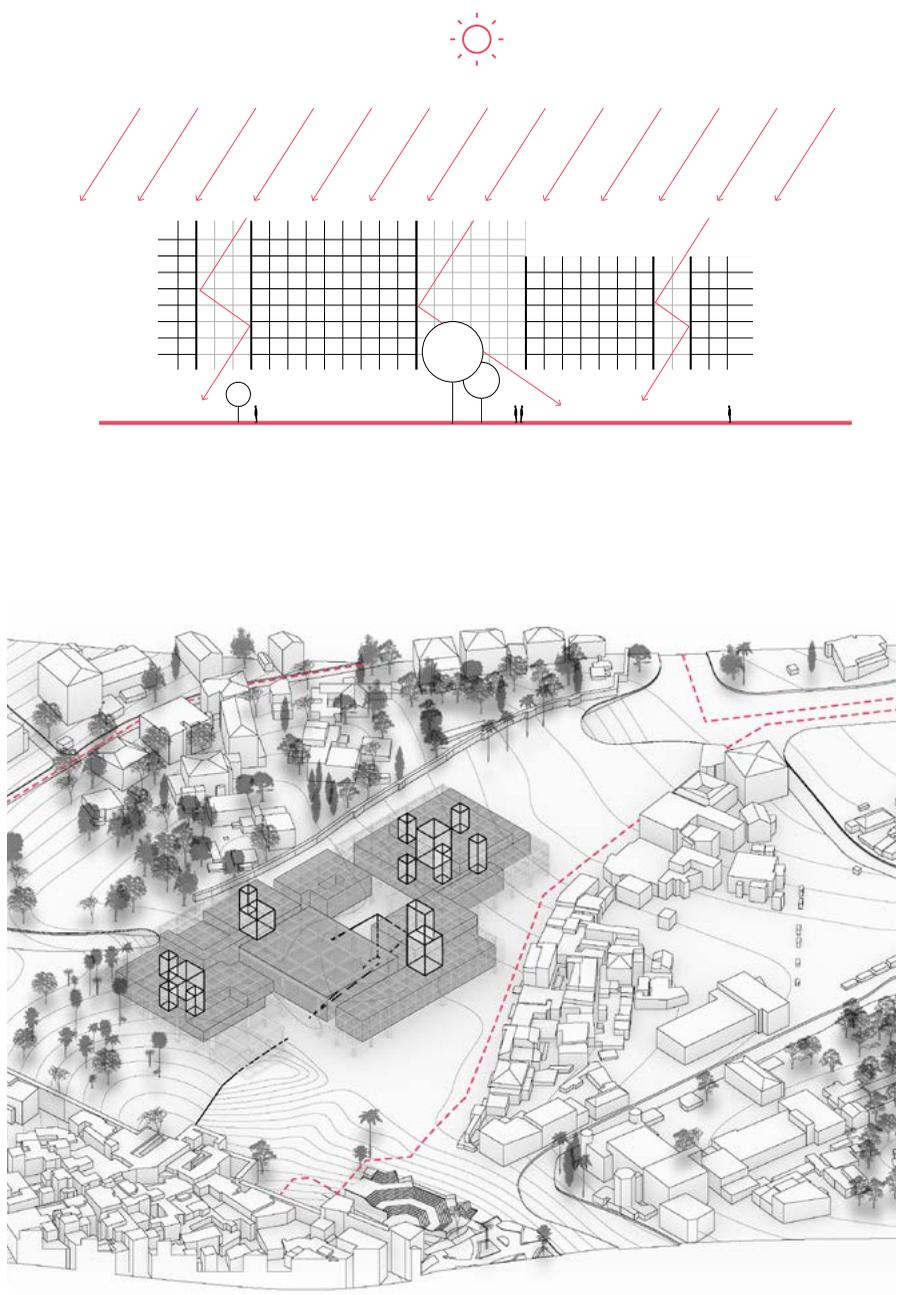


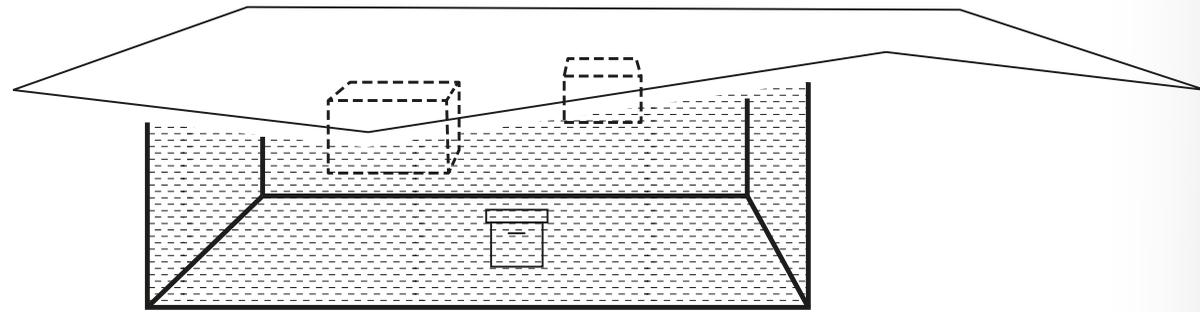
Öffentliche Sphäre | Platz

Öffentlicher Platz

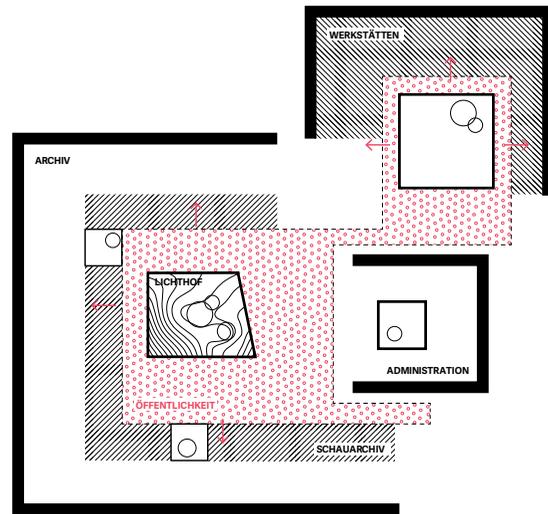
Der öffentliche Platz fungiert nicht nur als Pufferzone zwischen Archiv und "Assembly", sondern auch als Vermittlerebene für beide Funktionen. Durch Manipulation der Topografie entstehen die Eingänge für Archiv und "Assembly". Eine Faltung im Platz gewährleistet den Zugang zum Archiv, während eine Erhebung die Möglichkeit bietet, die schwebende Struktur der "Assembly" zu betreten. Das strenge Raster der Struktur prägt den Platz. Durch eine Linie im perpendikularen Muster entteht eine Störung. Diese Störung steht als Symbol für die Grenze und kann als geschichtliche Referenz verstanden werden. Die Harmonie der Landschaft (Topografie) wird durch den menschlichen Einschnitt gestört und zeigt die Brutalität und Absurdität von Grenzen im speziellen Kontext des Nahen Ostens. Die künstliche Achse wird durch den geschnittenen Innenhof des Archivs auch dort spürbar. Die Struktur der "Assembly", in der die fiktive Grenze keine Rolle mehr spielt, überwindet diesen Riss.





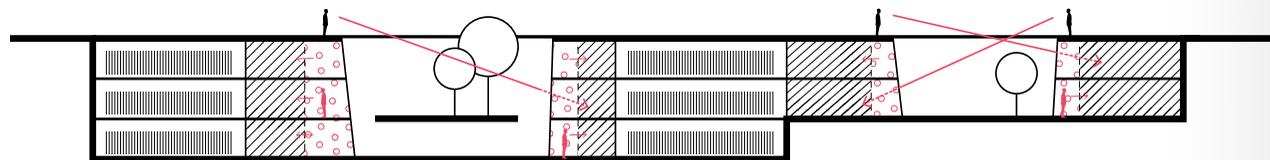


Konzept | Archiv

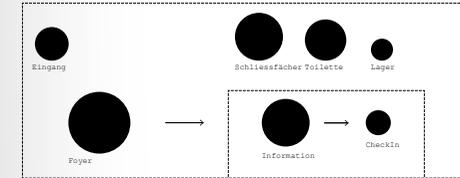


Die Funktionsbereiche Archiv, Werkstätten und Administration orientieren sich um drei Höfe. Neben Belichtung der Arbeits- und Erschließungsbereiche, ermöglichen die Höfe eine visuelle Verbindung zwischen öffentlichem Platz und Archivalltag. Klassische Aufgabenbereiche wie Sammlung, Katalogisierung, Restauration, Digitalisierung und Archivierung werden durch den Bildungsauftrag ergänzt. Besuchern soll die Möglichkeit gegeben werden, Teil des Aufarbeitungsprozesses zu werden. Herzstück des Komplexes ist der Bauteil des Schaudepots. In drei Schichten gruppieren sich Erschließung, Ausstellungs- und Veranstaltungsbereiche sowie Archivflächen um den Haupthof.

STELLUNG | ÖFFENTLICHKEIT | AUSSTELLUNG | ARCHIV | WERKSTÄTTEN | ÖFFENTLICHK



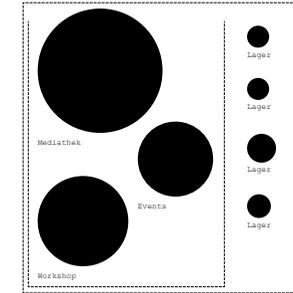
KOMMUNIKATION & ZUGANG



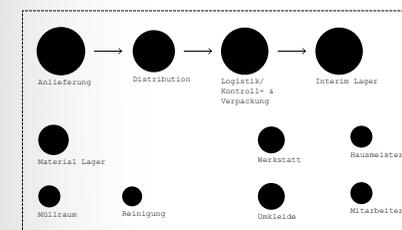
CAFETERIA



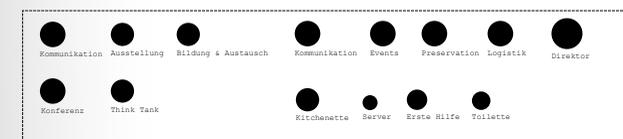
BILDUNG & AUSTAUSCH



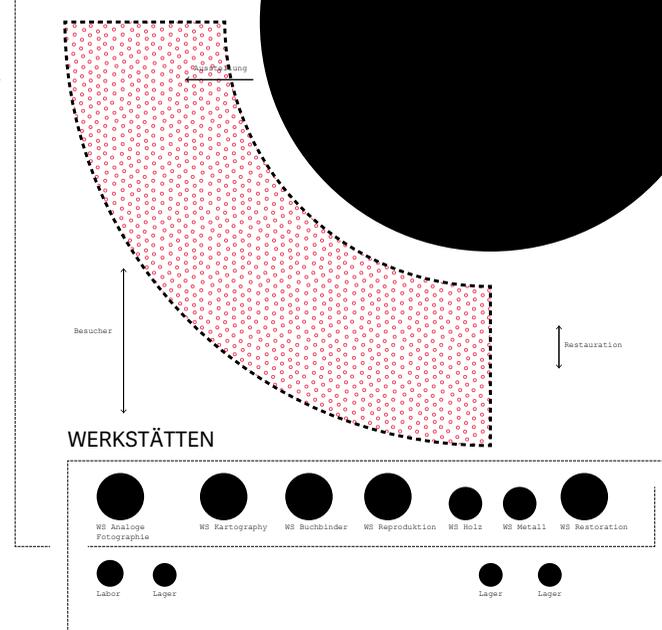
LOGISTIK



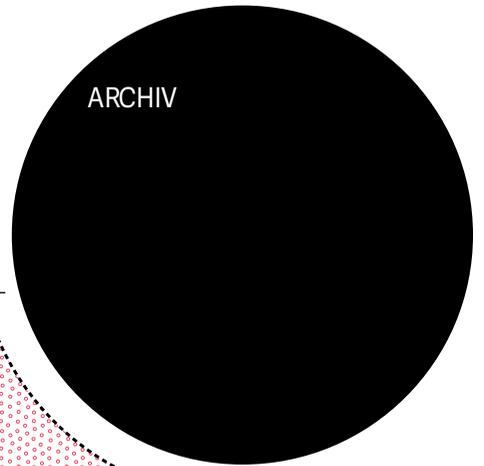
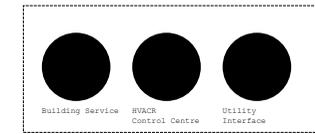
ADMINISTRATION



AUSSTELLUNG

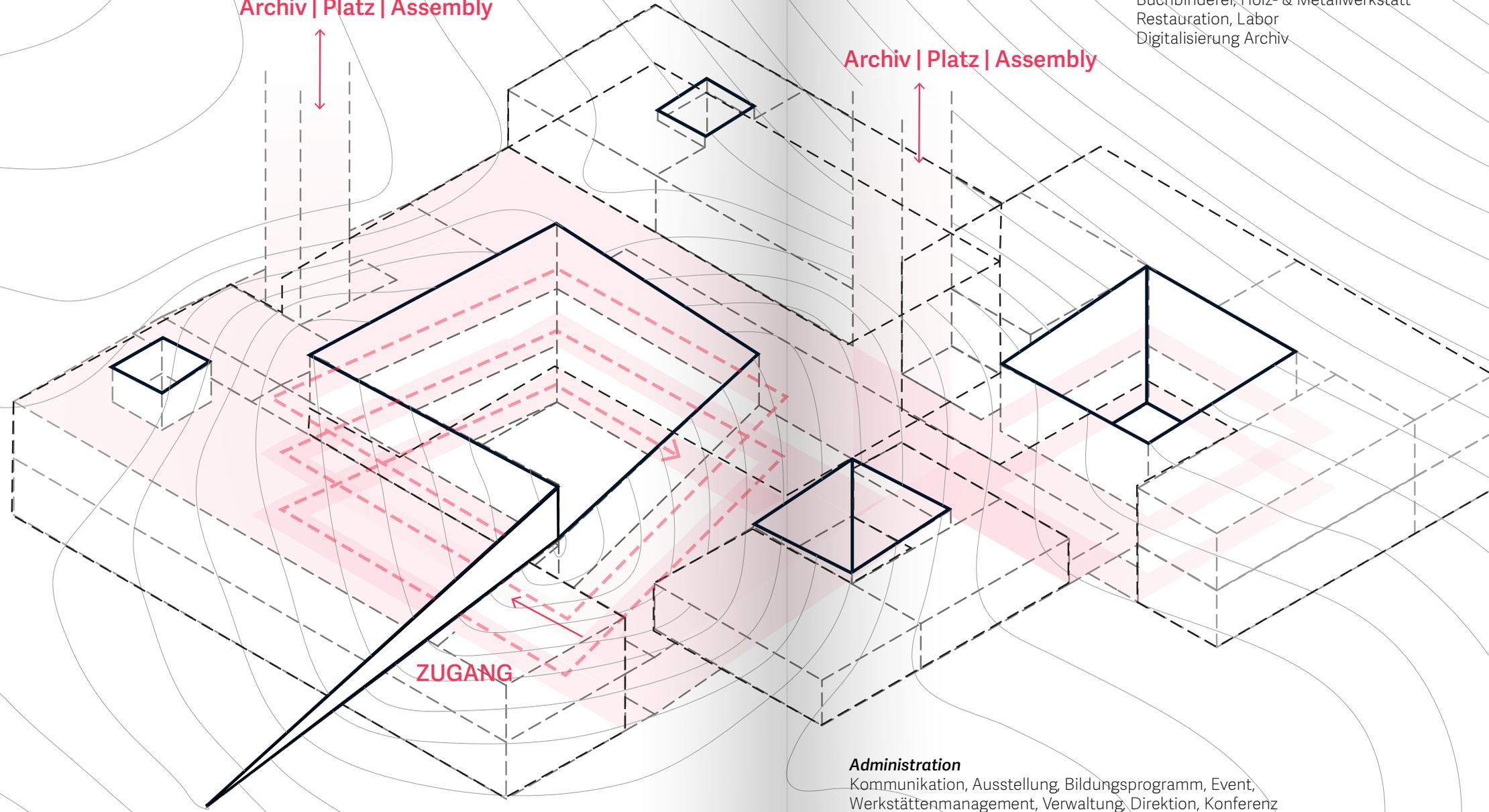


TECHNIK



Archiv
Logistik,
Archiv - Objekte, Film und Ton, Print.

Archiv | Platz | Assembly



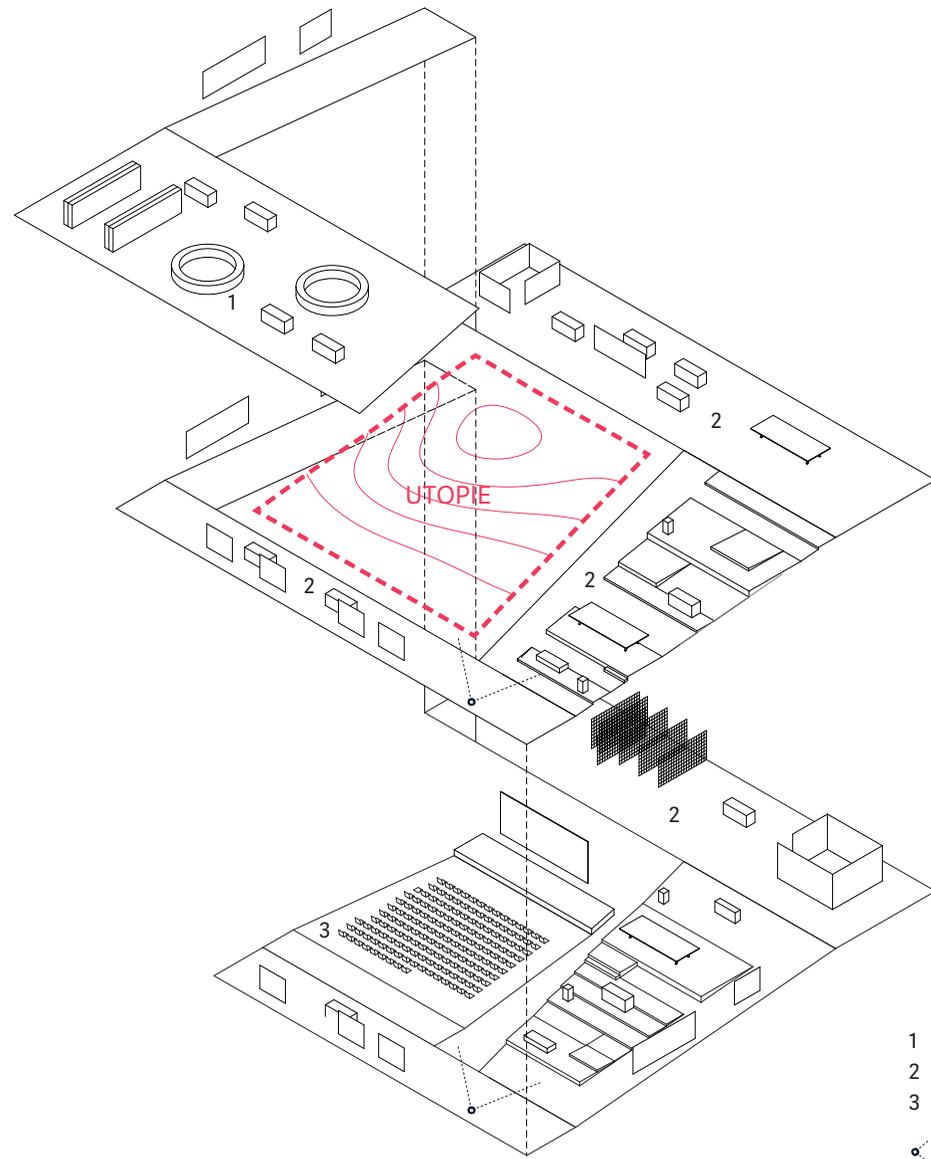
Werkstätten
Fotografie, Kartography, Printmedien,
Buchbinderei, Holz- & Metallwerkstatt
Restauration, Labor
Digitalisierung Archiv

Archiv | Platz | Assembly



ZUGANG

Administration
Kommunikation, Ausstellung, Bildungsprogramm, Event,
Werkstättenmanagement, Verwaltung, Direktion, Konferenz



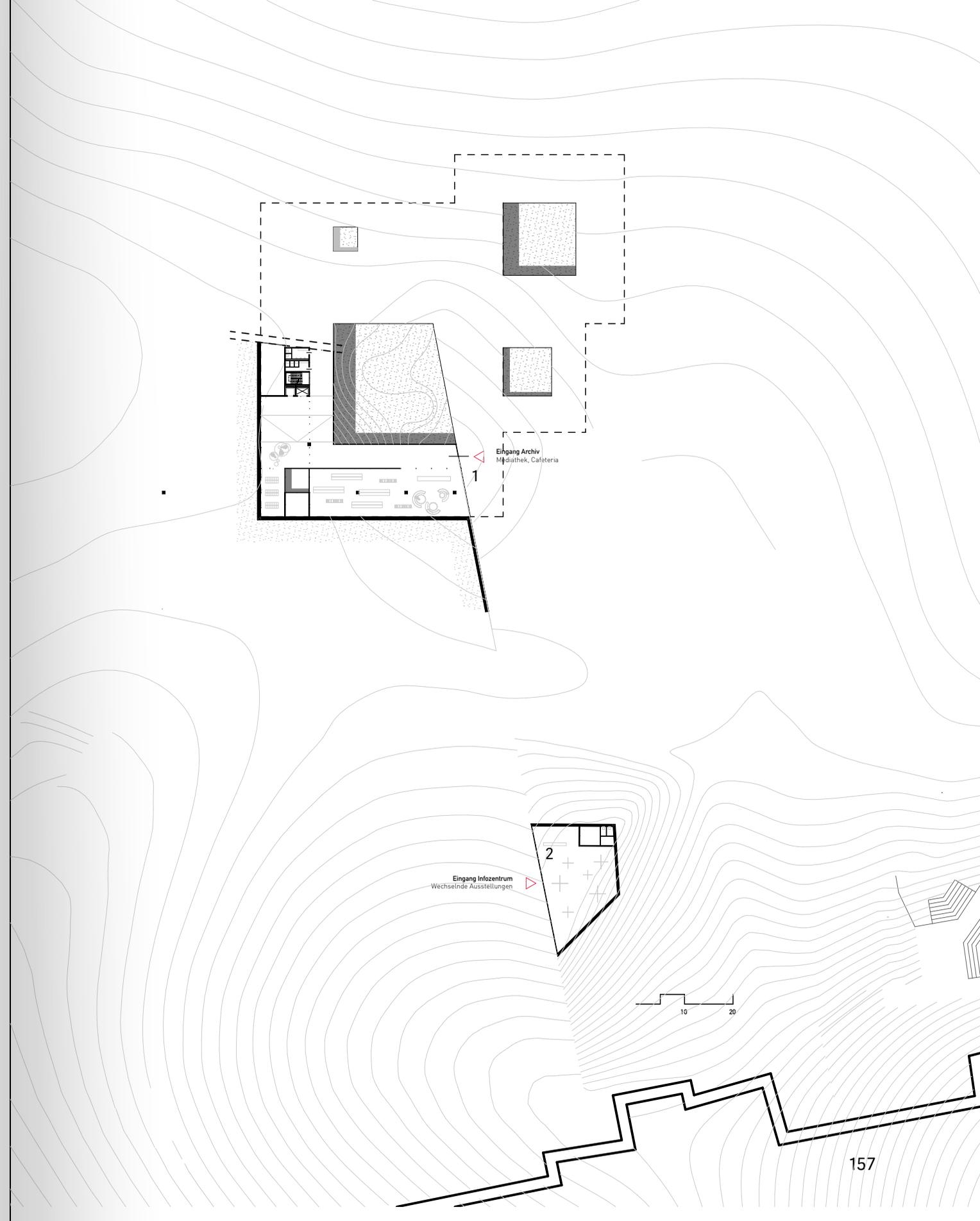
- 1 BIBLIOTHEK
- 2 AUSSTELLUNG
- 3 AUDITORIUM
- ⊙ VISUALISIERUNG

Besucher des Archivs werden über geneigte Ebenen nach unten geführt. Der Besucherbereich endet unter dem Hof in einem Auditorium. Die Hauptschließung umkreist den Innenhof, welcher sich von der Fassade absetzt. Der üppig begrünte und topografisch gestaltete Innenhof soll Teil der Ausstellung sein und kann als weitere Referenz zum Israel-Palästina-Konflikt verstanden werden. Als wesentliches Streitobjekt beider Völker 'ein Stück Land' stellt der Freibereich des Hofes ein Element der Utopie dar. Die Grünfläche im Hof ist nicht erreichbar.



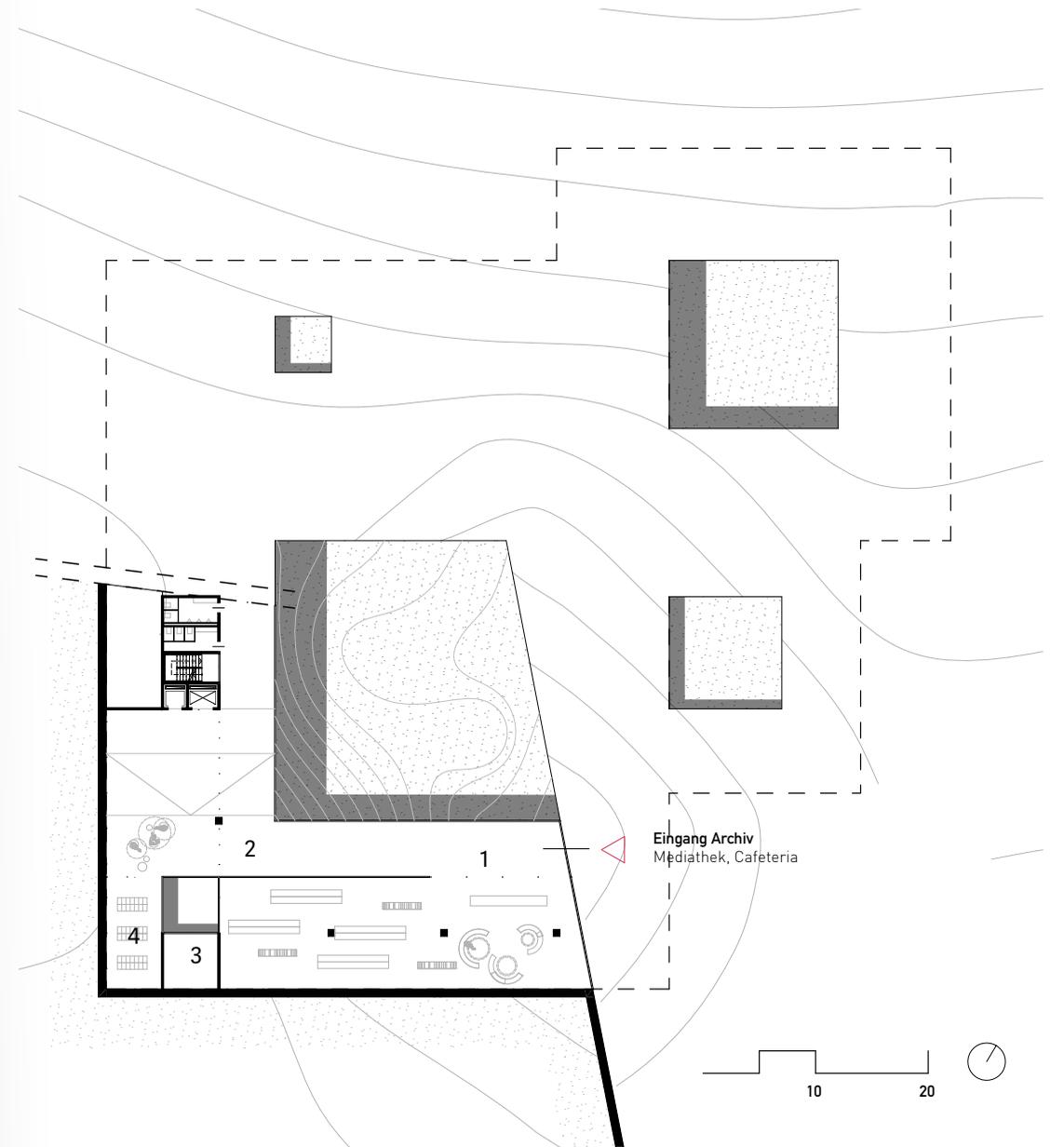
Archiv | 0

- 1 Haupteingang Archiv
- 2 Informationszentrum



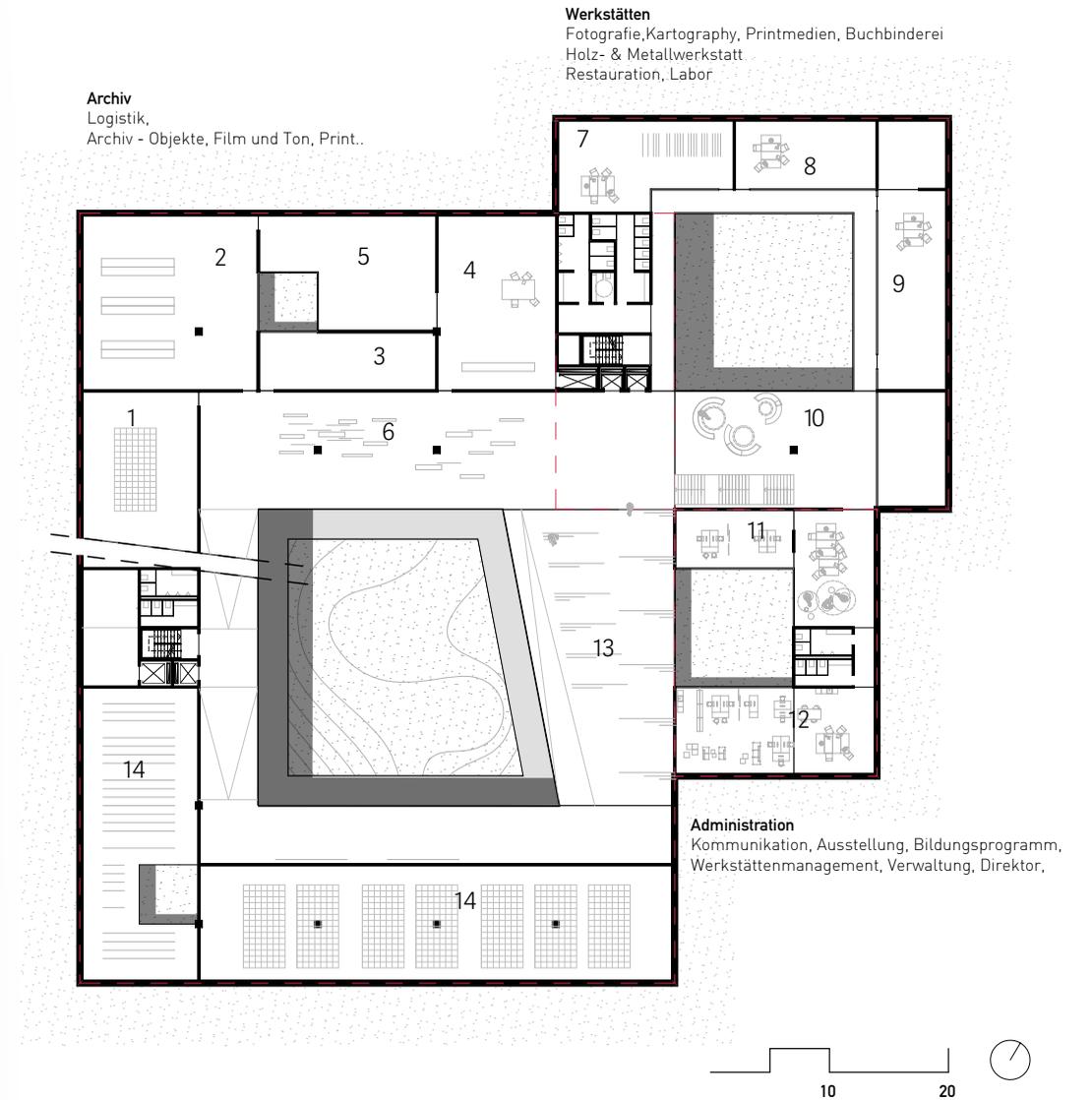
Archiv | 0

- 1 Bibliothek
- 2 Foyer
- 3 Schließfächer



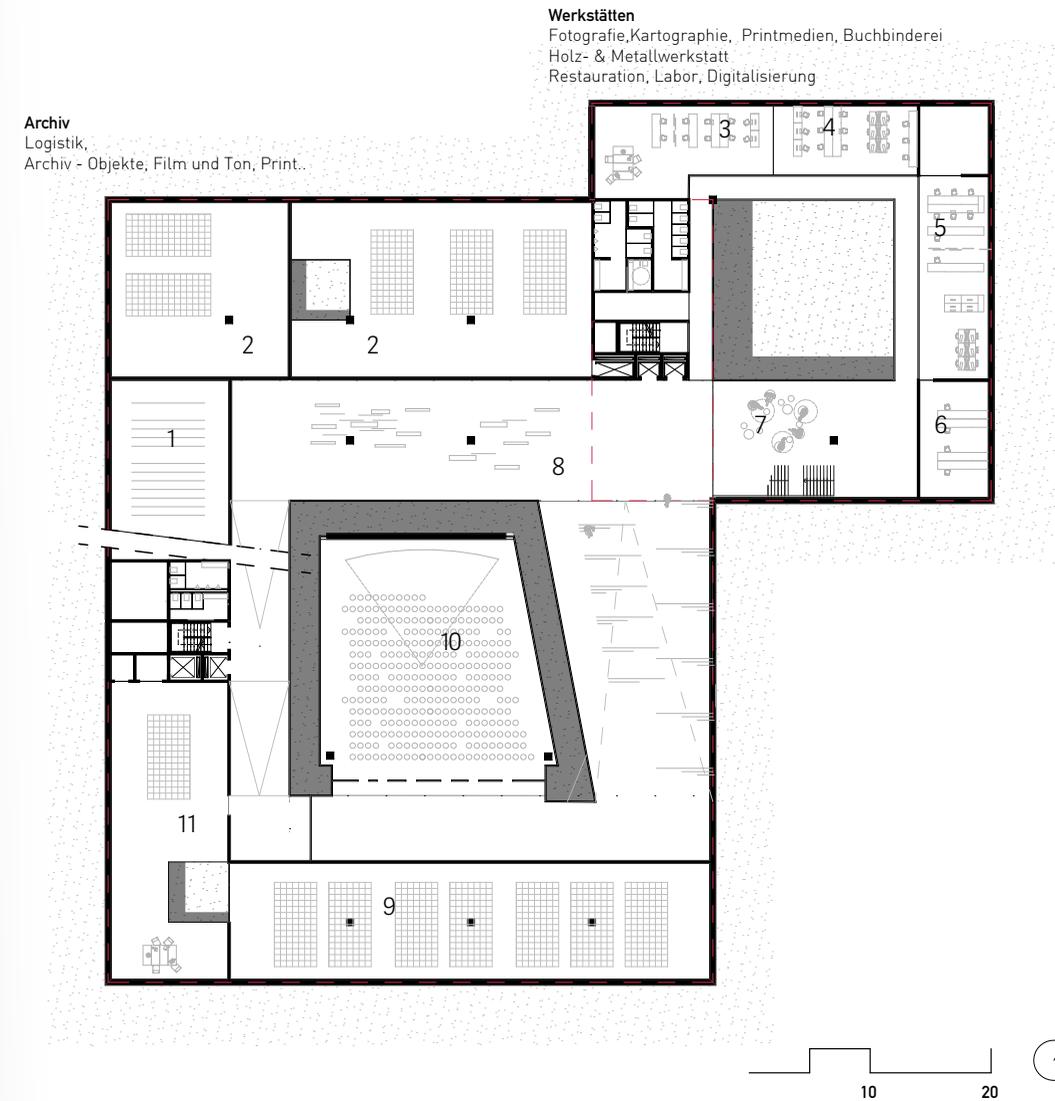
Archiv | -1

- 1 Technik
- 2 Logistik/ Verpackung
- 3 Distribution
- 4 Anlieferung
- 5 Zwischenlager
- 6 Ausstellung
- 7 Karten, Print, Reproduktion
- 8 Holzwerkstatt
- 9 Metallwerkstatt
- 10 Kommunikationszone
- 11 Management
- 12 Öffentlichkeitsarbeit
- 13 Ausstellung / Event
- 14 Archiv



Archiv | -2

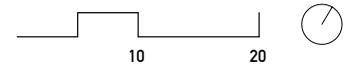
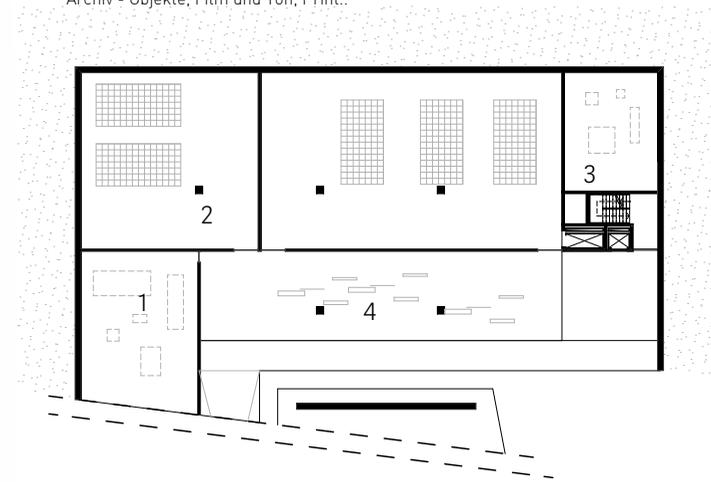
- 1 Technik
- 2 Archiv
- 3 Buchbinderei
- 4 Digitalisierung
- 5 Fotografie / Digitalisierung
- 6 Fotolabor
- 7 Kommunikationszone
- 8 Ausstellung / Event
- 9 Archiv
- 10 Auditorium
- 11 Archiv

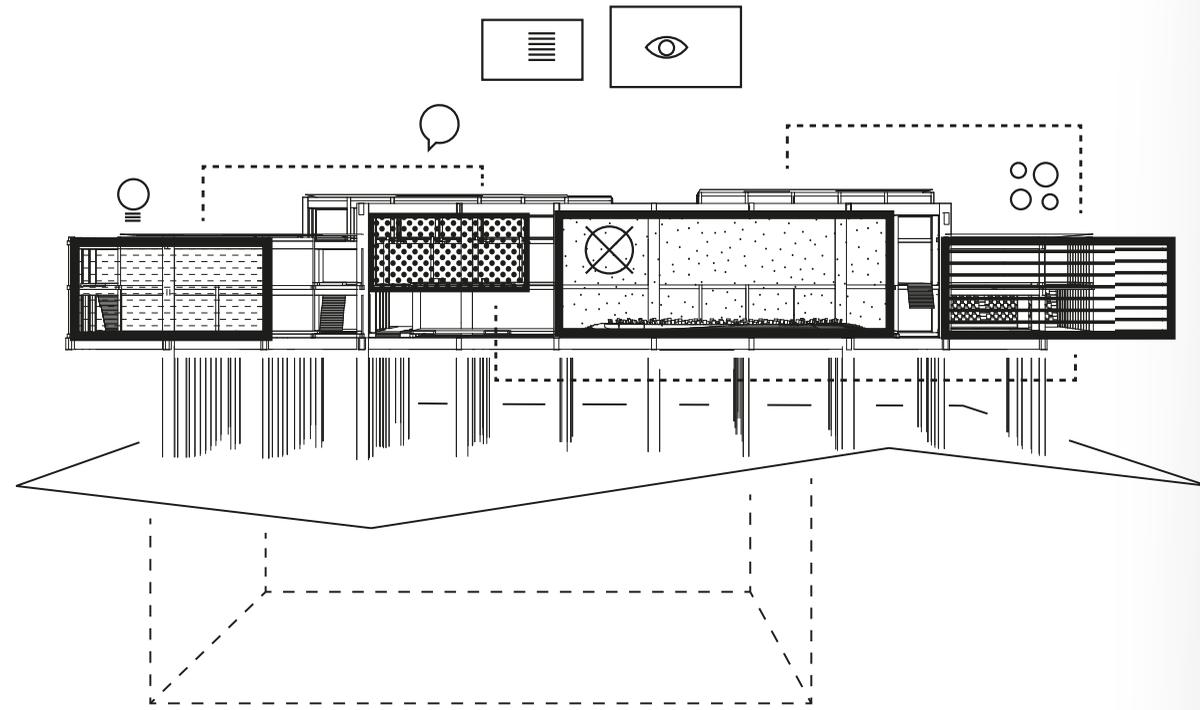


Archiv | -2

- 1 Archiv
- 2 Buchbinderei
- 3 Technik
- 4 Schauarchiv

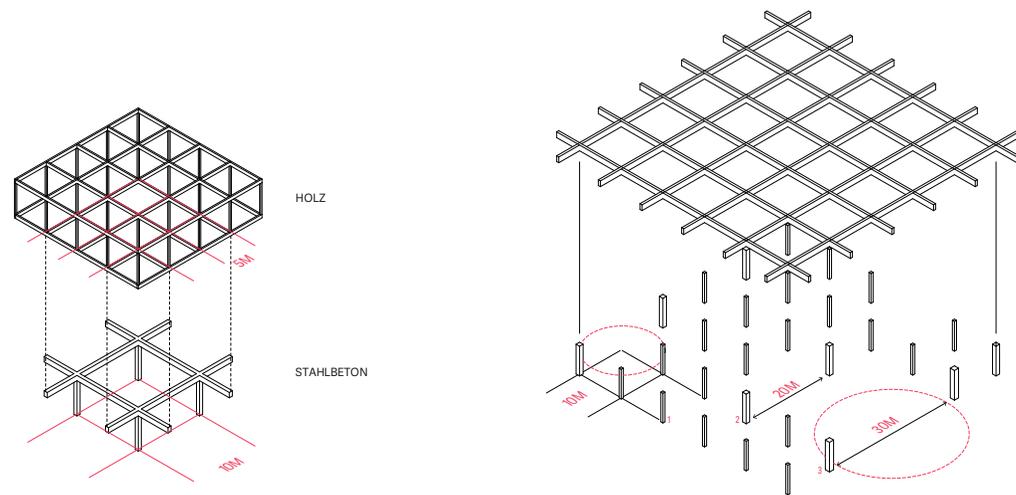
Archiv
Logistik,
Archiv - Objekte, Film und Ton, Print..



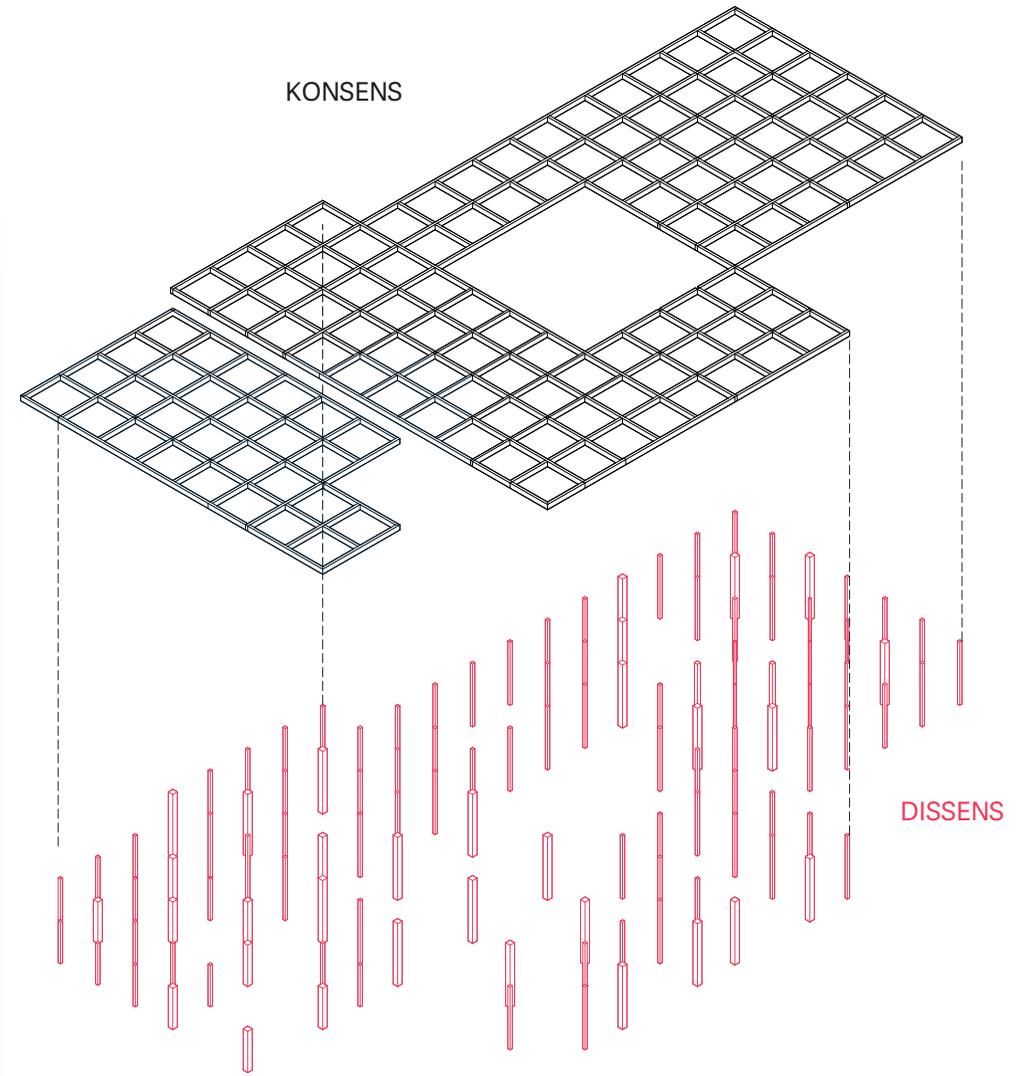
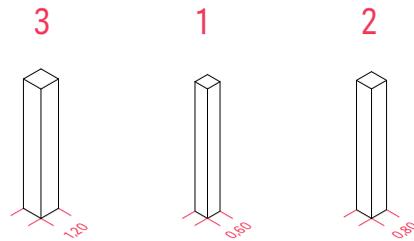


Assembly

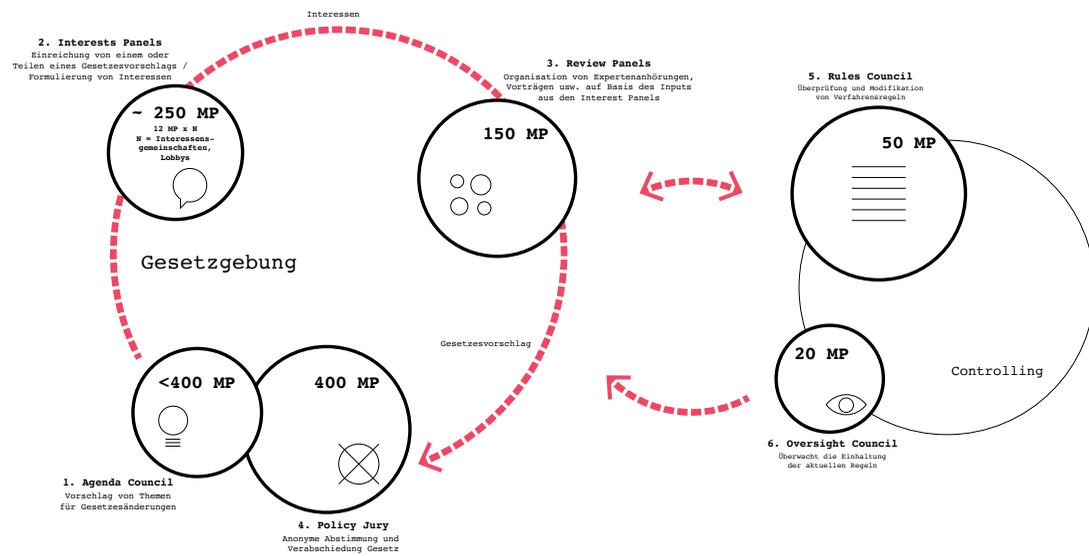
System



Die statische Struktur der "Assembly" basiert auf einem 10 x 10 Meter Raster. Um partiell in dem strengen Stützenraster größere Bereiche, wie beispielsweise für den großen Versammlungsraum, aufzuspannen wird an diesen Stellen das Raster "gelichtet". Die Dimensionierung der angrenzenden Bauteile variiert entsprechend ihrer "neuen" statischen Erfordernis. Es entsteht eine Ordnung der Individualität, die sich in einer Diversität der Struktur widerspiegelt. Der aufliegende Rost nimmt die ursprüngliche Ordnung wieder auf.

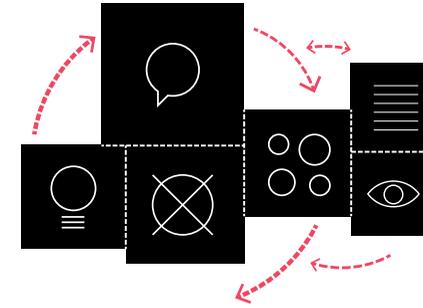


Programm

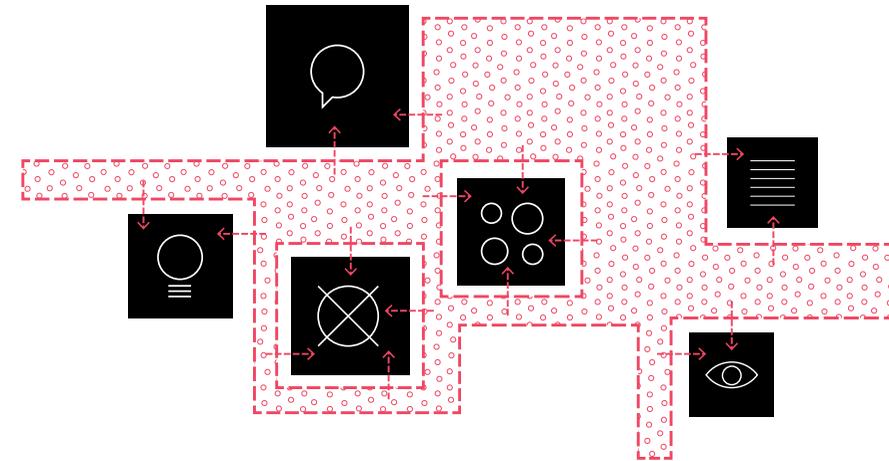


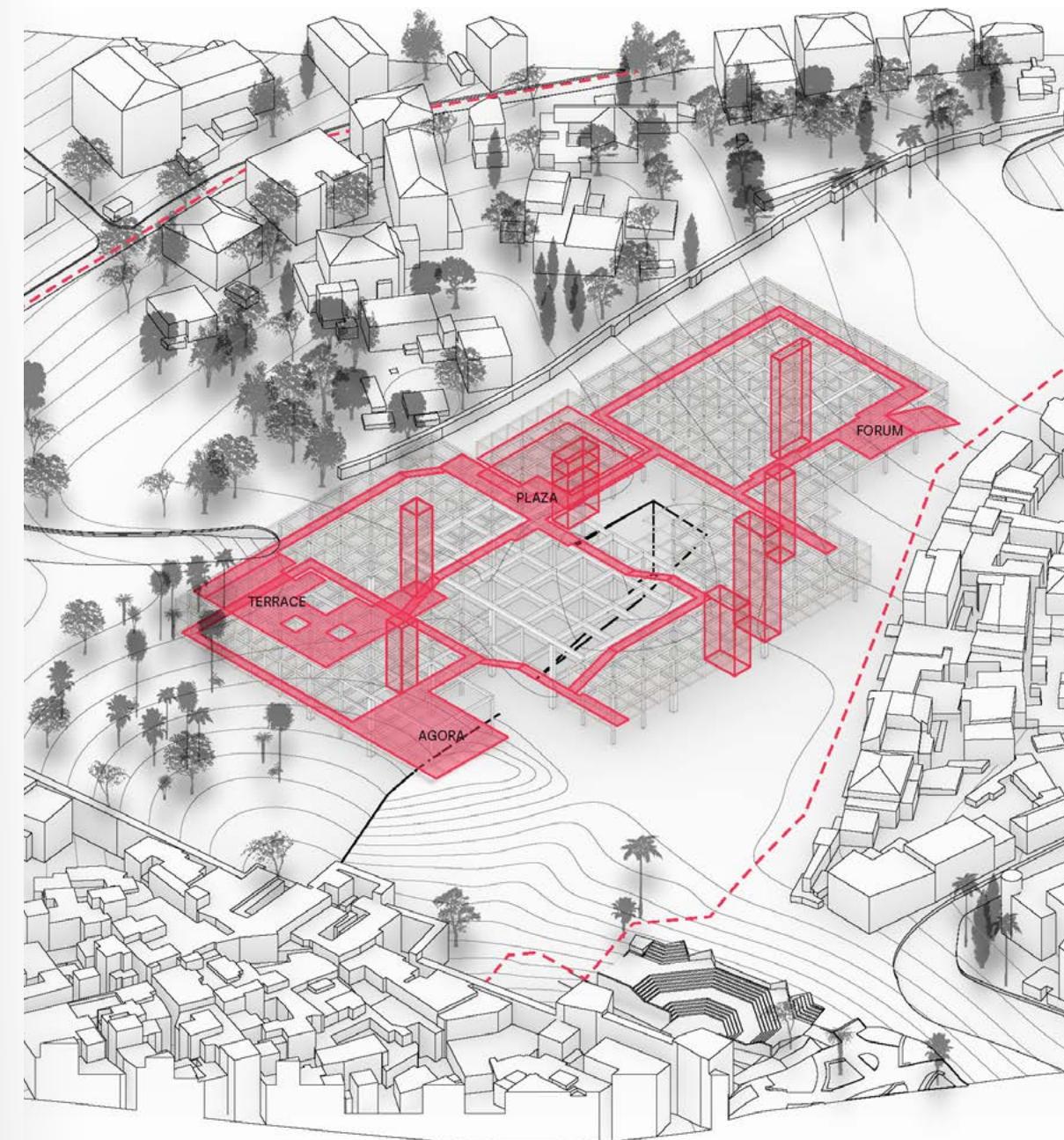
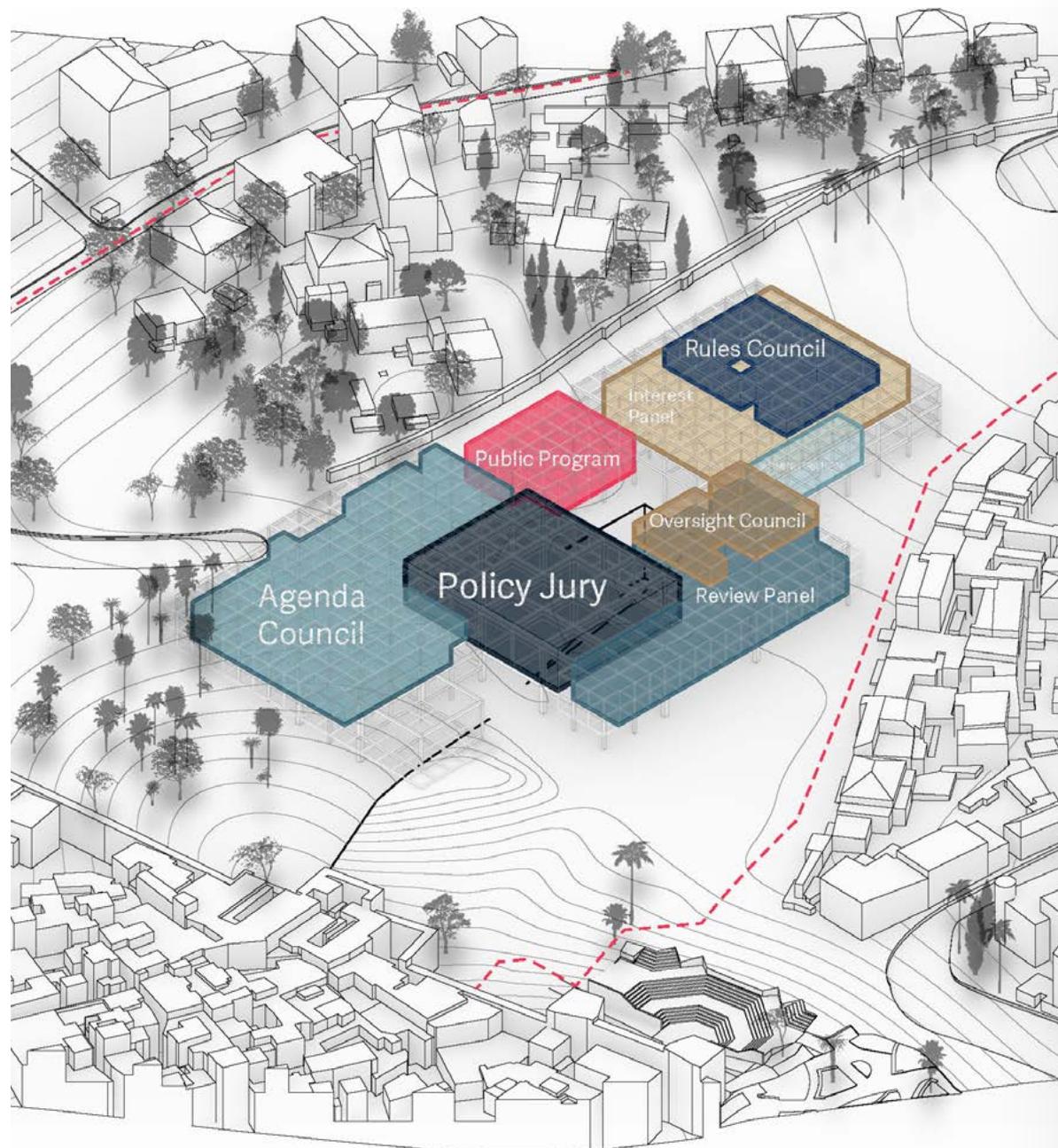
Das Programm wird entsprechend des politischen Systems der "Multibody Sortition" räumlich in die Struktur übersetzt. Dabei bleibt die Möglichkeit für Erweiterung der Flächen für die Organe bestehen. Das Raumprogramm der "Assembly" wird großzügig mit Flächen für die Öffentlichkeit ergänzt.

Räumliche Beziehung



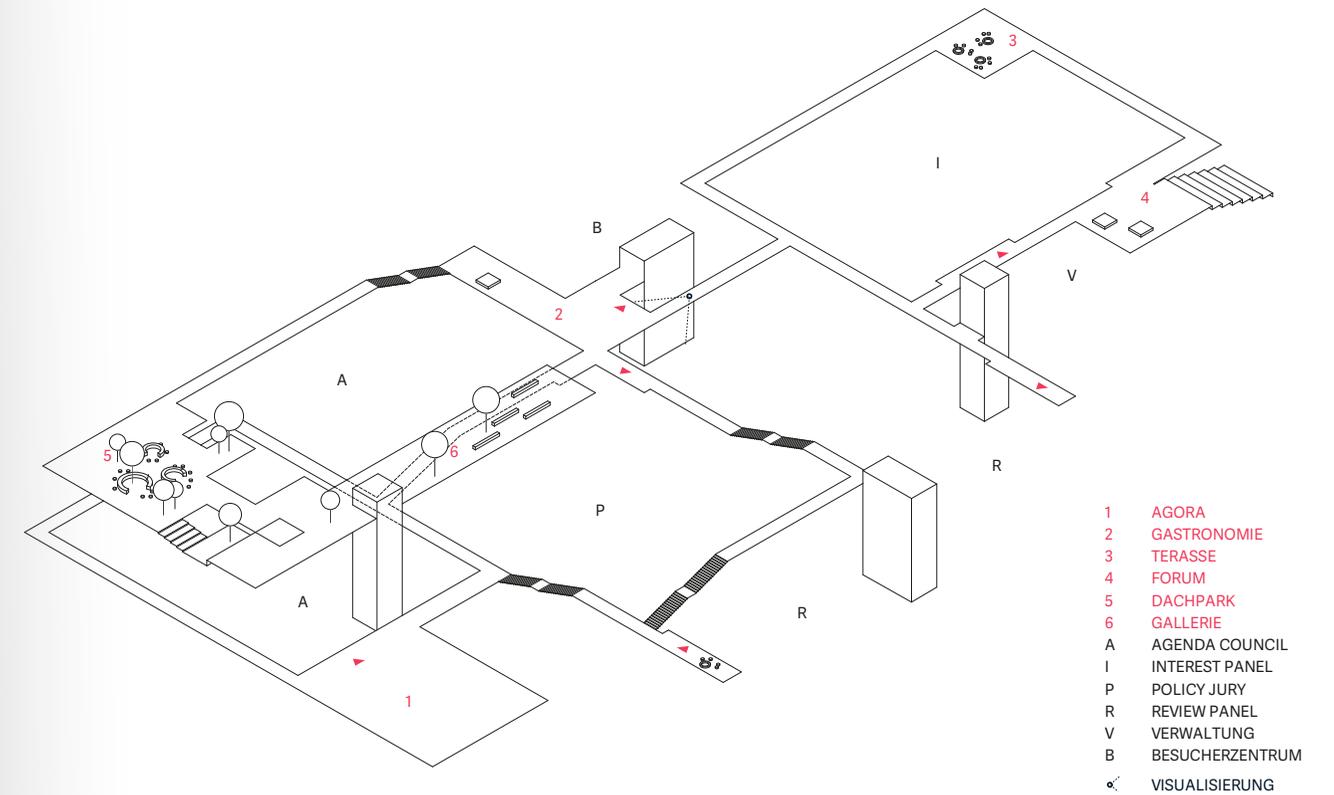
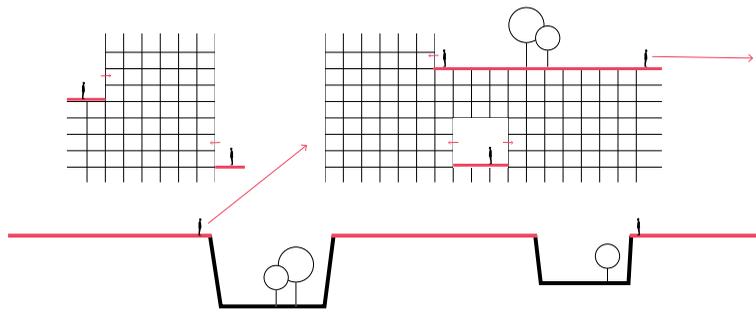
Integration der Öffentlichkeit





Öffentlichkeit

Die einzelnen Bauteile der verschiedenen Organe werden von einem zusammenhängenden Netz aus Wegen und Plätzen umspült. Die Öffentlichkeit wird damit zu einem integrativen Bestandteil des Bauwerks und erhält Einblick in die Arbeit der "Assembly".





Mat-Building

Eine Halbierung des Grundrasters auf 5 x 5 Meter und Überlagerung mit einem zweiten Raster, das durch beidseitigen Versatz dieser 5m Achsen entsteht, bildet das System für die Grundrissorganisation. Das Programm wird innerhalb dieses Tartanartigen Musters verteilt, wobei sich die Dimensionierung der Baukörper, sowie der öffentlichen Durchwegung an einem 40 x 40m Raster orientiert. 40m entsprechen in etwa 30s Gehzeit. Das überlagerte Raster bildet die Zonen für die öffentliche Durchwegung durch die Struktur.

In Anlehnung an die Strategien der "Mat-Building", die in den 1950er - 1970er Jahren von verschiedenen Architekten entwickelt worden sind, versucht dieser Entwurf eine Antwort auf zukünftige Transformationsprozesse im Bauwerk zu bieten und beinhaltet eine Strategie zu Erweiterung, Umbau oder Reproduktion an anderen Orten.

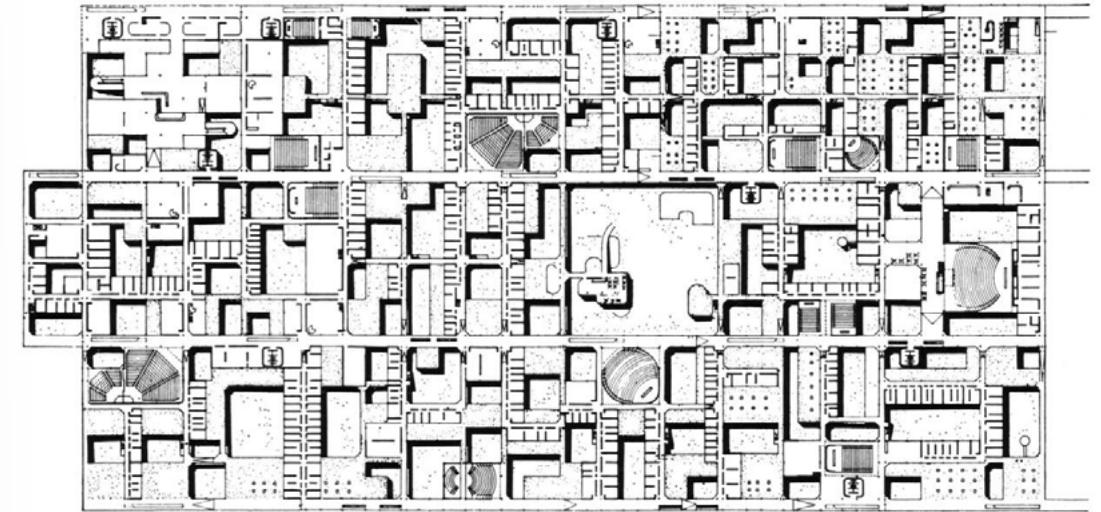
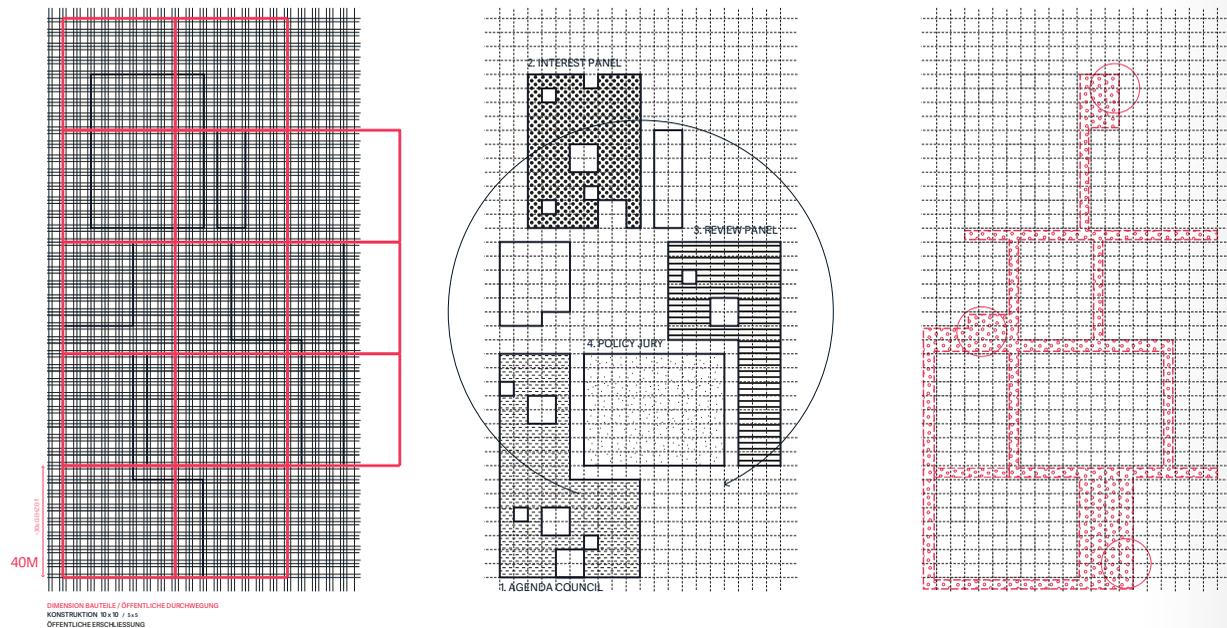
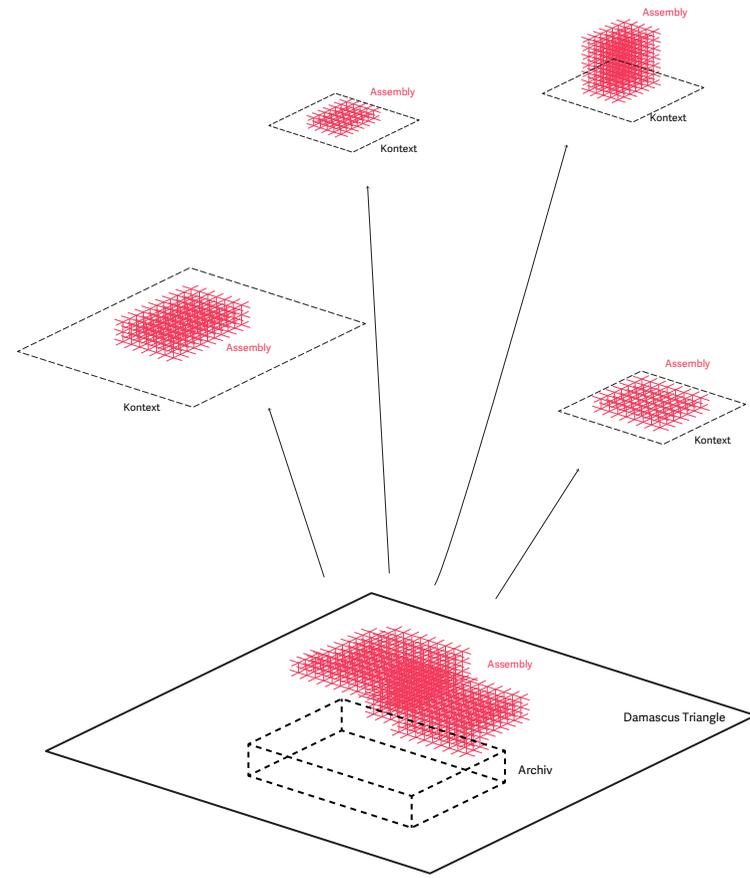


Abb 056 - FU Berlin - Candilis, Josic, Woods and Schiedhelm

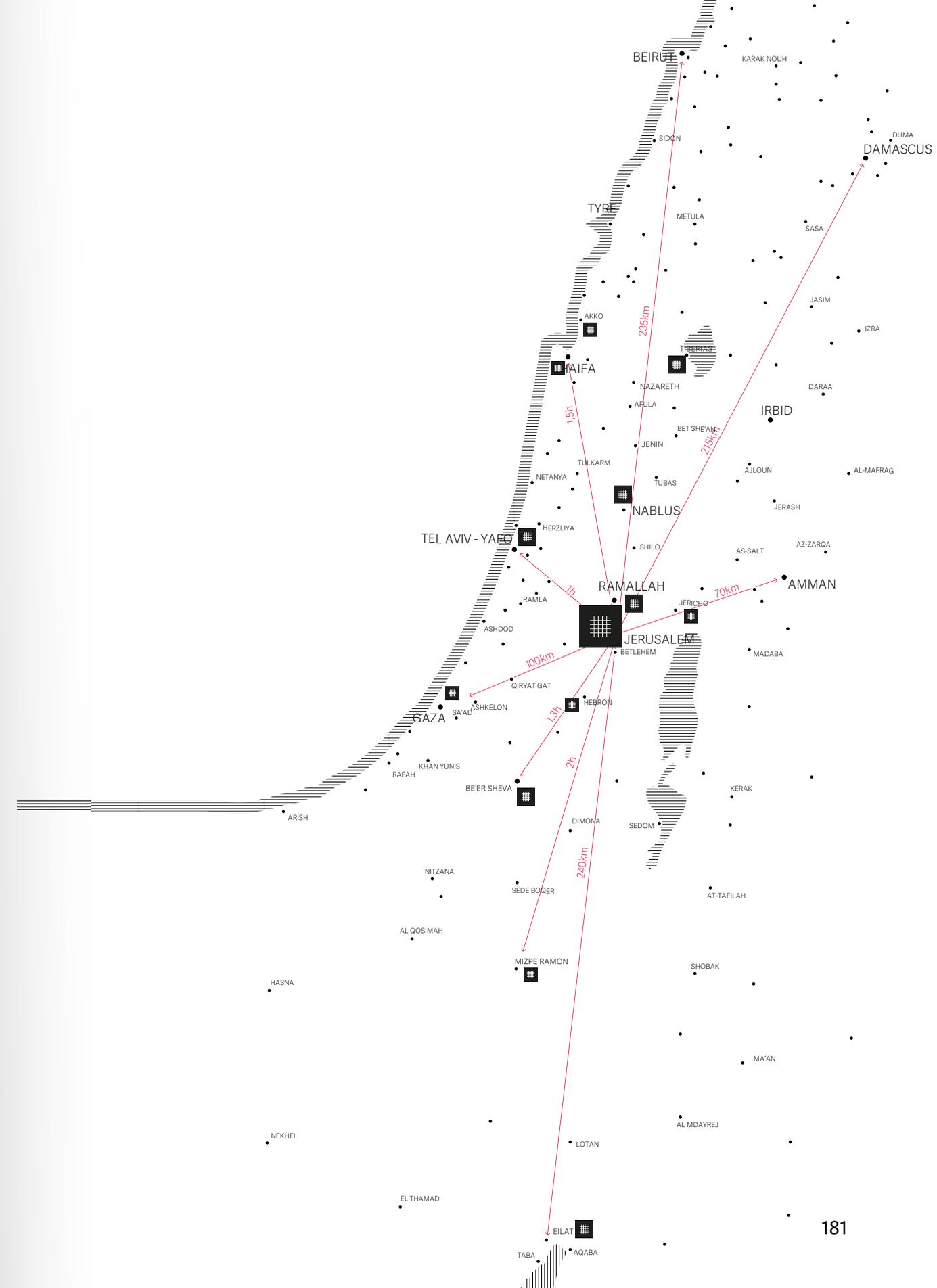
"Mat Buildings can be said to epitomise the anonymous collective, where the Functions come to enrich the fabric, and the individual gains new freedoms of action through a new shuffled order, based on interconnection, close knit patterns of association, and possibilities for growth, diminution and change"

Alison Smithson



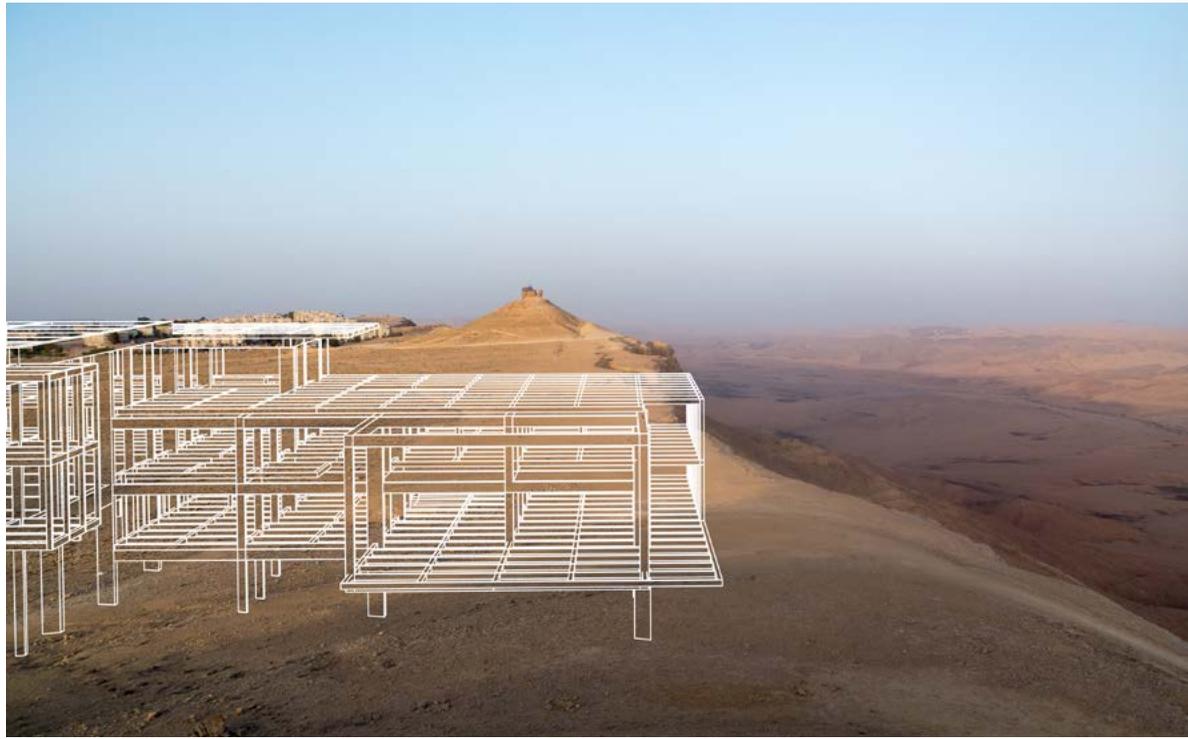
Dezentralisierung

Während die Funktionen des Archivs und des öffentlichen Platzes für das Unveränderliche stehen und dadurch in Ort und Form fixiert sind, sieht das Konzept für die "Assembly" die Möglichkeit für einen Transformationsprozess vor. Wie Politik selbst steht das Gebäude unter der Prämisse reaktionsfähig zu sein und auf Veränderung in System und Nutzung reagieren zu können. Zu diesem Transformationsprozess gehört die Möglichkeit das Gebäude zu erweitern. Das Bauwerk in Jerusalem könnte durch, über das Staatsgebiet verteilte, Satellitenstrukturen ergänzt werden. Durch die Möglichkeit, Teile des Gebäudes an anderen Orten aufzubauen oder zu erweitern, soll die Identifizierbarkeit und somit die Legitimation der Institution in der Bevölkerung gesteigert werden.

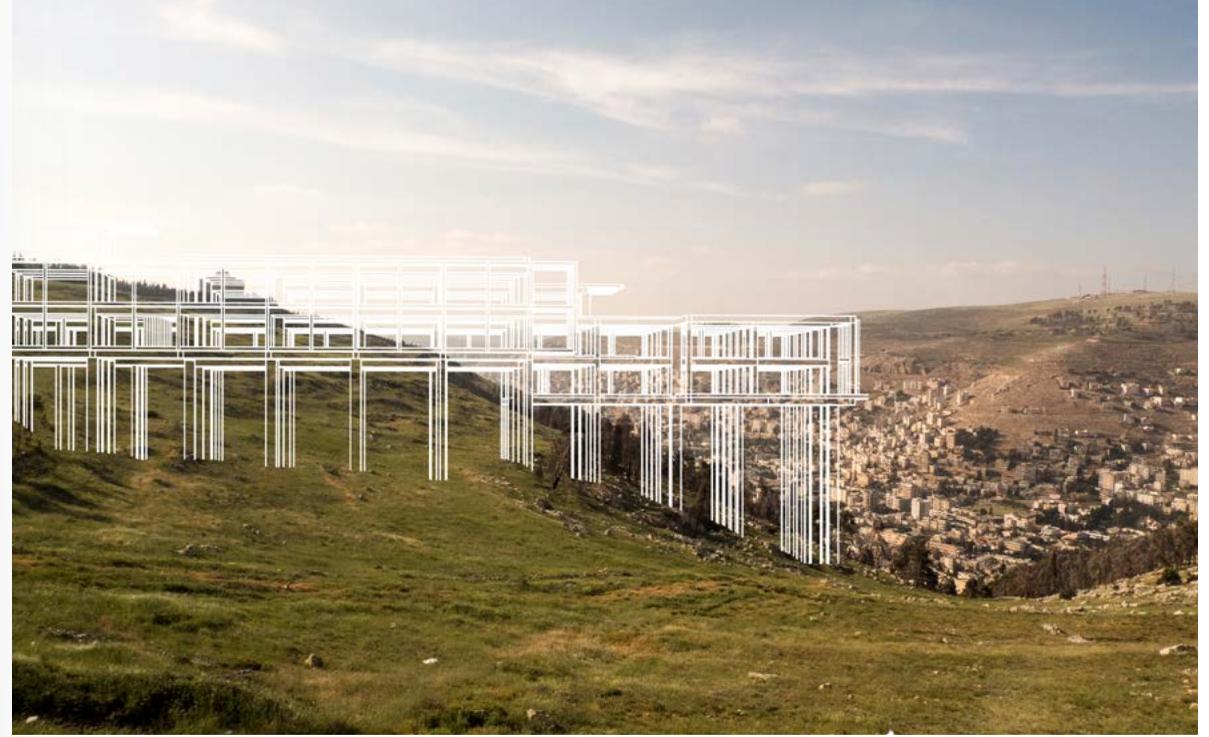




Assembly Hebron



Assembly Negev

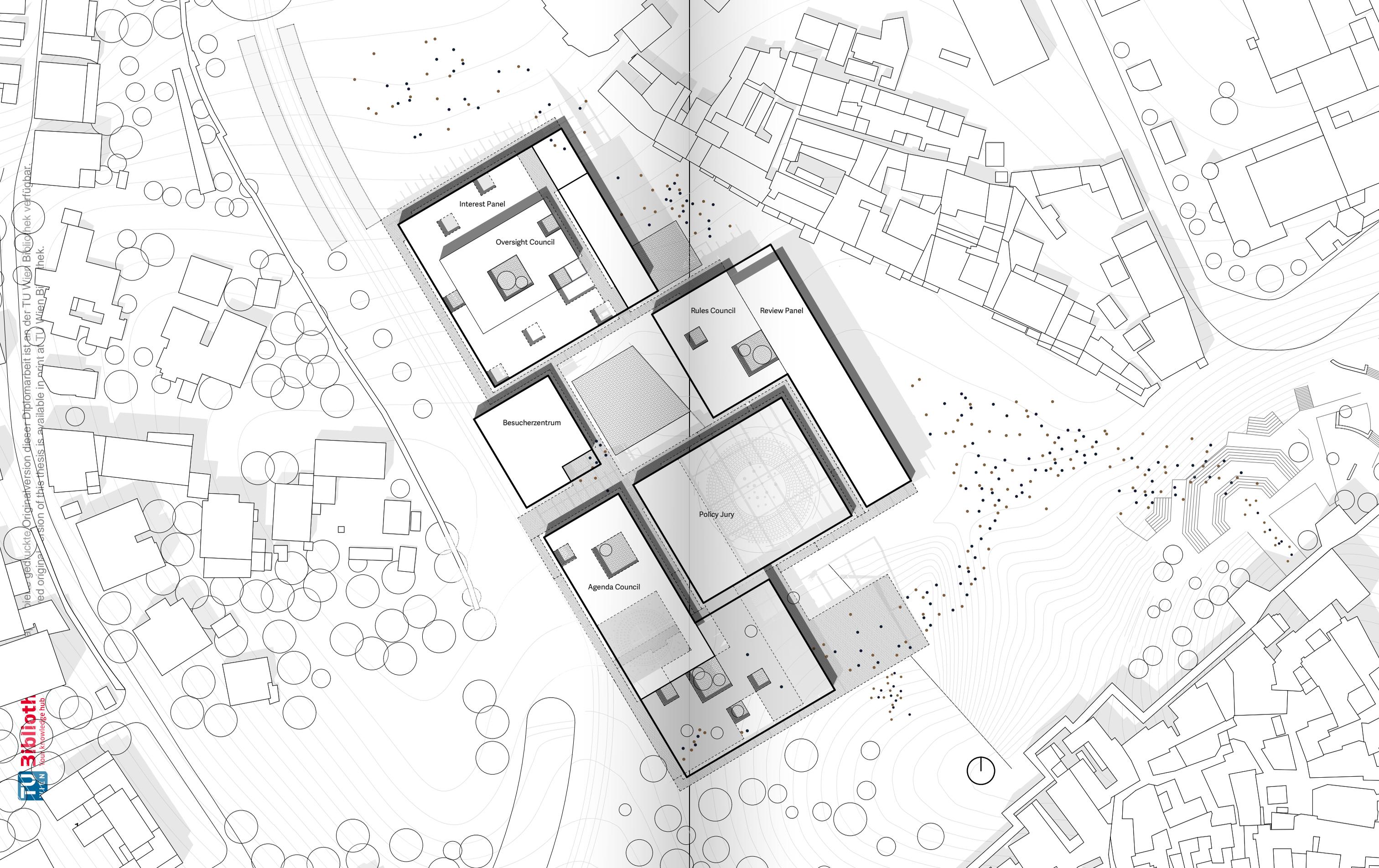


Assembly Nablus



Assembly Haifa

Die gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



Interest Panel

Oversight Council

Besucherzentrum

Agenda Council

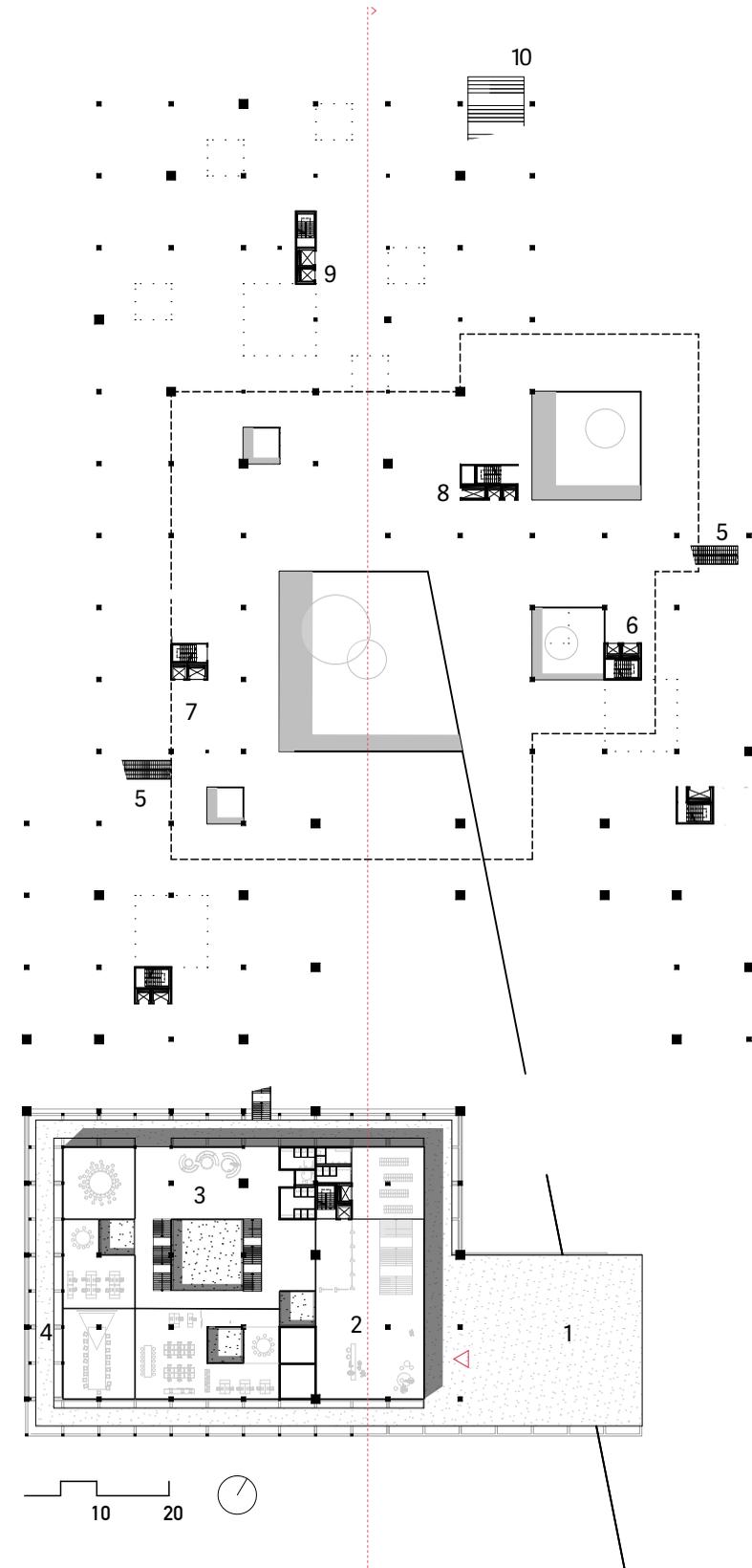
Policy Jury

Rules Council

Review Panel

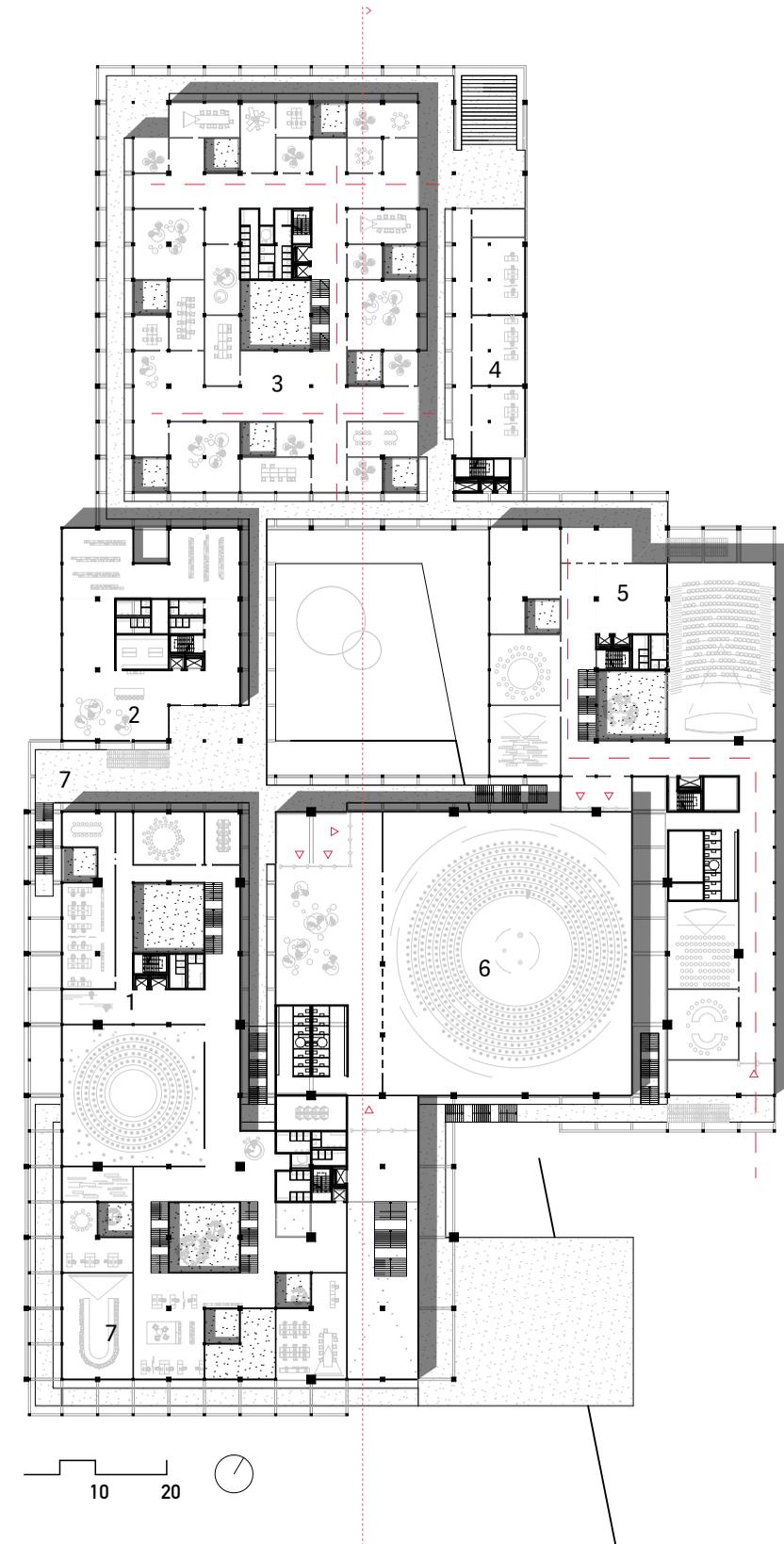
Assembly | +1

- 1 Agora
- 2 Foyer - Zugang Agenda Council | Policy Jury
- 3 Agenda Council
- 4 Öffentlicher Weg
- 5 Rolltreppe
- 6 Zugang Review Panel
- 7 Zugang Besucherzentrum
- 8 Zugang Administration
- 9 Zugang Interestpanel
- 10 Öffentliche Tribüne



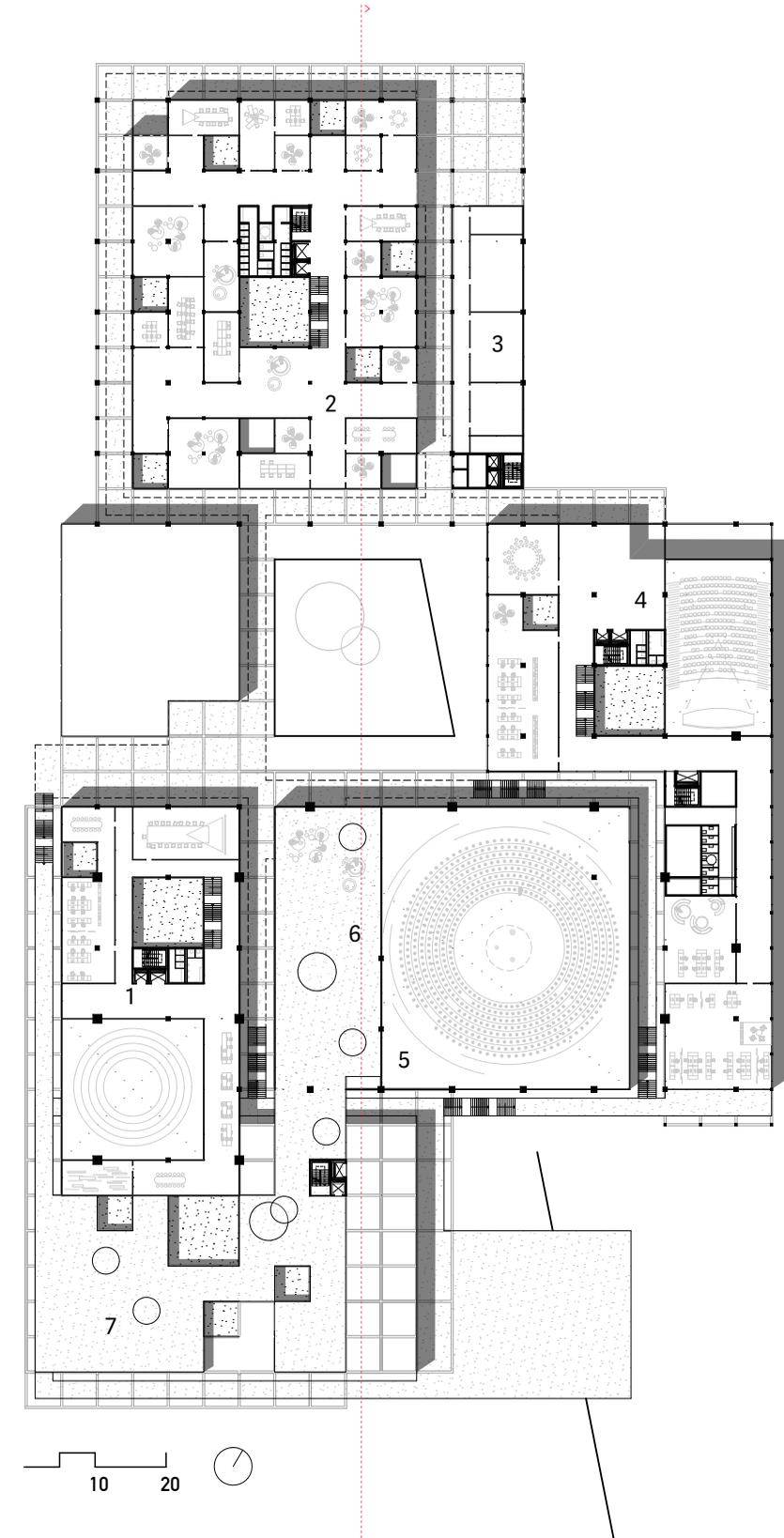
Assembly | +2

- 1 Agenda Council
- 2 Besucherzentrum / Gastronomie
- 3 Interestpanel
- 4 Administration
- 5 Review Panel
- 6 Policy Jury
- 7 Öffentlicher Weg



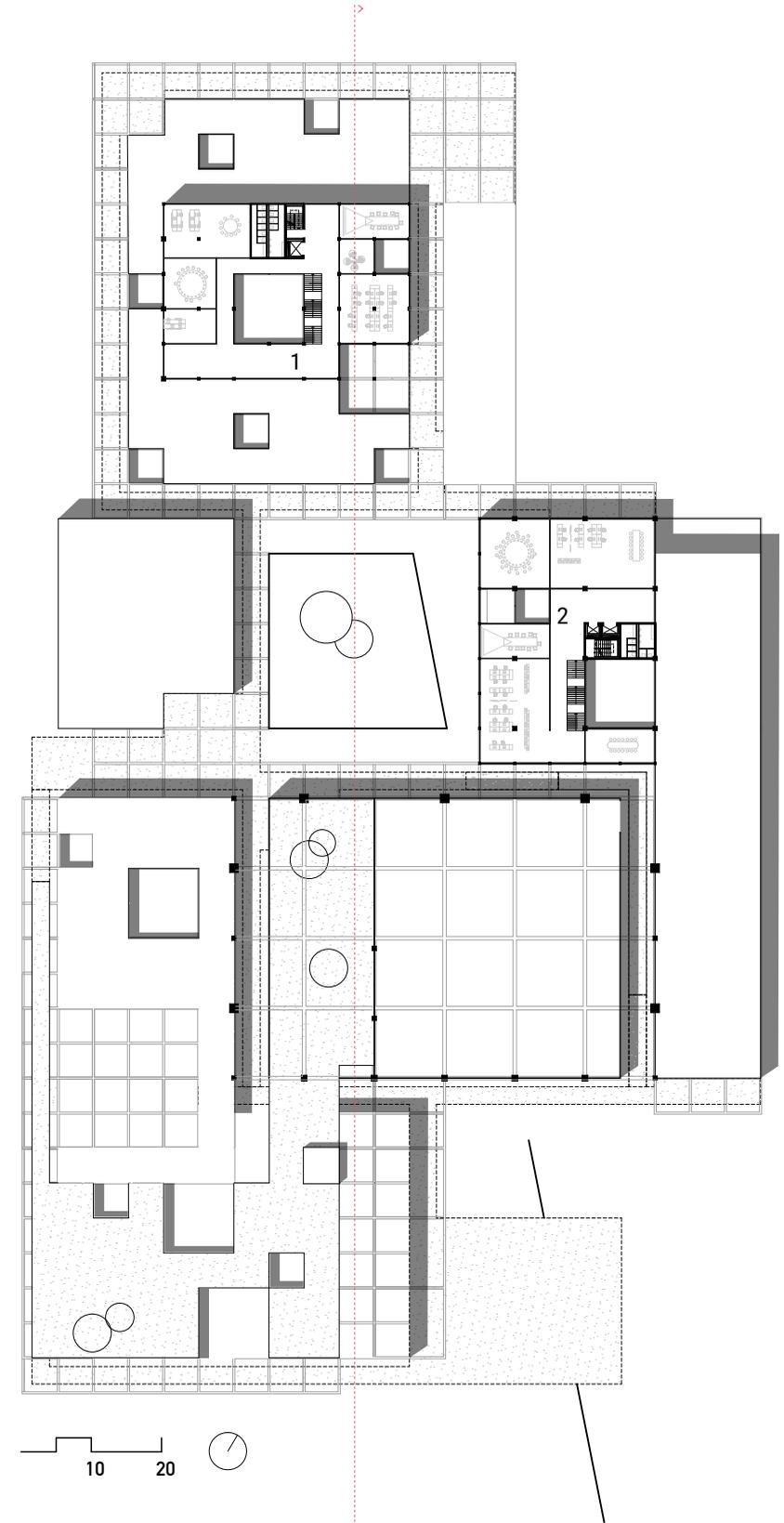
Assembly | +3

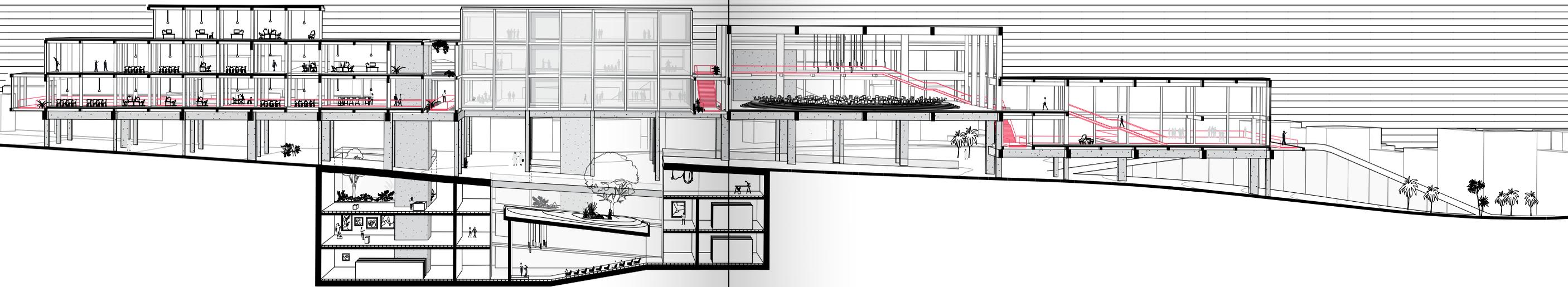
- 1 Agenda Council
- 2 Interestpanel
- 3 Administration
- 4 Review Panel
- 5 Policy Jury
- 6 Policy Jury - Galerie
- 7 Dachpark

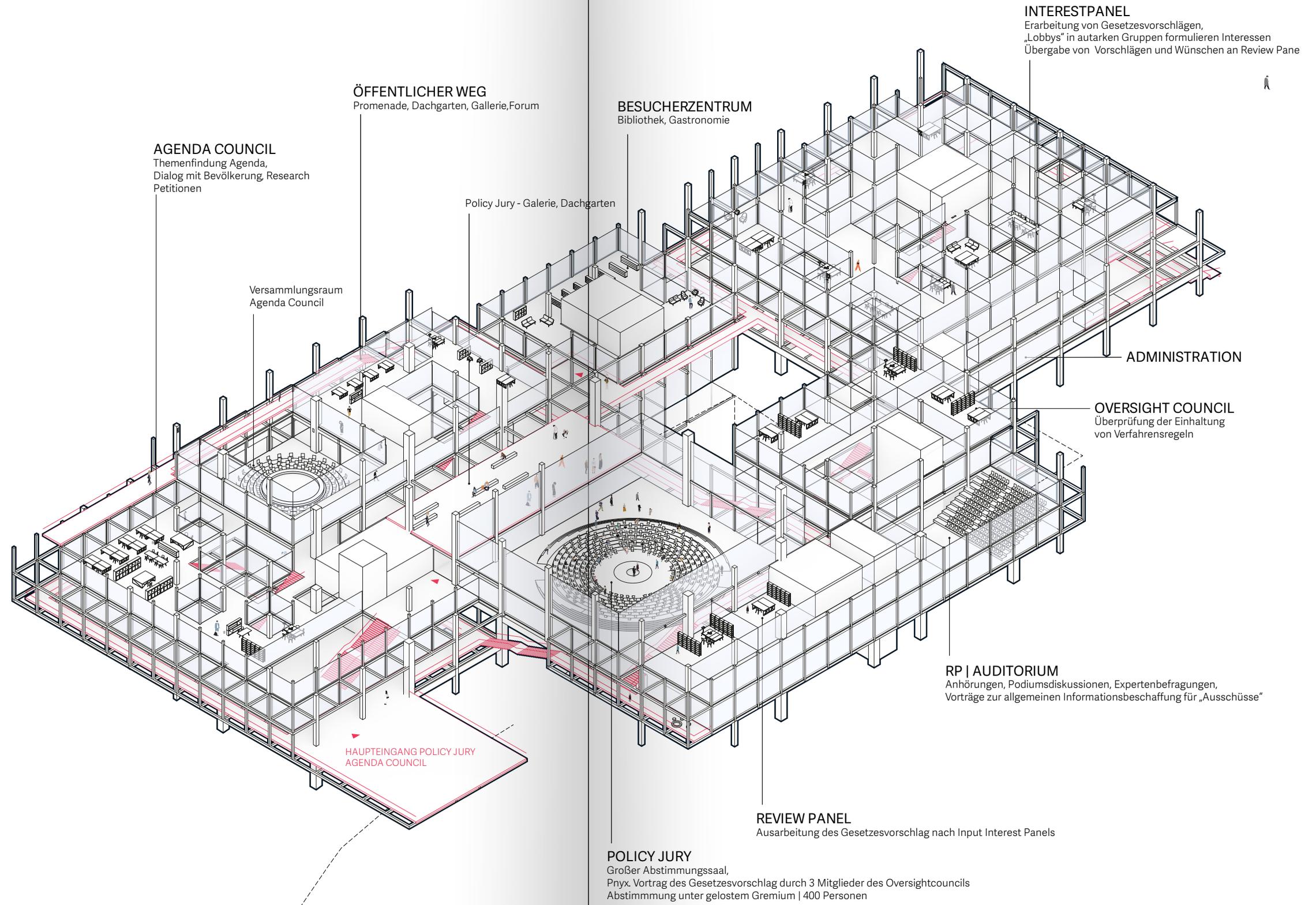


Assembly | +4

- 1 Oversight Council
- 2 Rules Council





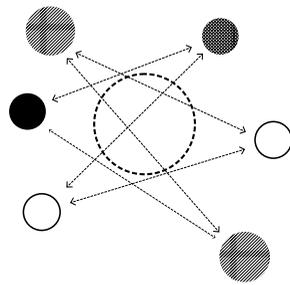


Agenda Council

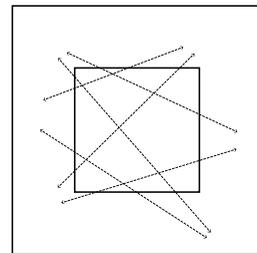
1. Agenda Council (Vorschläge über Themen)

Im Agenda Council beginnt der Legislative Prozess. Es ist der Ort, an dem die Tagesordnung festgelegt wird. Problemstellungen werden erkannt bzw. über Petitionen eingebracht. Neben der Prüfung und der Recherche zu einzelnen Themenbereichen, wird gemeinsam entschieden wo Handlungsbedarf besteht und was im weiteren Prozess verhandelt werden muss. Das Gemeinsame soll räumlich symbolisiert werden.

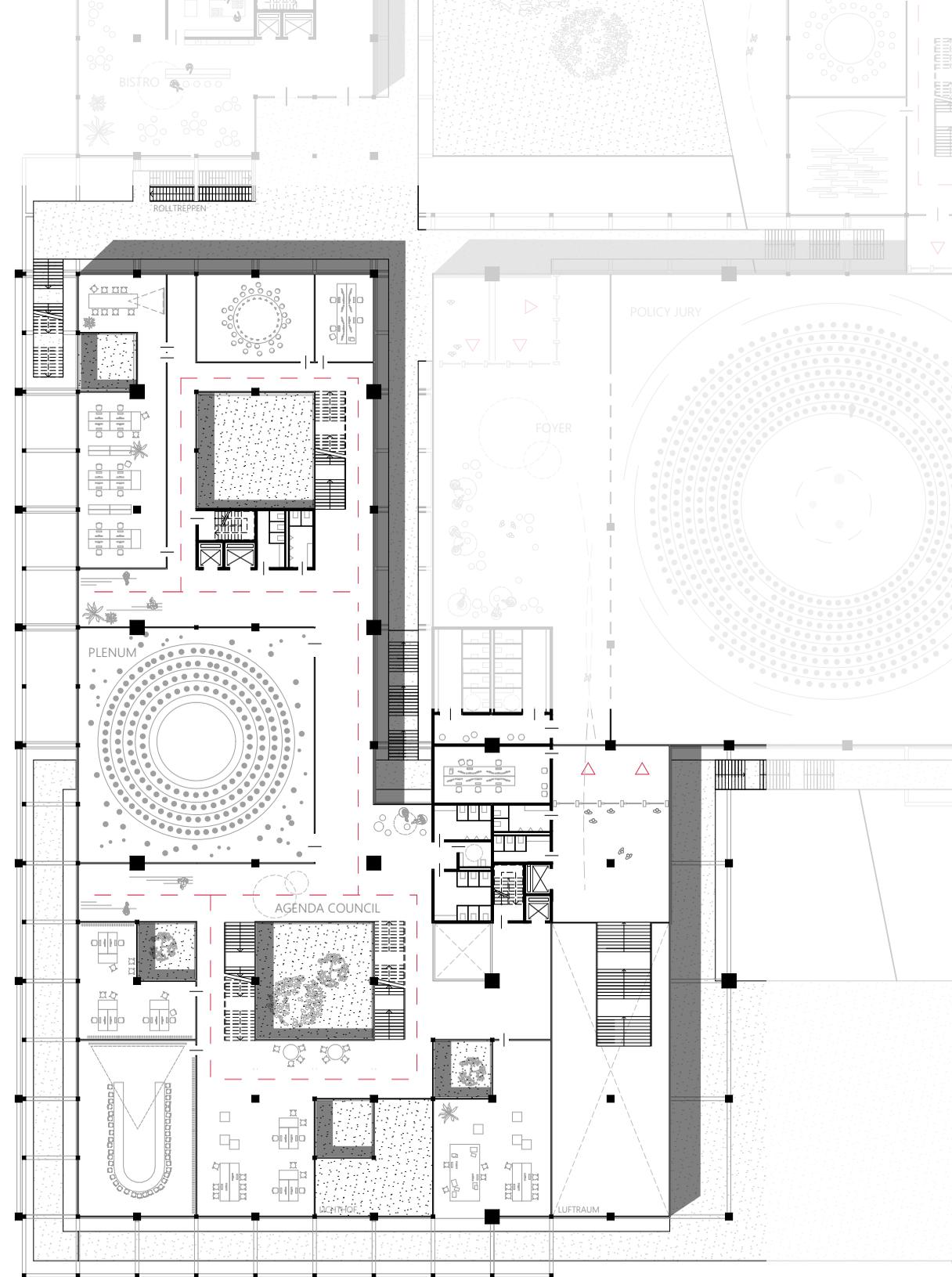
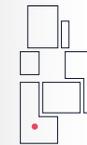
Die Einsehbarkeit innerhalb dieses Organs verstärkt das **kollektive** Wesen des Agenda Councils. Blickbeziehungen untereinander werden in einer Ring- bzw. Atriumstruktur ermöglicht.



Kollektiv



Ring



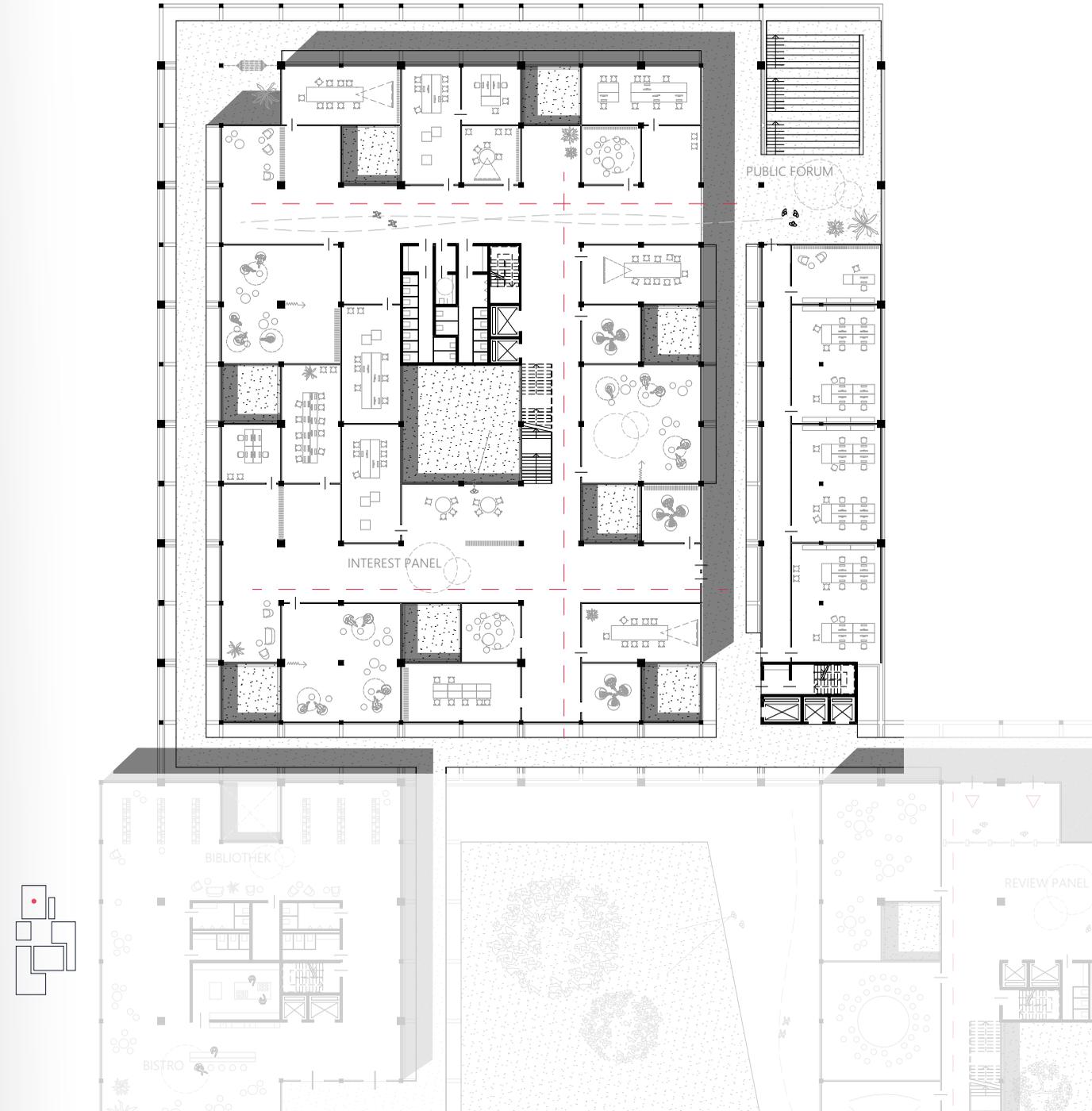
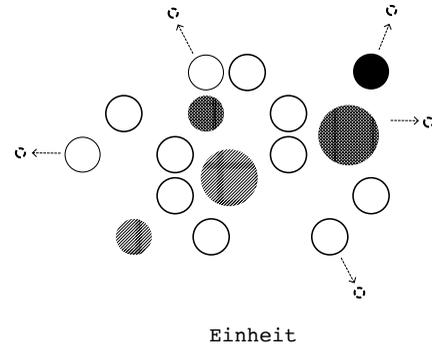
10 20



Interest Panel

2. Interest Panel (Erstellung von Gesetzesvorschlägen)

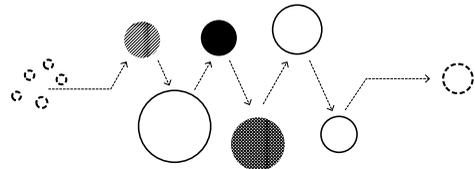
Im Interest Panel werden Gesetzesvorschläge von Interessensgruppen erarbeitet. Nicht der Austausch untereinander, sondern die Einheit steht im räumlichen Fokus. Selbst formierte Gruppierungen bis zu 12 Personen kommen hier zusammen. Die einzelnen Einheiten werden räumlich in Zellen organisiert.



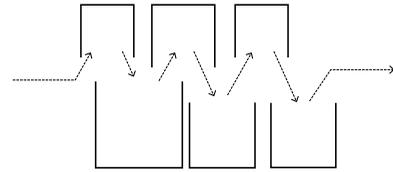
Review Panel

3. Review Panels (Gesetzesvorschläge überprüfen)

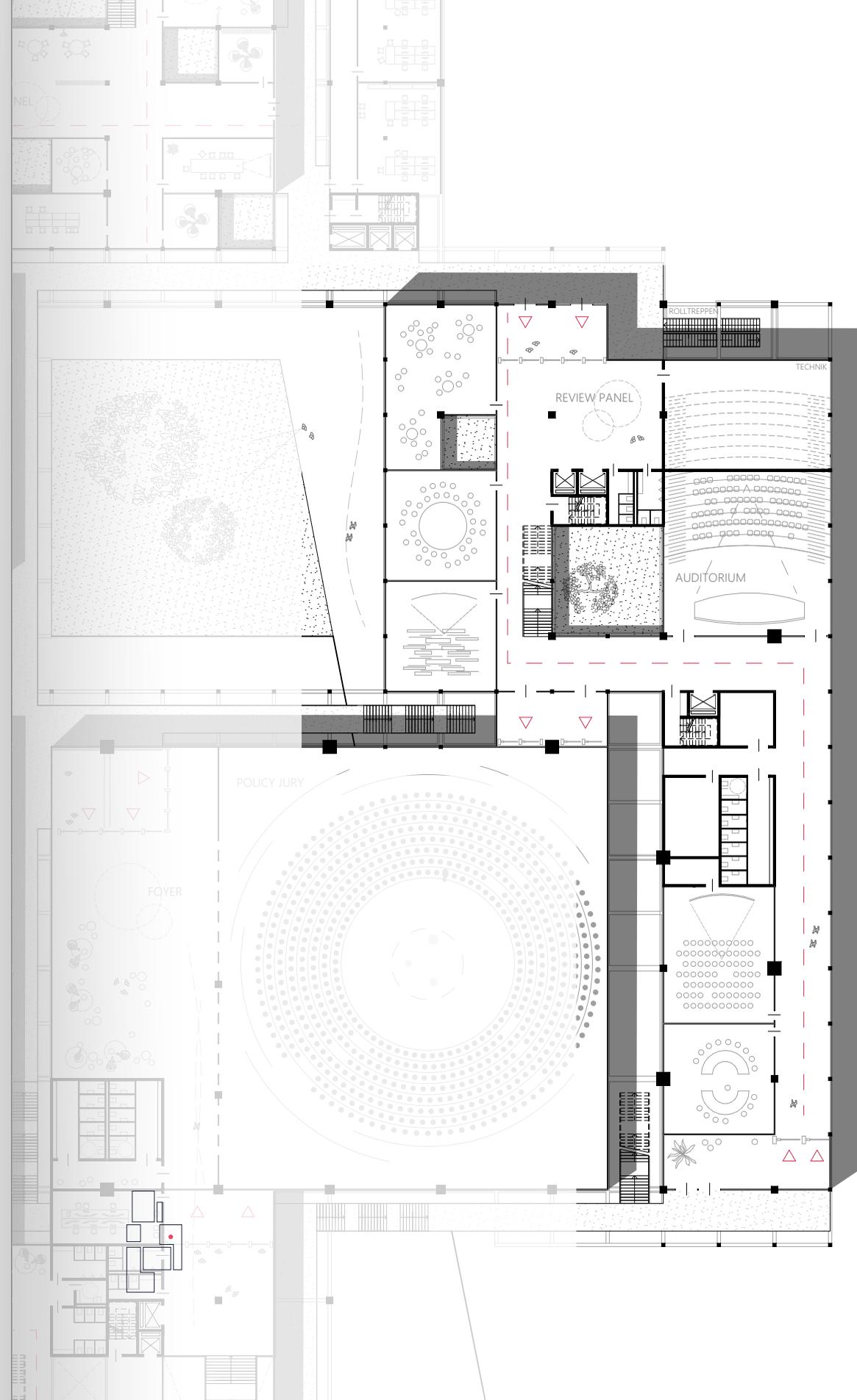
Im Review Panel werden Anhörungen, Expertenbefragungen, Vorträge und Diskussionen organisiert. Der Input aus den Interest Panels durchläuft einen Prozess von Prüfung und Gegenüberstellung, der zu einem endgültigen Gesetzesvorschlag führt. Die verschiedenen Stationen auf diesem Weg werden räumlich in einer Klammerstruktur aufgenommen.



Prozess



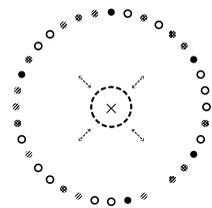
Klammer



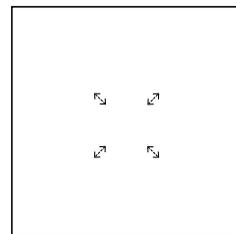
Policy Jury

4. Policy Jury (Abstimmung über Gesetze)

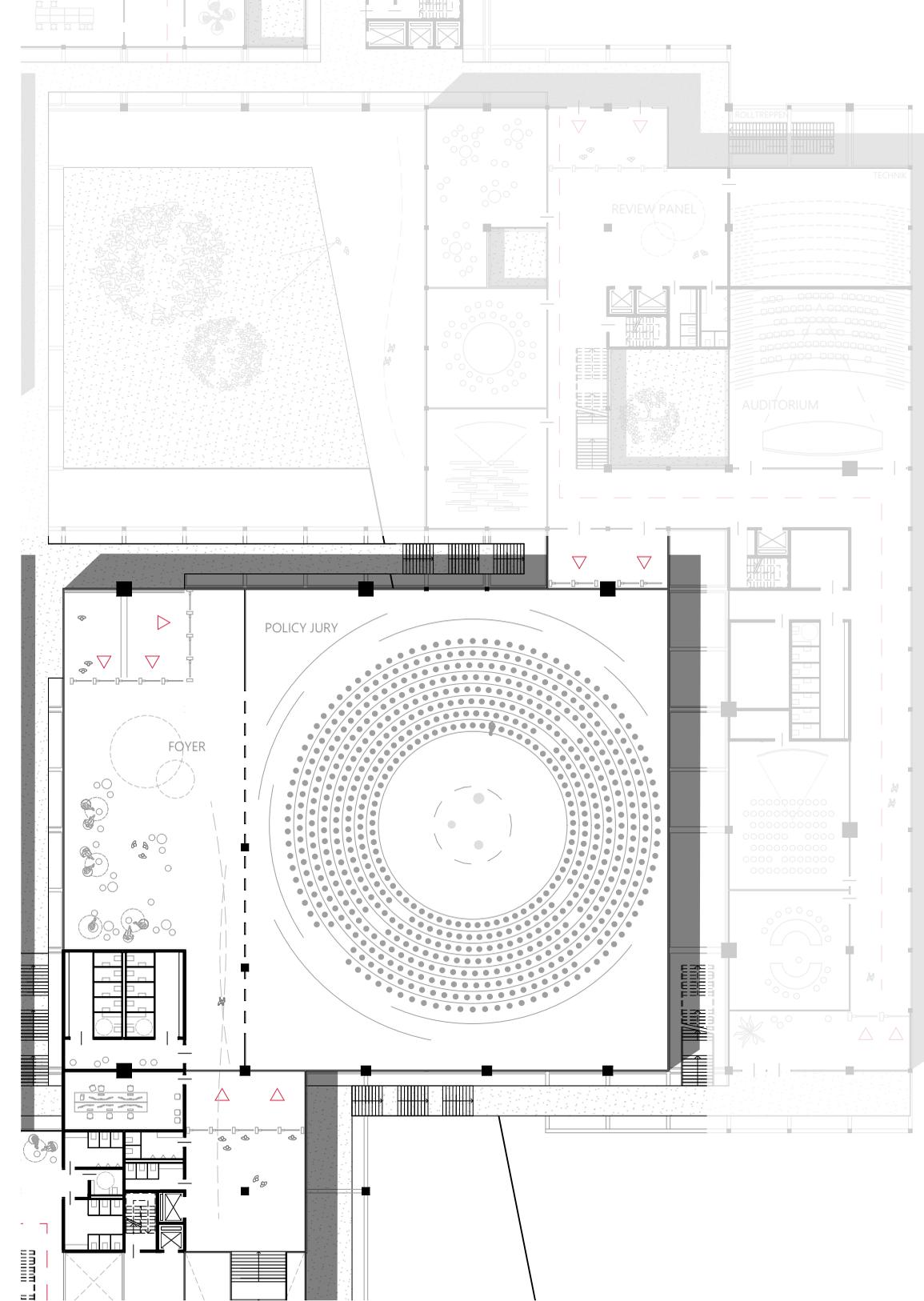
Die Argumentation gegen einen physischen Ort der Abstimmung in der Zeit der Digitalisierung ist grundsätzlich nachvollziehbar. Für die Wichtigkeit, Tragweite und Bürde dieses Amtes spricht jedoch ein würdiger Rahmen. Die architektonische Erfahrbarkeit ist für das Ritual einer Abstimmung notwendig. In Form einer Halle soll die Bedeutung jeder einzelnen Stimme über die Proportion Mensch zu Raum unterstrichen werden.

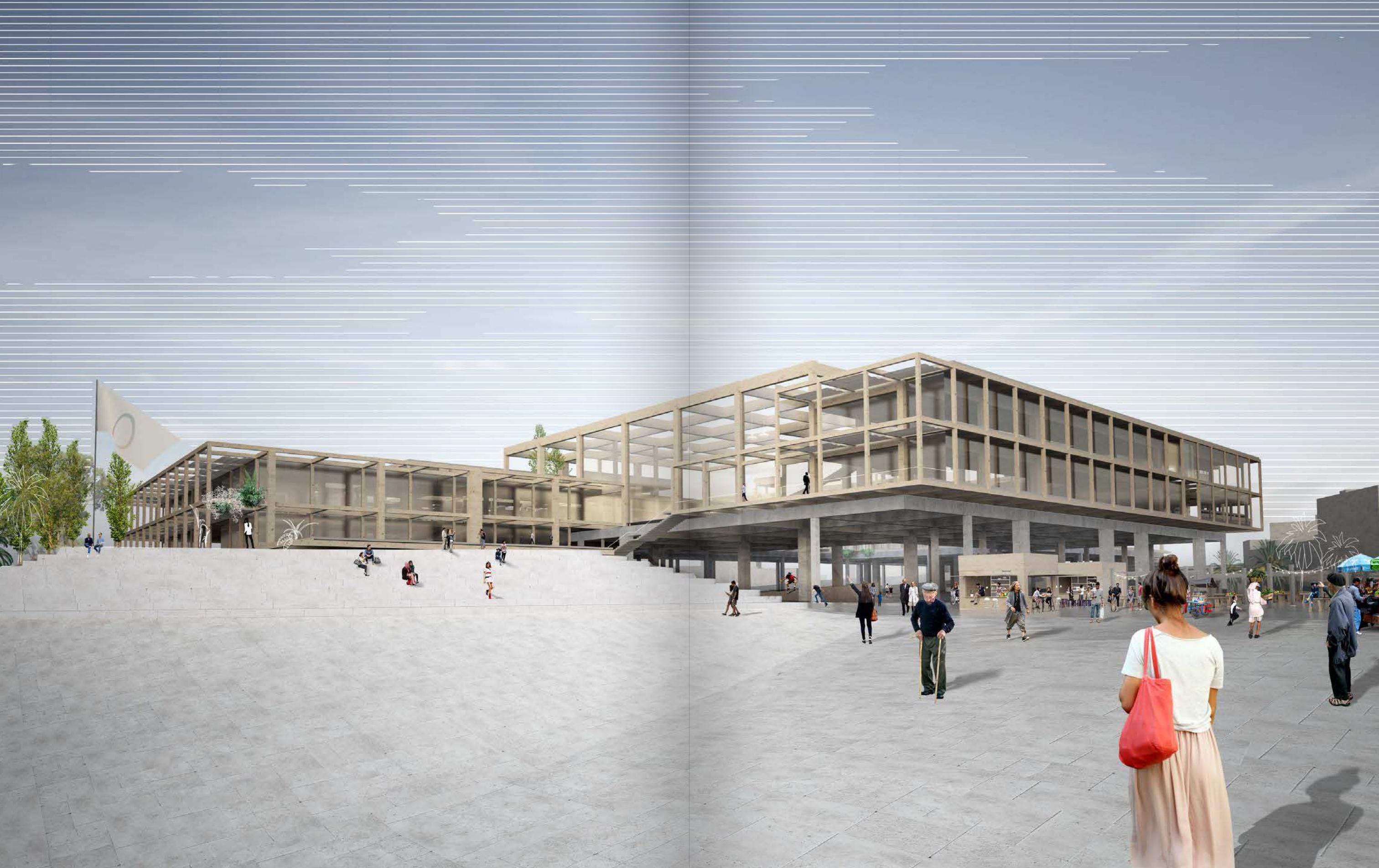


Ritus

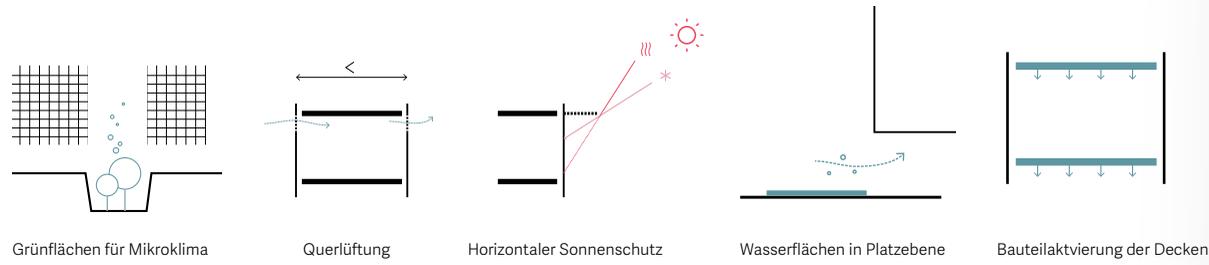


Halle

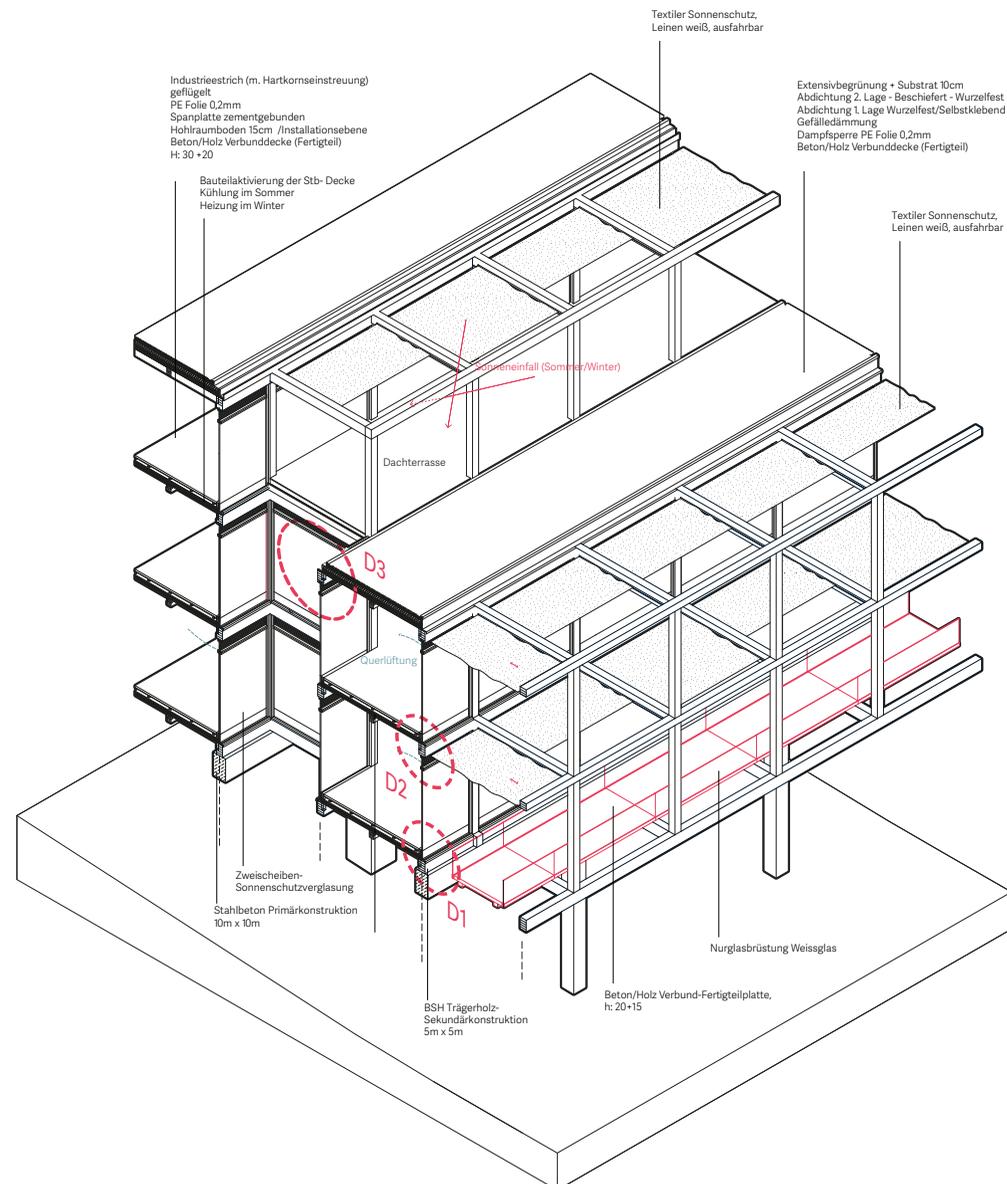




Klimakzept



4.3.8 Konstruktion



Klimabedingungen

NIEDERSCHLAG - JÄHRLICH IN MILLIMETER

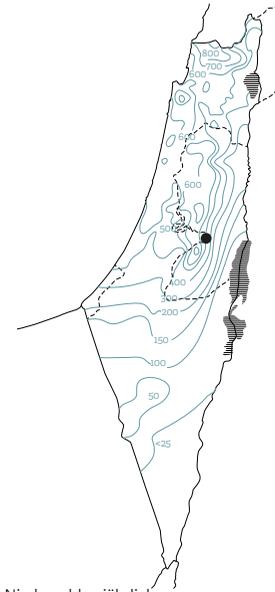


Abb 057 - Niederschlag jährlich

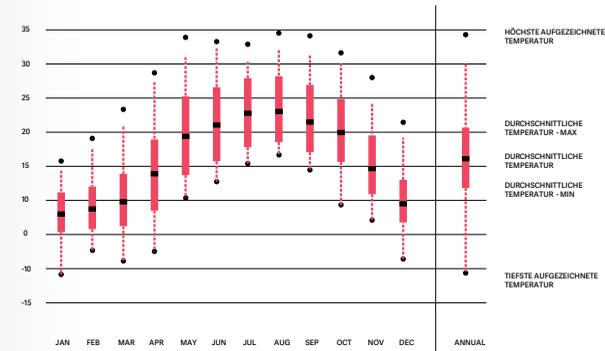


Abb 059 - Durchschnittliche Temperatur

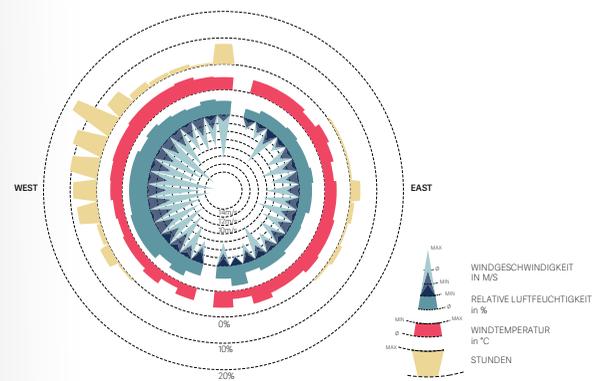


Abb 061 - Windrichtung

KLIMAZONEN NACH W. KÖPPEN

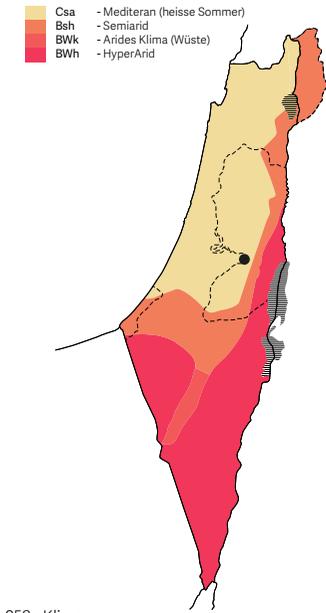


Abb 058 - Klimazonen

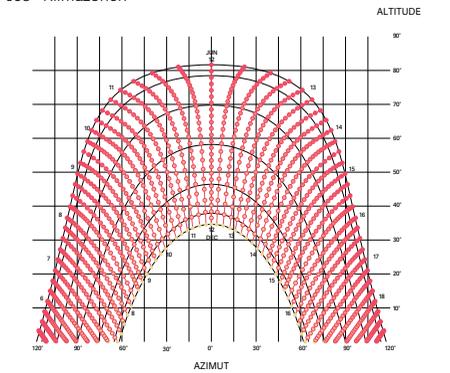


Abb 060 - Sonnenstand

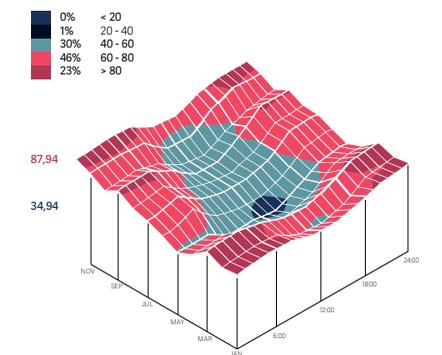
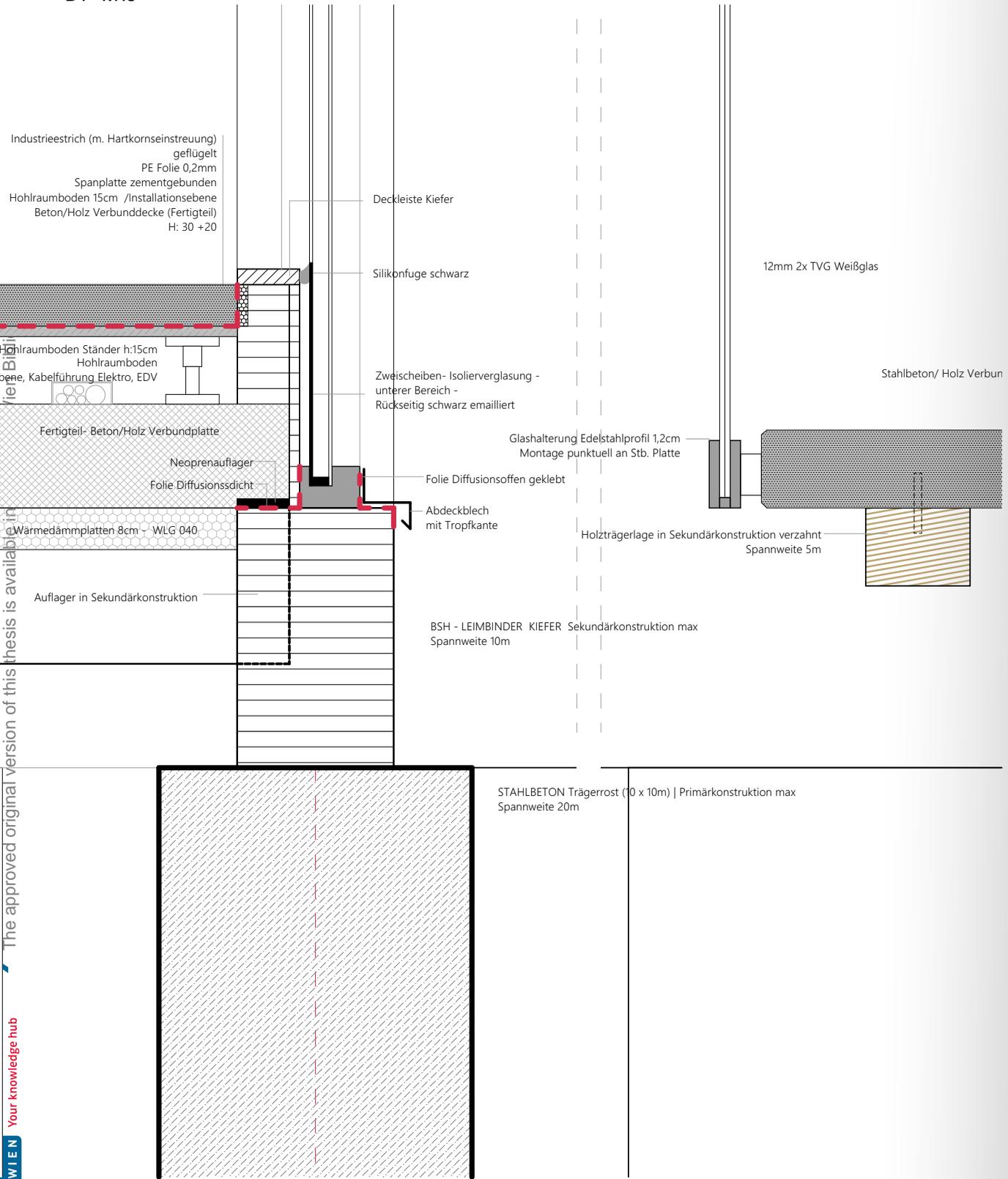


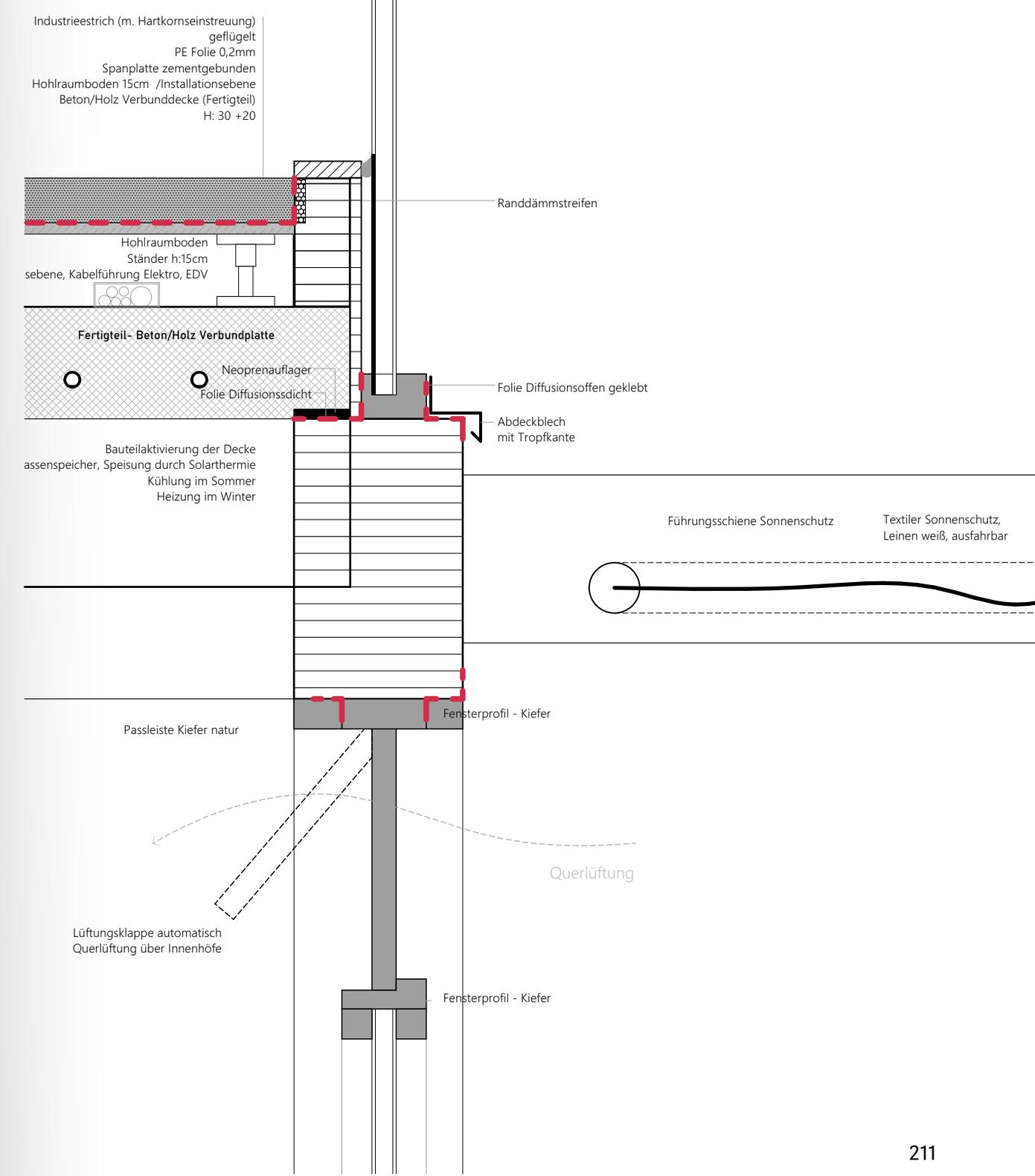
Abb 062 - Luftfeuchtigkeit

D1 - M10

Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
 Original version of this thesis is available in the TU Wien library.



D2 - M10



TU
 WIEN
 Your knowledge hub

Extensivbegrünung, 150 mm
 Bituminöse Abdichtung, beschiefert und wurzelfest
 Wärmedämmgefällplatten
 Dampfsperre
 Rohdecke, Stahlbeton-Holz Verbundplatte 200 mm

Rinnenverblechung, in Dachhaut eingebunden

Quergefälle 2°

Wärmedämmplatten 10cm - WLG 040

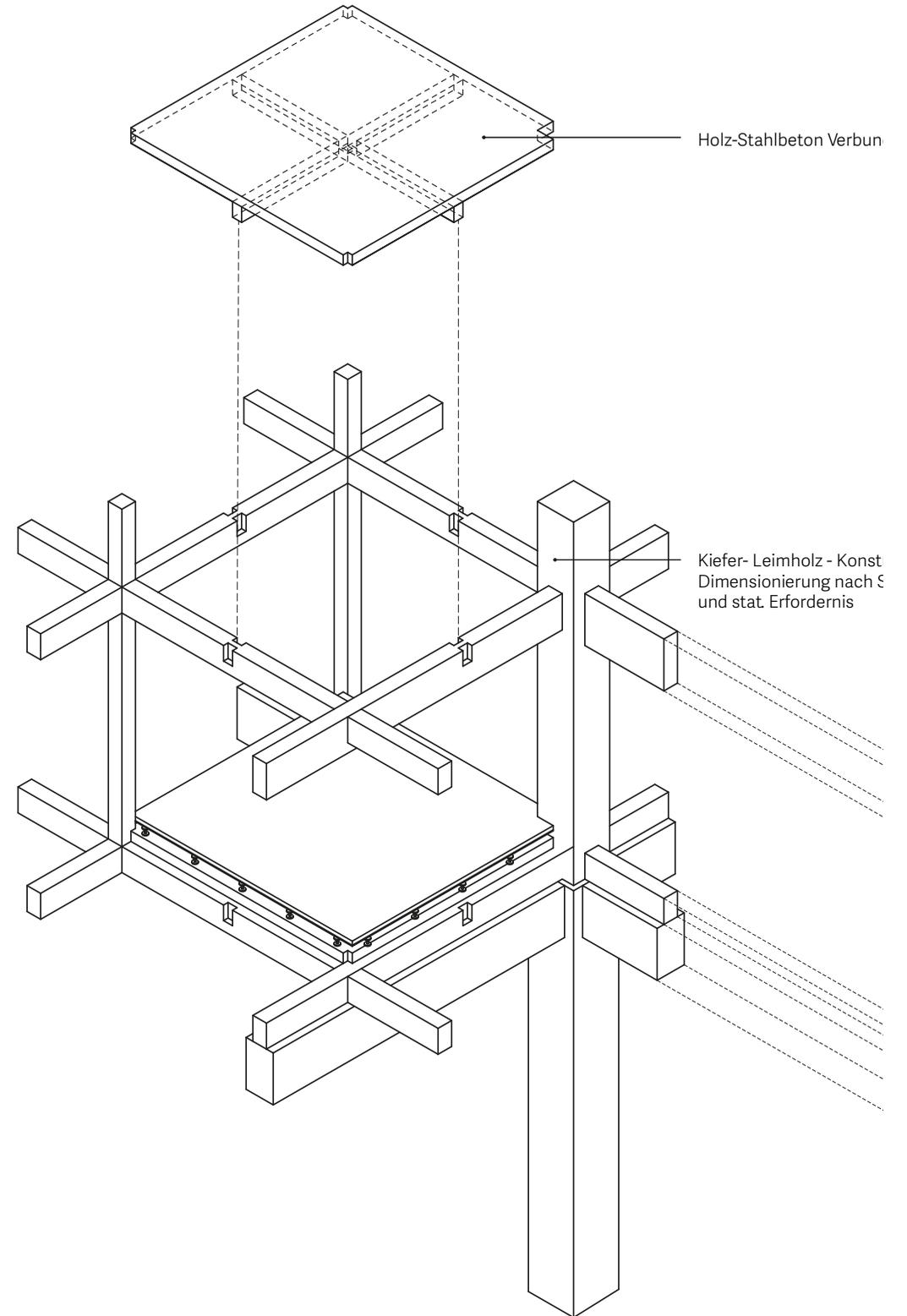
Filtervlies am Kiesfang hochgezogen
 Kiesfang
 Rinnenunterkonstruktion aus Dreischichtplatten, wetterfest verleimt
 Dampfsperre und Dampfausgleichsschicht

Abdeckblech mit Tropfkante

Querlüftung

Glashalterung Edelstahlprofil 1,2cm
 Montage punktuell an Stb. Platte

Zweischeiben- Isolierverglasung



4.3.9

Stahlbeton

Bewehrter Stahlbeton ist ohne Zweifel der dominierende Baustoff im Nah-Ost-Konflikt. Ob Wachtürme, Barriereblocks oder die 8m hohe Mauer, die große Teile der West Bank von Israel trennt.

Beton ist die ungeschminkte Wahrheit die Konflikte mit sich bringen. Das schwere und vorallem schwerzerstörbare Material, dass in jede mögliche Form gegossen werden oder als vorgefertigtes Element in Systembauweise mit Hilfe von schweren Baumaschinen sofort eingesetzt und montiert werden kann, stellte sich als der einzige geeignete Baustoff für die hohen Anforderungen heraus. Neben seinem Einsatz zur Grenzbefestigung oder andere Barrieren im Konfliktgebiet ist es aber auch Beton, der für das stabile Gerüst von Wohnbauten sorgt und als Baumaterial von Privathäusern unabdingbar geworden ist.

Nicht nur das Einsatzgebiet im Kontext des Konflikts, sondern auch die Optik sowie Haptik sorgen bei vielen Menschen für eine schwere, bedrohliche und unnahbare Konnotation. Anders als beispielsweise Sichtmauerwerk, welches immer auch als Zeugnis menschlicher Tätigkeiten, dem Handwerk, verstanden werden kann, werden bei Beton die Arbeitsspuren verwischt. Ankerlöcher und Schalungsstöße sind die einzige Referenz zum Entstehungsprozess eines betonierten Bauteils. Unter anderem sorgt die fehlende Referenz zum Handwerk für den inhumanen Charakter den Beton meist zugeschrieben wird. Die Intention von Beton ist es jedoch nicht human zu wirken, sondern roh, massiv und ehrlich. Die wesentliche architektonische Idee bleibt sichtbar. Die nackten Formen und das statische System erscheint, befreit von allem Dekorativen, pur und offen sichtbar. Unverkleidete Betonelemente symbolisieren Pragmatismus, Ehrlichkeit, sowie Beständigkeit und Stabilität.



Abb 063 - Betlehem Mauer

4.3.9

Holz

Durch Aufforstungsprogramme finanziert und durch die von Theodor Herzl gegründeten Jüdischen Nationalfonds organisiert wurden im gesamten Staatsgebiet von 1908 bis heute über 240 Millionen Bäume gepflanzt. In einem Land, das zu 2/3 aus Wüste besteht sind das ca 8 % an Waldfläche.

Neben Terebinthen, Zedern, Eichen, Zypressen, Mandeln, Pistazien, Oliven oder Walnussbäumen wurden vor allem großflächig Pinienwälder gepflanzt. Das aufwendige Aufforstungsprogramm hatte neben ökonomischen und ökologischen Hintergründen vor allem jedoch auch eine politische Dimension. Das offizielle Narrativ der zionistischen Bewegung „The Land without people for the people without land“¹ sollte über ein systematisches Verwischen palästinensischer Spuren in der Region sichergestellt werden. Im Zuge der Vertreibung von über 700.000 Palästinensern, in der sog. Nakba (arab.: Katastrophe) von 1948 aus Israel in die Westbank, Jordanien, Libanon und Ägypten wurden über 400 arabische Dörfer und Kleinstädte zerstört. Die Ruinen der zerstörten Dörfer und somit die Spuren von palästinensischem Leben sollte schnellst möglich aus dem Blickfeld der neuankommenden Juden aus Europa und den USA verschwinden. Neben der Überbauung der planierten Ruinen, wie etwa in Tel Aviv, war eine sehr effiziente Strategie das Pflanzen von Pinien- und anderen Nadelwäldern. Neben dem schnellen Wachstum hatten Pinien den Vorteil, dass herabfallende Nadeln den Boden übersäuerten und Unterholz und andere Pflanzungen nicht aufkommen ließen. Das Land sollte für Weidevieh unbrauchbar gemacht werden und Palästinensische Hirten davon abhalten zu ihren zuvor bewirtschafteten Ländereien zurück zu kehren.²

Holz als Baumaterial für ein Parlament in einem befriedeten Nahen Osten zu verwenden hat zwei entscheidende Bedeutungen. Durch die zuvor beschriebenen Umstände, die unter anderem zur Pflanzung von Pinienwäldern geführt haben, muss dem Rohstoff Holz aus dieser Region eine politische Dimension beigemessen werden. In dem, dieser Arbeit zugrunde liegenden Szenario einer aufgeklärten Gesellschaft im Nahen Osten, wird von einer gemeinsamen israelisch-palästinensischen Geschichtsschreibung ausgegangen. Dazu gehört vor allem der ehrliche Umgang mit Spuren vergangener Ereignisse und deren Sichtbarmachung. Diese Arbeit schlägt vor eben diese Bäume und Hölzer zu verwenden, die heute noch immer die Ruinen palästinensischer Dörfer verdecken. Neben der politischen Bedeutung, die Holz für diesen Entwurf hat, ist es auch der soziale und ökologische Aspekt, der für die Wahl dieses Materials spricht. Holz steht für Natürlichkeit und Ehrlichkeit. Zwei Charakteristiken die einem Bauwerk der Demokratie entsprechen sollten. Die leichte Reproduzierbarkeit von Holzelementen sind für das Konzept der Migration und Transformation des Bauwerks von Vorteil. Die Symbolhaftigkeit von Holz und vor allem der Kontrast zu einer Primärstruktur aus Beton soll Raum für Interpretationen lassen.



Abb 064 - Pinien Wald

Abb 065 - Zerstörte Palästinensische Dörfer

Abb 066 - Waldgebie

43.9

Glas

Glas als transparentes, hartes und kostbares Material, vereint drei wesentliche Eigenschaften die symbolisch für den politischen Alltag stehen in einem Baustoff. Selbst bei genauerer Betrachtung fällt eine klare physikalischen und phänomenologische Beschreibung schwer. Die Möglichkeit eines physischen Raumabschlusses, bei gleichzeitigem Erhalt der visuellen Offenheit, macht Glas zu einem besonders wertvollen Material. Die Kostbarkeit von Glas spiegelt sich außerdem in seiner besonderen Empfindlichkeit wider. Die Unwiderbringlichkeit und der visuelle sowie auditive Effekt, den die Zerstörung von Glas mit sich bringt, führt zu einem respektablen Abstand, mit dem man Glas begegnet. Obgleich heutige Verbundgläser mittels geklebten Folien oder thermischen Härteprozessen eine Zerstörung stark erschweren und vor allem sein Verhalten bei Zerstörung stark verändern würden, trägt Glas den Geist eines sensiblen und fragilen Werkstoffs nach wie vor in sich. Ein Material das es zu schützen gilt, jedoch auch hart genug ist, sich bis zu einem gewissen Grad selbst zu schützen. Diese Doppeldeutigkeit spiegelt sich in seiner molekularen Zusammensetzung wider: Kristallin - Amorph. Kristallisierte und nicht kristallisierte Molekülgruppen wechseln sich ab.

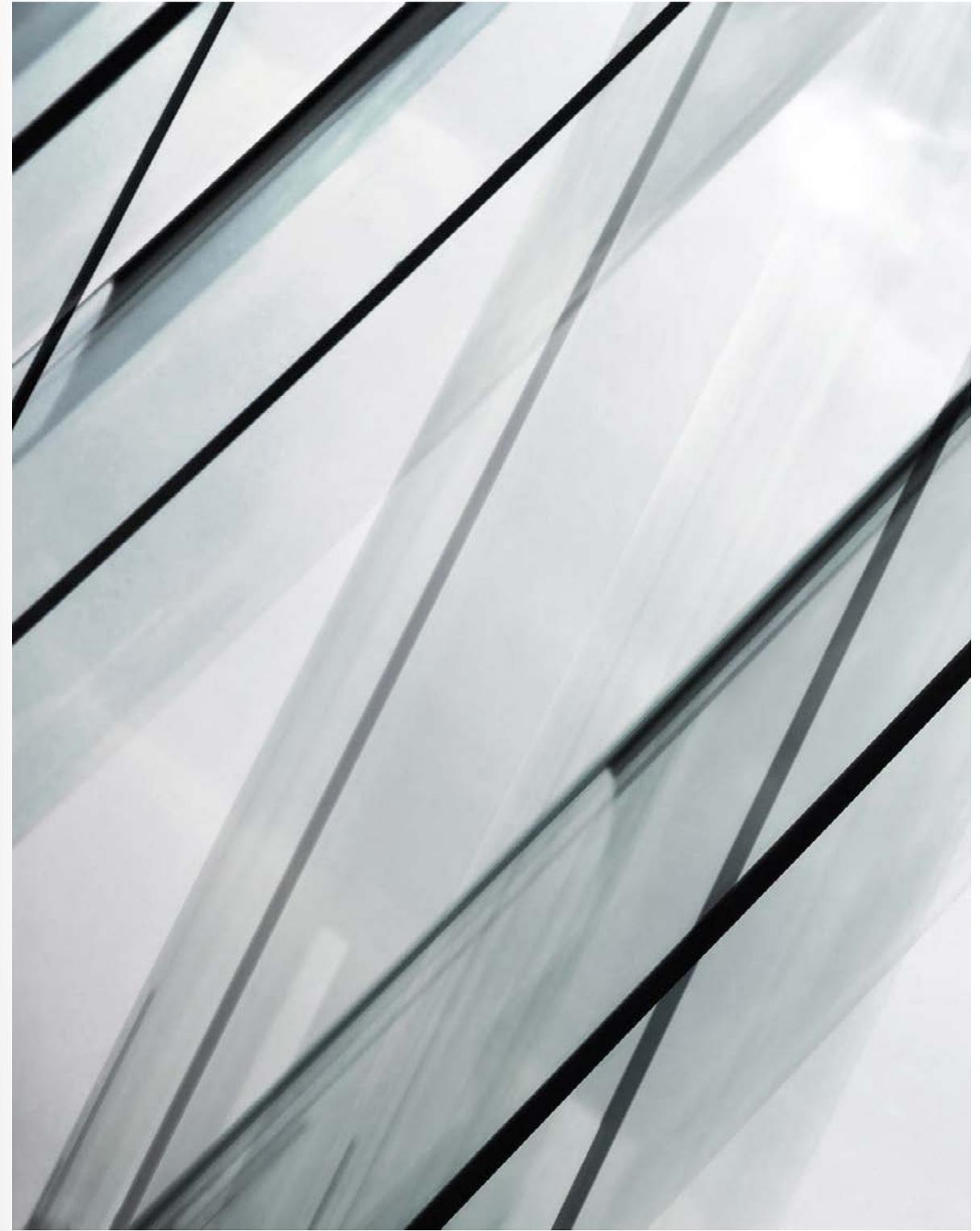


Abb 067 - Weissglas

4.3.9

Textil

Um die hellen, sonnendurchfluteten Räume vor der einfallenden Sonne zu schützen, wird der Baustoff Holz mit einem beweglichen Sonnenschutzsystem aus Leinen ergänzt. Die leichten Textilelemente bilden als zweite Hülle ein Spiel aus bewegten und ruhigen Elementen und verleihen dem statischen Bauwerk ein Element der Dynamik. Die materielle Schwere des Sichtbetons und die darauf aufbauende Leimholz-Konstruktion wird mit der Leichtigkeit von Leinen ergänzt. Diese besondere Ästhetik des Wechselspiels zwischen materieller Eleganz und Konstruktion steht analog zur Architektur als visuelle Metapher für die Korrelation zweier Kulturen in einem Land. Die am Webstuhl hergestellten textilen Flächen entstehen aus sich kreuzenden Fäden. Das besondere Akkordieren der Fasern prägt dabei die individuellen Eigenschaften des Textils. In einer Demokratie entstehen heterogene Gesellschaftsstrukturen durch das Kreuzen und Verweben unterschiedlicher Identitäten, mit einem besonderen Augenmerk auf gemeinsame Interessen. Die aus verspinnbaren Fasern hergestellten Gewebe stehen somit sinnbildlich für gesellschaftliche und politische Prozesse in einer Gesellschaft.

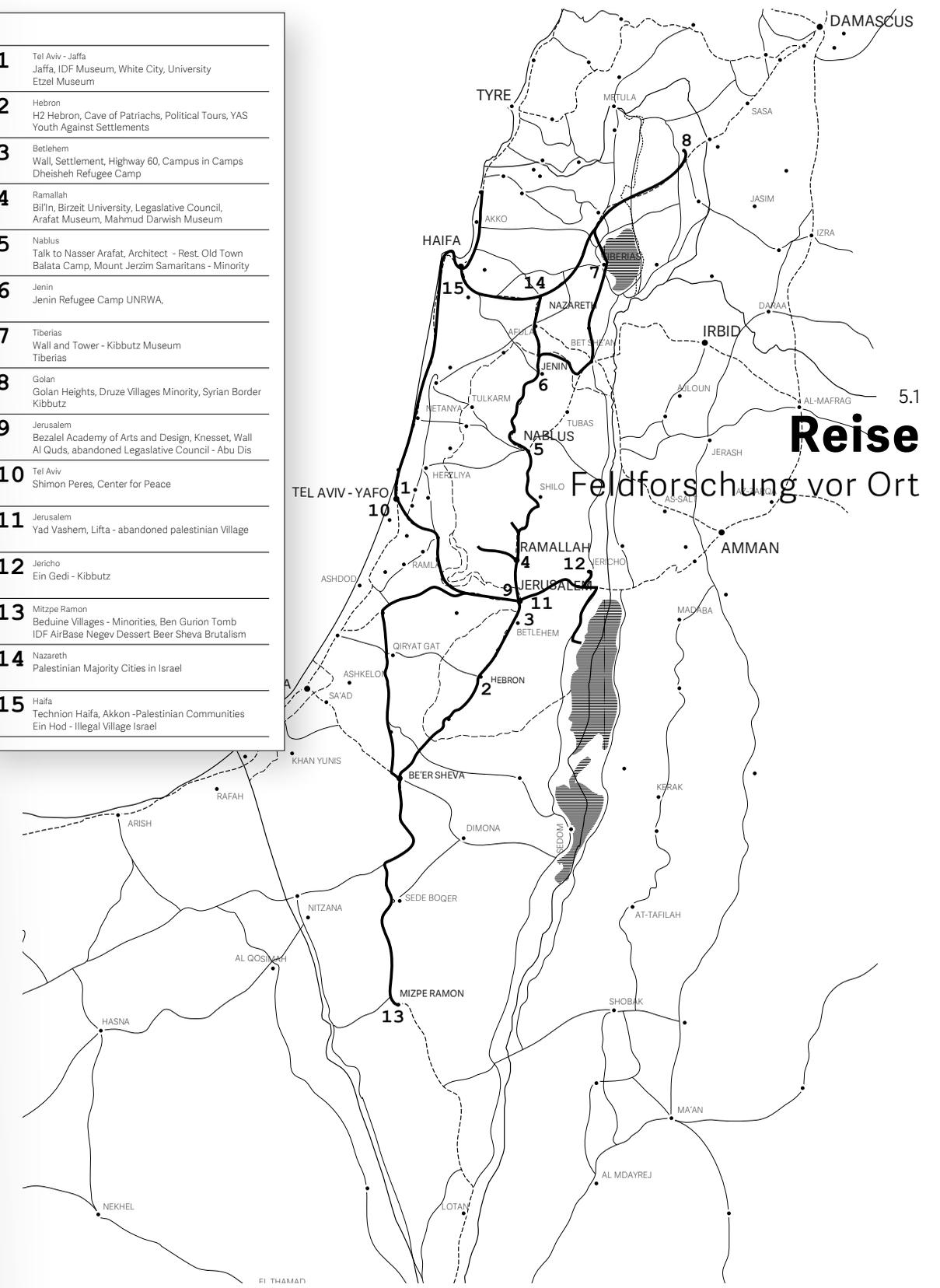


Abb 068 - Hebron Textil

Appendix

- Field Trip
- Neue Erde
- Quellen
- Literatur
- Onlinequellen
- Abbildungsverzeichnis
- Zitate

- 1** Tel Aviv - Jaffa
Jaffa, IDF Museum, White City, University
Etzel Museum
- 2** Hebron
H2 Hebron, Cave of Patriachs, Political Tours, YAS
Youth Against Settlements
- 3** Betlehem
Wall, Settlement, Highway 60, Campus in Camps
Dheisheh Refugee Camp
- 4** Ramallah
Bi'in, Birzeit University, Legaslativ Council,
Arafat Museum, Mahmud Darwish Museum
- 5** Nablus
Talk to Nasser Arafat, Architect - Rest. Old Town
Balata Camp, Mount Jerzim Samaritans - Minority
- 6** Jenin
Jenin Refugee Camp UNRWA,
- 7** Tiberias
Wall and Tower - Kibbutz Museum
Tiberias
- 8** Golan
Golan Heights, Druze Villages Minority, Syrian Border
Kibbutz
- 9** Jerusalem
Bezalel Academy of Arts and Design, Knesset, Wall
Al Quds, abandoned Legaslativ Council - Abu Dis
- 10** Tel Aviv
Shimon Peres, Center for Peace
- 11** Jerusalem
Yad Vashem, Lifta - abandoned palestinian Village
- 12** Jericho
Ein Gedi - Kibbutz
- 13** Mitzpe Ramon
Beduine Villages - Minorities, Ben Gurion Tomb
IDF AirBase Negev Dessert Beer Sheva Brutalism
- 14** Nazareth
Palestinian Majority Cities in Israel
- 15** Haifa
Technion Haifa, Akkon -Palestinian Communities
Ein Hod - Illegal Village Israel



5.2

Neue Erde

2037 - Le grand Bouleversement

2037 - Le grand Bouleversement

Die fiktive Kurzgeschichte mit dem Titel „2037 - Le Grand Bouleversement“ von Orwell-Preisträger Raja Shehadeh, bildet die Grundlage für diesen Entwurf. Der palästinensische Autor und Anwalt lebt und arbeitet in Ramallah unter anderem für die palästinensischen Autonomiebehörde. Die derzeit nur auf Arabisch und Französisch publizierte Geschichte beschreibt nur oberflächlich die vorherrschende politische Situation. Im Dialog zwischen den Hauptprotagonisten Leila und Moshe wird schemenhaft die in der Geschichte aktuelle Zustand und die vorangegangenen Geschehnisse skizziert. Es wird nach und nach klar dass eine nukleare Katastrophe die in der Geschichte nur als „der Horror“ bezeichnet wird, dazu geführt hatte, dass die ländliche Region unbewohnbar wurde. Die gesamte Region die angesichts des gemeinsamen Problems zu Zusammenarbeit und Solidarität gezwungen war, schlossen sich zu einer Staaten-Föderation zusammen. Länder und ihre Grenzen wie wir sie heute kennen wurden im Nahen Osten obsolet und für lange Zeit konnten nur noch die Städte weiter bewohnt werden, während die ländlichen Regionen atomar verseucht und unfruchtbar wurden. Zum Zeitpunkt der Geschichte liegt diese Katastrophe fast 30 Jahre zurück und man begann mittlerweile das regenerierte Land wieder zu kultivieren. Schnellzüge verbanden die Metropolen der Region: Innerhalb von 2 Stunden war es möglich aus Istanbul nach Damaskus, 30 Minuten nur nach Damascus. Leila, die Hauptprotagonistin in der Geschichte hatte versucht ihre Familie die seit der Vertreibung vieler Palästinenser 1948 auf der ganzen Welt verstreut lebten zu einem großen Familientreffen auf dem Berg Arbel bei Tiberias am See Genezareth zu laden. Über 50 Einladungen wurden an die Nachkommen des palästinensischen Journalisten Najib Nassar verschickt. Die Geschichte spielt eine Woche vor dem geplanten Treffen. Leila, die selbst in Großbritannien lebt, nahm zwei Ereignisse zum Anlass das große Familientreffen zu organisieren. Die Prozession zur Feier der Erneuerung des Jordantals und das große Radrennen von Syrien nach Tiberia. Zu dem Treffen sollte auch ein, der Familie nahestehender, langjähriger Freund: Moshe Levinger geladen werden. Die Kurzgeschichte handelt hauptsächlich von dem Wiedersehen der Beiden und dem Gespräch über die Situation.

„Il portait un short et un tee-shirt sur lequel était écrit en arabe et en hébreu: « Fêtons la Nouvelle Terre ».“¹
Er trug Shorts und ein T-Shirt, auf dem auf Arabisch und Hebräisch geschrieben stand: „Feiere die Neue Erde“.

Moshe erzählt von einer Ausstellung, die er mit seinem Sohn Nathan am Morgen vor dem Treffen mit Leila in Bet Sche'an besucht hatte. Seine Erzählung gewährt vor allem einen Einblick auf die Sicht der Dinge in dieser Fiktion. Beschrieben wird die konfliktreiche Vergangenheit, die Teil dieser Ausstellung war. Moshe, der israelische Staatsbürger vor der Katastrophe war, erzählt von den Barrieren, Mauern und Checkpoints, die das Bild seiner Jugend geprägt haben. Er selbst war damals junger Soldat im „Großen Israel“ und Sohn eines glühenden Nationalisten. In dieser Fiktion spricht Shehadeh bereits ein Szenario an dass sich in jüngster Zeit immer mehr andeutet. Die komplette Annektion des Westjordanlandes. Ein Groß-Israel vom Jordan bis zum Mittelmeer. Zwar wurde den Palästinensern Autonomie gewährt, den palästinensischen und jordanischen Sicherheitskräften arbeiteten jedoch streng mit den Israelischen zusammen.

„C'étaient surtout des photographies de cette époque stupide: des barrières, des murs, ce genre d'absurdités. Elles m'ont rappelé bien des souvenirs, mauvais pour la plupart.“²
Es waren vor allem Fotografien aus dieser idiotischen Zeit: Barrieren, Mauern, eben diese Art von Absurditäten. Sie ließen viele Erinnerungen hochkommen, hauptsächlich schlechte.

Es wird deutlich wie Moshe heute über die Dinge denkt, die er in seinen ersten 25 Jahren als selbstverständlich hingenommen hatte. Er gibt zu dass er in dieser Zeit keinen einzigen arabischen Freund hatte und ist froh dass dieser „Wahnsinn“ ein Ende hat auch wenn der Preis dafür ein unermesslich hoher war.

„A l'époque, comme tu le sais, c'était le Grand Israël. Du fleuve à la côte, toute la terre était à nous. Il y avait des colonies juives partout. Les Arabes d'Israël étaient confinés et dociles. On leur avait accordé l'autonomie mais ils étaient liés à la Jordanie et vivaient sous un régime de sécurité draconien.“³
Zu dieser Zeit war es, wie Sie wissen, das Große Israel. Vom Fluss bis zum Ufer war das ganze Land unser. Überall gab es jüdische Siedlungen. Die Araber von Israel waren beschränkt und fügsam. Ihnen wurde Autonomie gewährt, aber sie waren mit Jordanien verbunden und lebten unter einem drakonischen Sicherheitsregime.

Die Katastrophe wird in der Kurzgeschichte nur als „der Horror“ bezeichnet. Sehr ausführlich beschreibt Moshe auf Nachfrage von Leila die Geschehnisse an jenem Tag. Ein Schwerlasttransportfahrzeug das gerade neue atomare Sprengköpfe von Dimona dem damaligen Atomwaffenlager nach Eilat in Nordisrael transportierte, wurde wie alle anderen auch vom Erdbeben überrascht. Der LKW kippte und fing Feuer was die Sprengköpfe zur Detonation brachte. Die Behörden hatten nicht alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen um so einen Transport durchzuführen. Zwar war der LKW auf mögliche Erschütterung durch einen Verkehrsunfall vorbereitet, mit dem ein Erdbeben diesen Ausmaßes hatte jedoch keiner gerechnet. Das radioaktive Plutonium wurde durch trockene Winde die um diese Zeit üblich waren nach Westen verbreitet. Als bekannt wurde dass der Wind drehte und den Boden und das Grundwasser im Westen und Norden verseuchte flüchteten die Bewohner über den Fluss und über die Grenzen nach Jordanien, Syrien und den Libanon.

„Malgré ses miradors, le mur qui encerclait la Cisjordanie n'avait rien pu faire pour empêcher la propagation de la radiation. Les fortifications qui serpentaient inutilement à travers les collines et les vallées ressemblaient à une mauvaise plaisanterie. Les Jordaniens couraient également. Nous fuyions tous ensemble. ... Les ennemis d'hier étaient devenus des compagnons de survie.“⁴

Trotz ihrer Wachtürme konnte die Mauer, die das Westjordanland umgab, nichts gegen die Ausbreitung der Strahlung tun. Die Befestigungen, die sich unnötig über die Hügel und Täler wanden, sahen wie ein schlechter Scherz aus. Jordanier rannten auch. Wir sind alle zusammen geflohen. ... Die Feinde von gestern waren zu Gefährten des Überlebens geworden.

Es war schnell klar das es sich um eine Katastrophe handelte die nicht an Ländergrenzen Halt machte. Und obgleich die Schuldfrage gestellt wurde musste man nun mit den Konsequenzen gemeinsam umgehen. Das gemeinsame Problem führte zur Zusammenarbeit und Solidarität aller in der Gegend lebenden Menschen. Bis dato bestehende Feindschaften wurden durch die gemeinsame Flucht obsolet. Der zuvor alles dominierende Landanspruch der verschiedenen Volksgruppen hatte mit seiner Zerstörung keine Bedeutung mehr. Es gab nur einen neuen gemeinsamen Feind und einen gemeinsamen Kampf ums Überleben.

„Cette fuite fut comme une sortie de prison. Les gens découvrirent combien leurs langues étaient proches. Ils se rendirent compte qu'ils connaissaient les mêmes endroits, même s'ils leur donnaient des noms différents. Ils virent que le paysage était continu, que leurs cultures étaient fondamentalement liées. Tout ce qu'on leur avait appris à penser sur leurs différences, qui faisaient d'eux d'éternels ennemis, fut mis en doute. En perdant tout, nous gagnâmes notre liberté.“⁵

Diese Flucht war wie ein Gefängnisausbruch. Die Leute entdeckten, wie ähnlich ihre Sprachen waren. Sie erkannten, dass sie dieselben Orte kannten, auch wenn sie ihnen unterschiedliche Namen gaben. Sie sahen, dass die Landschaft kontinuierlich war, dass ihre Kulturen grundlegend miteinander verbunden waren. Alles, was ihnen beigebracht worden war, um ihre Unterschiede zu erkennen, die sie zu ewigen Feinden machten, wurde plötzlich mit Zweifel betrachtet. Indem wir alles verloren haben, haben wir unsere Freiheit gewonnen.

Moshe beschreibt die Tage nach der Katastrophe als große Ungewissheit. Die schnell durch UN Hilfsmittel errichteten Flüchtlingslager halfen über die ersten Monate aber wie sollte es weitergehen. Das Geld für den Wiederaufbau der Region kam wider Erwarten nicht aus den USA sondern aus den Golfstaaten die jedoch ihre Hilfe an eine Forderung knüpften. Die Bedingung war die Gründung eines neuen laizistisch geprägten Landes. Eine Konföderation dass jegliche Nationalistische Bewegung innerhalb verbietet. Mit einer kompletten Entmilitarisierung und Entnuklearisierung sollte verhindert werden, dass sich der Nahe Osten wieder in eine chaotische Konfliktregion entwickeln kann. Die Situation die erst zur Eskalation geführt hatte, sollte nie wieder möglich gemacht werden. Trotz Widerstand aus allen Bevölkerungsgruppen hatte man keine andere Wahl die Bedingungen anzunehmen und mit den versprochenen Fördergeldern das Land wieder aufzubauen. Nachdem sich die Palästinenser, Israel und der Libanon zu einer Konföderation entschlossen haben, traten auch Syrien und Jordanien bei. Zuletzt folgte die Türkei die nach dem Ende des Nationalismus Teil des Erfolgsprojektes sein wollte.

„Le Moyen-Orient devait apprendre à coopérer, et les anciennes manières de faire devaient être abandonnées. Israël devait cesser d'être un État exclusif. La Jordanie, Israël et la Palestine devaient abandonner leur nationalisme étouffant.“⁶

Der Nahe Osten musste lernen, zusammenzuarbeiten, und nicht wieder in alte Muster verfallen. Israel musste aufhören, ein exklusiver Staat zu sein. Jordanien, Israel und Palästina mussten ihren erdrückenden Nationalismus aufgeben.

Diese Vereinbarung wurde „Great Deal“ genannt. Weitere Details dieser fiktiven Geschichte werden zum Ende hin deutlich. In einem Gespräch zwischen Leila und Moshe's Sohn Nathan, wird angedeutet dass sich in der Zeit der Konföderation eine neue Schrift entwickelt habe. Hebräische Zeichen wurden in das Arabische Alphabet mit aufgenommen. Hebräisch und Arabisch wird an allen Schulen gelehrt. Mit der Ankunft von Talaat der mit dem Schnellzug aus Istanbul anreiste beginnt die Prozession. Das bemerkenswerte dieser Geschichte wird zum Ende hin deutlich. Während sich die Zuschauer der Prozession einem fulminanten Spektakel hingeben, entfacht in der Gruppe um Leila, Moshe und Talaat eine hitzige Diskussion. Auslöser der Aufregung ist die Prozession selbst, in der Figuren mit eindeutigen religiösen Symbolen in Erscheinung treten. Kreuzritter mit Speeren und das Symbol des Zedernholzes erhitzen die Gemüter von Moshe und Talaat. Nach der Verfassung der Konföderation sind jegliche Symbole, Tänze oder Gesänge religiöser oder nationalistischer Ursprungs verboten. Auch Waffen, selbst wenn es sich primitive Waffen handelt, sind in der Öffentlichkeit nicht erlaubt. Die Diskussion lässt einen Einblick in die gesellschaftliche Denkweise dieser Fiktion zu. Die Empörung zeigt die Vorsichtigkeit und allgemeine Angst vor einem Rückfall in alte Muster und alte Rivalitäten. Kontrovers wird über das Spannungsfeld zwischen in der Verfassung festgelegten Grundgebote zum Selbstschutz und der moralischer Pflicht zur Aufklärung diskutiert.

Zugegebenermaßen scheint das Szenario in „2037 - Le grand bouleversement“ drastisch. Im Hinblick auf die derzeitige Situation im Nahen Osten, wird jedoch deutlich dass ohne eine enorme Krise, einen Urknall-Effekt, ein Umdenken kaum stattfinden wird. „Le Grand Bouleversement“, der große Umbruch wird in der Vision des Autors, Raja Shehadeh nur durch diese Katastrophe denkbar. Angesichts der derzeitigen Situation im Nahen Osten und der Tendenz einer weiteren Verschärfung des Konflikts in naher Zukunft, ist es durchaus nachzuvollziehen warum Raja Shehadeh diesen extremen Weg wählt. Ein Impuls der internationalen Gemeinschaft oder ein Umdenken von Innen heraus ist tatsächlich nach derzeitigen Einschätzungen nicht zu erwarten.

Quellenverzeichnis

2.1 Was ist ein Parlament

- 1 vgl. Parlament o.V. o.J., Parlament
- 2 vgl. Online Etymology Dictionary o.V. o.J., Parlament
- 3 vgl. Parlament o.V. o.J., Parlament
- 4 vgl. XML (2016), S. 6
- 5 vgl. ebd., S. 8
- 6 vgl. Politik-lexikon o.V. o.J.: Parlament

2.2 Demokratie - Vorbilder in der Antike

- 1 vgl. Demokratiezentrum Wien o.V. o.J., Demokratie
- 2 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.12
- 3 vgl. Nolte, P., (2012), S. 27
- 4 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.12
- 5 vgl. ebd., S.13
- 6 vgl. Vorländer, H. (2014), S.1
- 7 vgl. ebd., S.1
- 8 vgl. Vorländer, H. (2014), S.2
- 9 vgl. ebd., S.2
- 10 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.16
- 11 vgl. Vorländer, H. (2014), S.2
- 12 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.16
- 13 vgl. Vorländer, H. (2014), S.1
- 14 vgl. ebd., S.1
- 15 vgl. Vorländer, H. (2014), S.2
- 16 vgl. Nolte, P. (2012), S. 41
- 17 vgl. end., S. 41
- 18 vgl. Nolte, P. (2012), S. 41
- 19 Cicero, M.T. 54-51 v.Chr.,
De re publica, zit. nach Vorländer 2014, S. 2
- 20 vgl. Vorländer, H. (2014), S.2
- 21 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.16

2.3 Politische Architektur - Historische Entwicklung

- 1 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.8
- 2 vgl. ebd., S.8
- 3 vgl. ebd., S.12
- 4 vgl. Athenian Agora Excavations o.V. o.J., Ekklesia
- 5 vgl. ebd.
- 6 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.13
- 7 vgl. Athenian Agora Excavations o.V. o.J.,
Agora and Pnyx
- 8 vgl. Lankes, C., (1995), S.8
- 9 vgl. ebd., S.51
- 10 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.16
- 11 vgl. ebd., S.17
- 12 vgl. ebd., S.18
- 13 vgl. ebd., S.19
- 14 vgl. Lankes, C., (1995), S.56f
- 15 vgl. ebd., S.57f
- 16 vgl. ebd., S.58f
- 17 vgl. ebd., S.59f
18. vgl. ebd., S.60ff

Parlamentarische Repräsentation

- 1 vgl. Hofmann: Repräsentation S.41
- 2 vgl. Lankes C, (1995) S.38
- 3 vgl. Noll, A, (2014), S.76f
- 4 vgl. Wefing, H. (1995) S.68
- 5 vgl. ebd., S.2
- 6 vgl. ebd., S.68
- 7 vgl. ebd., S.73
- 8 vgl. ebd., S.73
- 9 vgl. ebd., S.74
- 10 vgl. ebd., S.70
- 11 vgl. ebd., S.70
- 12 vgl. ebd., S.71
- 13 vgl. ebd., 116
- 14 vgl. mdr o.V. o.J Die Schlösser des Sozialismus
- 15 vgl. Wefing, H. (1995) S.72
- 16 vgl. Lankes C, (1995) S.45
- 17 vgl. Schäuble, W. (1994) S.27

Plenum

- 1 vgl. XML (2016), S. 6
- 2 vgl. Wefing, H. (1995) S.138
- 3 vgl. ebd., S.159
- 4 vgl. ebd., S.141
- 5 vgl. ebd., S.149
- 6 vgl. XML (2016), S. 20
- 7 vgl. Wefing, H. (1995) S.165
- 8 vgl. ebd., S.177
- 9 vgl. XML (2016), S. 20
- 10 vgl. ebd., S. 20
- 11 vgl. Wefing, H. (1995) S.187
- 12 vgl. ebd., S.187

Politische Repräsentation in Israel & Palästina

- 1 Vgl. Heinze-Greenberg, I. (2014) S.215
- 2 vgl. ebd., S.215
- 3 vgl. ebd., S.216
- 4 vgl. ebd., S.217
- 5 vgl. ebd., S.219
- 6 vgl. Sudjic, D., et al. (2001), S.38
- 7 Vgl. Wikiarquitectura o.V. o.J.,
United Nations Headquarters in New York
- 8 Vgl. Heinze-Greenberg, I. (2014) S.212
- 9 vgl. ebd., S.212
- 10 vgl. ebd., S.223
- 11 Vgl. Knesset o.V. O.J.,
The Cornerstone and Dedication Certificate
- 12 Vgl. Heinze-Greenberg, I. (2014) S.223f
- 13 vgl. ebd., S.223f
- 14 Vgl. Voigt, W. (2007) S.7
- 15 Vgl. Heinze-Greenberg, I. (2014) S.228
- 16 vgl. ebd., S.229
- 17 vgl. ebd., S.231
- 18 vgl. Evrat, Z (2018) S.405
- 19 vgl. Rolef, Susan Hattis (2000), S.8
- 20 vgl. Palästinensische Mission o.V. o.J., PLO-Komitees
- 21 Vgl. Palästinensische Mission o.V. o.J., Zeit nach 1948
- 22 Vgl. Petti, A., et al. (2013). S.168f
- 23 vgl. ebd., S.168f
- 24 Vgl. Petti, A., et al. (2013). S.167
- 25 vgl. European Council of Foreign Relations o.V.o.J., PLC

Resümee

- 1 Vgl. Lankes (1995) S. 9

Situation

- 1 vgl. Abé, N., (2018), S.1
- 2 vgl. Stein, S., (2019), S.1
- 3 vgl. Topçu, Ö., (2019), S.1
- 4 vgl. Topçu, Ö., (2019), S.1
- 5 vgl. Stein, S., (2019), S.1
- 6 vgl. ebd., S.1
- 7 Vgl. Knipp, Kersten (2017), S.1
- 8 vgl. ebd., S.1
- 9 Vgl. Fisher, M. (2016), S.1
- 10 Vgl. Kurier o.V. (2013), S.1
- 11 Vgl. Knipp, Kersten (2017), S.1
- 12 vgl. Arendt, H. (1948), S.1

Szenario

- 1 vgl. Ilan Pappé, (2013), S. 405
- 2 vgl. Mendes-Flohr, Paul (2019), S.1
- 3 Vgl. Arendt, H. (1948), S.1
- 4 Vgl. Van Reybrouck, D (2016), S.14 f
- 5 Vgl. vgl. ebd., S.14 f
- 6 Vgl. Van Reybrouck, D. (2016), S.20
- 7 Vgl. vgl. ebd., S.145
- 8 Vgl. Van Reybrouck, D. (2016), S.17
- 9 Vgl. Bouricius, T (2013), S.6f
- 10 Vgl. ebd., S.8f
- 11 Vgl. ebd., S.9f
- 12 Vgl. ebd., S.10f
- 13 Vgl. ebd., S.13
- 14 Vgl. ebd., S.13
- 15 Vgl. ebd., S.14
- 16 Vgl. Van Reybrouck, D. (2016), S.151
- 17 Vgl. Bouricius, T (2013), S.16

Material

- 1 Vgl. Weizman, E. (2009) S.135
- 2 Vgl. Evrat, Z (2018) S.238

Neue Erde

- 1 vgl. Shehadeh, R (2011) S.45
- 2 vgl. ebd. S.47
- 3 vgl. ebd. S.48
- 4 vgl. ebd. S.48
- 5 vgl. ebd. S.50
- 6 vgl. ebd. S.52

Literatur

Beyme v., Klaus, (1992) Parlament, Demokratie und Öffentlichkeit, in Flagge, I. (Hrsg.). Architektur und Demokratie Bauen für die Politik - von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart

Bouricius, Terrill G. (2013): Democracy Through Multi-Body Sortition: Athenian Lessons for the Modern Day in Journal of Public Deliberation, Volume 9.

Cullen, S(1989) in Schneider, H.-P. and W. Zeh.(Hrsg) Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland - ein Handbuch. Berlin

Ehs, Wolfgang (2007): Hohes Haus auf Hohem Hügel - Wie Josef Klarwein vor 50 Jahren gegen Widerstände die Knesset in Jerusalem baute
In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 181, 07.08.2007

Heinze-Greenberg, I. (2014): „Ein Symbol des Fortbestands“ Die Knesset in Jerusalem in Anna Minta und Bernd Nicolai (Hrsg.) Parlamentarische Repräsentationen - das Bundeshaus in Bern im Kontext internationaler Parlamentsbauten und nationaler Strategien. Bern

Hofmann, H. (1998). Repräsentation Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert. Berlin

Lankes, C. (1995): Politik und Architektur eine Studie zur Wirkung politischer Kommunikation auf Bauten staatlicher Repräsentation. München.

Niemeyer, Oskar (2012): in: Wir müssen die Welt verändern. Riva, Alberto (Hrsg.). Milano, München

Noll, Alfred J. (2014): Repräsentation der Repräsentation in ÖGFA (Hrsg.) UmBau27, Plenum. Orte der Macht

Nolte, P. (2012):.Was ist Demokratie?: Geschichte und Gegenwart. München.

Petti, Alessandro.;Hilal, Sandi; Weizman, Eyal(2013). Architecture after Revolution. Berlin

Pappé, Ilan (2013). Zu beiden Seiten der Mauer -auf der Suche nach einem gemeinsamen Bild der israelisch-palästinensischen Geschichte. Hamburg

Schäuble, Wolfgang. (1994) An Symbolen rührt man nicht. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.02.1994, Nr. 48

Shehadeh, Raja (2011) 2037 - Le Grand Bouleversement, Paris

Sudjic, Deyan, et al. (2001). Architecture and democracy. London, Laurence King in association with Glasgow City Council.

Strodthoff, Werner (1992) Der alte Plenarsaal. Eine zerstörte Erinnerung, in Flagge, I. (Hrsg.). Architektur und Demokratie Bauen für die Politik - von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart

Schumpp, M. (1972). Stadtbau-Utopien und Gesellschaft der Bedeutungswandel utopischer Stadtmodelle unter sozialem Aspekt. Gütersloh

Shoshan, Malkit. (2010). Atlas of the conflict Israel - Palestine. Rotterdam, 010 Publishers.

Van Reybrouck, David. (2016): Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen.

Wefing, Heinrich. (1995): Parlamentsarchitektur zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken - eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses. Berlin

Weizman, Eyal. (2009). Sperrzonen Israels Architektur der Besatzung. Hamburg

XML (2016): Parliament, XML, Amsterdam.

Efrat, Zvi (2018) The object of zionism - The Architecture of Israel. Leipzig

Onlinequellen

Abé, Nicola (2018): Die Ein-Staaten-Lösung. 05.01.2018. In:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-155098112.html> am 03.11.2019.

Arendt, Hannah (1948): To Save the Jewish Homeland: There is Still Time; in:
<https://www.commentarymagazine.com/articles/to-save-the-jewish-homelandthere-is-still-time/> am 03.11.2019.

Athenian Agora Excavations o.V. O.J.: Ekklesia (Citizens' Assembly) erklärt. In:
http://www.agathe.gr/democracy/the_eklesia.html am 03.11.2019.

Athenian Agora Excavations o.V. O.J.: The Agora and Pnyx erklärt. In:
http://www.agathe.gr/democracy/the_agora_and_pnyx.html am 03.11.2019.

Calabuig, Debora Domingo (2013) The Strategies of Mat-building in:
<https://www.architectural-review.com/the-strategies-of-mat-building/8651102.article> am 03.11.2019.

Demokratiezentrum Wien o.V. O.J.: Demokratie erklärt. In:
<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/demokratie.html> am 03.11.2019.

DWDS o.V. o.J.: Parlament, In:
<https://www.dwds.de/wb/Parlament> am 03.11.2019.

European Council of Foreign Relations o.V.o.J., Mapping Palestinian Politics, PLC; erklärt in :
https://www.ecfr.eu/mapping_palestinian_politics/detail/palestine_legislative_council am 03.11.2019.

Fisher, Max (2016), The Two-State Solution: What It Is and Why It Hasn't Happened, 29.12.2016 In:
<https://www.nytimes.com/2016/12/29/world/middleeast/israel-palestinians-two-state-solution.htm> am 03.11.2019.
Parlament o.V. o.J.: Parlament erklärt, In:
<https://www.parlament.gv.at/PERK/> am 03.11.2019.

Politik-lexikon o.V. o.J.: Parlament erklärt, In:
<http://www.politik-lexikon.at/parlament/> am 03.11.2019.

Knesset o.V. O.J. The Cornerstone and Dedication Certificate. In:
<https://www.knesset.gov.il/tour/eng/tour6.htm> am 03.11.2019.

Knipp, Kersten (2017) Frieden in Nahost - Vier Lösungsvorschläge, 17.12.2017 In:
<https://www.dw.com/de/frieden-in-nahost-vier-l%C3%B6sungsvorschl%C3%A4ge/a-41850600> am 03.11.2019.9

Kurier o.V. (2013), Wenig Hoffnung auf Zwei-Staaten-Lösung. 03.07.2013 In:
<https://kurier.at/politik/ausland/umfrage-israelis-und-palaestinenser-fuer-zwei-staaten-loesung/17.787.610> am 25.05.2019

Mendes-Flohr, Paul (2019): Martin Buber's "greater realism": Palestine and the politics of dialogue, in
<https://www.abc.net.au/religion/martin-buber-on-zionism-palestine-and-the-politics-of-dialogue/10723326> am 03.11.2019

MDR o.V. o.J Die Schlösser des Sozialismus. In:
https://www.mdr.de/heute-im-osten/parlamentspalast100_showImage-bild337198_zc-6de34b3e.html am 03.11.2019

Online Etymology Dictionary o.V. o.J.: Parlament erklärt, In:
<https://www.etymonline.com/word/parliament> am 3.11.2019

Palästinensische Mission o.V. o.J., PLO-Komitees; erklärt in:
<http://palaestina.org/index.php?id=78> am 03.11.2019.

Palästinensische Mission o.V. o.J., Zeit nach 1948
<http://palaestina.org/index.php?id=68> am 03.11.2019.

Rolef, Susan Hattis (2000), The Knesset Building in Giv'at Ram: Planning and Construction, Critique; In:
https://knesset.gov.il/building/architecture/eng/art1_critique_eng.htm

Stein, Shimon; Zimmermann, Moshe (2019): Demokratie im Stress, 24.04.2019, In:
<https://www.zeit.de/2019/18/israel-rechtspopulismus-benjamin-netanjahu-regierung> am 03.11.2019.

Topçu, Özlem (2019): Der Bibi-Sitter, 27.03.2019, In:
<https://www.zeit.de/2019/14/benjamin-netanjahu-israel-premierminister-parlamentswahl-korruptionsvorwurf> am 03.11.2019.

Vorländer, H. (2014): Grundzüge der athenischen Demokratie, 06.01.2014, In:
<https://www.bpb.de/175892/grundzuege-der-athenischen-demokratie?p=all> am 03.11.2019.

Wikiarquitectura o.V, o.J., United Nations Headquarters in New York. erklärt In:
<https://en.wikiarquitectura.com/building/united-nations-headquarters-in-new-york/> am 03.11.2019.

Abbildungsverzeichnis

Pläne, Diagramme, Grafiken und sonstige Abbildungen wurden, sofern nicht anders angegeben, vom Verfasser erstellt.

Abb. 001	Organe der griechischen Demokratie - Eigenes Werk	Abb 043	Isreilische Siedlungen in der West Bank, Palästinensische Gebiete. -Eigenes Werk. Datenquelle: B'Tselem: abgerufen am 04.11.2019 URL: https://www.btselem.org/download/201411_btselem_map_of_wb_eng.pdf
Abb. 002	Organe der römischen Republik - Eigenes Werk	Abb 044	Satellit- Eigene Bearbeitung. Original: abgerufen am 20.09.2019.URL https://eoimages.gsfc.nasa.gov/images/imagerecords/47000/47503/Israel_amo_2010336_1rg.jpg
Abb. 003	Model of Pnyx. Abgerufen am 03.11.2019. URL: http://agora.ascsa.net/id/agora/image/2010.01.0004?q=references%3A%22Agora%3APublication%3AHesperia%20Supplement%2019%22&t=&v=icons&sort=rating%20desc%2C%20sort%20asc&s=2	Abb 045	Hannah Arendt- Eigene Bearbeitung. Original. Foto: abgerufen am 20.09.2019.URL https://mondoweiss.net/2012/01/arendt-born-in-conflict-israel-will-degenerate-into-sparta-and-american-jews-will-need-to-back-away/
Abb. 004	Curia Iulia, Abgerufen am 03.11.2019. URL: https://www.jstor.org/stable/pdf/2935928.pdf?seq=1#page_scan_tab_contents	Abb 046	Martin Buber - Eigene Bearbeitung. Original. Foto: abgerufen am 20.09.2019.URL https://www.the-philosophy.com/buber-i-thou-summary
Abb. 005	Casa del Fascio Abgerufen am 03.11.2019. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Casa_del_Fascio_(Como)#/media/Datei:Casa_del_Fascio_dal_2017.jpg	Abb 047	5 Dilemmas des Losverfahrens - Eigenes Werk
Abb 006	Der verhüllte Reichtstag des Künstlers Christo. FOTO: WOLFGANG VOLZ URL: https://www.tagesspiegel.de/images/no_text/11945282/2-format6001.jpg?inlsFirst=true	Abb 048	Multibody Sortition - Terminologie nach Bouricius -Eigenes Werk
Abb 007	Grafik - All Parliaments Teil 1, Bearbeitung durch den Verfasser. Einzelbildquellen: Plenum. Places of Power abgerufen am 20.09.2019 URL: https://www.places-of-power.org/wiki/index.php?title=Browse_all_Parliaments	Abb 049	Jüdische und Palästinensische Diaspora - Eigenes Werk. Datenquelle: Le monde diplomatique, Abgerufen am 04.11.2019. URL: https://mondediplo.com/maps/refugeesdiasporapaldpi2000; The Map Archive, Abgerufen am 04.11.2019. URL: https://www.themaparchive.com/jewish-diaspora-587-bce300-ce.html Encyclopaedia Judaica 1971, Vol 8, 753-754 URL: https://www.hist-chron.com/judentum-aktenlage/migration/EncJud_migration03-1915-May-1948-d/EncJud-Lestschinsky_karte-jued-auswanderung-1915-1939.jpg
Abb 008	Grafik - All Parliaments Teil 2, Bearbeitung durch den Verfasser. Einzelbildquellen Plenum. Places of Power abgerufen am 20.09.2019 URL: https://www.places-of-power.org/wiki/index.php?title=Browse_all_Parliaments	Abb 050	Cedric Price: The Fun Palace, interior perspective, 1964. Image: © Cedric Price funds, CCA Montreal abgerufen am 20.09.2019.URL: http://www.uncubemagazine.com/blog/13212377
Abb 009	Diagram Plenarsaaltypus - Prozentuale Verteilung - Eigenes Werk	Abb 051	Nest we Grow / Kengo Kuma & Associates, Foto: ©Shinkenchiku Sha abgerufen am 20.09.2019.URL https://www.archdaily.com/592660/nest-we-grow-college-of-environmental-design-uc-berkeley-kengo-kuma-and-associates/54c9b0cfe58ece457a000216-portada_nest-we-grow_048-jpg
Abb 010	Korrelation: Plenarsaaltypus - Demokratie-Index - Eigenes Werk	Abb 052	Motive aus Licht und Glas. 7 Stehende Scheiben, Gerhard Richter, Abgerufen am 02.11.2019. URL: https://www.baumeister.de/motive-aus-licht-und-glas/#/foto-post-36421-2
Abb 011	Korrelation: Frauen im Parlament - Demokratie Index - Eigenes Werk	Abb 053	Grenzdynamiken - Eigenes Werk, inspiriert von Shoshan, Malkit (2010) Atlas of the Conflict. Abgerufen am 02.11.2019. URL: https://www.publicationstudio.biz/books/atlas-of-the-conflict-israel-3-palestine/
Abb 012	Parlamente Baujahr - Eigenes Werk	Abb 054	Jerusalem Satellit - Eigenes Werk, Zusammengesetzt mit Einzelbilder von https://www.google.com/maps/
Abb 013	Grafik - All Parliaments Teil 3, Bearbeitung durch den Verfasser. Einzelbildquellen: Plenum. Places of Power abgerufen am 20.09.2019 URL: https://www.places-of-power.org/wiki/index.php?title=Browse_all_Parliaments	Abb 055	Damascus Triangle - ©Christoph Mertsch, Elisabeth Hulin - Bearbeitung durch Verfasser
Abb 014	Grafik - All Parliaments Teil 4, Bearbeitung durch den Verfasser. Einzelbildquellen: Plenum. Places of Power abgerufen am 20.09.2019 URL: https://www.places-of-power.org/wiki/index.php?title=Browse_all_Parliaments	Abb 056	FU Berlin- Floor Plan - Candilis, Josic, Woods and Schiedhelm aufgerufen am 01.11.2019 URL: http://socks-studio.com/2015/10/29/the-free-university-of-berlin-candilis-josic-woods-and-schiedhelm-1963/
Abb 015	Jewish Agency Tel Aviv. abgerufen am 20.09.2019. URL: https://hamachtarot.blogspot.com/2012/	Abb 057	Niederschlag jährlich - Eigenes Werk. Datenquelle: Gugger, Harry. (2017) Israel lessons industrial arcadia. Zürich
Abb 016	Timeline PNC - Eigenes Werk	Abb 058	Klimazonen - Eigenes Werk. Datenquelle
Abb 017	Palestinian Legislative Council, Abu Dis Foto: © Dusan Vranic abgerufen am 20.09.2019. URL: https://www.timesofisrael.com/forlorn-palestinian-parliament-a-glum-emblem-of-lost-optimism/	Abb 059	Durchschnittliche Temperatur - Datenquelle: abgerufen am 01.11.2019 URL: https://energyplus.net/weather-search/jerusalem ausgewertet mit Climate Consultant 6
Abb 018	Palestinian Legislative Council, Abu Dis - Plan - Eigenes Werk	Abb 060	Sonnenstand - Datenquelle: abgerufen am 01.11.2019 URL: https://energyplus.net/weather-search/jerusalem ausgewertet mit Climate Consultant 6
Abb 019	Textur - © Wolfgang Fischer	Abb 061	Windrichtung - Datenquelle: abgerufen am 01.11.2019 URL: https://energyplus.net/weather-search/jerusalem ausgewertet mit Climate Consultant 6
Abb 020	Ein Land - © Wolfgang Fischer	Abb 062	relative Luftfeuchtigkeit - Datenquelle: abgerufen am 01.11.2019 URL: https://energyplus.net/weather-search/jerusalem ausgewertet mit Climate Consultant 6
Abb 021	Markt in Hebron - © Wolfgang Fischer	Abb 063	Betlehem Mauer - ©Wolfgang Fischer
Abb 022	Markt in Jerusalem - © Wolfgang Fischer	Abb 064	Pinien Wald - ©Wolfgang Fischer
Abb 023	Tunnelroad - © Wolfgang Fischer	Abb 065	Zerstörte Palästinensische Dörfer - Eigenes Werk. Datenquelle: Shoshan, M. (2010). Atlas of the conflict Israel - Palestine. Rotterdam
Abb 024	Hope - © Wolfgang Fischer	Abb 066	Waldgebiete - Eigenes Werk. Datenquelle: Jüdischer Nationalfonds. abgerufen am 24.10.2019 URL: https://www.jnf-kkl.de/d/aufforstung.htm
Abb 025	Peres Center for Peace and Innovation © Wolfgang Fischer	Abb 067	Weissglas - Eigenes Werk
Abb 026	Fire - Eigenes Werk © Wolfgang Fischer	Abb 068	Hebron Textil - ©Wolfgang Fischer
Abb 027	Wind - Eigenes Werk © Wolfgang Fischer		
Abb 028	Earth - Eigenes Werk © Wolfgang Fischer		
Abb 029	Water - Eigenes Werk © Wolfgang Fischer		
Abb 030	Al-Shuhada Street © Wolfgang Fischer		
Abb 031	Mitzpe Ramon © Wolfgang Fischer		
Abb 032	Palestinian Museum - © Wolfgang Fischer		
Abb 033	Yad Vashem - © Wolfgang Fischer		
Abb 034	Colonies - © Wolfgang Fischer		
Abb 035 - 037	Towers - © Wolfgang Fischer		
Abb 038 - 039	Barrieren - © Wolfgang Fischer		
Abb 040	Barrieren - © Wolfgang Fischer		
Abb 041	Wired - © Wolfgang Fischer		
Abb 042	UN Vote - Eigene Bearbeitung. Original. Foto: © Kathy Willens abgerufen am 20.09.2019. URL: https://www.thedailybeast.com/un-vote-to-recognize-palestine-puts-netanyahu-in-a-corner		

Zitate

„We inherit our ideas from the Greeks, but our practices from the romans.“
Kenneth Minoque, Historiker
vgl. Sudjic, D., et al. (2001),

„We shape our buildings and afterwards our buildings shape us“
Winston Churchill 1943
vgl. Sudjic, D., et al. (2001),

„Dieses Parlamentsgebäude beansprucht mehr als die architektonische Umsetzung parlamentarischer Funktionen. Es will selbst ein bestimmtes Demokratieverständnis zum Ausdruck bringen.“
Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, bei der Eröffnung des neuen Plenarbereichs des Deutschen Bundestages in Bonn am 30. Oktober 1992
vgl. Wefing, H. (1995) S.116

"Ich brauche etwas Großes, etwas sehr Großes, das zeigt, was wir bereits erreicht haben"
Nicolae Ceausescu
vgl. mdr o.V. o.J Die Schlösser des Sozialismus

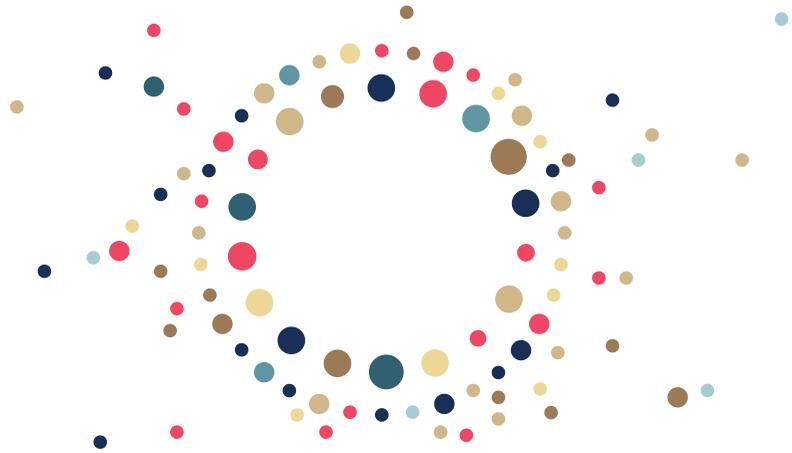
„It is not the leaders who influenced the shape of the building, but the wars among the architects. The compromises were frequently attained through the mediation of foreign architects and officials. The process, at the end of which the knesset building was built as it was built, was extremely Israeli.“
Rolef, Susan Hattis (2000), S.8

„Das eigentliche Ziel der Juden in Palästina ist der Aufbau einer jüdischen Heimstatt. Dieses Ziel darf niemals der Pseudo-Souveränität eines jüdischen Staates geopfert werden.“
Vgl. 12. Arendt, H. (1948), S.1

„Je dauerhafter ein Gebäude sein soll, umso mehr muss es flexibel und veränderbar sein. Nur die echt veränderbaren, anpassungsfähigen Konstruktionen altern nicht. Sie bleiben stets neu, da sie sich ständig verjüngen.“
Frei Otto
Vgl. Schumpp, M. (1972), S.131

"Mat Buildings can be said to epitomise the anonymous collective, where the Functions come to enrich the fabric, and the individual gains new freedoms of action through a new shuffled order, based on interconnection, close knit patterns of association, and possibilities for growth, diminution and change"
Alison Smithson
Vgl. Calabuig, Debora (2013), S.1

"... man muss sich nur umschauen, um zu erkennen, dass die Welt nicht in Ordnung ist und man sich beharrlich dafür einsetzen muss, sie zu verbessern. Ich sage immer wieder gern, dass Architektur nicht wichtig ist. Architektur ist nur ein Vorwand. Wichtig sind das Leben und der Mensch! Dennoch kann die Architektur eine politische Funktion haben, denn sie befasst sich mit dem Menschen und der Art, wie er lebt.... Wenn der Architekt am Zeichentisch sitzt, darf er nie vergessen, dass der Mensch nicht nur eine Maschine ist, die aufgeräumt und geschützt werden muss in einer stabileren Maschine namens Haus: Der Mensch ist vielmehr ein seltsames Lebewesen, das eine Seele und Gefühle besitzt, sich nach Gerechtigkeit und Schönheit sehnt und Trost und Anregung braucht. Wenn man mich fragt, was für mich Fantasie bedeutet, dann antworte ich: Fantasie ist die Suche nach einer besseren Welt.“
Vgl. Niemeyer, O (2012). S.77f



“... man muss sich nur umschauen, um zu erkennen, dass die Welt nicht in Ordnung ist und man sich beharrlich dafür einsetzen muss, sie zu verbessern. Ich sage immer wieder gern, dass Architektur nicht wichtig ist. Architektur ist nur ein Vorwand. Wichtig sind das Leben und der Mensch! Dennoch kann die Architektur eine politische Funktion haben, denn sie befasst sich mit dem Menschen und der Art, wie er lebt.... Wenn der Architekt am Zeichentisch sitzt, darf er nie vergessen, dass der Mensch nicht nur eine Maschine ist, die aufgeräumt und geschützt werden muss in einer stabileren Maschine namens Haus: Der Mensch ist vielmehr ein seltsames Lebewesen, das eine Seele und Gefühle besitzt, sich nach Gerechtigkeit und Schönheit sehnt und Trost und Anregung braucht. Wenn man mich fragt, was für mich Fantasie bedeutet, dann antworte ich: Fantasie ist die Suche nach einer besseren Welt.”

Wir müssen die Welt verändern – Oscar Niemeyer S.7 ff

Mein Dank gilt meiner Familie, meinen Freunden, Unterstützern und Begleitern
auf dieser, nun doch etwas längeren Reise.
Vor allem aber gilt mein allergrößter Dank Dir, Julia.

Der Nah-Ost Konflikt als Chance.

Diese Diplomarbeit basiert auf dem Gedankenspiel einer Annäherung beider Konfliktparteien in einem der komplexesten und am längsten andauernden Konflikte unserer Zeit. Ein utopisches Szenario einer „One State Solution“ als Alternative zur Zweistaatenlösung für eine friedliche Zukunft von Palästinenser und Israelis.

Deliberative Demokratie als geeignetes System und erforderliche Reform für die gerechte und faire Konsensfindung im legislativen Prozess.

Assembly